

innenphysiker kommen An... if Teneriffa

Mittwoch, 27. April 1983 - D ***

Preisblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Beleg 24,00 Mfr., Dänemark 8,00 Mfr., Frankreich 5,50 F., Griechenland 90 Dr., Großbritannien 59 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 63,00 Din., Luxemburg 26,00 Lfr.

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 97 - 17. Wochensatz 1.20 DM - 1 H 7109

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 11 0

Niederlande 2,00 hfl., Norwegen 2,50 Nkr., Österreich 13,25 S., Portugal 80 Esc., Schweden 6,50 Skr., Schweiz 1,50 Sfr., Spanien 110 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

POLITIK

Umfrage: Kohls Ansehen stark gestiegen

DW, Bonn. Bundeskanzler Kohl hat in den ersten sieben Monaten seiner Amtszeit bei den Wählern in der Bundesrepublik Deutschland erheblich an Ansehen gewonnen. Nach dem Ergebnis einer Meinungsumfrage, die von der Illustrierten „Bunte“ in Auftrag gegeben wurde, glaubt heute bereits 57 Prozent an den wirtschaftspolitischen Erfolg der Regierung Kohl, im Vergleich zu 42 Prozent im Vorjahr. 54 Prozent äußerten die Auffassung, daß mit Kohl Ruhe und Sachlichkeit in die deutsche Politik eingebracht sei. Vor allem bei den Frauen hat der Kanzler seit Oktober 1982 gewonnen. Meinten noch im vergangenen Jahr 46 Prozent aller Frauen, Kohl wirke „blau und farblos“, so sind es - so das Sample-Institut in Hamburg - heute nur noch 30 Prozent. 59 Prozent sind demnach der Ansicht, „Kohl sollte verhindern, daß Strauß die Bonner Politik mitbestimmt“. Eine klare Mehrheit möchte den Kanzler und die CDU nicht als Alleinvertreter, also nicht ohne die FDP, in Bonn haben.

WIRTSCHAFT

Entscheidung über Stahl-Hilfe im Mai

Mr. Bonn. Eine Entscheidung der Bundesregierung über die Höhe und Art der Hilfe für die notleidende Stahlindustrie steht unmittelbar bevor. Bis zum Ende dieses Monats wird die Wirtschaftsprüfung der Treuhandanstalt, die von der Illustrierten „Bunte“ in Auftrag gegeben wurde, eine erste Bewertung der Unternehmenspläne zur Gesundung dieser Branche vornehmen. „Kurz darauf“ sollte den Unternehmen - nach Abstimmung mit den Ländern - das vorgesehene Volumen der öffentlichen Hilfe und die Instrumente mitgeteilt werden. Lambdowski machte deutlich, daß sich die Bundesrepublik keine Dauerunterstützungsempfänger leisten könne. Daher müßten alle Rationalisierungs- und Spezialisierungsmaßnahmen ausgeschöpft werden. Die Bundesregierung prüfe gegenwärtig noch, ob über die bisher diskutierten Hilfen hinaus noch andere Instrumente eingesetzt werden könnten. Über die Beihilfen muß die EG bis zum 30. Juni entscheiden.

Windeln: Den sechs Punkten der CSU können alle zustimmen

Kanzleramt sieht den Streit innerhalb der Koalition entschärft

BERTHOLD CONRAD, Bonn. Bundeskanzler Helmut Kohl geht davon aus, daß die deutschen politischen Aussagen seiner für den 4. Mai vorgesehenen Regierungserklärung den übereinstimmenden Beifall von CDU, CSU und FDP finden werden. Spätestens dann wird nach Ansicht von Kanzler-Mitarbeitern allgemein klar werden, daß es unter den Koalitionspartnern trotz des Streits zwischen der CSU und den Freien Demokraten keine tiefgreifenden Differenzen über die Fortführung der Deutschland- und Ostpolitik gebe. Darauf habe der Bundesminister für innere Deutsche Beziehungen, Heinrich Windeln (CDU), mit Recht hingewiesen.

Als Bestätigung für diese Einschätzung wurden im Kanzleramt die sechs Punkte empfunden, mit denen CSU-Generalsekretär Otto Wiesel die Forderung seiner Partei nach einer „Wende“ in der Deutschlandpolitik präzisiert hatte (WELT v. 26. 4.). Wir stimmen mit diesen sechs Punkten überein. Das ist die gemeinsame Basis. Offenbar handelt es sich hier um einen Versuch, wieder zur Normalität zurückzukehren“, hieß es in der Umgebung Kohls. Auch Windeln betonte, er könne jeden der CSU-Punkte unterschreiben und gehe davon aus, daß sie bei der FDP ebenfalls nicht strittig seien.

Maßgebliche CDU-Politiker fügten hinzu, die von der bayerischen Schwesterpartei gewünschte Wende sei mit der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 vollzogen worden. Bereits damals habe Kohl, wie jetzt in den sechs Punkten verlangt, die Unnormalität von Mauer, Stacheldraht und Schieß-

befehl angeprangert, Verbesserungen des Reise- und Besuchsverkehrs gefordert und das nationale Ziel der Wiedervereinigung hervorgehoben. Diese Aspekte und das Prinzip „keine Leistung ohne Gegenleistung“ würden in der Regierungserklärung vom 4. Mai noch ausführlicher dargelegt werden. Unter Vorsitz des Kanzlers beriet gestern Abend eine Ministerrunde über den Text.

Kohl hatte bereits am Montag im CDU-Vorstand die Auseinandersetzung zwischen CSU und FDP um die Deutschland- und Ostpoli-

SEITE 2: Rauch, aber auch Faser

tik als „völlig überflüssig“ bezeichnet. Dabei hatte er „alle Beteiligten“ wegen der Art des Umgangs miteinander und wegen ihrer Wortwahl gerügt. In der Sache ließ der Kanzler keinen Zweifel daran, daß er die von der CSU kritisierte Einladung an den „DDR-Staatsratsvorsitzenden“ Erich Honecker grundsätzlich aufrechterhalte. Dazu bemerkte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler: „Wir haben diese Einladung vorgenommen, als wir die Regierung übernommen haben. Diese Einladung ist von der Bundesregierung erneuert worden. Und ich wiederhole noch einmal, was ich schon vorher gesagt habe: Wir sprechen nicht um des Sprechens willen, sondern wir wollen bei diesen Gesprächen etwas für unsere Landsleute erreichen.“

Auch der Berliner Innenminister Heinrich Lummer (CDU) meinte gestern, unter der Voraussetzung gründlicher Vorbereitung könnte

ein Honecker-Besuch „nützlich sein. Staatssekretär Edmund Stoiber (CSU) zielt in die gleiche Richtung. Er sagte, ein Besuch des SED-Chefs müsse nicht nur gut vorbereitet sein, sondern auch „bestimmte Erwartungen“ erfüllen. Dies entspräche der Meinung Kohls, wurde im Kanzleramt versichert.

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischke, äußerte die Hoffnung, daß durch den Streit mit der CSU nicht zuviel Fortschritte zerschlagen worden sei. „Ich weiß natürlich, daß manche Kollegen in den Unionsparteien die Dinge etwas anders sehen als wir. Aber ich glaube, die Auseinandersetzung mit den Fakten wird auch diese Kollegen dazu bringen, daß in der Deutschlandpolitik nicht Poltern, nicht Schreien, nicht Mahlen gefragt ist, sondern in der Sache hart zu verhandeln, wo es notwendig ist. Und sich doch im klaren zu sein, daß mit den Verträgen mit der DDR für die Menschen eine ganze Menge erreicht ist - für uns noch nicht genug. Aber wer das fortsetzen will, muß miteinander sprechen und nicht mit Vorbedingen Ausreden auszusprechen“, setzte Mischke hinzu.

Der Ständige Vertreter der „DDR“ in Bonn, Ewald Moldt, hatte am Montag Abend im Bundeskanzleramt den von SED-Chef Honecker zugesagten Untersuchungsbericht über den Tod des Transiteisenbahnwagens übergeben. Nach Angaben eines Regierungssprechers wird der ausführliche und detaillierte Bericht sorgfältig geprüft.

Fortsetzung Seite 3

DER KOMMENTAR

Ostsee-Strategie

HERBERT KREMP

Für schwedische Verhältnisse ist die Reaktion massiver. Stockholm rief seinen Botschafter aus Moskau zurück (für einige Tage), der sowjetische Botschafter mußte gestern im schwedischen Außenministerium einen geharnischten Protest in Empfang nehmen. Nach dem Bericht einer schwedischen Untersuchungskommission gilt es als erwiesen, daß sowjetische U-Boote im vergangenen Jahr 40 Mal die Hoheitsgewässer des Landes verletzt haben. Die Operationen nehmen, wie der Bericht vermerkt, an Ausdehnung zu.

Was die Untersuchungskommission des neutralen Landes über 90 Seiten ausbreitet, hat mit der sowjetischen Blamage vom Oktober 1981, als ein U-Boot vor der Marinestützpunkt Karlskrona strandete, nichts mehr zu tun. Die Operation von insgesamt sechs Tauchbooten in den Schären von Stockholm genau ein Jahr später, war ein Schwerpunkt einer systematischen militärischen Ausdehnung zur Vorbereitung offensiver Aktionen. Die Mini-U-Boote, deren eines bis in den Hafenbereich vor der Stockholmer Altstadt vordringen konnte, werden von Großbooten „huckepack“ vor den Einsatzort gebracht, wo sie mittels Raupenkettenschieber auf dem Meeresboden operieren. Von der Aufklärung bis zur Spreng-

ung von Hafenanlagen - der militärischen Phantasie ist keine Grenze gesetzt.

Der vorzügliche schwedische Untersuchungsbericht kommt zu strategischen Schlüssen: Die Sowjets brechen das Völkerrecht inmitten eines Friedens, den sie offenbar als Zwischenkriegszeit definieren. Sie betrachten die Ostsee einschließlich fremder Territorialgewässer als „Mare nostrum“, wie Mussolini das Mittelmeer zu bezeichnen beliebte. Die Manöver-Aggression wird mit Unverfrorenheit vorgetragen, durchsichtige, lächerliche Dementis folgen. Die Hegemonialmacht zeigt ihre Forderungen vor. Sie ist, wie die U-Boot-Einsätze „über einen großen Teil des Jahres und über einen größeren Teil der schwedischen Ostseeküste, einschließlich der Küste Norrlands“ zeigen, zur Einschleichen des neutralen skandinavischen Landes entschlossen.

Die Kommission übt Kritik an der mangelhaften U-Boot-Abwehr Schwedens. Sie erinnert die Regierung an den Beschluß, gegen fremde U-Boote in schwedischen Territorialgewässern ohne vorherige Warnung Waffengewalt anzuwenden. Die schwedische Neutralitäts-Politik hätte mehr Überzeugungskraft, wäre es im vergangenen Jahr vor Stockholm gelungen, einen der Eindringlinge zu zerstören.

Soares sucht Koalitionspartner

Portugals Sozialisten verfehlen absolute Mehrheit / Gegen eine Minderheitsregierung

rtt/APF, Lissabon. Nach den Parlamentswahlen in Portugal steht die siegreiche Sozialistische Partei vor heiklen Koalitionsverhandlungen. Wie aus dem gestern veröffentlichten vorläufigen Endergebnis der vorgezogenen Wahlen hervorgeht, verfehlten die Sozialisten (PS) mit 36,3 Prozent die absolute Mehrheit in der „Versammlung der Republik“. Da sie wegen der schweren Wirtschaftskrise des Landes die Bildung einer Minderheitsregierung ablehnen, suchen sie jetzt einen Koalitionspartner.

Das wird voraussichtlich die Sozialdemokratische Partei (PSD) sein, die 27 Prozent der Stimmen erhielt und damit zweitstärkste politische Kraft im Land wurde. Die nach Moskau orientierten Kommunisten kamen auf 12,2 und die Christdemokraten - die zweitstärkste Gruppierung in der auseinandergebrochenen bisherigen Regierungskoalition „Demokratisch-Sozialistisches Zentrum“ - auf 12,4 Prozent.

Mario Soares, der wahrscheinlich neue Ministerpräsident, rief nach den Wahlen zu einer gemeinsamen Anstrengung aller Parteien auf, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Er sagte, Koalitionsverhandlungen würden äußerst schwierig werden. Sollten sie scheitern, sei das demokratische System in Portugal gefährdet.

Der Ständige Ausschuss der Sozialistischen Partei trat noch gestern zusammen, um über den Ausgang der Wahlen zu beraten. Die Sozialdemokraten werden voraussichtlich heute tagen.

Das seit 1980 regierende „Demokratische Zentrum“ aus Sozialdemokraten, Christdemokraten und Monarchisten verlor bei den Parlamentswahlen 1980 insgesamt 48 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Es war im Dezember, nicht zuletzt wegen der Wirtschaftskrise, auseinandergebrochen. Auf die Sozialisten waren vor drei Jahren 28 Prozent der Stimmen entfallen, auf die Kommunisten 17 Prozent.

Das Wahlergebnis von fünf Wahlkreisen lag gestern noch nicht vor. Die Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses wird erst Mitte Mai erwartet.

Auf die 15. Regierung seit Beendigung der Diktatur am 15. April 1974 warteten äußerst schwierige Wirtschaftsentscheidungen. Im Land drohen soziale Unruhen; die Beschaffung von ausländischen Krediten wird immer schwerer. Die Arbeitslosigkeit liegt bei nahezu 13 Prozent, die Inflation bei mehr als 22 Prozent. Das Haushaltsdefizit beträgt elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Seite 2: Der Wahlkampf

Stockholm legt Beweise für Moskaus U-Boot-Einsatz vor

Kleinst-Schiffe auf Raupen in schwedischen Gewässern

R. GATERMANN, Stockholm. Die Sowjetunion betreibt in den schwedischen Hoheitsgewässern mit konventionellen und Kleinst-U-Booten systematisch gegen Schweden gerichtete Operationen. Zu diesem Schluß kommt ein in Stockholm veröffentlichter Bericht der vom Parlament eingesetzten U-Boot-Untersuchungskommission unter Vorsitz des früheren sozialdemokratischen Verteidigungs- und Außenministers Sven Andersson.

Die Regierung hat sich diesem Ergebnis angeschlossen und gestern nachmittag Sowjetbotschafter Pankin in Stockholm einen scharfen Protest überreicht. Bereits am Montag war der schwedische Botschafter aus Moskau zur „Information“ zurückgerufen worden.

Nach den Angaben des Kommissionsberichts sind im vergangenen Jahr an der Ostseeküste 40 Verletzungen der schwedischen Hoheitsgewässer festgestellt worden, die der Sowjetunion zugeschrieben werden müßten. Dies sind erheblich mehr als in den Vorjahren. Insbesondere befähigt sich der Bericht auf den Vorfall in den Meeresstützpunkt Moskau, der südlich von Stockholm, wo die schwedische Kriegsmarine im Oktober vergangenen Jahres drei Wochen lang nach feindlichen U-Booten suchte, aber unzureichend. Die Kommission schlägt deshalb weitere Anschaffungen - unter anderem vier U-Boot-Jagdhubschrauber, Minenräumboote und Unterwasseranlagen - im Gesamtwert von 60 Millionen Mark vor. Die schwedische Sicherheitspolitik dürfe niemals den Verdacht aufkommen lassen, daß schwedisches Territorium für fremde Mächte zugänglich sei.

U-Boote aus der Sowjetunion stammen. Sie gehörten vermutlich zu einem größeren Verband von insgesamt sechs U-Booten, deren Aktivitäten in dem Bericht als Bestandteil einer größeren U-Boot-Operation bezeichnet werden. Während eines der Schiffe normale Größe hatte, handelte es sich bei mindestens zwei der anderen um bemannte Kleinst-U-Boote bisher nicht konventioneller Bauart. Das eine wurde konventionell von einer Schraube angetrieben und war mit Raupenbändern ausgerüstet. Das andere verfügte offensichtlich über zwei an den Rumpfspitzen angebrachte Schiffschrauben, sein Kiel hatte sich tief in den Meeresboden eingegraben.

In dem Bericht wird außerdem erwähnt, daß im September vergangenen Jahres sowjetische U-Boote einen amerikanischen Flottenverband bis tief in den Stockholmer Hafen hinein verfolgt haben. Die Kommission wirft in ihrem 90seitigen Bericht der schwedischen Regierung zu große Sparsamkeit in der Verteidigungspolitik vor. Insbesondere sei die U-Boot-Bekämpfung in den 50er und 60er Jahren zu stark vernachlässigt worden. Die 1982 beschlossenen Maßnahmen seien richtig, aber unzureichend. Die Kommission schlägt deshalb weitere Anschaffungen - unter anderem vier U-Boot-Jagdhubschrauber, Minenräumboote und Unterwasseranlagen - im Gesamtwert von 60 Millionen Mark vor. Die schwedische Sicherheitspolitik dürfe niemals den Verdacht aufkommen lassen, daß schwedisches Territorium für fremde Mächte zugänglich sei.

ZITAT DES TAGES



Die Vereinigten Staaten können nicht lange sicher in einer Welt sein, in der Westeuropa nicht sicher ist.

Richard Burt, Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, in einem Vortrag in Hamburg. Burt verteidigte das Recht der USA auf Aufstellung von Pershing-2-Raketen in Europa, so lange die Sowjetunion auch nur eine SS-20-Rakete stationiert habe.

Kohl nach China

Co. Bonn. Bundeskanzler Helmut Kohl hat eine Einladung zu einem Besuch der Volksrepublik China angenommen. Sie wurde ihm vom neuen chinesischen Botschafter An Zhiyuan überbracht, der dem Kanzler einen Antrittsbesuch abstattete. Ein Besuchstermin soll noch vereinbart werden.

Einladung aus Moskau

dpa/rtr, Bonn. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wird möglicherweise noch in diesem Jahr die Sowjetunion besuchen. Nach Angaben eines Sprechers nahm Zimmermann eine Einladung des sowjetischen Botschafters in Bonn, Wladimir Semjonow, an. Er wird in seiner Eigenschaft als Sportminister in die UdSSR reisen. Die Einladung hat in Bonn Beachtung gefunden, weil Zimmermann als der wichtigste CSU-Minister im Kabinett Kohl gilt. Bei einem Antrittsbesuch Semjonows erörterten beide Politiker gestern auch die Positionen ihrer Regierungen zur Raketenrüstung.

Prem tritt zurück

dpa/rtr, Bangkok. Der thailändische Ministerpräsident Prem Tinsulanonda (62) hat gestern überraschend seinen Rücktritt bekannt gegeben. Allgemein war erwartet worden, daß Prem die regierende Drei-Parteien-Koalition, die bei den vorgezogenen Wahlen am 18. April eine starke Mehrheit der Mandate gewonnen hatte, weiterführen wird. Ohne die integrierende Kraft Prem ist es nach Auffassung politischer Beobachter zweifelhaft, ob die Koalition eine neue Regierung bilden kann. Prem begründete seinen Rücktritt damit, daß in einer Demokratie ein Parlamentarier und möglicherweise ein Parteivorsitzender Regierungschef sein sollte.

Deutsche Schrauben

DW, Bonn. 50 Milliarden Schrauben, Muttern und Niete liefern die mittelständischen Betriebe der deutschen Schraubenindustrie pro Jahr. Die Branche beschäftigt 13 500 Menschen, das Umsatzvolumen betrug 1982 fast 1,7 Milliarden Mark bei einem Absatz von 350 000 Tonnen.

Aktien schwächer

Am Aktienmarkt schwächten sich die Notierungen gestern ab. WELT-Aktienindex 139,7 (139,9). Auch am Rentenmarkt gaben die Kurse nach. Dollar-Mittelkurs 2,4506 (2,4412) Mark. Goldpreis je Feinunze 435,50 (441,50) Dollar.

KULTUR

Buchmesse eröffnet

SAD, Jerusalem. In Jerusalem ist gestern die 11. Internationale Buchmesse eröffnet worden, auf der fast 1000 Verlage aus 20 Ländern ihre Produkte ausstellen. Besonders stark vertreten ist die Bundesrepublik Deutschland. Schon am Abend vor der Eröffnung hatten der israelische Finanzminister Yoram Aridor sowie Verkehrsminister Mordechai Zipori und Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek bei einer feierlichen Veranstaltung den Start der Buchmesse besichtigt. Höhepunkt der Buchmesse ist die Verleihung des Jerusalem Preises '83 an den britischen Schriftsteller Vidiadhar S. Naipaul. Vor ihm war 1981 der Schriftsteller Graham Greene geehrt worden.

WEITER

Vereinzelt Gewitter

Vormittags bewölkt mit zum Teil gewittrigen Regenfällen. Im Tagesverlauf aufgelockerte Bewölkung mit örtlichen Schauern. Tagestemperaturen zwischen 15 und 18 Grad. In der Nacht 8 bis 11 Grad. Allgemein schwachwindig aus Süd bis Südwest.

SPD unterstützt „Aktionswoche“

Die SPD will die sogenannte Aktionswoche von Arbeitslosen-Initiativen unterstützen. Die SPD erkenne im Anliegen dieser Gruppen ein Stück ihres eigenen politischen Auftrags und rufe deshalb alle Sozialdemokraten auf, sich an der vom 30. Mai bis 4. Juni geplanten Aktionswoche „in angemessener Weise“ zu beteiligen, heißt es in einer Entschließung des Parteivorstands. Die SPD werde zusammen mit den Gewerkschaften versuchen, die Erwartungen, Hoffnungen und die Rechtsansprüche der Arbeitslosen „politisch zu machen“.

Ausdrücklich verweist die SPD-Entschließung auf den Evangelischen Kirchentag im Juni, der sich mit dem Thema Zukunft der Arbeit befassen werde. Die SPD als Partei der Arbeit könne die stillschweigende Spaltung der Gesellschaft in solche, die Arbeit haben und solche, die keine haben, nicht akzeptieren. Die Bundesregierung stehe dagegen „nicht mehr auf der Seite der Arbeitslosen“.

Rakowski droht der „Solidarität“

Die polnischen Behörden wollen gegen alle nicht genehmigten Massenbewegungen vorgehen, zu denen Funktionäre des verbotenen Gewerkschaftsbundes „Solidarität“ aufgerufen haben. Mieczyslaw Rakowski, stellvertretender Ministerpräsident, wurde gestern in der polnischen Presse mit der Warnung zitiert, wer die Stabilisierung der Verhältnisse im Land stören wolle, könne nicht mit Nachsicht rechnen. Der Oberkommandierende der Polizei, General Jozef Bejda, sprach von der Gefahr einer „Anschlagschelle auf die nationale Existenz“ und drohte gleichfalls mit Zwangsmaßnahmen. 1982 waren Mai-Kundgebungen der „Solidarität“ noch geduldet worden.

Rakowski gab seine Warnung im Lenin-Stadion von Nowa Huta bei Krakau, einer der früheren Hochburgen des Gewerkschaftsbundes „Solidarität“, bekannt. Diejenigen, die die Stabilisierung im Lande stören wollen, können nicht mit nachsichtiger Behandlung rechnen“, sagte der Politiker.

Der Terrorismus nimmt weltweit zu

Die Erfolge der Terroristenführer in der Bundesrepublik Deutschland und Italien haben offenbar nichts daran geändert, daß der Terrorismus weltweit in den vergangenen Jahren fast lawinenartig angewachsen ist. Nach Angaben des State Departments in Washington hat die Zahl der bedrohlichen politischen Gewalttaten 1982 weltweit von 705 auf 746 noch einmal zugenommen. Im Jahre 1968 waren „nur“ 142 terroristische Überfälle gezählt worden.

Die Täter arbeiten immer professioneller. Nach Angaben von Yonah Alexander vom Zentrum für strategische Studien an der amerikanischen Georgetown University sind die politischen Gewalttäter heute besser organisiert, besser ausgebildet und besser ausgerüstet als je zuvor. Hinzu komme eine veränderte Strategie: „Heute scheinen Bombenanschläge die beliebteste Taktik zu sein. Doch wir sollten auch mit wirklich hochentwickelten Methoden einschließlich chemischer, biologischer und nuklearer Kriegsführung rechnen.“

Die Festnahme zahlreicher führender Terroristen und die gegenüber Gewaltanwendung ablehnende Haltung der Bevölkerung hätten zu einer weitgehenden Ausbreitung des „traditionellen“ Typs des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Ähnlich sei es in Italien, wo innerhalb weniger Monate Hunderte von Mitgliedern und bekannten Führern der „Roten Brigaden“, der „Vorderen Front“ sowie faschistischer Terrorgruppen gefaßt wurden. Dagegen habe in Frankreich der Terror im vergangenen Sommer mit 112 Anschlüssen innerhalb von nur 30 Tagen einen neuen Höhepunkt erreicht. In den USA stieg die Zahl terroristischer Aktionen im Jahr 1982 von 42 auf 51.

WELTSONNEN • MOVIEPICK • Physischer Jacob Späth

präsentieren:

22.7.83

Sichern Sie sich Ihre Karte im Vorverkauf

Samstag, 30. April, 20 Uhr

im Zentrum

Im Rhein-Ruhr-Zentrum (Mülheim/Esch) (B1) Karten erhalten Sie an allen bekannten Vorverkaufsstellen in Nordrhein-Westfalen sowie in allen Mitverkäufer-Praktiken in NRW oder Telefon-Information 0 20 54 11 10 28

Heute in der WELT	
Nicaragua: Vorsichtiger wehrt sich Biskar Ortega gegen Sandinisten	S. 3
NRW: Basis hinter Worms, Punkt-vorfeld für Biedenkopf	S. 4
ÖTV-Vorsitzende droht jetzt mit „härterer Gangart“	S. 5
Frankreich: Mitterrand warnte alle „sozialen Rebellen“	S. 6
US-Kongress: Kleine Schritte zur Selbstblockade	S. 7
Wirtschaft: US-Konjunktur - Drängen auf Abban der Defizite	S. 10
Fernsehen: „Telemotor“ - Ein Gespräch mit Harry Valérien	S. 17
Sport: Fußball-Länderspiel gegen Österreichische Litiburski	S. 18
Kultur: Chansons, hart wie ein Aufwärtshaken - Piaf-Film	S. 25
Aus aller Welt: Kaffee und Kuchen locken Sextaner	S. 26

iltanz

on Jürgen Liminski

Kairo sollte eigentlich ein problemloser Auftakt der Nahost-Reise von US-Außenminister Shultz sein. Aber schon hier offenbart sich den interessierten Zuschauern, daß Shultz' Parcours in Wahrheit ein Seiltanz ohne Netz ist. Mubarak ließ vorab über seine Medien verkünden, die PLO sei für ihn nach wie vor der einzige legitime Repräsentant der Palästinenser; Washington dagegen sähe es heute wieder ganz gern, wenn die arabischen Länder der PLO dieses Mandat entzögen. Riad hat die Welt wissen lassen, daß die Saudis nur den arabischen Plan von Fes, also ihren eigenen, unterstützen wollen. Und Damaskus hat, um die Gewichte auf Shultz' Balancestange ebenfalls noch vor dem ersten Schritt richtig zu verteilen, schon das syrische Nein zu allen Plänen mitgeteilt, die die Präsenz der syrischen Besatzungstruppen in Libanon berühren oder ein Aufheben der Abmachung von Camp David fördern könnten. Die Erwartungen des Publikums sind also hoch. Nur wenige wünschen, daß der Mann aus Amerika auf dem Seil bleibt. Zu ihnen gehören gewiß die Libanesen, deren Diplomatie von Anfang an auf die amerikanische Nummer gesetzt hat. Aber auch in Israel regen sich Hoffnungen. Washington hat seit Husseins Absage und dem Anschlag auf die Botschaft ein deutlicheres Bild von der Lage in Nahost. Realismus ist erkennbar, wenn Shultz die Bedeutung der PLO herabstufte. Im Weißen Haus hat man auch erkannt, daß der sowjetische Einfluß in der Region bedrohlich wächst, nicht nur via Syrien und PLO.

So bieten sich Washington zwei Möglichkeiten: Entweder man erlaubt den Sowjets weiter, ihre Fäden zu spinnen, oder man entschließt sich, endlich Druck auf die Araber auszuüben, damit diese wiederum Damaskus bedrängen – solange das noch geht. Andropow knüpft eifrig sein nahöstliches Netz, Israel hält das seine bereit. Noch kann Shultz sich aussuchen, in welches er sich und seinen Präsidenten fallen lassen möchte.

Defensive

Von August Graf Kageneck

Früher, als er wollte, hat sich François Mitterrand in den vordersten Schützengraben gegeben, um seinen arg bedrängten Sozialismus gegen die anbrandende Welle von Unmut und Enttäuschung zu verteidigen. Auf einer Reise durch Nordfrankreich schlug er einen neuen Ton an. Er beschwor die Franzosen noch einmal, wie schon am 23. März, ihm Vertrauen zu schenken. Aber er drohte auch, die von ihm erfundene „Politik der nationalen Wiederaufrichtung“ mit der ganzen Autorität seines Amtes zur Anwendung zu bringen – ein Engagement, das ihn zur Hauptzielscheibe der Kritik macht.

Ist dieser neue Appell zu nationaler Solidarität schon in sich ein Eingeständnis der Schwäche, so droht er ebenso ungehört zu verhallen wie der erste vor einem Monat. Inzwischen hat sich das Getöse sozialer Forderungen und kategorischer Proteste nämlich erheblich verdichtet. Ganze Berufsgruppen erheben sich gegen die Regierung. Ärzte sind ebenso unter den Rebellen zu finden wie Automobilarbeiter oder Bauern. Und in den Universitäten brodelt etwas herauf, das fatal an die große Revolte der „privilegierten Kinder der Nation“ vor fünfzehn Jahren, also im Mai '68, erinnert. Es scheint, als könne ein Funke genügen, um den Brand zu entfachen.

Ist der Sozialismus in Frankreich bereits gescheitert, noch ehe er Hausrecht erwerben konnte? Gewiß standen einige gute Feen an seiner Wiege, und er konnte auf ein enormes Vertrauenskapital bis weit ins bourgeoise Lager hinein bauen. Aber statt mit dem Pfunde zu wuchern, hat Mitterrands Politik dies binnen 24 Monaten verschleudert. Teure Reformen und überhitzte Geldpolitik zwingen ihn jetzt, dem Volk eine Suppe zu verordnen, die es keineswegs ausöffeln möchte. Die „Enttäuschten des Sozialismus“ rüsten sich zum Marsch auf Paris, seine Verteidiger zur letzten Schlacht.

Sextaner-Ebbe

Von Peter Philipps

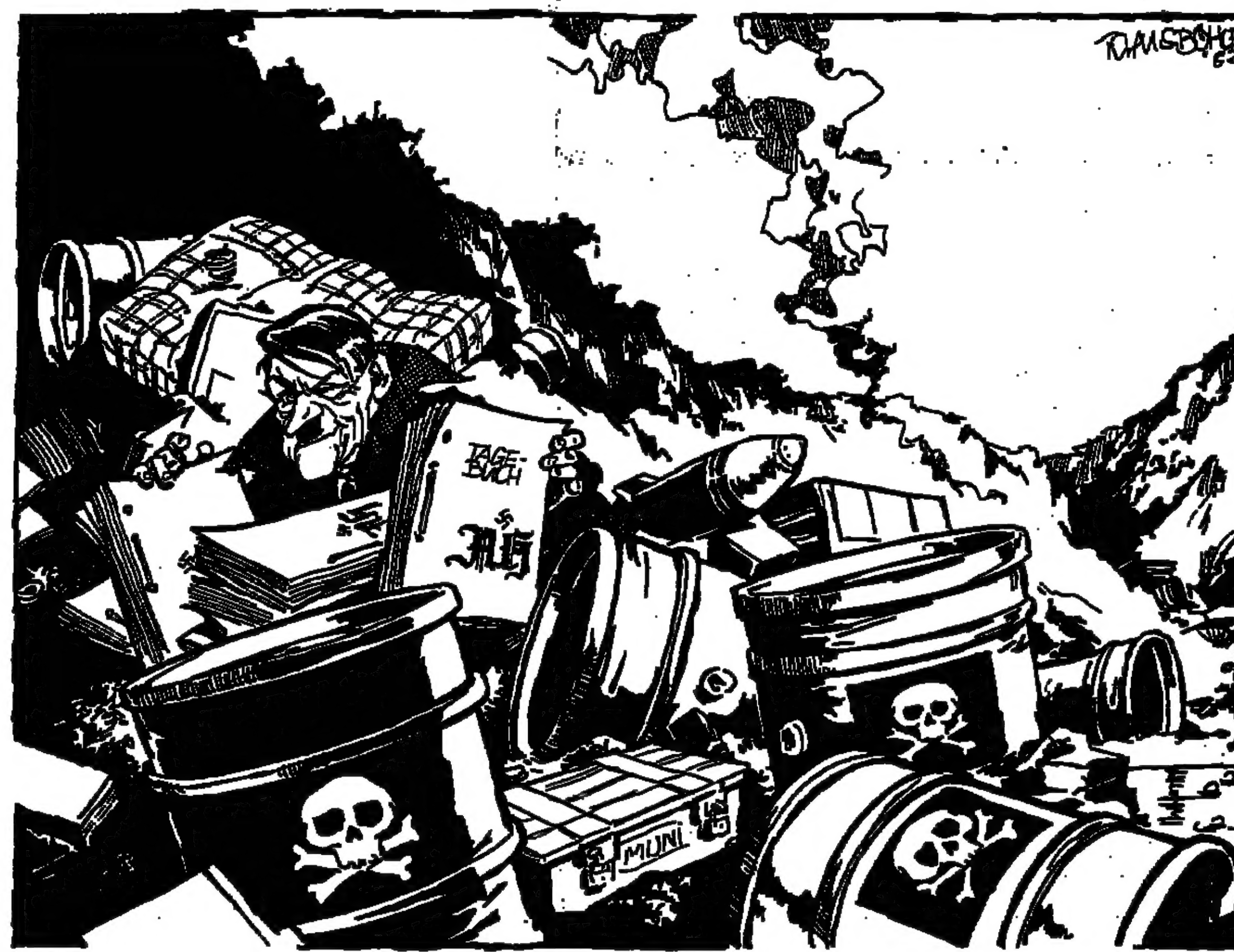
Der Pillenknick hat bei den Direktoren der Gymnasien Existenzängste ausgelöst. Mit den abenteuerlichsten Aktionen versuchen einige Schulen, die Sextaner-Klassen zu füllen, damit ihr Dasein nicht mangels Schülermasse vom Kultusministerium beendet wird. Andere werben mit pädagogischen Argumenten oder einfach mit Kaffee und Kuchen.

Man könnte soles mit einem Schmunzeln abtun. Denn gegen Wettbewerb im schulischen Bereich ist wahrlich nichts einzuwenden. Und die Eltern haben ja die freie Wahl, auf welches Gymnasium sie ihr Kind schicken: auf das, das die höchsten Leistungsanforderungen stellt, oder auf jenes, das über einen eigenen Badestrand auf Sylt verfügt.

Doch die Gefahren lauern tiefer: Die Existenznöte der Gymnasien angesichts zurückgehender Schülerzahlen drohen Schäden anzurichten, die in etwa den Qualitätsänderungen der deutschen Oberschulen durch die Bildungsreform der sechziger Jahre entsprechen. Denn immer häufiger berichten Lehrer davon, daß Sextaner aufgenommen werden, die man früher angesichts ihrer Leistungen niemals ins Gymnasium hinein gelassen hätte.

Nach dem Niveauverlust durch die quantitativ angelegte Bildungspolitik, die zur Abiturientenschwemme führte, droht uns jetzt ein zusätzlicher Niveauverlust durch den Sextaner-Mangel. Denn der Blick auf die Kapazitäts-Auslastung der eigenen Schule wird dazu führen, daß erneut die Leistungsanforderungen gesenkt werden, um einen möglichst hohen Prozentsatz der Sextaner auch bis zum Abitur durchzuschleusen.

Dabei bietet der Geburtenrückgang gerade für die Pädagogen unendliche Chancen. Nachdem die Schulen in den vergangenen Jahren in so außerordentlichem Maße zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, könnte es nun bei stagnierenden Mitteln aber auch geringeren Schülerzahlen echte pädagogische und damit leistungsmäßige Verbesserungen an Deutschlands Gymnasien geben. Die Verantwortlichen bleiben aufgerufen: Wehret den Anfängen eines erneuten Niveauverlustes, den wir uns als Industrienation im internationalen Wettbewerb nicht leisten können.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rauch, aber auch Feuer

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Kanzler Kohl hat in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober nachgeblättert und festgestellt, daß die sechs Punkte zur Deutschlandpolitik, die am Montag von der CSU publiziert worden sind, inhaltlich das wiederholen, was er damals im Parlament vorzutrug. Da die Regierungserklärung den politischen Willen aller drei Koalitionsparteien proklamiert, könnte man folgern, das deutschlandpolitische Picken und Quicken zwischen CSU und FDP sei nur mediale Lärmentführung ohne sachliche Substanz. Verheißt es sich so, dann handelt es sich um ein profanes, neurotisches Geranze der beiden kleineren Koalitionsparteien, und Graf Lambdord hat recht, wenn er von Wadenbeißerei spricht.

Aber so einfach liegt der Fall nicht. Wenn Strauß die FDP und Genscher im besonderen, vom Duo Stoiber/Wiesheu zur Wende in der Deutschlandpolitik auffordern läßt, so geschieht das in einem zeitgeschichtlich genau zu bestimmenden Sinn: Es war das Feld der Deutschlandpolitik, auf dem die FDP während ihrer Bonner Oppositionsjahre von 1966 bis 1969 die Hinwendung zur SPD vollzog. Das Ergebnis war die sozialliberale Koalition.

Es bedarf nicht des phänomenalen Gedächtnisses eines alten Elefanten, um herauszufinden, wo das Feuer brennt, das in den letzten Tagen so viel Quälentzief hat. Näher wird uns dem Sachverhalt mit drei Thesen.

These 1: In den Jahren 1966 bis 1969 stand die Willensbildung der Freien Demokraten über die Deutschland- und die Ostpolitik im direkten Zusammenhang mit der Koalitionsfrage. Zwar hat die FDP immer für sich in Anspruch genommen, im Geiste Rathenau und Stresemanns zu handeln, die – so Erich Mende 1967 – „mit der Freundschaft des Westens im Rücken, die Normalisierung der Beziehungen zum Osten schon zu Zeiten der Weimarer Republik erstrebten“ (Adenauer hielt das für eine verwerbliche Schaukelpolitik); aber offensichtlich paßte sich die FDP an die SPD an, die in Berlin unter Willy Brandt seit Ende 1963 (Passierschein-Abkommen) eine „Politik der kleinen Schritte“ gegenüber Ost-Berlin praktizierte und die 1966 (Dortmunder Parteitag) von Brandt auf eine Politik des „qualifizierten, geregelten und zeitlich begrenzten Nebeneinander-

ders“ der beiden Teile Deutschlands eingeworfen worden war. Übertrifft Anpasser, die für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eintraten, bezeichnete Mende 1967 als „Reformatoren“, welche „nur noch mit der SPD zu koalieren bereit sind“. Das traf den Nagel auf den Kopf.

These 2: Die innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Deutschlandpolitik waren Instrument eines Führungskampfes, der 1967 mit dem Verzicht Mendes auf den Parteivorsitz endete. Abgesehen von einer anderweitigen Ungeschicklichkeit, war es Mendes Widerstand gegen den beabsichtigten „Machtwechsel“ in Bonn, der ihn scheitern ließ. Sein Nachfolger wurde Walter Scheel. Noch 1971, auf dem Parteitag der „Freiburger Thesen“, kannte Scheel Andersdenkende in den eigenen Reihen, die Nationalliberalen, als „gesellschaftspolitische Reaktionskräfte“, die „unbelehrbar Nationalismus und Patriotismus verwechseln“.

These 3: Mit ihrer Wende, die 1969 die FDP in eine Koalition mit der SPD führte, haben die Freien Demokraten wesentlich dazu beigetragen, daß die Inhalte der Deutschlandpolitik in einer Weise verändert wurden, die weder die CSU noch die CDU akzeptieren kann. Der Grundsatz, daß Verträge einzuhalten sind, wird davon nicht berührt; er gilt auch für den Grundlagenvertrag mit der „DDR“. Inhaltliche Gegensätze kamen jedoch in Debatten über den Grundlagenvertrag deutlich zum Ausdruck. Gestritten wurde über das Bismarck-Reich. Für die Union sagte Richard von Weizsäcker zum

Reichsgründungsjahr 1871: „Von daher – und nur von daher – wissen wir heute, daß wir uns als Deutsche fühlen.“ Carlo Schmid antwortete für die SPD, die „deutsche Nation“ sei „mehr... als das Ergebnis der Schlacht bei Sedan und der Kaiserproklamation in Versailles“. Die Union verteidigt den Begriff der „Staatsnation“. Die Sozialliberalen zeigten Sympathien für die „Kulturunion“, die Carlo Schmid allerdings als „politische Nation“ aufgefaßt wissen wollte. Der entscheidende Unterschied: Die „Staatsnation“ ist an den Staat der Deutschen gebunden, ihre Existenz setzt die staatliche Kontinuität von der Reichsgründung bis zur Gegenwart voraus. Die „Kulturunion“ gilt historisch als ein Vorstadium der Staatsnation; die Befürchtung ist nicht unbegründet, daß dieser Begriff mit dem Hinterriss benutzt werden könnte, die Staatsnation zurückzuentwickeln, sie aufzulösen.

Wenn Genscher von der Kontinuität der Deutschlandpolitik spricht, so überkommen Strauß grimmige Zweifel, ob damit die rechtlich abgesicherte, freiheitliche Staatsnation im Sinne des Grundgesetzes gemeint ist, der das Fortbestehen des Deutschen Reiches als Völkerrechtssubjekt zugrunde liegt, oder ob es die FDP weiterhin unwidersprochen läßt, wenn Willy Brandt, wie schon 1969 – erklärt, er habe gehört, über eine „Wiedervereinigung“ zu reden. Hier dürfen in der Tat keine Unklarheiten bestehen bleiben.

Es ist der CSU – genauer: dem Freistaat Bayern – zu verdanken, daß das Bundesverfassungsgericht Gelegenheit erhielt, in seinem Urteil über den Grundlagenvertrag jeden Zweifel daran auszuräumen, daß die „Wiedervereinigung“ ein verfassungsrechtliches Gebot ist, wobei von der Existenz „Gesamtdeutschlands“ mit einem deutschen (Gesamt-)Staatsvolk auszugehen ist. Von der FDP muß erwartet werden, daß sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht als ehemaliger Koalitionspartner der SPD nur passiv hinnimmt, sondern daß sie es sich als nunmehriger Partner der Union ausdrücklich zu eigen macht.

Am einfachsten kann das geschehen, indem der Bundeskanzler das Karlsruhe Urteil in seiner bevorstehenden Regierungserklärung würdigt und den politischen Willen aller Koalitionsparteien darauf verpflichtet.



Zur Wende aufgefordert: FDP-Chef und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. FOTO: POLY PRESS

Portugal: Benfica interessierte mehr als der Wahlkampf

Drei Männer tragen Verantwortung für die politische Stabilität des Landes / Von Rolf Götz

Der Wahlsieg der Sozialisten bedeutet noch nicht das Ende der permanenten Regierungskrise in Portugal. Generalsekretär Mario Soares setzt zum zweiten Mal an. Um die Fehler seiner ersten Regierung zu vermeiden, sucht er den breiten Konsens der Sozialpartner außerhalb der Parteien. 1976 hatte der Sieger der ersten freien Wahlen nach dem Zusammenbruch der kommunistisch diktierten Militärregierung mit 37 Prozent der Stimmen eine Minderheitsregierung begonnen. Einen dringenden notwendigen Kredit des Weltwirtschaftsfonds zu erhalten tat er sich später mit den Christdemokraten vom rechten Flügel des Parlaments zu einer Koalitionsregierung zusammen. Als die CDS jedoch ihre Mitarbeit aufkündigte, setzte Staatschef General Eanes die Regierung Soares kurzerhand ab. Nacheinander scheiterten drei vom Staatspräsidenten eingesetzte Regierungen am Parlament. Und ganz logisch gaben die Portugiesen danach einer Allianz bürgerlicher Parteien die absolute Mehrheit.

Aber trotz eines starken Rückhaltes im Parlament, zerbrach auch diese Koalition an inneren Streitigkeiten. Der Einiger, den Wähler

und Politiker als den Retter feierten, der Ministerpräsident Sa Carneiro kam bei einem Flugzeugunglück ums Leben, bei dem, nach Kenntnis westlicher Regierungen, der KGB die Hand im Spiel gehabt hat. Fast schlagartig löste sich die von Sa Carneiro geschaffene Allianz in ihre Bestandteile auf. Sein Nachfolger, Pinto Balsemão, fehlte die nötige Charisma, um das Erbte zu halten, und so geriet der Regierungsauftrag der Allianz ins Hintertreffen. Wieder erlebte das Land die Agonie der Uneinigkeit und das lähmende Gerangel um die Spitzenpositionen der Politiker. So blieb Staatspräsident General Eanes nichts anderes übrig, als noch einmal das Parlament aufzulösen und vorgezogene Wahlen auszuschieben zu lassen. Der Wahlkampf aber gestaltete sich ganz anders als bisher. Das lebhafteste Interesse eines klug abwägenden Wählers wies eine lähmende Skepsis. Die Anhänger der Parteien blieben – streng getrennt – unter sich. Niemand interessierte sich mehr wie in den ersten Jahren der Demokratie für die Programme der anderen. Die größte Versammlung während des Wahlkampfes konnte die Mannschaft von Benfica bu-

chen, als sie siegreich von einem Fußballfinale nach Lissabon zurückkehrte.

Dennoch trat das portugiesische Volk an die Urnen; voller Skepsis und ohne wirkliche Zuversicht oder Vertrauen wehrten sich die Portugiesen gegen das Eingeständnis des nationalen Versagens. Ganz offensichtlich sind sich Mario Soares und seine Leute dieser Zurückhaltung und dieser vielleicht letzten Chance vor dem Chaos und einer Systemänderung bewußt. Alle Parteien triumphierten einmal, und alle Parteien scheiterten. Keine konnte ihre Legislaturperiode voll durchziehen. So wählte man jetzt das geringere Übel.

Mario Soares geht voll auf diese Situation ein. Er kehrt nicht den Triumphator von 1976 heraus, als er die Kommunisten in die Schranken wies. Er verzichtet auf jede Ideologie. Sein Appell an den Staatspräsidenten, zusammen mit dem Staatsrat und der Bank von Portugal als erstes den drohenden Staatsbankrott aufzuhalten – das Wort benutzte er nicht, es trifft aber zu – zeugt von Realismus. Der künftige Regierungschef weiß, daß die wieder angelegte Kapitalflucht nicht mit dem Straßengesetz-

IM GESPRÄCH Fred Sinowatz

Kreiskys standfester Erbe

Von Carl Gustaf Ströhm

Als er 1971 die Leitung des Unterrichtsministeriums in der damals noch jungen und schwungvollen Frühzeit der sozialistischen Regierung Kreisky übernahm, wird er an alles mögliche gedacht haben – nur nicht daran, eines Tages selbst einmal Bundeskanzler zu werden oder gar Bruno Kreiskys Nachfolger zu sein. Jetzt ist Fred Sinowatz, der Sozialist aus Österreichs östlichem Winkel, dem Burgenland, neuer Kanzlerkandidat der SPÖ – und wie immer die Wiener Koalitionsverhandlungen ausgehen, er dürfte der neue Regierungschef der Alpenrepublik werden.

In mehr als einer Hinsicht ist Sinowatz das genaue Gegenteil seines Vorgängers. Dem schwergewichtigen, breitschultrigen Mann fehlt so ungefähr alles, was an Bruno Kreisky bewundert wurde: die Brillanz des Intellektuellen, die Freude am politischen Spiel, die Gabe zum lauten Denken und zu bestechenden Formulierungen – und der Spaß, sich auf dem internationalen Parkett zu bewegen.

Sinowatz hat seine politische Laufbahn buchstäblich in der Provinz begonnen. Der heute 54-jährige wurde im Burgenland geboren. Sein Familienname verrät, daß seine Vorfahren Kroaten waren – Angehörige jenes slawischen Volkes, das von den Habsburgern nach den Türkenkriegen im wiedergewonnenen damaligen Westungarn angesiedelt wurden. Sinowatz bedeutet auf deutsch „Neffe“ oder „Brudersohn“. Allerdings – die burgenländischen Kroaten sind stets gute Österreicher gewesen.

Die Gestalt, die die scheinbare Schwerfälligkeit des Mannes mögen das verleiten, ihn zu unterschätzen. Der studierte Historiker, Germanist und Zeitungswissenschaftler hat sich sowohl in der Landesregierung des Burgenlandes wie seit fast zwölf Jahren als Unterrichtsminister als zäher Arbeiter erwiesen: Jemand, der nicht



Geht einen schweren Weg: Fred Sinowatz. FOTO: CAMERA PRESS

das Rampenlicht sucht, aber mit vielen Leuten reden kann. Kurzum: eine Integrationsfigur. Vielleicht braucht die nach Kreiskys Abgang verunsicherte und von Fügungskämpfen bedrohte Sozialistische Partei genau einen solchen Mann – keinen brillierenden Überflieger, sondern jemanden, der die verschiedenen Flügel und Interessen auf seinen breiten Schultern tragen vermag. Künftige Koalitionspartner, so heißt es, sollten ihn nicht unterschätzen. Hinter Bonhomie und Behäbigkeit verborgen sich bei ihm Standfestigkeit und taktisches Geschick.

Sicher geht Sinowatz einen schweren Weg: Das einst so einfache Regieren mit der absoluten Mehrheit ist vorbei. Viele werden sich fragen, ob mit seiner Kanzlerschaft nicht ein weiterer Abstieg der SPÖ beginnen könnte. Bleibt aber abzuwarten, ob der neue Kanzler und vermutlich baldige SPÖ-Vorsitzende sich aus dem Schatten des übermächtigen Bruno Kreisky freizuschwimmen und seinen eigenen Stil zu entwickeln vermag. Daran wird dann gemessen, ob er nur eine Übergangsfigur sein wird – oder mehr.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen betonen sich mit Honecker-Konferenzen zum innerdeutschen Verhältnis und den Koalitionsfragen über diesen Thema:

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Es kann nicht überraschen, daß Erich Honecker die Gegensätze in der Koalition eifrig für sich auszunutzen versucht. Offenbar schenkt ihm der Augenblick geeignet, um in der Diskussion über die Transitwege die Flucht nach vorn anzutreten, solange die Regierungsparteien vor allem mit sich selbst beschäftigt sind. Vor wenigen Tagen noch wegen des Falles Burkert in der Defensive, warnt er nun vor einer Belastung des Abkommens und spricht von einer Diffamierungskampagne. Der SED-Chef spürt, daß mit dem tragischen Geschehen in Drenitz die gesamte Abwicklung des Transitverkehrs in den Brennpunkt der Kritik geraten ist. Dem will Honecker mit seinem Wortschwallut entgegenwirken. Überzeugender könnte das freilich geschehen, wenn künftig auf die oft rüde Behandlung der Reisenden, auf unverhältnismäßig hohe Geldstrafen verzichtet würde. Daß der erste Mann der DDR im gleichen Atemzuge erneut sein Interesse an „normalen Beziehungen“ zur Bundesrepublik bekundet, beweist nur, daß sich an seiner Politik der Wechselbäder nichts geändert hat.

Frankfurter Allgemeine

Die alten Griechen wußten, daß Streiten eine Kunst ist. Sie geht verloren, wenn ein besonders wichtiger Streitgegenstand, die Rede ist von der Deutschlandpolitik, anderthalb Jahrzehnte unter den Teppich gekehrt wird. Das merkt man jetzt. Was im Herbst die Koalition aufheben, verlangt nach dem 8. März sein Recht. Über das innere deutsche Verhältnis muß nachgedacht werden. Daß dafür zwei unbrauchbare Schlagwörter „Kontinuität“ und „Wende“ angeboten werden, kommt nicht überraschend. Von jeher haben gerade auf diesem Felde die Untauglichsten erhalten müssen, vom „Wandel durch Annäherung“ spätestens angefangen. Statt dessen kann es angesichts der Kompliziertheit gerade dieser Thematik und ihres unaufrichtigen Zusammenhangs mit dem Großmachts-Verhältnis und der „Großwetterlage“ nur um vorsichtige Korrekturen gehen. Die Annahmen aus Bayern sind im einzelnen nicht frei von Überspitzungen. Aber an ihrem Grundgedanken ist Richtiges. Vor allem, daß die Begriffe des „Normalen“ und des „Nachbarlichen“ im Verhältnis zwischen Bundesrepublik und „DDR“ allzuange und allzu beflissen im Ostberliner Sinne definiert worden sind. Es hat mit Nachbarlichkeit nichts zu tun, wenn Deutsche, die miteinander Umgang haben wollen, mit Gewalt daran gehindert werden.

Rhein-Beitrag

Der Landesvorsitzende Strauß will das beträchtlich höhere spezifische Gewicht seiner bayerischen Union zum Tragen bringen und dabei auch seine Führungsrolle ins Bundespolitische ausweiten. Wadenbeißerei – so nannte Graf Lambdord nicht zureichend den koalitionsrechtlichen Streit, der mit der Deutschlandpolitik an sich nur wenig zu tun hat. Dies zeigte sich an den sechs Orientierungspunkten, welche die CSU präsentierte: Allesamt sind sie in ihrem Kerngehalt zwischen den Koalitionsparteien kaum strittig. Für Kohl aber bleibt es eine Daueraufgabe, jenseits der Wadenbeißerei Übersicht und Gelassenheit zu wahren. Es könnte sein, daß er wieder Richtungskämpfe geben. Sie werden es Mario Soares nicht gerade leichtmachen, seinen eigenen linken Parteiflügel zu bändigen.

Neben – eigentlich über – den Parteipolitikern errang in den vergangenen Jahren Staatspräsident General Eanes in weiten Teilen des Landes das Bild des vertrauensverwehenden Schlichters. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob seine Sympathien eine eigene Präsidentenbewegung bilden könnten. So liegt denn die Last der schweren Verantwortung auf den Schultern von drei Männern: dem wortgewaltigen Sozialisten Mario Soares, dem schweigsam ersten General Eanes und dem Wiederaufsteiger Mota Pinto. Und keiner empfindet Sympathien für die anderen.

Sinowatz
er Erbe



Einem schweren Erbe...
Die Sinowatz-Familie...
Die Sinowatz-Familie...
Die Sinowatz-Familie...

ANDERS...
Die Sinowatz-Familie...
Die Sinowatz-Familie...
Die Sinowatz-Familie...

Die Sinowatz-Familie...
Die Sinowatz-Familie...
Die Sinowatz-Familie...
Die Sinowatz-Familie...

Vorsichtig wehrt sich Bischof Ortega gegen die Sandinisten

Von MANFRED SCHELL

Nicaragua im April 1983, vier Jahre nach der Machtergreifung der Sandinisten: Die Tröstlichkeit beginnt nicht erst in der Hauptstadt Managua, einer Ansammlung von zerstört stehenden, vielfach vom Erdbeben oder von Kugeln beschädigten Häusern. Der westliche Besucher spürt sie bereits bei der Ankunft auf dem Flughafen, der - wie fast alles hier - Sandino, dem revolutionären Vorbild, geweiht ist. In keinem anderen Land dieser Region müssen so viele Formulare ausgefüllt werden. Sie sind ein Element jenes Überwachungsapparates, des Spitzendienstes, das die Sandinisten mit Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit (MIS) aufgebaut haben. Wie bei der Einreise in die DDR gibt es den Zwangsunterschied: 60 US-Dollar pro Person. In den Hotels dürfen Ausländer nur in den Höfen der Gebäude herumlaufen, auch bei Telefonaten vorsichtig zu sein. Die Zahl der amtlichen Lauscher ist groß.

Überall an den Straßenecken stehen bewaffnete Jugendliche, oft fast noch Kinder, ein erschütterndes Bild. Die Jugend - die Hälfte der Einwohner ist unter 16 Jahre alt - ist in ihrer Begeisterung die Schütze der Sandinisten. Andererseits aber wird von niemandem - außer den Sandinisten selbst - bestritten, daß vielleicht nur noch 25 Prozent der Bevölkerung hinter den Revolutionären stehen. Das Land ist wirtschaftlich und politisch bankrott. Die Auslandsschuldung hat eine astronomische Höhe erreicht. Die massive Aufrüstung - das kleine Land hat 138 000 Frauen und Männer unter Waffen - geht zu Lasten des Konsums. Inzwischen fehlt es an Grundnahrungsmitteln. Der Versuch der Sandinisten, diese prekäre Situation mit Hilfe von Geld und Waffen zu stabilisieren, zeigt immer weniger Wirkung. Die Opposition im Land, brutal unterdrückt, wächst.

In dem mutigen Bischof von Managua, Obando, sehen die Sandinisten einen ihrer Hauptwiderstandler. Mehrere Mordversuche sind fehlgeschlagen. Der Bischof schweigt nicht, aber er versteht sich auch nicht als politische Figur. Nach dem Sonntagsgottesdienst im Vorort St. Domingo sind wir bei ihm zu Gast. Das Gelände, auf dem auch der katholische Rundfunksender steht, ist umzäunt. Bischof Obando hat den Sturz des Diktators Somoza im Jahre 1979 gekündigt, ja sogar gewünscht. Nicht wenige Sandinisten haben ihm ihr Leben zu verdanken. Er hat sie durch Interventionen bei Somoza aus der Gefangenschaft freibekommen. Die katholische Kirche, der 90 Prozent der Bevölkerung angehören, hat aber auch schon in einem Hirtenbrief im Jahre 1979 ihre Erwartungen an die Sandinisten formuliert: Selbstbestimmung für das Volk, mehr Menschenrechte, kein Klassenhaß und eine Verringerung der Distanz zwischen arm und reich. Nichts davon ist in Erfüllung gegangen.

Bischof Obando äußert sich vorsichtig. Er spricht von einer "Tendenz zum linken Totalitarismus in Nicaragua, von mangelndem Pluralismus, von fehlender Meinungsfreiheit. Seine Erklärungen und Sonntagspredigten, die über den katholischen Sender ausgestrahlt werden, unterliegen der Zensur. Die katholische Kirche in Nicaragua ist eine Kirche des Leidens geworden. Um die Macht des Bischofs und der Amtskirche zu schwächen, propagieren die Sandinisten die "Volkskirche". Die Amtskirche macht Front dagegen. Der Papst hat bereits in einem Brief im Jahre 1982 die Gläubigen aufgefordert, sich um ihre Bischöfe zu scharen.

Der Außenminister Nicaraguas soll kürzlich Bischof Obando als "Contra-Nummer eins" bezeichnet haben. Das kommt einer unverhüllten Morddrohung gleich. Der Bischof entgegnet, er gehöre keiner politischen Partei an, und er sei auch "kein Contra". Aber er fühlt sich seinen Gläubigen und

seinem Land verpflichtet. Beim Abschied hat Bischof Obando ein Anliegen. Vielleicht, so fragt er an, gebe es mit Hilfe von außen eine Möglichkeit, die vom Erdbeben zerstörte Kathedrale von Managua wiederaufzubauen. Sechs Millionen Mark wären notwendig.

Die gesteuerten Sprechchöre, die beim Papstbesuch im März sein Mediapfer stürten, betätigten sich ansonsten als Schlägertrupp nach dem Vorbild der SA. Die Sprecher der demokratischen, aber nicht zugelassenen Parteien, die aus Todesfurcht noch nicht das Land verlassen haben, wissen davon zu berichten: Parteilokale werden von ihnen gestürmt, Unterlagen werden verbrannt. Viele werden ohne Angehörigen von Grinden abgeführt und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Privatwohnungen von bekannten Parteimitgliedern werden von diesen Schlägertrupps umlagert und mit Parolen besprüht. Die billigste Methode, jemanden zu verunglimpfen und zu verhaften ist, ihn als CIA-Agenten zu bezeichnen oder ihn der "Konterrevolution" zu verdächtigen.

Im Hinterhof ein Gespräch mit Gewerkschaftern

Die Begegnung mit den Sprechern von fünf Parteien, darunter den Christdemokraten und den Sozialdemokraten, findet in sehr einfacher Umgebung, auf einem Hinterhof statt. Auch Gewerkschafter sind dabei. Sie dürfen keine Versammlungen abhalten. Einer von ihnen formuliert: "Der politische Spielraum ist auf ein Minimum herabgedrückt." Sie schildern die Schikanen. Berufungsgerichte gibt es nicht, ebenso kein Streikrecht, auch keine Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Im letzten Dezember sind 19 Gewerkschaftsmitglieder verhaftet worden. 13 weitere Mitglieder der Bauergewerkschaft sind verschwunden. Kein Mensch weiß, wo sie sind, sagt einer am Tisch.

Über die Aufgaben, die Ausländer für die Sandinisten im Land erfüllen, weiß diese Runde wenig. Kubaner, Bulgaren und Russen seien im Land. Auch hat man von Leuten aus der DDR gehört. Es soll vorgekommen sein, daß Kubaner selbst Verhaftungen vorgenommen haben. Trotz ihrem Elend

stehen aber die Politiker und Gewerkschafter einer "militärischen Lösung" des Konflikts ablehnend gegenüber. Der Krieg gegen Somoza, so sagen sie, habe 50 000 Tote gekostet und die wirtschaftlichen Schäden seien kaum auszugleichen.

Angesichts der Berichte über Kämpfe im Norden des Landes, im Grenzgebiet zu Honduras, und einer zweiten Front der Opposition im Süden, gewinnt man jedoch den Eindruck, daß die Gesprächspartner "Hoffnung gegen Fakten setzen". Einer von ihnen sieht die Lage durchaus realistisch. "Es kann sein, daß hier in wenigen Monaten ein schrecklicher Krieg im Gange ist." Auch das gehört zu dem Nicaragua unter den Sandinisten: Der Staatshaushalt wird als Geheimnis behandelt. Somit soll geheim bleiben, wie viele Gelder nach Kuba fließen.

In den Straßen der Stadt ist viel von Korruption die Rede und auch davon, daß prominente Junta-Mitglieder Milliardenbeträge als Vorgesorge für den Tag X ins Ausland geschafft haben. Was daran stimmt, ist ebenso wenig auszumachen wie die kolportierte Vermutung, die Junta sei bereits "auf gepackten Koffern".

Besuch bei der "Menschenrechtskommission", die auf privater Trägerschaft ruht und von couragierten Juristen geleitet wird. Wir hören heftige Klagen über das Regime der Sandinisten. Zur Zeit gebe es in den Gefängnissen des Landes - es werden neue gebaut - 3000 politische Gefangene. Die meisten davon stammen aus der Somoza-Zeit. 800 bis 700 weitere Personen seien unter dem Vorwurf der "Konterrevolution" verhaftet worden und 700 Personen würden, ohne besondere Angabe von Gründen, ständig zwischen den einzelnen Gefängnissen hin- und hertransportiert. In einem Gefängnis in Granada seien 40 Gefangene erschossen worden.

Bei allem Versuch der Kommissionen wurden mehrfach durchsucht, die Schränke aufgebrochen. Man gibt uns zu verstehen, daß auch Abhöranlagen installiert worden sein könnten. Man verhält sich entsprechend. Von schweren Repressalien gegen die Indios, die an der Atlantikküste leben, ist die Rede. Der Weltkirchenrat hat vor dem Sturz von So-



Auch die Kathedrale in Managua muß dem Ruhm Sandinos dienen, dem revolutionären Idol Nicaraguas.

moza eine Hilfe von 40 000 Dollar in Aussicht gestellt und 10 000 davon überwiesen. Nachdem die Sandinisten an die Macht gekommen waren, hat man der Menschenrechtskommission zu verstehen gegeben, der Weltkirchenrat sei nicht mehr an dieser Thematik interessiert, sie solle sich jetzt den Menschenrechtsverletzungen in El Salvador zuwenden.

Bei allem Versuch der Kommissionen wurden mehrfach durchsucht, die Schränke aufgebrochen. Man gibt uns zu verstehen, daß auch Abhöranlagen installiert worden sein könnten. Man verhält sich entsprechend. Von schweren Repressalien gegen die Indios, die an der Atlantikküste leben, ist die Rede. Der Weltkirchenrat hat vor dem Sturz von So-

des Landes, La Prensa, unterliegt einer scharfen Zensur, die freilich Herausgeber und Redakteure durch besonderen Einfallsreichtum zu mildern versuchen. Ein Beispiel: Als kürzlich der sandinistische Innenminister Thomas Borge eine Mauer einreißen ließ, brachte "La Prensa" eine Karikatur, die besagte, Borge dürfe nicht in die "DDR" einreisen, weil er Mauern niederreiße.

Eine Propagandashow des Außenministers

Dem Regime in Nicaragua liegt sehr viel daran, jetzt, wo der internationale Druck wächst, entgegenzusteuern. Die Einstellung der Wirtschaftshilfe durch die Bundesregierung hätte vor allem politische psychologische Signalwirkung. Die USA drängen darauf. Außenminister D'Escoto inszeniert für uns Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland eine perfekte Propagandashow. Er spricht von einem "unklärten Krieg" der USA gegen Nicaragua, er nennt den populären Commandante Zea Pastora, der einst an der Seite der Sandinisten an vorderster Front gegen Somoza gekämpft, sich aber jetzt von ihnen abgewandt hat, einen "Verräter".

Kein Wort von den inneren Zuständen in Nicaragua. Der Außenminister blockt ab. Erst müsse sich die Einstellung gegenüber Nicaragua ändern, dann könne man über alles andere sprechen.

Der Frage, warum die Sandinisten Waffen an die Guerrillas in El Salvador liefern, weicht er aus, ja er leugnet diese Unterstützung. Hier tut sich ein bemerkenswerter Gegensatz zu dem Koordinator der Junta, Daniel Ortega, auf, der am späten Abend Gesprächspartner ist. Bevor man zu Ortega gelangt, muß man sich Leibesvisitationen unterziehen und Gepäcktaschen durchsuchen lassen. Die Angst vor einem Anschlag ist offensichtlich groß. Überall stehen Jugendliche mit Gewehren in der Hand; an den Wänden liegen Waffen, die herrenlos zu sein scheinen. Ortega leugnet keineswegs die Unterstützung für die Guerrillas in El Salvador. Er sagte vielmehr, er "schließt nicht die Möglichkeit aus, daß Waffen über nicaraguensisches Territorium nach El Salvador gelangt sind". Auch Ortega macht für Rückschläge die USA verantwortlich. Er räumt Vermögensgegenstände ein, sagt aber, die Bevölkerung habe Verständnis dafür.

Madame Regnaud kämpft für den Grüngürtel von Paris

Von A. GRAF KAGENECK

Janine Regnaud steht am Fenster ihres Büros im dritten Stock eines Hochhauses aus roten Klinkern der dreißiger Jahre. Westlicher Stadtrand von Paris, unweit der Porte Maillot, dem Ausfallort zu den Seine-Höfen von Nanterre. Der Blick fällt auf gleich hohe Betonbauten in etwa zweihundert Meter Entfernung. Sie wurden vor einigen Jahren errichtet, obwohl sie es gar nicht durften. Klarer Bruch mit dem Gesetz, klarer Bruch eines feierlich gegebenen Versprechens an die Pariser, ihnen ein gesetzlich garantiertes Minimum an Grünland rund um ihre Stadt herum zu erhalten.

Zwischen den Betonhäusern gegenüber und Janine Regnaud liegt ein Niemandsland, in dessen Tiefe, eingeschachtelt zwischen zehn Meter hohen Betonmauern, der Boulevard Peripherique, die Kreisautobahn rund um Paris herum, verläuft. Auch er gehört da nicht hin. Ein ununterbrochenes Dröhnen und Summen, 83 Dezibel vor den Fenstern des Wohnzimmers, leises Zittern der Wände.

Janine Regnaud ist ein weiblicher Michael Kohlhaas des 20. Jahrhunderts. Nichts Besonderes zeichnet sie aus, außer ihren ausdrucksvollen dunklen Augen und der Ebenmäßigkeit ihrer Gesichtszüge. Sie ist weder Anwalt noch Deputierte, ganz einfach Hausfrau und Mutter von drei Kindern, und der Zufall wollte es, daß sie 1972 eine Wohnung hier in der Rue Dobropol direkt am Stadtrand bezog. An einem Stadtrand, der seit Jahren bereits von einer Mafia von Immobilien-Händlern und Technokraten im Pariser Rathaus in eine außerordentlich eintönige Weide für unlautere Profite verewandelt wird. Langsam, stückweise, unmerklich für den einfachen Bürger, der es längst verlernt hat, sich gegen die unsichtbaren Mächte der Administration, gegen "big brother" irgendwo da oben, aufzulehnen und nur noch stumpf sein Schicksal erträgt.

Nicht so Janine Regnaud und einige ihrer Nachbarn. Sie kennen die Geschichte ihrer Stadt, und sie kennen die Gesetze ihrer Republik. 1919 hatte der Gesetzgeber angeordnet, daß die alten Pariser Befestigungsanlagen von 1841, aus denen heraus man sich 1870/71 noch gegen die Preußen verteidigt hatte, geschliffen werden und auf ihrem Terrain Grünanlagen errichtet werden sollten, rund um die ganze Stadt herum und 250 Meter an ihrer schmalsten Stelle breit. Dieser Grüngürtel wurde als "non edificable" erklärt. Niemand durfte dort bauen. Die einzigen Anlagen, die Staat und Stadt Paris dort errichten konnten, waren Spielplätze, Schwimmstadien und Parks, wobei genau definiert wurde, welche festen Gebäude als Minimum zu einem Spiel- und Sportbetrieb zulässig waren.

Nur im Nordwesten noch ein Stück Grün

Das mindeste, was man sagen kann, ist, daß dieser Grüngürtel 60 Jahre später nicht mehr da ist. Menschliche Bau- und Profiträse hat ihn aufgefressen, zunächst stückweise, schließlich immer unverfrorener Brocken um Brocken heruntergeschlendert. Von der Porte de la Chapelle im Norden über die Porte de Vincennes im Osten und die Porte d'Italie im Süden bis zum Bois de Boulogne im Westen ist alles zugebaut, weiß man längst nicht mehr, wo einst Bäume wuchsen und Kinder spielten, sucht man vergebens nach einer Spur von Wiese und Strauch.

Nur im Nordwesten, zwischen der Porte de la Chapelle und der Porte d'Aubert, kämpft ein letztes Stück Grünes. Ein häßliches, ungepflegtes Stück Niemandsland zwischen den letzten Häusern von Paris und den ersten Häusern der "Banlieue", durchzogen von Bauzäu-

nen, Trampelpfaden, gelegentlichen Sport-Terrains, bepflanzt von mysteriösen Schildern, auf denen dies oder jenes Bauprojekt, wie der Gesetzgeber es verlangt, der Öffentlichkeit angezeigt wird. Zuweilen hält der Schritt hohl, wenn der Fuß auf die Betondecke stößt, die man schamhaft über einen Abschnitt der Rundautobahn gezogen hat. Tief unter einem wälsch sich auf 80 Meter Breite achtspurig der Umgehungsverkehr der Riesenstadt dahin.

Um dieses letzte Stück potentiellen Grüns von vier Kilometern Länge kämpfen nun Janine Regnaud und ihre Freunde ihren Kampf, einen Kampf Davids gegen Goliath. 1977 gründeten sie ihre "Interessengemeinschaft zur Erhaltung der Umwelt zwischen der Porte Maillot und der Porte d'Aubert". Heute gehören ihr 700 zahlende Mitglieder an, die sich aus den unmittelbaren Vierteln und Vororten rekrutierten. Alle zwei Wochen gibt es eine Versammlung auf der der Vorstand den neuesten Stand der Kämpfe an den vielen Fronten der Administration bekannt gibt. Die Kämpfer müssen sich fast alleine schlagen, gegen die Stadt, gegen den Gesetzgeber, gegen die Experten des Stadtrats und gegen die Bau-Unternehmer, die alle unter einer Decke stecken.

Die Mafia schlägt sich wie der Teufel

Gegen eine ganze Reihe von Erlassen aus den dreißiger, den fünfziger, ja den sechziger Jahren, die jeder für sich ein Stück mehr aus der Grünfläche von 1919 herausbrachen, können sie nichts mehr unternehmen. Vier Jahre nach der Veröffentlichung eines Bau-Dekrets kann man es juristisch nicht mehr anfechten. Und die "Mafia" schlägt sich wie der Teufel. Jeder hat handfeste Interessen zu verteidigen. Die "Promoter" bekommen ihr Terrain von der Stadt beinahe umsonst, machen also bei Baupreisen von bis zu 14 000 Franc pro Quadratmeter (5000 DM) phantastische Gewinne, während die Stadt von einem bebauten Gelände natürlich mehr Steuern einnimmt als von einem nackten Acker. Grotesk an der Sache ist, daß die Umweltgeschädigten sämtlich der gehobenen Mittelklasse angehören, die traditionell rechts gewählt, und daß sie sich gegen den Oppositionsführer Jacques Chirac schlagen müssen, der als Bürgermeister von Paris alle diese illegalen Transaktionen stillschweigend billigt. Noch grotesker, daß der Abgeordnete des 17. Pariser Arrondissements, dem es normalerweise obliegt, die ihm anvertrauten Wähler gegen die Willkür des Staates in Schutz zu nehmen, ein gewisser Bernard Pons ist, Generalsekretär der gaullistischen Partei und als solcher engster Vertrauter Chiracs.

Die Leute um Janine Regnaud lassen sich von dieser politisch-administrativen Kabale nicht verwirren. Sie sind von Stufe zu Stufe die stete Leiter der juristischen Möglichkeiten hinaufgeklüffert und schließlich vor dem Conseil d'Etat, dem Staatsrat höchster Verwaltungsgerichtlicher Instanz, angekommen, und der hat ihnen in einem ersten Fall recht gegeben mit ihrer Klage, eine Baugenehmigung zu annullieren und einige bereits begonnene Gebäude wieder abzureißen. Ob es zu einer Ausführung des Rechtsbeschlusses kommt, wagen sie sogar zu hoffen. In Cabourg an der Kanalküste hat eine Einwohnerin nach jahrelangem Musterprozeß den Abriß eines zu Unrecht gebauten Hauses erreicht, das ihr die Sicht aufs Meer nahm, und die Abbruchhämmer haben ihr Werk begonnen. Warum sollte es zwischen Mailot und Aubert nicht auch so sein, fragen sie. Wir führen einen beispielhaften Kampf für viele, nicht nur in Frankreich, in ganz Europa", sagt Janine Regnaud und blinzelt mit ihren schwarzen Augen.



Bewaffnete Jugendliche, oft noch Kinder, prägen heute das Bild des mittelamerikanischen Landes.

FOTO: DPA

Von Kopf bis Schaft auf Kostensenken eingestellt



Konstruktionsteil für Flanschverbindungen an Rohren, gleichzeitig als Abstandhalter ausgebildet.

Spezialteil zur vollautomatischen Montage mit Suchspitze und Scheibe zur besseren Kraftverteilung auf weichem Werkstoff.

Montagevereinfachung durch Suchspitze, Lack-scheiben zur Entfernung von Farbe, Sicherung gegen selbsttätiges Lösen.

Radbolzen für einseitige Montage mit gleichzeitiger Verdrehsicherung.

Ausgleich hoher Setzbeträge durch Federkopf, Sicherung gegen selbsttätiges Lösen, Suchspitze und Zentrierung für vereinfachte Montage.

Lösbares Verbindungselement zur Verhinderung einer Demontage durch Unbefugte. Lösbar nur mit einem Spezialwerkzeug.

Beleuchtungs- und Sicherung z.B. Lenkscheinwerfer am PKW.

Verbindungs- und Zentrierung für hochbeanspruchte Rotationsverbindungen. Innenverzahnung für vereinfachte Montage.



BAUER & SCHAURTE KARCHER SM

Postfach 546 · D-4040 Neuss 1 · Tel. 021 01/522-1 Telex 08517861

Je härter das Geschäft, um so größer der Bedarf an kostensenkenden Ideen.

B&SK zeigt Ihnen, wie viele Möglichkeiten es dazu gibt. Mit uns können Sie Montagekosten verringern, eine bessere Funktionssicherheit anstreben und somit Servicekosten senken. Durch geschickte Ausnutzung aller konstruktiven Möglichkeiten kann aus einer einfachen Schraube ein Teil mit Mehrfachfunktion gemacht werden.

Sprechen Sie mit uns über kostenvermindernde Schrauben.

Zur Detailinformation verlassen Sie das Info-Paket
Info-Paket B&SK Konstruktionsteile
Info-Paket B&SK Lieferprogramm

Name: _____
Anschrift: _____

Wörner fordert Zweibahnstraße in der Rüstung

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat den amerikanischen Kongress nun auch öffentlich aufgefordert, die Exportbeschränkungen für europäische Rüstungsgüter wieder aufzuheben. Die Sondermetallklausel (Specialty Metals Clause) verbietet es den US-Streitkräften, Waffen und Geräte zu kaufen, in denen importierte Legierungen verwendet werden. Vor der „Gesellschaft für Wehrtechnik“ verdeutlichte Wörner „vitalstes Interesse“ an einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie. Denn diese sei die Voraussetzung zum Gelingen einer „Zweibahnstraße“ für die wehrtechnische Zusammenarbeit zwischen Amerika und Europa. Das amerikanische Hemmnis Sondermetallklausel, sagte Wörner, müsse fallen.

Grundsätzlich bekannte sich der Verteidigungsminister zur Notwendigkeit einer wehrtechnischen Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, die aber nicht autark sein dürfe, sondern im Sinne der Arbeitsteilung im atlantischen Bündnis auf Zusammenarbeit ausgerichtet sei. Er kündigte weitere Anstrengungen an, die Finanzmittel für Forschung und Entwicklung auf wehrtechnischem Gebiet trotz allgemeiner Geldknappheit im Bundeshaushalt weiter zu erhöhen. Wenn er beim Finanzminister durchdringt, will Wörner im Verteidigungsetat 1984 für Forschung und Entwicklung 165 Millionen Mark mehr aufwenden als im Haushalt dieses Jahres. Der Minister bezeichnete es als nicht hinnehmbar für die deutsche Volkswirtschaft und ihren „Status als industrielle Großmacht“, wenn die Forschung im wehrtechnischen Bereich hinter vergleichbaren Ländern zurückbleibe.

Für Wörner rangiert in der Prioritätenliste der Verteidigungsaufgaben „der Mensch mit absolutem Vorrang“ vorne, denn der Wert einer Armee messe sich an „Geist, Haltung und Charakter der Soldaten“. Sie brauchen deshalb die richtige Ausbildung, Führung und Dienstaufsicht. Dieser Aufgabe nachgeordnet sei wegen des „horrenden Zwangs zur Sparsamkeit“ die Rüstungsplanung.

DIE WELT (Ausg. 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 355,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Ristock ernannte sich selbst zum Kandidaten

Aus Bonn fand sich kein Nachfolger für Hans-Jochen Vogel

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Wenn die Parteien noch stinlich setzen 27 000 Berliner Sozialdemokraten ihre Hoffnung nun auf Harry Ristock. Der 55-jährige Ex-„Falke“, Anti-Vietnam-Marschierer, Bausenator, heutiger Unternehmer in der Metallbaubranche und zu Helmut Schmidts Kanzlertagen das geübte Schamier zwischen Alt-Linken und Rechten auf SPD-Bundesebene, soll 1985 den nahezu aussichtslosen Wahlkampf gegen Richard von Weizsäcker gehen. Ristock trat gestern an Hans-Jochen Vogels letztem Parlamentarier-Tag an der Spree dessen Nachfolge als SPD-Spitzenkandidat an. Am 27. September folgt die formelle Ernennung.

In einer rasanten Folge zeitlich optimal platzierter lokaler Fernsehaufrufe und Presse-Porträts hatte sich der ostpreussische Landwirt selbst und ungefragt die Kandidatenliste auf die Schultern gewuchtet. „Ich halte mich für den geeigneten Kandidaten. Dies ist ein Begriff aus dem Beamtenrecht“, motiviert der Politologe und Gärtner aus Liebe seinen kühnen Selbstkandidatur.

Daß Vogel die Berliner SPD mit leeren Händen und ohne Einführungen eines präsentablen Nachfolgers nach Berlin, der auszug, im Bonner SPD-Spitzen verläßt, erleichterte Ristock den Personal-Coup des Jahres wesentlich. Denn bis auf Reinhard Ueberhorst, dem das Comeback in der schleswig-holsteinischen SPD mißlang, ist die gesamte Vogel-Truppe des Jahres 1981 längst in alle Winde zerstreut. Die damalige Expedition Vogels nach Berlin, der auszug, im Bonner SPD-Spitzen verläßt, erleichterte Ristock den Personal-Coup des Jahres wesentlich.

nicht abermals auf eine Gallionsfigur aus Bonn verlassen. Anders als die nördliche und südwestliche SPD, die auf Björn Engholm und Volker Hauff zurückgreifen kann, weil sie beizutreten den Nachwuchs-Pflege trieb, „verbrannte“ die Berliner Sozialdemokratie ihre hoffnungsvollen Vierzigjährigen nach dem Garski-Skandal Stobbe, Klaus Riebschläger, der politische „Computer“ der Partei, und andere Talente waren unter Vogel als angebliche Hauptausgangspunkt und ohne innere Aufarbeitung der Vorgänge ins Abschieds gestellt worden.

Ristock entging dem innerparteilichen Scheitern nur mit List, Charme und dem im nachhinein für seine weitere Karriere wichtigen Rücktritt aus freien Stücken im Januar 1981. So blieb er vom Garski-Eklat unbelastet und vermochte es auch, Kritik an den durch seine Politik mit verursachten Hausbesetzer-Unruhen zu parieren.

Welchen geringen Stellenwert für Sozialdemokraten heute die Sympathie-Arbeit einer Opposition in Berlin besitzt, lehren die vergeblichen Anstrengungen des SPD-Landesvorsitzenden Peter Ulrich. Landau landete bei der zuletzten, wie sauer Bier, die Vogel-Nachfolge nacheinander. Egon Bahr, Anke Fuchs, Frank Dahrendorf, Olaf Sund, Volker Hauff, Klaus Bölling und Günter Gaus an. Aber sie alle mochten nicht.

Schon einmal, 1977, unternahm Ristock einen Anlauf auf Berlins höchstes Amt. Damals gewann Dietrich Stobbe im Wettlauf mit Ristock und Hans-Jürgen Wischniewski. In der Tatsache, ein Antityp zu Weizsäcker zu sein, liegt nach Ristocks Einschätzung seine Wahlschance von 1985, „wo er weit über 40 Prozent“ zu holen meint. Mit Herz und Seele will Ristock an veredelte plebejisch-sozialdemokratische Ur-Substanzen der Berliner rühren. Das verdort Selbstbewußtsein der Genossen möchte Ristock mit Antrittsbesuchen beim Bundeskanzler und geistlicher wie weltlicher Prominenz in West und Ost neu erwecken.

Falls er 1985 nicht an der Wahlurne scheitert, will Ristock dennoch weiter den politischen Acker pflügen: „Ich bin dann sicherlich auch für 1989 Kandidat“. In jedem Falle wäre dann nicht mehr Weizsäcker sein Gegenspieler.

Die Basis steht hinter Worms

Die CDU in NRW wählt ihren Spitzenkandidaten / Punktvorteil für Biedenkopf

WILM HERLYN, Düsseldorf
Der Spruch des Präsidiums der nordrhein-westfälischen CDU an spätem Montagabend hat die Partei von einer Spannung befreit, an der sie zu ersticken drohte. Er stellt jetzt klar, wie und wann entscheidet, ob Bernhard Worms oder Kurt Biedenkopf im Landtagswahlkampf 1985 Johannes Rau, den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, herausfordert. Bis zum 7. Mai, wenn die paritätisch besetzte Landesversammlung der Rheinländer und Westfalen ihre gemeinsame Nummer eins voraussichtlich in Duisburg kürt, bleibt nur noch die Spekulation um Sieger und Verlierer.

Monatelang währte der Streit, den beide Seiten mit allen Mitteln führten. Eine Zeit, in der die politischen Initiativen der Opposition wie gelähmt schienen. Zur Freude der in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialdemokraten, die meinten, von ihrer eigenen Schwäche ablenken zu können in dem Tenor: Wer soll schon eine Opposition ernst nehmen, die in sich so heillos zerstritten ist? Doch verfolgte die SPD die zeitweilig an groteskes Schattenspielen erinnernden Kämpfe zwischen Worms und Biedenkopf nicht nur hässlich. Sie muß sich ernste Gedanken machen über den Herausforderer von Johannes Rau.

Wer wird 1985 die Bürger des bevölkerungsreichsten Bundeslandes mehr an sich binden können? Der exzellente Denker Kurt Biedenkopf oder der volkstümliche Worms? Hier oder Herz? Eine der wichtigsten Eigenschaften, denen Johannes Rau seit 1980 die absolute Mehrheit verdankt, ist die umarmende Politik des Spitzengenos: keine konkreten Aussagen, aber wohlklingende, Gefühle weckende und Geborgenheit signalisierende Parolen wie „Solidarität, aufeinander zugehen, Gemeinschaft aller Demokraten“. Rau erwies sich als Meister dieser Harmonielehre. Und auf ähnliche Weise kommt auch Bernhard Worms ins Gespräch mit den Menschen: In einer Region, die als Heiner Sozialdemokratie, als „Herzkammer“ (Herbert Wehner) gilt, machte er mit großer Einsatzbereitschaft Terrain für die CDU gut.

Seine „Politik mit Herz“ verlingt so nachhaltig, daß sich die Union im Revier von der magischen 30-Prozent-Grenze bei der Bundeswahl löste und mit gut fünf Prozentpunkten Zuwachs einen erheblichen Anteil am Sieg der Union am 6. März in Bonn hatte. Worms erscheint der Basis als ei-



Kurt Biedenkopf hat im Ruhrgebiet einen schweren Stand
FOTO: POLY PRESS

ner der ihren, als der redliche Politiker, der in erster Linie durch selbstlosen Einsatz Ideen und Initiativen auch politisch durchsetzen kann. Sein Wahlspruch im rheinischen Dialekt kommt an: „Dun wat de kanns, dun et mit halv, dun et janz.“

Das bedarf keiner Übersetzung: nicht im Ruhrpott oder im Westfälischen. Es kennzeichnet auch die Überzeugung, die immer weitere Kreise der Bevölkerung erfasst: Leistung ist kein Schimpfwort mehr, Einsatzfreude ist wieder gefragt, Zweifel nicht erwünscht. Worms geht auf die Leute zu und fragt, welche Probleme sie haben. Biedenkopf dagegen fragt nicht, er hat die Problemlösung schon parat. Kein Zweifel: Er ist der intellektuelle Kopf, der sich kein Sentiment erlaubt. Und wenn er Gefühl zeigt, nehmen es ihm die Leute nicht mehr ab.

Vordergründig, so scheint es, hat Kurt Biedenkopf auf der Präsidiumssitzung, die in mehr als vier Stunden „Schritt um Schritt“ um Kompromisse rang, einen Punktvorteil errungen. Denn die West-

len bestanden darauf, daß der Kandidat von der 314 Mitglieder zählenden Landesversammlung gekürt werden sollte. Innen- und Biedenkopf – erschien dieses als geeignet, nicht nur, weil es mehr zufällig zusammengesetzt ist. Die Anhänger des Professors rechnen fest damit, daß ein eloquenter Kandidat in guter Tagesform am 7. Mai die Delegierten sozusagen überredet. Und hier liegt der Vorteil bei ihrem Landesvorsitzenden – gleichzeitig mit dem Amtsbonus des Oppositionsführers im Düsseldorf Landtag versehen.

Die Rheinländer dagegen befanden, ein qualitativ ausgesuchtes Gremium sei die geeignete Meßlatte, an die der Kandidat gestellt werden müsse. Innen erscheint die Alternative eines Gremiums aus den je 27 Kreisvorsitzenden und der beiden Vorstände als besonders geeignet. Die Landesversammlung – so der Präsidiumsbeschluss – soll nun am 7. Mai entscheiden. Also doch ein Vorteil für Biedenkopf?

Die zweite Vereinbarung sieht jedoch vor, daß das von Worms vorgeschlagene Gremium unmittelbar vor der Landesversammlung einen Kandidatenvorschlag machen wird. Und kaum jemand zweifelt, daß sich das 314-Gremium gegen eine Empfehlung der führenden Männer der Partei auflehnen könnte. Allerdings könne – so räumt Biedenkopf ein – aus der Landesversammlung heraus dennoch ein Gegenkandidat – vorgeschlagen werden. Also doch ein Vorteil für Worms, der darauf hoffen darf, in der Versammlung der Vorstände und Kreisvorsitzenden nominiert zu werden? Denn die Rheinländer – so eine Probebestimmung – stehen eindeutig hinter Worms. Biedenkopf dagegen erhielt in einem gleichartigen westfälischen Gremium nur 70 Prozent Zustimmung.

Am vergangenen Wochenende stimmten von den 58 Sitzungsteilnehmern 41 für ihn, 15 gegen ihn und 2 enthielten sich. Biedenkopf hält das für ein „ehrliches Ergebnis“, das ihm lieber sei als eine bloße taktisch bedingte Einstimmigkeit. Wolfgang Vogt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Vorsitzender der CDU, fand die für die Union allein entscheidende Formel: „Ich sehe keinen Grund, die Entscheidung an der Linie Rhein/Donau, dort Westfalen“ zu orientieren. Es geht allein um die Frage, wer besser geeignet ist, Johannes Rau im Amt des Ministerpräsidenten abzulösen: Biedenkopf oder Worms.“

Niedersachsen: Streit um Dragahn

APKIL HANNOVER
Im niedersächsischen Landtag haben sich gestern drei der vier Fraktionen für eine Wiederaufarbeitung verbrauchter Brennstäbe aus Atommeilern ausgesprochen. Doch während sich die regierende CDU für eine entsprechende Anlage in Dragahn bei Göttingen im Zonenrandkreis Löhne-Dannenberg einsetzt, lehnen die Oppositionsparteien SPD und FDP den vorgeschlagenen Standort nicht ab. Die Grünen bezeichnen die atomare Energiepolitik als verhängnisvoll und kündigen Widerstand gegen Standortpläne und die Wiederaufarbeitung an. Ministerpräsident Ernst Albrecht sagte, an der Entsorgung führe kein Weg vorbei. Wer Kernenergie einsetzt, muß die Kernkraftwerke entsorgen. In seiner vom Beirat der CDU und Mißbilligung der Opposition begleiteten Regierungserklärung zum Energiepolitik begründete Albrecht den Beschluss seines Kabinetts vom 22. März für Dragahn. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) in Hannover habe Ende 1982 ihren Antrag für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen zurückgezogen und sich für Niedersachsen und Bayern (Schwandorf) ausgesprochen, erläuterte der Regierungschef. Nachdem das Kabinett die Bereitschaft mitgeteilt habe, einen DWK-Antrag entgegenzunehmen, habe die Gesellschaft im März dieses Jahres als Standort Dragahn genannt. Beide Anträge für Schwandorf und Dragahn sollten nach gleichen Kriterien und Absprachen beider Regierungen geprüft werden.

BGH-Urteil zu ungeborenem Leben

rtz/DW, Karlsruhe
Ungeliebte sind nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) vor Einsetzen der Eröffnungsphase im strafrechtlichen Sinn nicht als Menschen zu betrachten. Mit seiner Entscheidung, die gestern in wesentlichen Auszügen veröffentlicht wurde, sprach der Dritte BGH-Strasens ein Arzt in der Revisionsverhandlung vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung frei. Der Mediziner hatte nach den Feststellungen des Gerichts durch einen Behandlungsfehler an einer Patientin im neunten Monat die Totgeburt des an sich lebensfähigen Kindes mitverursacht (AZ 3 SR 25/83).

Meinem geliebten Mann, unserem gütigen, liebevollen Vater, Schwiegervater und Opa, unserem treusorgenden Onkel, unserem Schwager und Cousin, dem von allen geschätzten aufrichtigen Freund

Dr. jur. Günther Sassmannshausen

14. Juli 1908

22. April 1983

ist ein langer, schwerer Leidensweg auferlegt worden, von dem er heute erlöst wurde.

Sein Leben war erfüllt von unermüdlicher Fürsorge und Hingabe an seine Familie.

Wir nehmen in tiefer Dankbarkeit von ihm Abschied
Marga Sassmannshausen geb. Hinrichsen
Anke Sassmannshausen
Knut Sassmannshausen
und Frau Ingrid geb. Jacques
Gudrun Sassmannshausen
Familien Hinrichsen, Schenk,
Dabelstein, Schrader
Gertrud Voss geb. Hinrichsen
drei Enkelkinder

Hamburg 52, Kleinflottbeker Weg 87

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 28. April 1983, um 11 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Großflottbek, Stiller Weg.
Die Beisetzung erfolgt im Anschluß daran im Familien- und Freundeskreis.

In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß unser hochgeschätzter Seniorchef

Dr. jur. Günther Sassmannshausen

Regierungsrat a. D., Rechtsanwalt

nach langer, schwerer Krankheit am 22. April 1983 im 75. Lebensjahr von uns gegangen ist.

Vier Jahrzehnte lang hat er sich unermüdlich mit seiner ganzen Kraft für den Wiederaufbau des Familienunternehmens eingesetzt und sich maßgeblich der Gründung verschiedenartiger Firmen gewidmet.

In hervorragender Weise hat er sich durch den Bau neuer Werke und durch Rat in verschiedenen Gremien um die Geschichte der Kalksandsteinindustrie bemüht.

Seine großen menschlichen Qualitäten, sein ausgeprägtes Pflichtbewußtsein und seine Zuverlässigkeit verschafften ihm hohes Ansehen und Achtung bei allen Geschäftspartnern. Uneigennützig hat er seine Arbeitskraft seiner großen Familie gewidmet. Den vielen langjährigen Mitarbeitern war er Vorbild und verehrter Chef, für ihre Anliegen zeigte er immer großes Verständnis. Wir werden ihm in großer Dankbarkeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Gesellschafter und Mitarbeiter der Firmen

Claus Hinrichsen KG
Hamburg
Hartsteinwerk Goch

Hartsteinwerk Monheim
Sassmannshausen & Schenk KG
Monheim-Baumberg

und alle angeschlossenen Firmen

Hamburg 11, Mattentwiete 5

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 28. April 1983, um 11 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Großflottbek, Stiller Weg.
Die Beisetzung erfolgt im Anschluß daran im Familien- und Freundeskreis.

Am 22. April 1983 verstarb der Mitgründer und langjährige geschäftsführende Gesellschafter unseres Unternehmens

Dr. jur. Günther Sassmannshausen

im 75. Lebensjahr nach einem langen, schweren Leiden.

Über drei Jahrzehnte hat er mit seinen Partnern die weitverzweigten Aktivitäten unseres Unternehmens geleitet und mit seinen Kenntnissen und seiner Vielseitigkeit entscheidend zum Erfolg beigetragen.

Ihn zeichneten dabei vor allem sein großes Pflichtbewußtsein und sein nie ermüdender Einsatz, seine Aufrichtigkeit und warme Menschlichkeit aus.

Seine herausragende Persönlichkeit hat ihm im In- und Ausland Anerkennung und Hochachtung gebracht. Er war auch in schwierigen Zeiten ein gütiger Freund und Berater. Seine Mitarbeiter haben ihn als einen guten, gerechten und warmherzigen Chef verehrt. Wir nehmen in großer Dankbarkeit von ihm Abschied.

Seine Leistungen sind uns Vorbild und Verpflichtung.

Gesellschafter und Mitarbeiter
der

ROHAG

Schenk & Sassmannshausen KG
Hamburg

Hamburg 11, Mattentwiete 5

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 28. April 1983, um 11 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Großflottbek, Stiller Weg.

Die Beisetzung erfolgt im Anschluß daran im Familien- und Freundeskreis.

Statt Karten

Durch einen tragischen Unfall wurde mein lieber Mann, unser lieber Vati und unser lieber Großvati plötzlich und unerwartet von uns genommen.

Hans Ludwigs

* 7. 10. 1904 † 20. 4. 1983

Er wird uns immer ein Vorbild bleiben und wir werden ihn nicht vergessen.

Anna Marie Ludwigs
Andreas und Ditta Ludwigs
Annakarin Ziesche geb. Ludwigs
Ingeborg und Glen Morgan
und die Enkelkinder
Michael, Angelika und Dirk

1000 Berlin 38
Rolandstraße 9

Die Trauerfeier hat in aller Stille im Kreise der Familie stattgefunden. Anstelle von Kranzspenden bitten wir um Überweisung des SOS-Kinderdorfes auf das Konto Hermann-Greifert-Fond Deutschland e. V., Postcheckamt München, Konto-Nr. 80 521-901.

Wir trauern um unseren Senior und langjährigen Freund

Johann Ludwigs

Er verstarb an den Folgen eines tragischen Verkehrsunfalls am 20. April 1983 im Alter von 78 Jahren.

Wir haben ihm viel zu verdanken und werden ihn stets in bester Erinnerung behalten. Sein Lebenswerk werden wir in seinem Sinne fortsetzen.

Ludwigs & Semrau-Berlin GmbH
Joachim Semrau und Mitarbeiter

1000 Berlin 12
Kantstraße 165

Die Trauerfeier hat in aller Stille im Kreise der Familie stattgefunden. Anstelle von Kranzspenden bitten wir um Überweisung des SOS-Kinderdorfes auf das Konto Hermann-Greifert-Fond Deutschland e. V., Postcheckamt München, Konto-Nr. 80 521-901.

Späth will Initiative gegen Giftmüll starten

Länderarbeitsgemeinschaft Abfall tagt morgen in Bonn

XING HU-KUO, Stuttgart
Zu einer „Sondersitzung“ tritt morgen im Innenministerium in Bonn die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) zusammen. Wie der baden-württembergische Regierungssprecher Matthias Kleinert mitteilte, wird die auf Initiative dieses Bundeslandes zustande gekommene Zusammenkunft der Abfall-Experten aus der ganzen Bundesrepublik die Konsequenzen aus der „Seveso-Giftmüllkatastrophe“ beraten.

Neben einem Entwurf von Bundesminister Friedrich Zimmermann (CSU) für eine Veränderung des Abfallbeseitigungsgesetzes wird auch die europäische Initiative des Stuttgarter Regierungschefs dort zur Sprache kommen. Späth hatte in den vergangenen Wochen bei einem einköpfigen Besuch in Mailand mit dem Präsidenten der Region Lombardie, Giuseppe Guzzetti, gemeinsame Initiativen in Rom und Bonn in dieser Sache vereinbart.

Diese Vereinbarung ist um so bemerkenswerter, da der Regions-Skandal geschah - derzeit läuft in der Stadt Monza auch der Prozess gegen die mutmaßlichen Verantwortlichen für die Umweltkatastrophe - wenige Tage vor Späths Besuch massive Angriffe gegen Bonn gerichtet hatte. Guzzetti warf der Bundesregierung vor, in Sachen verschwandener Giftfässer ihr eigenes „schlechtes Gewissen“ verberge.

Nach harten Gesprächen gelang es Baden-Württemberg's Regierungschef jedoch, die Kritik abzu-

schwächen und Gemeinsamkeiten herzustellen. Im einzelnen schlugen Späth und Guzzetti vor: ein europäisches Abkommen über eine „lückenlose Kontrolle“ von Transporten mit Giftmüll anzustreben. Für solche umweltgefährdenden Transporte sollen spezielle Übergangsstellen geschaffen werden, die von Umweltspezialisten geleitet werden. Der Zoll sei für solche Aufgaben überfordert.

Späth und sein italienischer Gastgeber schlugen sodann vor, Transportunternehmen für solche Abfälle zu lizenzieren, um „Briefkastenfirmen“ von vornherein vorzubeugen.

Der Stuttgarter Regierungschef regte ferner den Einsatz von Computern bei der Kontrolle der Giftmüllbeseitigung an. Er verwies dabei auf das Beispiel Baden-Württemberg, wo es bereits solche Abfälle in diesem Bereich gebe. Kopien der Begleitscheine solcher Transporte würden schon jetzt an die Landesanstalt für Umweltschutz weitergeleitet. Auch Bayern sei dabei, ein solches Computer-Kontrollsystem einzuführen, sagte Späth.

Mitte dieses Jahres wird die einzige Sondermülldeponie des Landes in Malsch (im Rhein-Neckar-Kreis) übriges geschlossen. Eine ultramoderne Anlage in Billigheim im Neckar-Odenwald-Kreis übernimmt dann diese Aufgabe. Hier hat das Computerzeitalter in der Abfallbeseitigung schon begonnen. Die Ausrüstung der neuen Deponie, so der Sprecher des Umweltschutzministeriums, sei das Modernste auf diesem Gebiet.

ÖTV-Vorsitzende droht jetzt mit „härterer Gangart“

GÜNTHER BADING, Bonn

Die dritte Runde der Tarifverhandlungen für die rund 2,7 Millionen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst soll am Donnerstag nun endlich Verhandlungen bringen, die diesen Namen auch verdienen. Traditionell werden bei der ersten Begegnung der Tarifparteien - Bund, Länder und Gemeinden auf der einen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf der anderen Seite - nur die jeweiligen Positionen über die Ausgangslage ausgetauscht. Die zweite Verhandlungsrunde gestaltete sich diesmal wider Erwarten sehr kurz, weil die Gewerkschaften, voran die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), das Arbeitgeberangebot von zwei Prozent mehr Lohn und Gehalt bei vier Leermoonaten (in denen das jetzige Einkommen weitergezahlt werden soll) als „Provokation der Mitglieder“ empfanden.

Morgen nun erwartet die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies ein „erheblich verbessertes Angebot“. Erstmals in dieser Tarifrunde, die sich bisher durch moderate Töne der Chefverhandler, Innenminister Friedrich Zimmermann und Frau Wulf-Mathies, auszeichnete, drohte die ÖTV-Vorsitzende jetzt mit einer „härteren Gangart“, falls die Arbeitgeber ihr Angebot nicht verbessern.

Die ÖTV hat generell als Ziel der diesjährigen Tarifrunde genannt, „mindestens einen Ausgleich der zu erwartenden Preissteigerung zu erreichen und den Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung zu sichern“. Konkret fordert sie:

- Fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens 110 Mark monatlich.
- Verbesserte Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung, vor allem ein verbesserter Kündigungsschutz und
- 30 Tage Urlaub pro Jahr für alle Beschäftigten.

Die Arbeitgeber haben zwei Prozent mehr Lohn und Gehalt geboten, die allerdings nicht, wie von der ÖTV gefordert, zum 1. März - dem Stichtag für einen 12monatigen Tarifvertrag - wirksam werden sollen, sondern mit viermonatiger Verspätung. 30 Tage Urlaub wollen die öffentlichen Arbeitgeber nur den über 40 Jahre alten Beschäftigten zugestehen. Außerdem machen sie ihr Angebot von einer Einigung über die Neuregelung der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes abhängig. In den Gewerkschaften, und nicht nur in der ÖTV, herrscht Unmut darüber, daß die öffentlichen Arbeitgeber ihr Angebot exakt an die Vorwangebung der Beamtenbesoldung angepaßt haben. Die Beamten erhalten - zum 1. Juli - zwei Prozent mehr

Sold. Nach der schon im vergangenen Jahr beschlossenen und in den Haushalts-Begleitgesetzen vom Bundestag gebilligten Vorwangebung hatten die Gewerkschaften dagegen protestiert, daß dieses Verfahren als „Lohnleitlinie“ für den öffentlichen Dienst dienen solle. In den vergangenen Jahren waren die Beamtengehälter jeweils nach der Tarifrunde um den dort ausgehandelten Prozentbetrag angehoben worden.

Die Diskussion um die Lohnleitlinien und damit um den von Gewerkschaften erhobenen Vorwurf, die Bundesregierung nehme es mit der Tarifautonomie nicht so ernst, schien erledigt, als in der ersten Verhandlungsrunde Anfang März Innenminister Zimmermann versicherte, der Grundsatz der Tarifautonomie bleibe gewahrt; niemand wolle mit irgendwelchen Vorgaben in die Verhandlungen gehen.

Der Innenminister wollte dem Vernehmen nach sogar ein niedrigeres Angebot als zwei Prozent vorlegen, nicht nur weil er den Eindruck einer Lohnleitlinie vermeiden wollte, sondern auch, weil ihm zwei Prozent als Einstieg in wirklich freie Verhandlungen zu hoch erschienen. In der Abstimmung der gemeinsamen Position von Bund, Ländern und Gemeinden allerdings setzten sich die Vertreter der Kommunen durch - of-

fenbar unterstützt von dem inzwischen ausgeschiedenen Staatssekretär im Innenministerium, Günter Hartkopf. Die Gemeinden wollten zwei Prozent anbieten, sahen diese Zahl aber zugleich als absolute Obergrenze an.

Inzwischen haben gemeinsame technische Kommissionen von Arbeitgebern und Gewerkschaften die Problembereiche Zusatzversorgung und Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung beraten, sind jedoch einer Einigung nicht nähergekommen. Innenminister Zimmermann will die Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst, die in Extremfällen Altersbezüge von mehr als 100 Prozent des letzten Nettoeinkommens während der aktiven Beschäftigung ausmachen, auf 90 Prozent dieses letzten Einkommens begrenzen. Die Gewerkschaften halten an dem Stand bei Einführung der sogenannten „Gesamtversorgung“ im Jahre 1967 fest. Damals lag das Netto, je nach Vergütungs- und Lohngruppe von Angestellten und Arbeitern, zwischen 92 und 101 Prozent.

Obwohl ein sogenanntes Gesamtpaket beim Tarifabschluß geschnürt werden soll, steht in der Bewertung des Abschlusses, sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch in der Öffentlichkeit, die Lohnzahl im Vordergrund. Sie wird stark beeinflusst werden von den Abschlüssen in der gewerbli-

chen Wirtschaft, die durchschnittlich wieder in Höhe des Metallergbnisses von 3,2 Prozent liegen. Betrachtet man die Abschlüsse der Industriegewerkschaften und der ÖTV in den vergangenen Jahren, so zeigt sich jeweils, daß die ÖTV um zwischen 0,3 und 0,6 Prozent niedriger abgeschlossen hat. In den vergangenen beiden Jahren hat sie überdies für die ersten beiden Monate der einjährigen Laufzeit auf Anhebungen verzichtet und statt dessen Einmal-Zahlungen vereinbart.

Als Hinweis auf eine Bereitschaft zum Einlenken im Rahmen eines Gesamtpakets werden auch die Äußerungen der ÖTV-Vorsitzenden gewertet, daß die Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung „einen hohen Stellenwert“ habe. In den Industriegewerkschaften ist es üblich, für solche „sozialen Komponenten“ durch Nachgiebigkeit bei den Lohnprozenten einen Preis zu zahlen. Einen Abschluß wird es in den Verhandlungen am Donnerstag und Freitag vermutlich noch nicht geben. Als sicheres Indiz dafür gilt, daß die große Tarifkommission der ÖTV, die einen solchen Abschluß billigen müßte, für dieses Wochenende nicht eingeladen worden ist. Sollten die Verhandlungen jetzt nicht vollends scheitern, so dürfte in der zweiten Maiwoche weiter verhandelt werden.

3900 Studenten in Berlin droht der Verweis

Keine Sozialbeiträge gezahlt / Richter geben Kewenig recht

F. DIEDERICH, Berlin
Für einen Teil der Berliner Studentenschaft bahnt sich zu Beginn des Sommersemesters eine dramatische Situation an, die Politiker wie Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig (CDU) betont sachlich als „Anwendung der im Hochschulgesetz verankerten Bestimmungen“ verstehen: Rund 3900 Studenten der Technischen Universität und 900 Jungakademiker der „Hochschule der Künste“ (HdK) droht der Verweis vom Campus.

Die Studenten sollen exmatrikuliert werden, da sie bislang die Zahlung eines Anteils seit 1982 wie der fälligen Sozialbeiträge von 30 Mark für ein Semester verweigerten. Während den Zahlungsboykotten von der Technischen Universität noch bis übermorgen eine letzte Frist bleibt, ist für 900 HdK-Studenten das letzte akademische Viertelstündchen bereits überschritten. HdK-Präsident Ulrich Roloff bereitet derzeit bereits den Versand der Bescheide vor, die für 25 Prozent seiner Anvertrauten den Abschied aus den Hochschul-Ateliers einläuten. „Ich werde ganze Klassen hinauswerfen müssen“, so der linksliberale HdK-Präsident.

Während Roloff im konsequenten Kurs des Wissenschaftssensors eine „kultur- und hochschulpolitische Katastrophe“ sieht, will der Senat im Rahmen der Statistik Berliner Studenten das abfordern, was in Universitätsstädten des übrigen Bundesgebiets längst selbstverständlich ist. „Bei der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte können die Berliner Studenten nicht von Belastungen verschont bleiben, die Studenten der westdeutschen Hochschulen längst tragen“, argumentiert Kewenig.

Mit den Sozialbeiträgen sollen die Leistungen des Studentenwerks finanziert werden, das die

Wohnheime und Mensen der Berliner Universitäten betreibt. Den Vorwurf einer „Eigenfinanzierung“ dieser Einrichtungen durch die Jungakademiker weisen die Politiker zurück: Während dem Studentenwerk in diesem Jahr rund 4,8 Millionen Mark aus Studentenbörse zufließen sollen, schießt die öffentliche Hand immer noch mehr als 30 Millionen Mark zu. Die Zahlungsboykotten, die den Sozialbeitrag mit der Einführung einer Studiengebühr „auf kaltem Wege“ gleichsetzen und Wissenschaftssenator Kewenig als „Abbruchunternehmer der reformierten „Massenuniversität“ sehen, fanden allerdings nur in der TU und der HdK ausreichende Unterstützung. An der Freien Universität mußte der ASTA eine geplante Verweigerungsaktion mangels Interesses streichen.

Anders als HdK-Präsident Roloff, der wegen eines nichtbezahlten Sozialbeitrages von 30 Mark Konsequenzen wie Exmatrikulation und den damit verbundenen Verlust sozialer Leistungen wie studentische Krankenversicherung und Ausbildungsförderung für „völlig unangemessen“ hält und trotz der Zahlungsboykotte Rückmeldungen akzeptierte, stellte sich TU-Präsident Jürgen Starck an die Seite des Berliner Wissenschaftssensors. Ihre Vermittlungsversuche mit den Vertretern der ASTA-„Basisgruppen“ endeten jedoch bislang erfolglos, ebenso wie eine Podiumsdiskussion zum Thema „Finanzkrise und Hochschulplanung“ auf der Kewenig nochmals die gesetzliche Grundlage der Sozialbeiträge erläuterte. Die Berliner Verwaltungsrichter gaben bislang dem Politiker recht: Die 30 Mark Sozialbeitrag seien eine zumutbare Summe, entschieden die Richter und wiesen die Klage eines Studenten ab, der von der TU die Rückmeldung ohne Zahlung des Sozialbeitrages verlangt hatte.

Bonn lobt Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik

Paris zerstreute Zweifel / Hernu sprach mit Wörner

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Die Bundesregierung sieht sich über die Pläne der französischen Regierung zur Reorganisation der Streitkräfte gut informiert. Die Erfahrungen über den Informationsaustausch haben in Bonn die Hoffnung verstärkt, daß die vor einem halben Jahr auf der Grundlage des Rlysée-Vertrages neu begonnene sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris inzwischen zu optimistischen Erwartungen Anlaß gebe. An diesem Freitag tagt abermals der von beiden Regierungen gebildete „Lenkungsausschuß“ zur Vorbereitung der sicherheitspolitischen Elemente des 41. Gipfeltreffens zwischen Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl Mitte Mai in Paris.

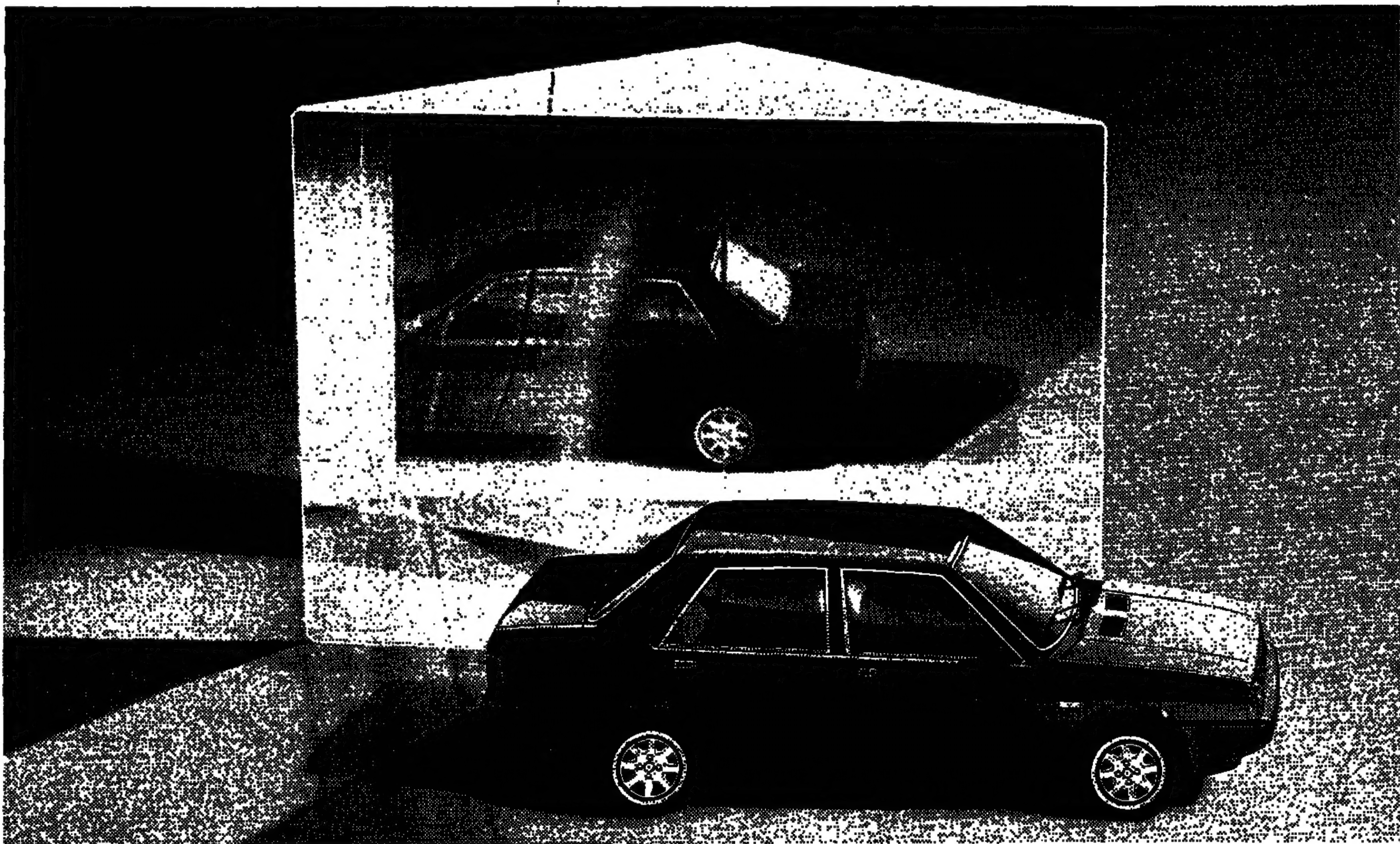
Nach der Verabschiedung des Streitkräfteplans 1984/88 durch den französischen Ministerrat rief Verteidigungsminister Hernu seinen deutschen Amtskollegen Wörner an und erläuterte ihm, daß Paris in absehbarer Zeit keine Verengung der französischen Truppen auf deutschem Boden beabsichtige. Sie sollen vielmehr beweglicher gemacht und mit mehr Kampfkraft ausgestattet werden. Ähnlich äußerte sich der neue französische Generalstabschef Lacaze beim ersten Besuch des neuen deutschen Generalinspektors Altenburg in Paris.

Angesichts dieser Entwicklung

sah sich Bundeskanzler Kohl im Bundeskabinett veranlaßt, sich über die Entwicklung der Beziehungen zu Frankreich und insbesondere der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit befriedigt zu äußern. Nach den Informationen, die der Bundesregierung über die französischen Pläne zur Reorganisation der Streitkräfte inzwischen vorliegen, ist am Rhein Skepsis einer offen zur Schau gestellten Befriedigung geworden. Obwohl Paris rund ein Drittel der Verteidigungsausgaben der Nuklearrüstung widmet, sind, wie es in Bonn heißt, „keine radikalen Veränderungen“ bei den konventionellen Truppen zu erwarten. In welcher Weise Paris die 35 000 Mann bei der Armee, davon 22 000 beim Heer, einsparen und die Streitkräfte-Struktur verändern will, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls reagierte man in Bonn auf die Nachricht positiv, daß zwei Heeres-Divisionen mit Hubschraubern luftbeweglich gemacht werden sollen und neben anderen Aufgaben in außer-europäischen Interessengebieten Frankreichs auch für die Einplanung als operative NATO-Reserve in Mitteleuropa zur Verfügung stehen.

Diese Zielsetzung ist ein völlig neues Element in der französischen Haltung gegenüber der Allianz. Erstmals kann die NATO bei Manövern und für die Einsatzplanung mit französischen Kontingen-

ECCOLA! DER NEUE PRISMA IST DA!



Kenner und Liebhaber sportlicher italienischer Automobile haben Grund zur Freude: Die Nobelmarke Lancia, die seit vielen Jahren so manches ruhmreiche Fahrzeug über die Alpen schickte, bringt jetzt den Prisma. Dieser Name steht für klare Linie und Präzision. Das beginnt bei der markanten und benzinsparenden Keilform (von Giorgio Giugiaro), das trifft auf das Cockpit zu (das auch der nächsthöheren Wagenklasse gut anstehen würde). Das geht bei der Innenausstattung weiter (die Polsterstoffe wurden vom Modekönig Ermenegildo Zegna entworfen).

Doch das schönste am Prisma ist wohl das Fahrgefühl. Das ist Spaß am Autofahren in Reinkultur! Die Limousine (Frontantrieb, serienmäßig 5 Gänge) ist handlich und sportlich. Die Straßenlage ist phantastisch. Der quergelegte 1600er-Motor mit zwei obenliegenden Nockenwellen hat Biß und zieht fulminant an (10,2 sec von 0 auf 100). Man spürt eben hinten und vorn, daß dieser Lancia aus einem Hause kommt, das viel Renn- und Rallye-Erfahrung hat, mit Siegen am Fließband, wie auch wieder in der Rallye Monte Carlo '83.

Den neuen Prisma gibt es als 1600er mit 77 kW (105 PS) sowie als 1500er mit 63 kW (85 PS). Beide serienmäßig mit Fünfganggetriebe, beim 1500er gegen Aufpreis mit Getriebe-Automatik. Preis für den 1500er DM 16.250,- (unverbindliche Preisempfehlung ab Kippenheim/Baden).



LANCIA
Welch ein Fahr-Zeug!

Kreisky stellt noch die Weichen gegen Mock

Koalition mit den Freiheitlichen fast perfekt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zwei Tage nach der Wahlmiederlage der bisher mit absoluter Mehrheit regierenden österreichischen Sozialisten steht es gut wie fest: In Wien dürfte in Zukunft – gegenläufig zur Entwicklung in Bonn – eine sozialliberale Koalition aus Sozialisten und Freiheitlichen (FPÖ) regieren. Bundeskanzler Kreisky erklärte am Dienstag dem Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger den Rücktritt seines Kabinetts. Er wird aber bis zur Bildung einer neuen Regierung mit seinem Ministerium geschäftsführend im Amt bleiben.

Von dem im Foyer des Bundeskanzleramts versammelten Pressekorrespondenten nahm der „Journalisten-Kanzler“ Kreisky nach der letzten Kabinettsitzung mit den Worten Abschied: „Ihr Job ist so anstrengend, weil Ihre Herausgeber so geizig sind. Man kann nicht gleichzeitig Innenpolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik und alle anderen Details beherrschen.“ Da es zu wenig Redakteure an den österreichischen Zeitungen gebe, seien die Journalisten überfordert. Und das sei der Grund dafür, warum sie immer wieder an der Oberfläche blieben. „Das“, so Kreisky, „ist meine Erklärung für das Dilemma, in dem sich der österreichische Journalismus befindet.“

Als neuer Kanzlerkandidat der SPÖ wurde inzwischen der bisherige Vizekanzler und Unterrichtsminister Fred Sinowatz nominiert. Kreisky will auch nach seinem Ausscheiden aus der Regierung bis zum Herbst, aber keinesfalls länger, Parteivorsitzender bleiben. Dann soll dieses Amt auf Sinowatz übergehen.

Obwohl eine Kommission der Sozialisten, der sowohl Kreisky wie auch der designierte künftige sozialistische Regierungschef angehören, mit der Volkspartei verhandeln wird, herrscht bei der SPÖ die Auffassung vor, die ÖVP und ihren Vorsitzenden Alois Mock unter allen Umständen von der Regierung fernzuhalten. Während Mock die Stimmen- und Mandatsgewinne der österreichischen christlichen Demokraten als klaren Wählerauftrag für mehr „Zusammenarbeit“ – also für eine große Koalition – interpretierte, erklärte Kreisky am Montag, der Gewinn von 1,3 Prozentpunkten für die ÖVP reiche nicht aus, um daraus einen solchen Anspruch abzuleiten.

Dabei fällt der kleinen Freiheitlichen Partei (FPÖ), deren Stimmenanteil gegenüber der letzten Parlamentswahl 1979 von sechs auf knapp unter fünf Prozent schrumpfte, die Rolle eines Mehrheitsbeschaffers für die Sozialisten zu. Durch die besondere österreichische Wahlarithmetik – die Aufteilung der Parlamentssitze in „Grundmandate“ und „Reststimmmandate“ – ist allerdings die paradoxe Situation eingetreten, daß die FPÖ für ihre erheblichen Stimmenverluste mit einem Mandatsgewinn belohnt wurde. Sie ist jetzt mit zwölf statt wie bisher elf Abgeordneten im neuen Parlament vertreten.

Da die FPÖ seit ihrem Bestehen noch nie an einer österreichischen Bundesregierung beteiligt war, ist ihr „Nachholbedarf“ an Ministerposten natürlich erheblich. So wird bereits davon gesprochen, daß der agile FPÖ-Vorsitzende Norbert Steiger Vizekanzler einer SPÖ/FPÖ-Regierung werden könne. Daneben beanspruchen die Freiheitlichen die Ressorts für Handel, Justiz und Verteidigung.

Auf sozialistischer Seite folgt man offenkundig der Meinung Kreiskys, wonach es leichter sein werde, mit einem kleinen und relativ schwachen Partner als mit der ÖVP in einer Regierung fertig zu werden. Allerdings gibt es auch unter den Sozialisten, vor allem in Gewerkschaftskreisen, warnende Stimmen: Die schweren wirtschaftlichen Probleme, die auf die neue Regierung zukämen – Überwindung eines beträchtlichen Haushaltsdefizits, Sanierung der verstaatlichten Industrie, Arbeitslosigkeit, Krise der Sozialversicherung – würden eine ÖVP, die außerhalb der Verantwortung in der Opposition bliebe, willkommenes Argumente liefern. So wie es allerdings jetzt aussieht, haben diese sozialistischen Stimmen kaum eine Chance, sich durchzusetzen. Es sei psychologisch einfach zu viel verlangt, von der absoluten Mehrheit und der Alleinregierung direkt in eine große Koalition zu springen, erklärte ein SPÖ-Funktionär.

Die ÖVP-Führung trägt die Aussicht, eine weitere Legislaturperiode in der Opposition verbringen zu müssen, mit bemerkenswerter Gelassenheit. ÖVP-Generalsekretär Michael Graß bezeichnete die rot-blau Koalition als einen „faulen Apfel, der bald vom Baum fallen wird“.

Seite 2: Kreiskys standhafter Erbe

Mitterrand warnt alle „sozialen Rebellen“

A. GRAF KAGENECK, Paris

Vierzehntmal – so zählten Reporter im großen Saal des backsteinroten Rathauses von Lille – benutzte der Präsident den Ausdruck „redressement national“ – nationale Wiederaufrichtung, Wiederaufstellung. Etwa zwanzigmal sprach er von der Autorität des Staates, die durch nichts zu erschüttern sei. Ebenso oft wies er darauf hin, daß er als Chef des Staates die Politik der Härte und der Sparsamkeit angeordnet habe und die volle Verantwortung dafür übernehme.

Mitterrand sprach zum ersten Mal seit Einführung des zweiten Austeritäts-Programms der Regierung direkt zu den Franzosen. Der Kontakt war schwierig, die Menge reserviert, an einigen Orten kam es zu Protesten und Pfeifkonzerten. In Lille, wo Mauroy ein paar tausend Getreue im Rathaus zusammengetrommelt hatte, benutzte der Präsident zum ersten Mal seit langem den barten, bissigen Ton, den man in der Wahltschlacht 1981 bei ihm gehört hatte. Seine Rede war eine Kampfrede, ein Bekenntnis zu gewissen Irrtümern, aber

auch zu seiner alleinigen Verantwortung für alles, wenn etwas schiefgehen sollte. Mitterrand: „Wer Mauroy oder Delors angreift, greift mich an.“

Damit begibt sich Mitterrand in die erste Schußlinie, wozu er als Präsident der Republik, nach der Verfassung „Oberster Schlichter“ der Politik der Regierung, durch nichts verpflichtet ist. Es mußte im Gegenteil bisher in seinem Interesse liegen, den Ausgang der Sanierungspolitik abzuwarten und im entscheidenden Moment einzugreifen. Diesen entscheidenden Moment hält der Präsident offenbar bereits für gekommen, und dazu hat er einigen Anlaß.

Die Welle allgemeiner Unzufriedenheit ist in Frankreich seit einigen Tagen in stetigem Ansteigen. Mehrere soziale Kategorien sind offen in Konflikt zur Autorität des Staates getreten. Während Mitterrand im Norden sprach, rückten 4000 zum Außerstande entschlossene Bauern auf Paris, in ihrer Mitte ein deutscher Seilschlepper mit tschechischem Schwerefleisch, den sie am Vortage gekapert hat-

ten. In Fortsetzung mehrerer Gewalttätigkeiten am Wochenende in der Bretagne verlangten sie die sofortige Abschaffung der deutschen Grenzausgleichszahlungen, die die Preise für ihre heimische Produktion unterlaufen. Mitterrand mußte in Lille versprechen sich dafür einzusetzen.

Die gemäßigte Gewerkschaft FO, welche sich bisher reserviert zum Austeritäts-Programm von Delors verhalten hatte, ruft ihre Anhänger zu einem eintägigen Warnstreik am 18. Mai auf, da, so ihr Chef Bergeron, „ein weiterer Kraftverlust den Arbeitern nicht länger zugemutet werden kann“. Wenn die FO sich rührt, werden die radikalen Organisationen CGT und CFDT nicht lange ruhig bleiben.

Noch bedrohlicher nimmt sich eine wachsende Beunruhigung in den Universitäten des Landes aus, die einige Kommentatoren bereits an die Möglichkeit eines neuen „Mai '68“ denken läßt. Im Frühjahr jenes Jahres hatten Hunderttausende von demonstrierenden Studenten zum ersten Mal die überhöhten französischen Universitäten und schließlich, zusammen mit strei-

kenden Arbeitern, um ein Haar das Regime des General De Gaulle zu Fall gebracht. Eine ähnlich explosive Situation ist heute gegeben: Um ihre Zukunft als „arbeitslose Diplomaten“ besorgte Studenten und vom Sozialismus enttäuschte Arbeiter könnten sich, von niemandem kontrolliert, jederzeit zusammen auf den Weg machen, um den Sozialisten – wie vor 15 Jahren den Gaullisten – das Führen zu lehren. „Den sozialen Rebellen sage ich, daß ich die Autorität des Staates unter allen Umständen zu wahren entschlossen bin“, warnte Mitterrand im Norden.

Der Präsident sieht sich nach den Gewerkschaften und den Studenten einer dritten Fronte in seiner eigenen Partei gegenüber. Hier wächst die Anhängerschaft derjenigen im Parteivorstand, die Delors und seiner Austerität den Laufpaß geben und eine ganz andere, auf Protektionismus und Autarkie gebaute Sanierungspolitik machen wollen. Hinter diesen Sozialisten verbergen sich auch zunehmend die Kommunisten. Auch ihnen gilt die Warnung Mitterrands.

Seite 2: Defensive

Die Liberalen suchen das Bündnis mit Frau Thatcher

In der sozialliberalen Allianz setzt sich der Realismus des

FRITZ WIRTH, London
Die politische Szene in Großbritannien ist in auffallender Weise nervöser und gereizter geworden. Die Spekulationen über den Wahltermin für die Unterhauswahlen viersieren immer häufiger ein Datum im Juni an, obwohl sich Premierministerin Thatcher offiziell zwölf Monate mit den Wahlen Zeit lassen kann. Die Gemeindevahlen am Donnerstag nächster Woche könnten inmitten der politischen Verunsicherung eine klare Wirkung haben. Sowohl die Tories wie die Labour-Partei haben unmittelbar nach diesen Gemeindevahlen parteiinterne Strategiekonferenzen angesetzt. Es ist unübersehbar: In Großbritannien hat die Ära des militanten politischen „infights“ begonnen.

Keine Partei ist von dieser allgemeinen Verunsicherung in den letzten Wochen jedoch so intensiv heimgesucht worden wie die sozialliberale Allianz. Diese politische Interessengemeinschaft, die vor zwei Jahren aufbrach, bei den kommenden Unterhauswahlen die politischen Strukturen des britischen Zweiparteiensystems aufzubrechen, hat immer größere Schwierigkeiten, mit den Proble-

men ihres internen Zweiparteiensystems fertig zu werden. Die liberale Partei, die im Bündnis mit den politischen Reifern und profilierten Stars der Sozialdemokraten zu nächst durchaus mit der Rolle des Juniorpartners zufrieden war, zeigt immer stärkere Ambitionen, in dieser Allianz die Führung zu übernehmen.

Dieses neue Selbstbewusstsein der Liberalen basiert auf der wachsenden Popularität ihres Parteichefs David Steel, der inzwischen zur Schlüsselfigur und zum Inoffiziellen Kopf der sozialliberalen Allianz geworden ist. Steel unterstrich das vor wenigen Tagen in einem bemerkenswerten Fernsehinterview, in dem er die Führungsrollen in der Allianz für den bevorstehenden Unterhauswahlkampf bekanntgab. Steel stellte sich dabei als Chef und Koordinator des Wahlkampfes der Allianz vor, ohne jedoch Ambitionen auf das Amt des Premierministers anzumelden. Die Rolle des „designierten Premierministers“ soll weiterhin dem Parteichef der Sozialdemokraten, Roy Jenkins, zufallen.

Diese logisch und praktisch nicht ganz überzeugende Rollen-

verteilung sieht auf den ersten Blick wie ein weiterer der vielen brüchigen Kompromisse aus, auf denen diese Allianz aufgebaut ist; in Wahrheit stellt sie eine weitere Degradierung des glücklichen Roy Jenkins dar, dem es in den letzten zwölf Monaten weder innerhalb der sozialliberalen Allianz noch im Unterhaus gelungen ist, sich politisch zu profilieren.

Denn inzwischen hat der sozialliberalen Allianz soviel Realismus eingekehrt, daß niemand mehr ernsthaft daran glaubt, daß sie bei der kommenden Wahl eine regierungsfähige Mehrheit erringen kann. Der Titel eines „Premierministers im Wartestand“ ist deshalb nicht mehr als eine leere Floskel. Jenkins wird nicht nur vergeblich auf dieses Amt des Premierministers warten, er wird bei dieser kommenden Wahl vielmehr beträchtliche Schwierigkeiten haben, seinen Unterhaussitz in Glasgow-Hillhead erfolgreich zu verteidigen.

Die einzig realistische Rolle der Allianz nach der nächsten Wahl wird die eines „Zinglins an der Waage“ und damit eines Koalitionspartners sein und Steel machte für diesen Fall bereits bemerkenswerte klare Aussagen. „Ich habe

keine Lust, mein politisches Leben damit zu verbringen, liberale Ideale in einer politischen Wüste zu praktizieren“, sagte er und erklärte die sozialliberale Allianz als Koalitionspartner nach allen Seiten hin offen.

Dabei wurde unausgesprochen klar, daß es der Allianz leichter fallen wird, mit Frau Thatcher als mit Michael Foot eine Regierung zu bilden. Es sei ausgeschlossen, sagte Steel, daß die Allianz mit einer Labourregierung zusammengehe, die sich auf einen Auszug aus der Europäischen Gemeinschaft festgelegt hat. Ebenso unvorstellbar sei es, mit einer konservativen Partei zusammenzuarbeiten, die ihren gegenwärtigen Wirtschaftskurs fortsetze.

Es ist unübersehbar, daß es bei diesen beiden Koalitionsbedingungen der sozialliberalen Allianz mehr Spielraum für einen Kompromiß mit den Konservativen als mit Labour gibt. Ein Bündnis Labours mit der sozialliberalen Allianz würde von der Labourparty zu viele politische Kompromisse verlangen, daß es unweigerlich zu einem neuen Bruch zwischen dem gemäßigten Foot und Healey-Füßler und der radikalen Linken unter Tony Benn käme.

Sacharow als Gastprofessor nach Wien?

AP, Wien

Der seit Jahren in der Verbannung in der Sowjetunion lebende Nobelpreisträger Andrej Sacharow soll eine Gastprofessur an der Universität in Wien erhalten. Der Referent der österreichischen Wissenschaftsministerin, Wolf Frühwirth, bestätigte gestern der Nachrichtenagentur AP, daß eine entsprechende Einladung, die das Außenministerium in Wien an die sowjetischen Behörden weitergeleitet wird. Wie das österreichische Wochenmagazin „Wochenpresse“ berichtet, will der Krenl gegen die Austritte des Systemkritikers offensichtlich kein Veto einlegen.

Sacharow wird seit drei Jahren in Gorki festgehalten. Seine Schwiegertochter Lisa Alexejewna hatte erst nach einem Hungerstreik Ende 1981 aus der Sowjetunion in die Vereinigten Staaten ausreisen dürfen. Die jetzt bekanntgegebene formale Einladung für eine Gastprofessur (1983/84) des Atomwissenschaftlers soll nur das offizielle Nachspiel einer Reihe von Geheimverhandlungen zwischen dem zurückgetretenen österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky, in Schweden lebenden russischen Emigranten und der Frau des Atomwissenschaftlers, Jelena Sacharowa, sein. Der Vorstand des Wiener Instituts für Experimentalphysik, Peter Weizsäcker, sagte der „Wochenpresse“, Sacharow habe sich „eindeutig“ entschlossen, die Sowjetunion zu verlassen.

Umbesetzung im ZK in Belgrad

dpa, Zagreb

Nachfolger des verstorbenen Tito-Vertrauten Vladimir Bakarić im Präsidium des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ) wird der bisherige Parteichef der Republik Kroatien, Jure Bilic (61). Auf seinen Platz rückt Josip Vrhovec, der bis vor einem Jahr jugoslawischer Außenminister war. Von Amts wegen geht Vrhovec zum Prämium des BKJ, in dem die sechs Republiken je zwei, die beiden autonomen Provinzen je zwei und die Armee einen Vertreter haben.

Hupka: Türkei braucht Beistand

BERNT CONRAD, Bonn

Das türkische Militärregime ist nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka auf dem Weg zur Demokratie, auch wenn diese Demokratie anders strukturiert sein werde als in Mitteleuropa. Hupka, der als Vorsitzender des Unterausschusses „Freie Information und Menschenrechte“ der Nordatlantischen Versammlung mit mehreren europäischen NATO-Parlamentariern die Türkei besucht hat, erklärte der WELT, trotz mancher Bedenken gegen Einzelscheitungen sollte der Westen die Türkei auf keinen Fall aus Organisationen oder Institutionen hinauswerfen.

Der Unionsabgeordnete zitierte zustimmend den Schweizer Botschafter Chenuax-Rapond, der erklärt habe, die Türken bräuchten Rat und Beistand, nicht aber „billige Schelte aus sicherem Port“. Bisher habe das Militärregime den Zeitplan der Demokratisierung eingehalten, versicherte Hupka. Maßgebliche Regierungsmitglieder hätten ihm versichert, daß sie alle Anstrengungen unternähmen, um die Forderung von Hupka zu verhindern. Wahrscheinlich werde im Herbst oder im Frühjahr 1984 in der Türkei gewählt werden. Allerdings sei das neue Parteiengesetz sehr restriktiv. Ungelöst sei auch nach wie vor die Lage an den Universitäten. Die Gewerkschaften hätten Angst, daß ihre Betätigungsmöglichkeiten zu stark eingeengt würden. Manche Journalisten bangten um ihre Arbeitsstelle.

Auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Ingeborg Hoffmann wies nach einer Türkei-Reise auf die problematische Lage in manchen Bereichen hin, betonte jedoch, die Regierung erstrebe eine gefestigte Demokratie, die ihren Bürgern Sicherheit garantiere.

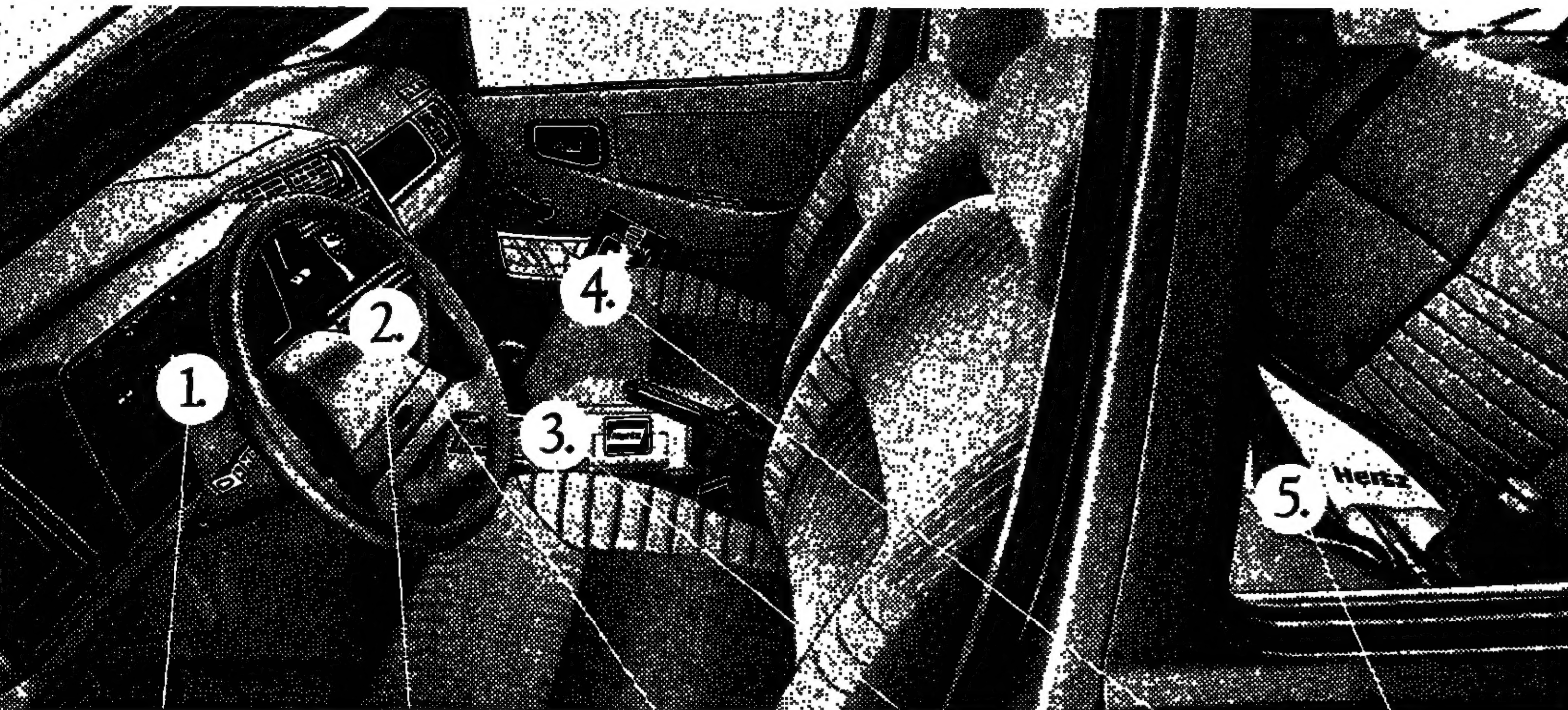
Bischof: Kirche muß radikal umdenken

idea, Hamburg

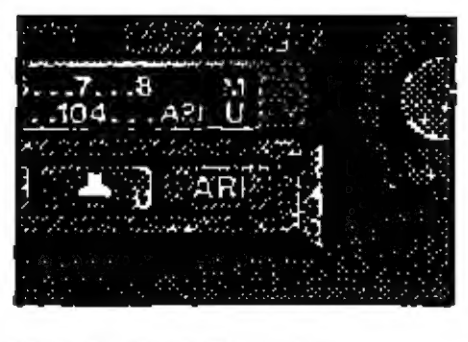
Ein radikales Umdenken in der evangelischen Kirche fordert einer der profiliertesten protestantischen Kirchenführer, der Hamburger Bischof Hans-Otto Wölber. In einem Interview mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz sagte Wölber, in Zukunft müsse sich die Volkskirche auf freikirchliche Strukturen einstellen. So müsse beispielsweise die früher „ein biblisch diskriminierte“ Erwachsenentaufe genau so wichtig genommen werden wie die jetzt übliche Kindertaufe, weil die kirchliche Bindung der Bevölkerung wachse.

Bereits heute gebe es in Hamburg Gemeinden, in denen bis zu 30 Prozent der Konfirmanden nicht getauft seien, berichtete der Bischof. Der Ende April in den Ruhestand tritt. Insgesamt sind in der Kirche – nach Wölbers Worten – „amerikanische Verhältnisse“ zu erwarten: Es werde eine viel stärkere Entscheidung bedeuten, zur Kirchengemeinde zu gehören. Die Glaubwürdigkeit und Autorität der Kirche hänge nach Wölbers Worten davon ab, ob sie „weiter gesellschaftlichen Strömungen hinterher schwimmt“ oder sich und anderen wieder deutlich macht, woher sie kommt.

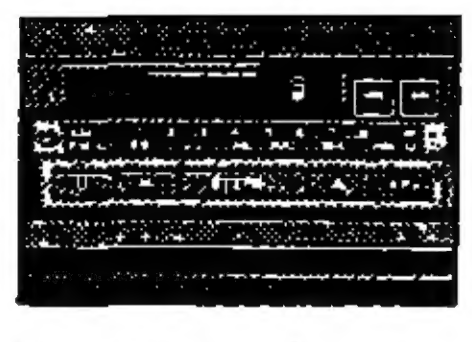
Wenn Sie jetzt bei Hertz einsteigen, fahren Sie Business-Class.



Business-Tarif für unbegrenzte Kilometer*



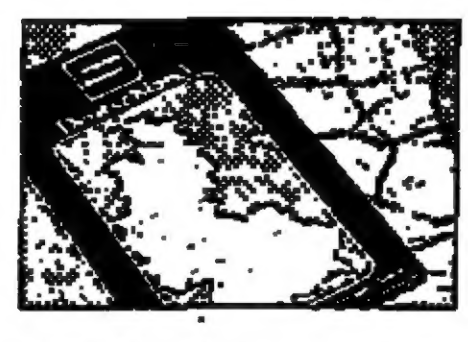
Verkehrsfunk-Decoder



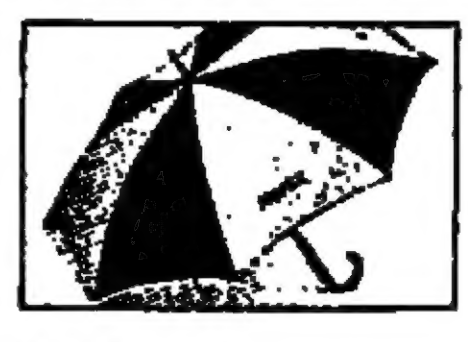
Stereo-Cassetenradio



Nah-Set



Deutschlandkarte



Regenschirm

Wer geschäftlich viel unterwegs ist, hat Streß genug. Deshalb sollte Ihnen ein Autovermieter nicht bloß ein zuverlässiges Auto bieten, sondern auch möglichst vieles zu Ihrer Entlastung beisteuern.

Was das für uns konkret heißt, sehen Sie, wenn Sie einen Blick in die neue Hertz Business-Class werfen. Zunächst einmal finden Sie in allen Fahrzeugen viele Dinge, die Ihre Geschäftsreise angenehmer machen. Angefangen vom Verkehrsfunk-Decoder, der vor Engpässen warnt, bis hin zum Nah-Set, das Ihnen knopflose Besprechungen erspart. In einigen Fahrzeugen sorgt ein Stereo-Cassetenradio für angenehme Unterhaltung. Außerdem bietet Ihnen die Business-Class spezielle, für Sie besonders günstige Business-Tarife. Zum Beispiel einen festen Tagespreis für unbegrenzte Kilometer* (einschließlich kompletter Versicherung und Mehrwertsteuer).

Ein modernes Computer-System garantiert schnelle, unbürokratische Abwicklung. Von der Reservierung bis zur Abrechnung. Damit Sie sicher weiterkommen. Weltweit.

Buchen Sie bei Ihrem Reisebüro oder über unser zentrales Hertz-Reservierungsbüro unter folgenden Telefonnummern:
Berlin 030-2618077 Düsseldorf 0211-357021 Essen 0201-770404 Frankfurt 0611-730404 Hamburg 040-2801201 Hannover 0511-514509
München 089-558211 Nürnberg 0911-232367 Stuttgart 0711-225161 Wien 0222-731596 Zürich 01-2418077 Telex Frankfurt 414901

Fahren Sie Business-Class. **Hertz**

Hertz vermietet Ford und andere gute Wagen.

acharow als
astprofessor
ach Wien?

besetzung in
Belgrad

pka: Türkei
ucht Beistand

of: Kirche
al umdehnt

Kleine Schritte zur Selbstblockade

Mit vielen „Amendments“ behindert der US-Kongress die Außenpolitik Amerikas

Von TH. KIELINGER

Agan-Administration in dieser Woche so etwas wie den Übergang vom Stellungskrieg in die Offensive. Daß es in beiden Fällen um die Außenpolitik geht, zeigt, wie stark im dritten Jahr seiner Amtszeit die auswärtigen Faktoren auf Dinen Präsidenten einwirken, der sich bisher – sieht man von der nuklearen Frage ab – mit Vorliebe den innenpolitischen Geschicken gewidmet hatte.

Mit der Entsendung von Außenminister Shultz in den Nahen Osten gibt das Weiße Haus zu, daß es nicht ausreicht, einen Plan wie den Reagan'schen Entwurf vom 1. 9. 82 in die Welt zu setzen; man muß sich um die Weiterentwicklung an Ort und Stelle kümmern und zwar auf höchster diplomatischer Ebene, die allein Gewähr bietet, daß das amerikanische Engagement ernstgenommen wird.

Ähnlich steht es um die zweite außenpolitische Front dieser Woche: Zentralamerika. Seit zwei Jahren schwelt der Konflikt dahin, von der Reagan-Regierung mit mehr oder weniger Fortüne durch die Fährnisse der Zeit gesteuert. Aber die mal lauten, mal versteckten Appelle an den Kongress und an das amerikanische Volk haben keinen Konsensus entstehen lassen, der zur Durchsetzung politischer Ziele in dieser Region gerade die Voraussetzung bildet.

Im Gegenteil: Vor wenigen Tagen weigerte sich ein Kongress-Ausschuß sogar, die bescheidene Summe von 50 Millionen Dollar Militärhilfe an El Salvador zu segnen. Die Politik der Regierung, Zentralamerika betreffend, gerät in Gefahr, zu zerfallen. Da tritt Ronald Reagan die Flucht nach vorn an, mit einem dramatischen Auftritt vor beiden Häusern des Kongresses an diesem Mittwochabend.

Es ist ein gewagtes Spiel. Das Mittel der präsidentiellen Ansprache vor dem Kongress bleibt im allgemeinen nur wenigen nationalen Anlässen vorbehalten, von der routinemäßigen Rede zur Lage der Nation, die in jedem Januar gehalten wird, abgesehen. Zuletzt

sprach Reagan in ähnlichem Rahmen im Sommer 1982, nach seiner Genesung vom Attentat, um das Wirtschaftsprogramm seiner Regierung voranzutreiben. Das war damals die nationale Priorität Nr. eins. Davor hatte Präsident Carter zweimal den Gang zum Kongress angetreten: Im Juni 1978, um die Ergebnisse des SALT-II-Gipfels von Wien zu erläutern, und im September 1978, nach dem Nahost-Durchbruch in Camp David.

Zwei Erwägungen drängen Reagan in diesem Augenblick, der Thematik in Zentralamerika höchste Priorität einzuräumen. Einmal die Lage im Krisengebiet selbst, angefangen mit den Kämpfen in El Salvador. Mit dem Umfang der gegenwärtigen US-Hilfe ist das kleine Land nicht zu retten. Die Folgen eines Verlustes dieses Landes für den Westen wären unabsehbar. Zum zweiten duldet die Auseinandersetzung mit dem Kongress keinen Aufschub mehr: Die US-Legislative ist, wenn man so will, die Hauptbühne für den Präsidenten geworden, wenn es um Außenpolitik überhaupt in kontinuierlicher Weise ausüben will.

Das hat sich mit solcher Schärfe erst in den Jahren seit der Watergate- und Vietnam-Krise herausgebildet. Mit mehreren Gesetzesvorstößen hat sich der Kongress aggressiv gegenüber dem Präsidenten verhalten. Die Exekutive unter den Präsidenten Johnson und Nixon, eine maßgebliche Rolle in der Formulierung der US-Außenpolitik zugesprochen. Viele Kammermuten, daß es mehr eine blockierende als eine hilfreiche Rolle ist.

Marksteine der Entwicklung waren die folgenden Gesetzesnovellierungen (in der Regel „amendments“ genannt):

● Die „War Powers Resolution“ von 1973. Sie verpflichtet den Präsidenten, innerhalb von 48 Stunden den Kongress über die Entscheidung amerikanischer Streitkräfte zu informieren. Gleichzeitig verlangt sie die Rückzug dieser Truppen nach 90 Tagen, es sei denn, der Kongress billigt ausdrücklich eine längere Stationierungsdauer.

● Das Jackson-Vanik Amendement von 1974. Es setzte für den

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hauptamtlicher Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie aus Ihrer Zeitung vom 20. April hervorgeht, hat die SPD des Landes Rheinland-Pfalz massive Bedenken gegen die Bestellung eines hauptamtlichen Präsidenten beim Sparkassen- und Giroverband angemeldet.

Tatsache ist, daß sich die Arbeitsgemeinschaft der Sparkassenverbände, der Vorstand des Sparkassen- und Giroverbandes sowie der Landkreistag eindeutig für die Bestellung eines hauptamtlichen Präsidenten ausgesprochen haben. Daß dies von der Sache her erforderlich ist, zeigt die Tatsache, daß in allen anderen Bundesländern bereits seit längerem diese Position hauptamtlich besetzt ist. Man muß dem bisherigen ehrenamtlichen Präsidenten dankbar sein, daß er die Fülle der Aufgaben durch außerordentlichen Einsatz neben seinem Hauptamt erledigt hat. Auf die Dauer ist dies jedoch weder möglich noch zumutbar.

Zum Funktionieren eines so großen und wichtigen Amtes in der heutigen schwierigen Zeit gehört, daß dieses Amt durch einen hauptamtlichen Präsidenten besetzt ist. Dies liegt im Interesse des Wohles der Sparkassen und ihrer Kunden.

Daß mit Hast an diese Angelegenheit herangegangen wurde, trifft ebenfalls nicht zu. Auf allen maßgeblichen Ebenen der rheinland-pfälzischen Sparkassenorganisation wird bereits seit über zwei Jahren darüber diskutiert.

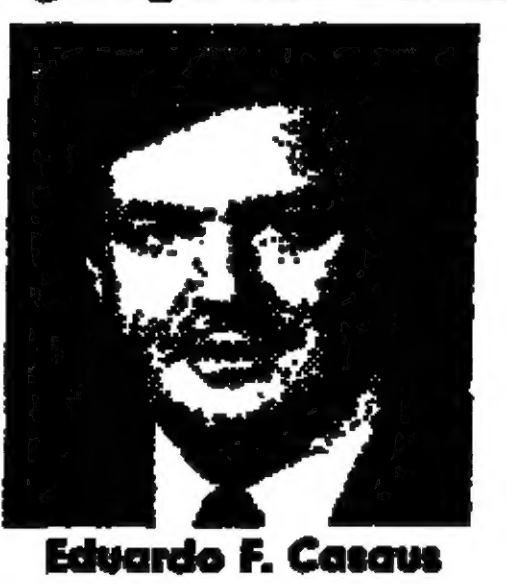
Es ergibt sich somit, daß die Kritik der SPD im Lande Rheinland-Pfalz haltlos ist und jeglicher sachlicher Grundlage entbehrt. Probleme der Sparkassen, die Wirtschaftsunternehmen sind, sollten nicht in das politische Geschäft hineingezogen werden. Man sollte es den Sparkassen selbst überlassen, ihre Probleme zu lösen.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard W. Göpfert,
Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Worms

Personalien

DIPLOMATEN

Die „ausgezeichneten Beziehungen auf allen Gebieten“ hat am Dienstag Spaniens neuer Botschafter Eduardo Fonellas Casaus gelobt, als er Bundespräsident Karl Carstens sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Der Spanier, Jahrgang 1937, gehört zu einer jungen Elitengeneration seines Landes, die über die Wissenschaft in den diplomatischen Dienst gelangte. Casaus studierte



Eduardo F. Casaus

Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Soziologie in Freiburg und Berlin. Er war in Freiburg Schüler von Nobelpreisträger Professor Friedrich August von Hayek, bei dem er eine Diplomarbeit über die deutschen und spanischen Steuersysteme anfertigte. Später wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Uni Freiburg, 1967 Direktionsassistent der Münchner Allianz Versicherung, 1968 wurde er zum Leiter der Europa-Abteilung der „Banco de Urquijo“ in Madrid berufen. 1975 wurde er Direktor der internationalen Abteilung der Banco de Bilbao in Madrid, 1977 Direktor der gleichen Bank in Frankfurt und Zürich. Politisch engagierte sich Casaus in der Partido Socialista Popular. Seine politische Einstellung ist auch der Grund dafür, warum er so lange in Deutschland lebte: Unter dem Franco-Regime wurde Casaus als Regimegegner von der Universität Barcelona verwiesen.

Wahlen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Ahrens ist in Stralburg zum neuen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählt worden. Er wird Nachfolger des Spaniers José María de Areilza. Ahrens, Jurist, war fünf Jahre Staatsdirektor in Nordrhein und drei Jahre Verbandsdirektor des Verbandes Großraum Hannover, ehe er als Ministerialdirektor Leiter der Abteilung für Kommunalwesen und Raumordnung im niedersächsischen Innenministerium wurde. Seit 1969 gehörte er dem Bundestag an und ist heute Mitglied des Paritätsrats der SPD.

Es mag somit jedem einzelnen überlassen bleiben, ob er die häufigste chronische Infektionskrankheit Tuberkulose für „besiegt“ hält. Durch allgemeine freiwillige Impfung der Kinder könnte man wenigstens diese vor Erkrankung mit 80prozentiger Wahrscheinlichkeit schützen und so die Tuberkulose allmählich wirklich besiegen, nicht nur auf dem Papier. „Denn die Verhältnisse sind nicht so.“

Univ.-Professor
Dr. A. Winkler,
Erlangen

Wort des Tages

„Es erfordert oft mehr Mut, seine Ansicht zu ändern, als an ihr festzuhalten.“

Friedrich Hebbel, dt. Dramatiker (1813-1883)

Linker Studentenklingel

„Wie habe Studentenvertreter ihre Stellung an den Unis mitbenutzt“, WELT vom 15. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

Interesse habe ich Ihren Artikel gelesen und bin darüber erfreut, daß Sie das Problem der linksorientierten Studentengremien an der Universität zu Köln (und an anderen Universitäten) aufgriffen haben. Ich selber erlebe diese Situation direkt vor Ort. Ich bin Fraktionsvorsitzender des RCDS (Ring christlich-demokratischer Studenten) im Kölner Studentenparlament und Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuß. In diesen Gremien werden von den linken Mehrheiten konsequent rechtsvorzige Beschlüsse gefaßt, seien sie finanzieller oder anderer Art. Die RCDS-Mitglieder im Haushalts- und Finanzausschuß prüfen die Kassenführung regelmäßig und müssen dabei immer wieder die Verschwendung von Studentengeldern feststellen. Um so schlimmer ist die Feststellung, daß der Rektor und der Landesrechnungshof nicht konsequent gegen die Rechtsaufsicht über die Studentenschaft wahrnehmen. Der Rektor reagiert (wenn überhaupt) nur auf unser Drängen, der Landesrechnungshof (hier die zuständige Vorprüfstelle beim Regierungspräsidenten in Köln) ist personell zu schwach besetzt und anscheinend von den vorgesetzten Stellen nicht hinreichend beauftragt, die Kassenführung zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Zabel,
Köln

„Wie habe Studentenvertreter ihre Stellung an den Unis mitbenutzt“, WELT vom 15. April und „Kritik ABM-Finanz“, WELT vom 15. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen, daß Sie in den oben genannten Artikeln auf die Rechtsverstöße studentischer Gremien an der Universität zu Köln aufmerksam gemacht haben. Als Mitglied von Studentenparlament und Fakultätsvertretung Ju-

Teure Flutwellen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuweilen müssen die Naturgewalten nachhelfen, um die grenzenlose Selbstüberschätzung der Technokraten in die Schranken zu weisen. Jahrzehntlang haben Wasserbau-Ingenieure begründet, korrigiert und verrohrt, um die Hochwässer in den Griff zu bekommen. Mit dem Ergebnis, daß die Hochwässer vom Oberlauf an den Unterlauf verlagert wurden und jetzt noch höher ausfallen.

Durch Verknüpfung der Retentionsräume (Rückhalte- und Überflutungsräume, z. B. Altarme und Auen) sowie Verknüpfung des Fließlaufes durch wasserbauliche Maßnahmen fand gerade am Rhein eine ungünstige Beeinflussung des Abflusses von Hochwasserwellen statt. Es wurden die Spitzenabflüsse er-

Libyen beliefert nicht nur Managua

Von Nicaragua aus fördert Khadafi seit drei Jahren die Revolution in Lateinamerika

WERNER THOMAS, Miami

Es hat sich längst herumgesprochen unter den linken Lateinamerikas: Wer Geld, Waffen oder eine militärische Ausbildung braucht, wendet sich am besten an den Obersten Khadafi. Der Libyer behandelt seine Freunde kulanter als Fidel Castro und gewährt ihnen einen größeren ideologischen Spielraum – solange sie nicht von einem strikten antiamerikanischen Kurs abweichen.

Die vier libyschen Transportmaschinen, die in Brasilien festgehalten wurden, weil sie mit Kriegsgut für Nicaragua beladen waren, dokumentieren Khadafis Verbindungen. Dies ist jedoch nur ein Beispiel gewesen, wenn auch das bisher spektakulärste.

Der Libyer fördert seit mehr als drei Jahren revolutionäre Bewegungen Lateinamerikas. Chilenische, salvadorianische und kolumbianische Guerrilleros sind in Nordafrika militärisch ausgebildet worden, wie die Regierungen dieser Länder berichteten. Selbst den Rebellen der peruanischen Partisanenbewegung „Leuchtender Pfad“ der brutalsten und bizzarsten Guerilla-Gruppe der Region, die mit Castro nichts zu tun haben wollen, werden Khadafi-Kontakte nachgesagt.

Die libyschen Lateinamerika-Aktivitäten hatten mit der Machtübernahme der sandinistischen Comandantes im Juli 1979 begonnen. In der nicaraguanischen Hauptstadt ließ Khadafi die größte diplomatische Mission des Halbkontinentes etablieren. Die geschätzte Zahl des Botschaftspersonals: Mindestens 50 Personen. Von Managua, dem Mekka der regionalen Revolutionäre, wurden die weiteren Verbindungen geknüpft.

Die Sandinisten haben nie vergessen, daß ihnen Khadafi vor zwei Jahren mit einem 100-Millionen-Dollar-Kredit ihre leere Devisenkasse füllte, als alle anderen Geldquellen verstiegen waren. Seitdem herrscht ein reger Reiseverkehr zwischen Managua und Tripolis. Regelmäßig verzeichnet das sandinistische Sprachrohr „Barriada“ Besuche hoher Regierungsvertreter in der libyschen Hauptstadt.

Ein Teil der in Brasilien entdeckten Waffen sollten weitergeleitet werden nach El Salvador. Der salvadorianische Guerilla-Führer Salvador Cayetano Carpio, der am

Revolution in Lateinamerika

12. April in Managua Selbstmord begangen haben soll, war Anfang des Monats in Tripolis gewesen. Bei seinen Auslandsreisen besorgte er meistens Waffen. Kurze Zeit vor ihm hatte sich Jaime Bateman drei Wochen lang auf Einladung Khadafis in Libyen aufgehalten, der Kommandeur der stärksten kolumbianischen Rebellenorganisation M-19. Während eines im Untergrund gewährten Interviews wollte Bateman aber nicht verraten, ob Khadafi auch ihm Waffenlieferungen in Aussicht stellte. Das glaubt dagegen der kolumbianische Verteidigungsminister General Fernando Landazabal. Der General vertrat die Ansicht, eine der in Brasilien festgehaltenen libyschen Transportmaschinen hätte heimlich in Kolumbien auf einer entlegenen Piste landen und entladen werden sollen.

Man muß nicht immer links stehen, um Khadafi spendabel zu stimmen. Antiamerikanismus genügt. Vor einem Jahr während des Falkland-Krieges, als sich die US-Regierung auf die Seite der Briten gestellt hatte, entsandte der Oberst dem rechten General Leopoldo Galtieri „vier oder fünf Flugzeuge“ (Galtieri) mit Kriegsgeschütz. (SAD)

Angebote über steuersparende Anlagen erhält Frau Dr. Dreher fast täglich. Was hat sie von unseren Anlagemöglichkeiten überzeugt?



Geldanlagen mit Steuervorteilen können qualitativ sehr unterschiedlich sein. Frau Dr. Dreher entschied sich für unsere Angebote, weil sie grundsätzlich sind und weil eine große Bankengruppe dahinter steht. Mit der DG Immobilien-Anlage Nr. 12 „Seniorenwohnheime in München und Bad Abbach“ wählte Frau Dr. Dreher zwei sichere und ertragreiche Anlageobjekte aus, die sich durch hohe Bauqualität auszeichnen, und sie kann mit einer guten Rendite rechnen: ca. 38% Verlustzuweisung während der Bauphase, Barausschüttung 5,25% p.a. erstmals für 1985; das entspricht einer Gesamterrendite je nach Steuersatz bis zu 22%.

Um diese und andere attraktive Anlagemöglichkeiten – z. B. DG Energieanlagen oder DG Beteiligungsanlagen – zu nutzen, genügt ein Besuch bei uns. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbundangebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der

20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank und 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekenbank
- DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekenbank eG
- R+V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



Schritte gegen „atomwaffenfreie Gemeinden“

AP, München
Das bayerische Innenministerium will auf dem Verwaltungsweg gegen Gemeinden vorgehen, die ihr Gebiet als „atomwaffenfreie Zone“ deklariert oder in anderer Weise demonstrativ gegen die Verteidigungskonzeption von NATO und Bundeswehr Stellung genommen haben. Die Staatsregierung nahm gestern „zustimmend Kenntnis“ von der Absicht, in Fällen, in denen trotz eingehender Belehrung durch die Aufsichtsbehörden die Gemeinden sich weigerten, entsprechende Beschlüsse von sich aus rückgängig zu machen, diese aufheben zu lassen.

Ein Sprecher des Innenministeriums teilte ergänzend mit, betroffen seien nach derzeitigem Kenntnisstand die Gemeinden Nürnberg, München, Lindau und Eching. Diesen werde nun die förmliche Beanstandung der Beschlüsse zugehen. Wenn dann keine Rücknahme erfolge oder dies, wie im Fall Nürnberg bereits geschehen, im Stadtrat abgelehnt werde, werde man die beanstandeten Beschlüsse im Wege der „förmlichen Ersatzvornahme“ aufheben. Die bayerische Staatsregierung steht auf dem Standpunkt, daß Gemeinden mit förmlichen Beschlüssen zur Verteidigungskonzeption ihre Kompetenzen überschreiten, da dies allein Sache des Bundes sei.

„Strauß probt den Abstand zur CDU“

gba, Bonn
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt glaubt bei Franz Josef Strauß einen neuen Ansatz entdeckt zu haben, den bundesweiten Anspruch der CDU durchzusetzen. Hinter der Erklärung führender CDU-Politiker zur Deutschlandpolitik stecke „offensichtlich auch parteipolitisches Kalkül“, sagte Brandt vor dem SPD-Vorstand. So könne man fragen, ob die Äußerung des CDU-Vorsitzenden „nicht Entdeckungssignale seien, mit denen er erneut Grenzen und Möglichkeiten eines bundesweiten Anspruchs der CDU – einschließlich der längerfristigen Möglichkeit einer eigenen Parteientwicklung – ausleuchten“ wolle. Es sei jedenfalls nicht zu übersehen, daß Strauß zur Zeit „den Abstand und die Durchsetzungsfähigkeit“ der CDU gegenüber der CDU erprobt. Dabei treibe der CDU-Chef die Isolierung der FDP weiter voran. Diese Politik habe sich praktisch schon in der „Verdrängung“ der Freien Demokraten aus dem Innenministerium und der Landwirtschaftspolitik ausgewirkt.

EG-Parlament berät über Arbeitslosigkeit

Debatte der Europa-Abgeordneten erstmals im Fernsehen

ULRICH LÜKE, Brüssel
Im Europäischen Parlament kommt es heute zu einer doppelten Premiere. Zum ersten Mal wird eine Plenardebatte von einer europäischen Fernsehstation live übertragen, von der ARD zwischen 10.00 Uhr und 13.00 Uhr. Und zum ersten Mal tagt das Parlament in Brüssel, dem Sitz von EG-Ministerrat und EG-Kommission. Nur einmal, im März 1982, war der Vorläufer des Europa-Parlaments, die Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, nach Brüssel gekommen.

Thema der zweitägigen Sondersitzung ist die Arbeitslosigkeit in Europa. Auf der Basis von sechs Berichten wollen die Abgeordneten ihre Forderungen für den europäischen Kampf gegen die Beschäftigungskrise formulieren. Forderungen, von denen sie erwarten, daß sie beim nächsten europäischen Gipfeltreffen im Juni in Stuttgart Berücksichtigung finden.

Im Mittelpunkt der Auftaktdebatte wird der Bericht des griechischen Christdemokraten Papageorgiou über die Beschäftigungslage in der Gemeinschaft stehen. Er wurde im zuständigen Ausschuss nur mit der knappen Mehrheit von zwei Stimmen angenommen. Beobachter erwarten daher, daß sich

die Konfrontation zwischen Christdemokraten und Konservativen sowie Sozialisten und Kommunisten heute im Plenum fortsetzen wird. Bereits jetzt liegen 274 Änderungsanträge für diesen und die anderen Berichte vor.

Hauptforderung der Ausschussmehrheit ist ein Maßnahmenbündel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, das von der Verwirklichung des Binnenmarktes über die Begrenzung der öffentlichen Haushaltsdefizite bis hin zu mehr Mitteln für die Schaffung von Ausbildungsstellen reicht.

Maßgeblichen Anteil an den Vorarbeiten für die Sondersitzung haben die deutschen Abgeordneten Heike Salisch (SPD) und Elmar Brok (CDU). Da zudem für den EG-Ministerrat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm im Parlament sprechen wird, können die deutschen Fernsehzuschauer weite Teile der Debatte des siebenstündigen Parlaments heute morgen im Originalton verfolgen. Neben der allgemeinen Beschäftigungslage und der Jugendarbeitslosigkeit stehen Fragen der Arbeitszeitverkürzung, der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, der Randregionen der Gemeinschaft und der Verkehrspolitik auf der Tagesordnung der Sondersitzung.

Das Bundesarchiv prüfte

Nur eine Probe des angeblichen Hitler-Tagebuchs erhalten

rt, Bonn
Das Bundesarchiv in Koblenz hat nach den Worten seines Präsidenten Hans Blooms keinen Zweifel an der Echtheit der ihm von der illustrierten „Stern“ zur Prüfung vorgelegten mutmaßlichen Dokumente Adolf Hitlers. Blooms sagte gestern der Nachrichtenagentur Reuter, dabei habe es sich aber offensichtlich nur um einen Fall um eine Probe aus dem angeblichen Tagebuch des Diktators gehandelt. Die sieben weiteren im Verlaufe des vergangenen Jahres geprüften Unterlagen, seien Schriftstücke anderer Art gewesen.

Nach Blooms Darstellung trat der „Stern“ 1982 an das Bundesarchiv mit der Bitte um Unterlagen über den Flug des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß heran. Später habe er um die Prüfung von acht Einzelpersonen gebeten, ohne zu erwähnen, daß es um Tagebücher Hitlers gehe. Das habe das Bundesarchiv erst aus der Presse erfahren. Experten des Bundeskriminalam-

tes und des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz sowie ein amtlicher Papierschachverständiger hätten die Unterlagen geprüft, deren Echtheit sich als „einwandfrei“ erwiesen habe.

Wie Blooms sagte, wurde keine Tintenanalyse vorgenommen. Deren wissenschaftliche Beweiskraft sei ohnehin begrenzt. Bei dem Schriftstück aus den Tagebüchern habe es sich um den Entwurf einer parteiamtlichen Verlautbarung zur Heß-Flucht nach Großbritannien gehandelt. Das Bundesarchiv habe sich auf das Abkommen mit dem „Stern“, wonach das Material nach der Auswertung durch das Blatt in den Besitz des Archivs übergehen soll, eingelassen, da es darin „die einzige Chance“ sehe, das im Ausland befindliche „Quellgut zu sichern“.

„Stern“-Jurist Joachim Hagen teilte auf Anfrage mit, das Magazin habe dem Archiv zugesichert, ihm die Originale nach Abschluß der Auswertung zu überlassen.

Zustimmung zu sechs Punkten der CSU

Fortsetzung von Seite 1

Währenddessen erklärte der Vordenker Oberstaatsanwalt Reimar Poppken, das gerichtsmedizinische Gutachten des Hamburger Professors Werner Janssen habe ergeben, daß Burkert nach einem Verkehr am Grenzübergang Drewitz an einem Herzanfall gestorben sei. Der Verdacht, Burkert sei seinen Kopfverletzungen erlegen, habe sich nicht bestätigt. Es gebe damit keinen Beweis für eine Fremdeinwirkung beim Tod des Transitreisenden, sagte Poppken.

Die Bundesregierung will in einigen Tagen nach Prüfung aller Unterlagen ihre abschließende Meinung äußern. Für die CSU bezeichnet es Stöiber gestern als notwendig, darüber zuvor im Koalitionskreis zu diskutieren. „Wir haben nie von Gewaltanwendung gesprochen, sondern daß die Vernehmung ursächlich war für den Tod. Es steht fest, daß Herr Burkert unter dem psychologischen Druck zu Tode gekommen ist.“

Klar ist schon jetzt, daß die Bundesregierung bei ihren Kontakten mit der „DDR“ auf Verbesserungen im Transitverkehr dringen wird. Bundesminister Windelen betonte, nicht allein der Tod Rudolf Burkerts sei klimabelastend. Vielmehr sei in den vergangenen Monaten eine drastische Zunahme der Verdachtskontrollen durch „DDR“-Behörden registriert worden. Diese habe zu einer „Verunsicherung“ der Reisenden geführt und widerspreche dem Geist geltender Vereinbarungen.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, bemerkte dazu im einzelnen: „Die verhängten Buß- und Straf-gelder sowie die geforderten Kautionsleistungen von bis zu Tausenden von DM-West auch bei nur geringfügigen Verkehrsverstößen, bei Verkehrsunfällen oder bei so genannter unerlaubter Kontaktaufnahme mit einem DDR-Bürger auf der Transitstrecke“ wurden immer exemplarischer. Der Willkür sind hier letztlich keine Grenzen gesetzt.“

Die Art und Weise, wie die „DDR“-Grenzer nach den Worten Lintners „durch stundenlange Prozeduren an den Übergängen, entwürdigende Verhöre, Leibesvisitationen und penible Kfz-Inspektionen den Freiheit gewohnten Bürger der Bundesrepublik behandeln, soll ihn einschüchtern und zugleich deutlich machen, wer im anderen Teil Deutschlands ‚Herr im Hause‘ ist“.

Europäische Akte steht in Rom im Mittelpunkt

Bundeskanzler Kohl zu Konsultationen nach Italien

MEICHNER/CONRAD, Rom/Bonn

Von der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz in Williamsburg und des „Europagipfels“ in Stuttgart bis zur Madrider KSZE-Folgekonferenz und den Genua-Abstraktionsverhandlungen reichen die Themen der deutsch-italienischen Konsultationen, zu denen Bundeskanzler Helmut Kohl heute nach Rom fliegt. Kohl, den die Bundesminister Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff begleiten, wird mit Ministerpräsident Fanfani, Staatspräsident Pertini und den wichtigsten Parteiführern zusammentreffen.

Zu den zentralen Fragen der römischen Gespräche wird die Europapolitik gehören. Deutsche und Italiener sind an ein Zugangsgekommen. Denn während des Staatsbesuchs von Bundespräsident Carstens in Italien hatten sie Ende Oktober 1982 vereinbart, den unter der Bezeichnung „Europäische Akte“ laufenden Genscher-Colombo-Plan zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit im ersten Halbjahr 1983 unter der deutschen EG-Präsidentschaft voranzutreiben. Anstatt in einen Aufwind ist die europäische Einigungspolitik aber seither in eine neue Krise geraten.

In seinem Gespräch mit der WELT (16./17. April) hatte Ministerpräsident Fanfani in Erinnerung gerufen: „Wir haben diese Initiative in der Erkenntnis ergriffen, daß die Gemeinschaft in eine gewisse Krise geraten ist. Es ist dies eine Krise der Entscheidungsfähigkeit, eine Krise des Willens, die Probleme anzupacken.“ Genscher und seine Idee sei es gewesen, „den politischen Weg wieder aufzunehmen, das heißt, das politische Ziel wieder herauszustellen, weil durch eine Bestätigung des politischen Ziels auch die Verhandlungen, Kompromisse und Übereinkommen auf wirtschaftlichem Gebiet sinnvoller wirken“.

Bundeskanzler Kohl hatte erst bei den Konsultationen mit Premierminister Margaret Thatcher in London und beim Besuch des dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter in Bonn darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten der Verabschiedung der Europäischen Akte Anfang Juni auf dem Stuttgarter Europa-Gipfel noch entgegenstehen. Sowohl Frau Thatcher als auch Schlüter haben vor allem gegen die im Genscher-Colombo-Plan vorgesehenen Mehrheitsentscheidungen im EG-Ministerrat erhebliche Bedenken geäußert.

IG-Metall-Marschroute

Einstimmung auf Forderung nach 35-Stunden-Woche

GÜNTHER BADING, Bonn

Schon knapp ein Jahr vor der nächsten Tarifrunde in der Metallindustrie im Frühjahr 1984 will die IG Metall ihre Mitglieder und die Öffentlichkeit auf den Kampf um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche einstimmen. Das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Hans Janßen kündigte gestern in Frankfurt an, daß das Thema Arbeitszeitverkürzung „ab sofort zentraler Gegenstand der Diskussion und der Aktivierung in den Betrieben“ sein werde.

Zwar müsse die konkrete Tarifforderung erst wie üblich gegen Ende des Jahres von den zuständigen Gremien festgelegt werden, doch stehe bereits jetzt fest, daß die 35-Stunden-Woche – bei vollem Lohnausgleich – wichtigster Teil dieser Forderungen sein werde. Die IG Metall hatte sich vor fünf Jahren als Gegenleistung für stufenweise Verbesserungen beim Jahresurlaub gegenüber den Arbeitgebern verpflichtet, das Thema

Arbeitszeitverkürzung bis 1984 auszurollen zu lassen.

Nachdem im vergangenen Jahr zunächst in der IG Metall intensiv über die Verkürzung der Lebensarbeitszeit diskutiert worden war, setzte sich dann doch die Linie durch, im kommenden Jahr ausschließlich die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu fordern. Energischer Vertreter dieser Position war auch der Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler, der auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober für den Posten des zweiten Vorsitzenden kandidieren wird. Vorsitzender und damit Nachfolger des aus Altersgründen ausscheidenden Eugen Loderer soll der amtierende zweite Vorsitzende Hans Mayr werden.

Janßen kündigte an, daß die IG Metall Broschüren, Plakate und einen Film produzieren werde. Außerdem werde mit Wissenschaftlern diskutiert; in einer Umfrage soll die Meinung der Gewerkschaftsmitglieder erkundet werden.

Bayern besteht auf strengem Umweltschutz

PETER SCHMALZ, München

Bayern wird im Bundesrat eine wesentliche Verschärfung der Verordnung für Großfeuerungsanlagen beantragen. Das Kabinett beschloß gestern einen Landesentwurf, der eine Gleichbehandlung von Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken bei den Emissionsbegrenzungen fordert. Ungewiß ist jedoch, ob darüber am Freitag eine Einigung erzielt werden kann, nachdem aus Nordrhein-Westfalen erheblicher Widerstand erwartet wird.

Nach der vorliegenden Verordnung können Betreiber von Braunkohlekraftwerken auf den Einbau von Entschwefelungsanlagen verzichten, da Paragraph 6 eine Begrenzung von 400 Milligramm Schwefeldioxid nur dann vorsieht, wenn die Entschwefelung technisch möglich ist. Nach Meinung einiger Techniker ist dies bei Braunkohle noch nicht möglich. „Wir sind aber auf dem Standpunkt, daß es technisch möglich ist“, erklärte der Staatssekretär in der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stöiber, gestern nach der Kabinettsitzung. Der nordrhein-westfälische Umweltminister Farthmann, der im Bundesstagswahlkampf energisch gegen das Waldsterben eingetreten sei, könne nun beweisen, „daß zwischen seinen Worten und seinen Taten ein Gleichklang besteht“, meinte Stöiber.

Er räumte allerdings ein, daß hier zwischen Ökologie und Ökonomie eine „schwierige Interessenkollision“ bestehe.

Flüchtlinge in der Elbe ertrunken?

W. K. Bonn

An der Elbe ist vermutlich eine Flucht mehrerer Jugendlicher in die Bundesrepublik Deutschland gescheitert, wobei möglicherweise ein oder zwei Flüchtlinge in dem Hochwasser führenden Strom ertranken. Darauf deuten bisherige Ermittlungen hin. Die Nachforschungen waren durch einen am Westufer oberhalb von Bleckede bei Lauenburg angeschwemmten Plastiksack ausgelöst worden. Darin befanden sich drei Jacken, ein Führerschein, acht „DDR“-Mark, eine HSV-Anstecknadel und ein Personalausweis auf den Namen eines 23-jährigen Arbeiters aus einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Mitteldeutschland. Die Suche werde durch das Hochwasser erheblich erschwert, sagte ein Behördensprecher.

Für diese drei allein lohnt sich der Weg zu Ihrem Fachhändler.



Wenn Sie die Disque sehen, werden Sie glänzende Augen bekommen. (Und die Konkurrenz rote Ohren.)

5 Gründe warum:

1. Die Disque ist eine elektronische Schreibmaschine. Und eine der fortschrittlichsten dazu. Sie ist schnell, leise und präzise. Sie hat ein Schreibdisplay und kann vollautomatisch schreiben, fettdrucken und unterstreichen. Und das ist noch lange nicht alles.

2. Die Disque ist ein Textbearbeitungssystem. Mit Mikro-Disketten, die Sie austauschen, ergänzen, verschicken und jederzeit bearbeiten können. Die Mikro-Diskette ist eine dünne Magnetscheibe. Sie speichert 8000 Zeichen ihrer Texte und Schriftsätze und wird in dem in die Maschine integrierten Mikro-Disketten-Speicher „beschrieben“ und gelesen.

3. Die Disque ist ein Teletex-Gerät. Wenn Sie wollen, können Sie mit ihr jeden Fern-

schreib-Teilnehmer erreichen. Billiger als Post, Telex oder Telefax. Und schneller. Ein Brief braucht nur 10 Sekunden. Als Teletex-Gerät ist die Disque jederzeit empfangsbereit. Sollten Sie gerade auf ihr schreiben, so speichert und dokumentiert sie alle eingehenden Schreiben.

4. Die Disque kostet weniger als 10.000 Mark*.

5. Was halten Sie von 4.?

* unverbindliche Preisempfehlung.

Olympia International!

INFORMATION- UND KOMMUNIKATIONSSYSTEME

Bayern bestreitet auf strengere Umweltstandards
PETER SCHMIDT
Bayern wird im kommenden Jahr die strengsten Umweltstandards in der Bundesrepublik einführen. Das ist die Absicht des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauss. Er will die Umweltstandards in Bayern so hoch setzen, wie es nur geht. Das bedeutet, dass die Bundesrepublik die strengsten Umweltstandards einführen muss. Strauss will die Umweltstandards in Bayern so hoch setzen, wie es nur geht. Das bedeutet, dass die Bundesrepublik die strengsten Umweltstandards einführen muss.

Nur leises Aufatmen

J.G. - Auch magere Verhandlungsergebnisse haben, mit man sie am denkbar schlechtesten Ausgang, noch ihr Gutes. So begrüßt denn auch der deutsche Stahlproduzentenverband mit leiserem Aufatmen das Resultat der europäischen Stahlproblemlösungsgewinnung. EG-Ministerratssitzung vom letzten Montag. Denn erreicht wurde nicht nur die Verlängerung des öffentlich-rechtlichen Krisenbekämpfungskartells über den 30. Juni hinaus und nun einigermassen klar auch bis zum Jahresende 1983.

Die Bundesregierung setzte sich auch mit dem Begehren durch, daß bei künftigen politischen Ent-

scheidungen zur Strukturverbesserung sowohl frühzeitige Kapazitätsanpassungen als auch die von Land zu Land unterschiedliche Subventionsintensität berücksichtigt werden. Das kann nur zum Vorteil der deutschen Produzenten ausschlagen.

Aber damit ist das Aufatmen auch schon bei Ende. Das dicke Problem der Lastenverteilung mit möglichst gerechten Produktionsquoten, die viele andere zu Lasten der Deutschen für sich erhoffen sehen wollen, ist noch ungelöst.

Nicht nur an dieser Front bleibt die Bundesregierung gefordert. Überdies und vor allem bleibt ihre Aufgabe bislang ungelöst, daheim für eine Strukturverbesserung der Branche zu sorgen, die nach Duldung des Subventionswahnsinns der Nachbarn nun vorrangig auch eine politische Aufgabe geworden ist.

Zigarettenmarkt im Umbruch

Von JAN BRECH

Der deutsche Zigarettenmarkt ist völlig unübersichtlich geworden. Das Vordringen der Billigzigaretten nach der Steuererhöhung im Sommer vergangenen Jahres und die Reaktion der Branche mit Preissenkungen bei einigen ihrer Stamm-Marken hat Bewegungen ausgelöst, von denen heute niemand so recht weiß, wohin sie langfristig führen.

Völlig neu für die Zigarettenindustrie ist vor allem, daß der Preis zur Zeit zum wichtigsten Marketing-Instrument geworden ist. Jahrelang hat die Branche ihre Marktausdifferenzierung nur über Produktgestaltung, Werbung und Verkaufsförderung betrieben. Daß Kunden auch über den Preis gehalten oder hinzugewonnen werden können, galt in der Branche bis vor kurzem als Tabu.

Inzwischen muß sich freilich auch dieser Wirtschaftszweig damit abfinden, daß die Zeiten vorbei sind, da der Zigarettenmarkt eine friedliche und zudem ungewöhnlich lukrative Preiszone war. Auf die Verteuerungen der Zigaretten Mitte vergangenen Jahres haben die Raucher empfindlich reagiert, und ihre bisherige Markentreue weichen aufgegeben. Sie sind in Scharen zu den Handelsmarken und „no names“ übergegangen, die im Lebensmittelhandel für 2,95 und drei Mark offeriert werden.

Am Zigarettenmarkt bestätigt sich eindrucksvoll, daß „no names“ den klassischen Markenartikeln um so gefährlicher werden, je größer der Preisabsatz ist. Am Kaffeemarkt etwa haben es die Billigangebote ungemein schwerer, weil sie im Preis nur unwesentlich von den Angeboten der Markenhersteller entfernt liegen. Daß gerade Reemtsma den Fehlschlag der Billigangebote als erster aufnahm und die Preiskale mit einer Marke zum Preis von 3,30 Mark aufbereicherte, kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen. Großkonkurrenz bei diesem Tabakkonzern ist immerhin die marktführende Kaffeefirma Tchibo.

Der Vorstoß von Reemtsma, der auf der schlechten Erfahrung fußt, daß man gegen den Wunsch der Verbraucher am Markt nicht agieren kann, hat zu regelrechten Verwerfungen geführt. Die Reemtsma-Billigmarke „West“ ist inzwischen bei einem Marktanteil von sieben bis acht Prozent angelangt und aus ihrem vorherigen Schattenstatus zur künftigen deutschen Marke avanciert. Nimmt man die mittlerweile sieben Billigmarken der Industrie zu-

sammen, so liegt deren Marktanteil jetzt bei etwa 20 Prozent.

Dieser Absatzerfolg hat die Industrie in grenzenloses Erstaunen versetzt. Nur zögernd und widerwillig ist sie dem Beispiel Reemtsmas gefolgt und muß nun feststellen, daß Billigmarken exakt dem Wunsch vieler Raucher entsprechen. In wenigen Monaten ist damit die über Jahre verfolgte Marketing-Philosophie in sich zusammengebrochen, daß der Raucher bereit sei, für Image, Qualität und allgemeine Verfügbarkeit einen Aufpreis zu zahlen.

Der Industrie wird es schwerfallen, den Trend am Markt umzukehren, obwohl davon ihr Wohl und Weh abhängt. Immerhin haben sich die Absatzerfolge bestätigt, daß die Absatzgewinne der Billigmarken überproportional zu Lasten der teureren Marken gehen. Die Einbrüche der großen Konsummarken bewegen sich zwischen 20 und 30 Prozent.

Diese Fallgeschwindigkeit elektrisiert die Branche und trübt den Absatzerfolg der Billigmarken gewaltig. Die hochpreisigen Zigaretten nämlich sind die Gewinnbringer, während die Billigmarken die Vollkosten nicht decken. Gleiches Deckungsbeiträge können nur mit einem Vielfachen des Volumens erzielt werden. In dieser kalkulatorischen Wahrheit steckt die Gefahr einer Ausweitung des Preiskrieges am Zigarettenmarkt. Nicht einmal die Vorstellung ist unrealistisch, daß sich das gesamte Marktgeschehen in den Billigbereich verlagert und nur noch Spezialitäten von den Preisrutsch aus geschlossen bleiben. Unter Ertragsaspekten eine Vision des Grauens für die verwöhnte Zigarettenindustrie.

Wohin der Markt endgültig pendelt, ist Zeit aber noch offen. Weder die obere Grenze für die Billigzigaretten, noch die untere für die hochpreisigen Konsummarken ist erkennbar. Der Gesamtmarkt stabilisiert sich langsam wieder, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau, und es gibt erste Anzeichen, daß sich der Konsument von dem Preischock erholt.

Was freilich auch immer passiert, die heile Welt der Zigarette kehrt nicht wieder. Auf die Branche wartet die Bewährungsprobe. Durchsetzungsvermögen und Ideenreichtum verlangen. Eine so unentschiedene, fast hilflose Reaktion, wie die meisten Hersteller auf das Ende des Preisfriedens haben erkennen lassen, wird sich künftig niemand mehr erlauben können.

Geiger warnt: Die Spartätigkeit ist schlechter als ihr Ruf

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Gegen falsche Appelle, weniger zu sparen und mehr zu konsumieren, warnt sich Sparkassenverbandspräsident Helmut Geiger. Ohne ausreichend hohes Sparaufkommen sei eine inflationsfreie Finanzierung von Investitionen, Voraussetzung für reales Wirtschaftswachstum und Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen, nicht möglich, betonte Geiger am Vortag des Deutschen Sparkassentages vor dem Hintergrund der weiter nachlassenden privaten Sparkapitalbildung.

Die Spartätigkeit sei schlechter als ihr Ruf. Sie reiche gerade aus, um die Investitionen und Staatsdefizite zu finanzieren, warnte der Sparkassenpräsident. Im letzten Jahr war die private Sparkapitalbildung bei den Sparkassen bereits um ein Viertel gesunken. Diese Tendenz hat sich im ersten Quartal 1983 noch verschärft. Das bei den Sparkassen neu gebildete Sparkapital sei um etwa 70 Prozent hinter dem Ergebnis der gleichen Vorjahreszeit zurückgeblieben.

Wegen des leichten Rückgangs der Realeinkommen der Arbeitnehmer, gestiegener Arbeitslosigkeit und zunehmender Konsumneigung rechnet Geiger mit einem Anhalten der Abschwächungstendenz in diesem Jahr. Aus der Verdoppelung des Einlagenzuwachses auf Sparkonten (2,5 Milliarden Mark im ersten Quartal) dürfe man keine falschen Schlüsse ziehen; denn gleichzeitig seien in starkem Maße Termineinlagen aufgelöst und Wertpapiere verkauft worden, was mit den weniger attraktiv ge-

wordenen Zinsen zusammenhänge.

Das Kreditgeschäft der Sparkassen und Landesbanken, das von einer Verlagerung der Nachfrage von kurzfristigen zu langfristigen Krediten vor allem für den Wohnungsbau geprägt ist, läßt mit einem nur minimalen Anstieg im ersten Quartal dieses Jahres noch keine konjunkturelle Belebung erkennen. Geiger warnte denn auch trotz Stimmungsbesserung in der Wirtschaft vor Euphorie. Seine Einschätzung nach wird die Konjunkturstabilisierung jetzt vor allem vom Nachholbedarf getragen, der im Wohnungsbau, beim privaten Autokauf und bei Ersatzinvestitionen marktwirksam wird. „Aber was kommt danach?“ fragt Geiger skeptisch.

Da aus dem Ausland vorerst keine Konjunkturstöße zu erwarten seien, die öffentliche Hand wegen innerer dringlicher werdender Haushaltskonsolidierung als Konjunkturmotor weitgehend auszufallen, könnte auf den Wohnungsbau als wichtigen Träger der Binnenkon-

junktur nicht verzichtet werden. Deshalb ermutigt die Sparkassenorganisation die Bundesregierung, mit der Anregung der Wohnungsbaukonjunktur und ihrer Stabilisierung auf einem höheren Niveau fortzufahren. Geiger plädierte dafür, die steuerliche Behandlung von eigenemutigen Wohnungen und Mietwohnungen besser einander anzugleichen. Er sprach sich für einen Schuldzinsenabzug für Eigenheimler auch nach Auslauf der Sonderregelung aus.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der deutschen Wirtschaft gehört es nach Geigers Auffassung auch, daß die öffentlichen Haushalte endlich konsolidiert werden. Ein Nettodefizit von knapp 70 Milliarden Mark beanspruche den Kapitalmarkt unangemessen stark und belastete durch immer neue Zinslasten die Bewegungsfreiheit der öffentlichen Haushalte bei den Investitionen in unerträglicher Weise. Er fordert die Bundesregierung auf, jetzt einen mittelfristigen Stufenplan zu beschließen, der das Gleichgewicht zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf mittlere Sicht wiederherstellt.

Anders als noch vor wenigen Monaten beurteilt Geiger die Zinsentwicklung nicht mehr optimistisch. Er rechnet damit, daß der Kapitalmarktzins in nächster Zeit um die Marke von 7½ Prozent schwanken wird, und hält eine Sechse vor dem Komma für unwahrscheinlich.

Öffentliche Hilfen werden in Kürze bekanntgegeben

HANS-J. MAHNKE, Bonn

In Kürze will die Bundesregierung nach Absprache mit den Bundesländern das Volumen der öffentlichen Hilfen für die deutsche Stahlindustrie und die Instrumente bekanntgeben. Dies erklärte gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) zunächst vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und später vor den Abgeordneten seiner Partei. Der Minister betonte noch einmal, daß Vorvergleichen nicht in Betracht kämen. Voraussetzung sei ein tragfähiges Unternehmenskonzept.

Es sei nicht vorgesehen, „die Unternehmen zu entmündigen“. Sie müßten die notwendigen Umstrukturierungen verantworten; die Bundesregierung sei bereit, sie finanziell zu flankieren. Die deutschen Stahlunternehmen hätten bis Ende März Grobkonzepte vorgelegt, wodurch die 1982 übermittelten Vorstellungen modifiziert wurden. Die Unterlagen werden laufend ergänzt. Die Treuarbeit werde bis Ende dieses Monats eine erste Stellungnahme dazu abgegeben, so daß die Bundesregierung einen Überblick über die finanzielle Situation der Unternehmen erhalte.

Anhand der verbindlichen Unternehmenskonzepte werde „kurz darauf“ über die endgültige Höhe der Hilfen entschieden. Das bislang beschlossene Instrumentarium sei bekannt: Investitionszulage, Stahl-Standort-Programm, Stahl-Forschungsprogramm, Verbesserung der Sozialhilfen nach Artikel 56 Montan-Vertrag und die Zusage zu den Modernisierungsbeiträgen von zwei bis drei Milliarden Mark. Angesichts der Situation der Stahlindustrie, die kaum umfangreiche Investitionen erlaubt und sinnvoll erscheinen läßt, wird die Bundesregierung ergänzende Instrumente prüfen, um den Förderzweck zu erreichen. Zu denken ist etwa an Hilfen, die den Unternehmen einen Teil der Umstrukturierungsaufwendungen abnehmen“, erklärte Lambsdorff.

Nach den bisher vorliegenden Grobkonzepten zeichne sich ab, daß Thyssen und Krupp fusionieren. Außerdem werde es zu einer Kooperation von Hoesch und Peine-Salzgitter kommen, dabei werde der Arbed-Saarstahl berücksichtigt. Klockner werde vorläufig allein bleiben.

Die Stahlproduktion habe im vergangenen Jahr zwar sogar das durchschnittliche Niveau der 60er Jahre überschritten, obwohl die Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik um fast die Hälfte höher waren als damals. Die Entwicklung zeige aber, daß der Abwärtstrend in eine Phase der Stabilisierung überleitet ist. Lambsdorff betonte dies, obwohl das extrem niedrige Niveau von 1982 im ersten Quartal dieses Jahres noch um 17,5 Prozent unterschritten worden sei. Der Minister erwartete eine Stabilisierung der Preise, nachdem die Orientierungspreise noch einmal heraufgesetzt wurden.

AUF EIN WORT



„Es wäre ökonomischer Irrtum, wenn Großunternehmen sich bei der bundesweiten Einführung von Bildschirmtext des Vorteils eines dezentralen persönlichen Einsatzes des selbstständigen kleinen und flexiblen Außendienstes beispielsweise der Versicherungs- oder Reisebürobranche entledigen würden.“

Max Engel, Präsident der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand AWM, Bonn. FOTO: DIE WELT

ALTERNATIVE 35-Stunden-Woche gefordert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Ein zeitlich befristetes Verbot von Massenentlassungen und die Rücknahme der jüngsten Haushaltsbegleitgesetze fordert die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ in ihrem Memorandum '83. Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Demokratisierung - Alternativen zu Unternehmertum und Krisenpolitik.“ Die linken Professoren, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre plädieren überdies für ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm für qualitatives Wachstum, das in diesem Jahr ein Volumen von 30 Milliarden Mark haben sollte.

Gefördert werden sollte unter anderem die Entwicklung roboter- und energiesparender Technologie und alternative Energiequellen. Der Bau von zusätzlich 100 000 Sozialwohnungen und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Finanziert werden sollten die Maßnahmen durch einen verbesserten Steuerertrag, durch den Abbau sozial nicht gerechtfertigter Subventionen, durch gezielte Steuererhöhungen und durch ein Ausweiten der Nettokreditaufnahme des Bundes.

Ein absolutes Erfordernis im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit sei überdies die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Ferner werden im Memorandum die Vergeßlichkeit der Stahlindustrie und der Großwerften gefordert. Kurzfristiges Ziel sei dabei der Erhalt der bestehenden Standorte und aller Arbeitsplätze. Die Mitbestimmung in diesem Bereich müsse erweitert werden.

SCHIMMELPFENG Zahlungsmoral verbessert

ad. Frankfurt

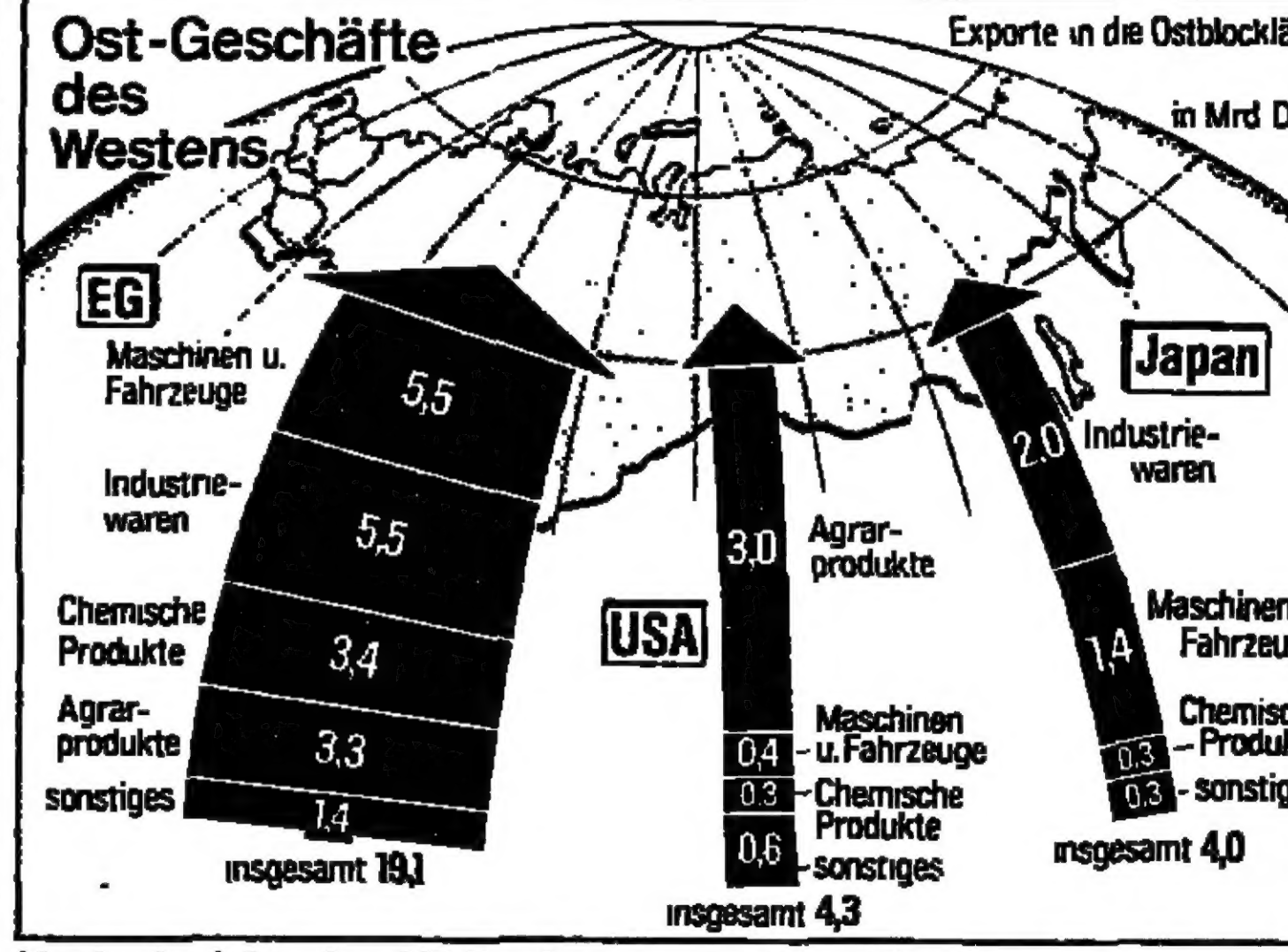
Wachsenden Optimismus in der Wirtschaft konstatiert die Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng, Frankfurt, als Fazit aus der deutlich besser gewordenen Zahlungsmoral. Im ersten Quartal dieses Jahres stieg die Zahl der pünktlich zahlenden Unternehmen um 3,5 Prozentpunkte (verglichen mit dem ersten Quartal 1982). Auch gegenüber dem Vorquartal registriert die Auskunftei eine Zunahme der fristgemäß zahlenden Unternehmen um 1,8 Prozentpunkte.

Dies ist nicht nur eine Folge der billigeren Kreditzinsen und besserer Geschäftssituation, sondern auch Folge einer strikteren Handhabung des Kreditengagements, meint Schimmelpfeng. Mahnverfahren und Inkasso würden konsequenter gehandhabt. Der Anteil der nicht zahlungsfähigen oder -willigen Firmen sei mit 4,3 (4,2) Prozent immer noch „bedenklich groß“.

Als besonders augenfällig wertet Schimmelpfeng die Zunahme des Anteils pünktlicher Zahler um 6,6 Punkte (gegenüber dem Vorquartal) auf 65,7 Prozent im Dienstleistungsbereich. Dagegen hat sich die Zahlungsweise in der Industrie mit einem Anteil von 61,8 Prozent vereinbarungsgemäß zahlenden Unternehmen kaum verändert. Leicht gesunken ist die Zahlungsbereitschaft im Einzelhandel (61,8 Prozent pünktliche Zahler).

Am Bau, im vergangenen Jahr auch hinsichtlich der Zahlungsweise „Problembranche“, geht es nach Schimmelpfeng aufwärts: Der Anteil der pünktlich zahlenden Bauunternehmen ist erstmals seit längerem wieder gestiegen (um 1,6 Punkte auf 44,2 Prozent).

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Nach Ansicht der US-Regierung machen die Verbündeten zu viele Geschäfte mit dem Ostblock - und dies auch noch mit den falschen Waren. Als Hauptimporteure gelten ihr die EG-Staaten, die zum großen Teil hochwertige Industriegüter und Chemikalien in den Osten exportieren. Die USA dagegen liefern vor allem Weizen und andere Agrarprodukte, die die Rüstungskraft des Ostens nicht stärken würden. QUELLE: GLOBUS

Hamburg-Anleihe

Frankfurt (cd.) - Auf wenig Begeisterung traf gestern die bereits angekündigte zehnjährige 400-Millionen-Anleihe Hamburgs, die morgen als Siebeneinhalbprozenter zu 99½ Prozent aufgelegt wird und die sich für private Zeichner mit 7,61 rentiert. An dem Anleihen-Bremens, Bayerns und der KfW verstopften Markt hätte man es lieber gesehen, wenn die Emittenten und ihr Bankenkonsortium den Mut zum 7½prozentigen Nominalzins aufgebracht hätten. Doch diesen Übergang zu einem höheren Zinstyp wollten die Beteiligten mit Rücksicht auf ihr Image nicht riskieren. Die Unterbringung am Markt wird sich schwierig gestalten. Die Rendite war gestern schwächer. Die Durchschnittsrendite stieg weiter von 7,46 auf 7,48 Prozent.

Getreide-Gespräche

Washington (rt) - Vertreter der wichtigsten getreideexportierenden Länder werden sich am heutigen Mittwoch zu zehntägigen Gesprächen treffen. Die Politiker aus den USA, Kanada, Australien, Argentinien und der EG wollen auf ihrer Konferenz in Natchez, im US-Bundesstaat Mississippi, darüber verhandeln, wie die sinkenden Getreidepreise stabilisiert und eine Verschärfung der Ausfuhrbeschränkungen über die Agrar-Subventionen verhindert werden kann. Es soll außerdem über den möglichen Abschluß langfristiger Exportabkommen gesprochen werden.

„Gut durchwachsen“

Basel (nl) - Als „gut durchwachsen“ bezeichnet der Verband der Deutschen Uhrenindustrie das Ergebnis für die 105 deutschen Uhrenhersteller auf der jüngst in Basel abgehaltenen Europäischen Uhren- und Schmuckfachmesse. Im gesamten Bereich seien sehr harte Preisgespräche geführt worden. Die Tendenz zur qualitativen guten Mittelpreislage habe sich bestätigt.

Seafirst-Übernahme

New York (rt) - Die geplante 400-Millionen-Dollar-Übernahme der Seafirst Corp. in Seattle im US-Bundesstaat Washington durch die Bankamerica Corp. in San Francisco/Kalifornien hat eine erste Hürde genommen. Der Gouverneur von Washington, John Spellman, unterzeichnete eine Gesetzesvorlage, nach der Banken außerhalb des Staates Washington Banken mit finanziellen Schwierigkeiten innerhalb des Staates übernehmen dürfen. Der Übernahmeplan muß nun unter anderem noch von der Bankenaufsicht des Bundesstaates und der US-Notenbank genehmigt werden. In Bankenkreisen wird allgemein mit einer Billigung der Übernahme gerechnet. Sie werde das sogenannte Interstate Banking ein Stück näher bringen, dürfte dafür aber kein allgemeines Signal setzen, hieß es.

Aufschwung erwartet

Bonn (AP) - Der Wirtschaftsaufschwung ist nach Meinung des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU) in Gang gekommen. Nach der jüngsten Konjunkturumfrage des BJU planten 22,5 Prozent der befragten vorwiegend mittelständischen Unternehmen Neueinstellungen. Vor einem halben Jahr habe dieser Anteil noch bei 3,8 Prozent gelegen. Allerdings werden die kurzfristigen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt skeptisch beurteilt. Der Anteil der geplanten Erweiterungsinvestitionen sei gegenüber Herbst 1982 von 11,5 auf 17,5 Prozent gestiegen.

Versorgungs-Struktur hat sich deutlich verändert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das weltweit Überangebot an Mineralöl bestimmt nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums auch weiterhin die deutsche Versorgungslage. Die Preisverwerfungen zwischen gleichwertigen Rohörsorten einerseits und Rohöl und Produkten andererseits haben die Versorgungsstruktur jedoch deutlich verändert. Während das Netto-Einfuhrvolumen an Mineralöl mit 103,2 Millionen Tonnen 1982 kaum stärker als der Inlandsabsatz (minus 4,5 Prozent) sank, gingen die Rohöleinfuhren um neun Prozent auf 72,5 Millionen Tonnen zurück. Dagegen stieg die Einfuhr von Produkten um 6,3 Prozent auf 38,7 Millionen Tonnen.

Der Grund: Während der Rohöl-Grenzpreis 1982 um 0,5 Prozent auf 616 Mark je Tonne anstieg, verblüffte sich der Importpreis von Benzin um 2,2 und schwerem Heizöl um 4,1 Prozent. Die Folge: Trotz

drastischer Stilllegungen von 17,4 Millionen Tonnen wurden die Rohöl-Destillationskapazitäten im Jahresdurchschnitt nur zu 56,9 (57,1) Prozent ausgelastet. Der betriebswirtschaftliche Jahresverlust der Mineralölindustrie summiert sich damit auf 5,2 Milliarden Mark oder 4,1 Pfennig je Liter.

Durch die unterschiedliche Preisanpassung der einzelnen Rohöle verlor Saudi-Arabien ein Drittel seines deutschen Absatzes. Dagegen konnten der Iran und Libyen ihre Lieferungen um 52 und 6 Prozent ausdehnen. Aufgrund einer flexiblen Preispolitik stiegen die sowjetischen Lieferungen von 1,0 auf 3,4 Millionen Tonnen. Mit minus 4,2 Prozent konnten sich die Nordsee-Produzenten deutlich besser als der Trend behaupten. Mit einem Anteil von 24 Prozent verdrängten sie Saudi-Arabien (22 Prozent) von der ersten Stelle der Lieferanten.

„DDR“ / Kombinate für Konsumgüter kommen mit der Produktion nicht nach

Die „kleinen Dinge“ des Alltags fehlen

dpa/VWD, Berlin

Die „tausend kleinen Dinge“ des Alltags bewegen in der „DDR“ den Gesetzgeber und die Geister. Sie beschäftigen Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben und SED-Parteisekretäre in den Bezirken. Zeitungsberichte über die Versorgung mit Freizeitartikeln, Reparaturleistungen und der ganze Komplex „Ausssch, Nacharbeit und Garantieleistungen“ im Jargon kurz „ANG-Kosten“ genannt, liefern praxisnahe Unterricht.

Im Frühjahr war die Zentralverwaltung für Statistik zu dem Schluß gekommen, „vielfältige Initiativen“ hätten zur spürbaren Verbesserung beim Angebot von Kühlschränken, Heizwasserspeichern, Fahrrädern und Kleinkraftwagen geführt. Bei einigen industriellen Konsumgütern reiche die Steigerung aber noch nicht aus, um „die hohe Nachfrage zu befriedigen und das Sortiment reichhaltiger zu gestalten“.

Da die 92 von den Bezirksverwal-

tungen geleiteten Kombinate, die eigentlich für die Konsumgüterherstellung zuständig sind, nicht nachkommen, sind die Industrieunternehmen gehalten, an ihrer Produktion einen eigenen Konsumgüteranteil von fünf Prozent vorzusehen. Material und Energie sind durch Mehreinsparung von einem Prozent bereitzustellen.

In der Praxis sieht es aus wie bei „Robotron Elektrogeräte Auerbach“. Der Betrieb liefert Tastaturen für elektrische Schreibmaschinen, Buchungs- und EDV-Anlagen. Er fertigt nun noch Leiterratten, die auch bei Tastaturen eingesetzt werden, für Wartburg-Autoradios. Rückfahrleuchten für den betagten „Trabant“ und Tasten für Waschmaschinen waren schon länger im Programm. Im Robotron Radeberg, wo die Leiterratten vorher produziert wurden, sind jetzt Mittel für andere Konsumgüter frei.

Der Bezirk Rostock ist ins Gerede gekommen. Er erfüllt den Fünf-

Prozent-Anteil bisher nicht. Und dies, obwohl die Warmwasser-Schreibbaurer inzwischen Wohnmöbel, Sportgeräte, Heizwerke und Kleingerätebedarf herstellen.

Zu unterschätzender Betriebsleistung kommt, daß nicht immer der tatsächliche Bedarf berücksichtigt wird. Mangelnde Aufmerksamkeit für die zusätzliche Konsumgüterproduktion tritt nicht selten hinzu. Bei den Staatsgewerkschaften, denen die Motivation der Belegschaften obliegt, laufen die Klagen der Parteifunktionäre dann auf.

Pfusch und Nachlässigkeit sind schwer auszumachen. „Eine zukunftsweisende Quellenforschung“ fehlt. Schon die Beseitigung der Hälfte der „ANG-Kosten“ würde dem Binnenmarkt „Dutzende Millionen von mehr Waren guter Qualität“ zur Verfügung stellen, sinniert ein „DDR“-Zeitungsschreiber. Die Frage an: „Lohnt es sich nicht, eine Null-Fehler-Produktion zu versuchen?“

LIGNA HANNOVER '83

Richtungsweisend für die gesamte Holzwirtschaft. Weltweit die Nr. 1

- Das aktuelle Angebot an Maschinen und Ausrüstung für die ganze Holzwirtschaft
- 975 Aussteller aus 26 Ländern mit ihren besten Experten
- Weltweit die meisten Neuheiten und technischen Weiterentwicklungen
- Wegweisende Problemlösungen in allen Fragen von Rationalisierung und Rentabilität, Energieerzeugung und -einsparung
- Fachtagungen und Symposien zu aktuellen Themen der Holzwirtschaft
- Schnelle, umfassende Auskünfte über Aussteller, Produkte und Service-Leistungen über EBI, das elektronische Besucher-Informationssystem
- Informationsstände und Beratungsbüros der führenden internationalen Fachverbände, Organisationen und Institute

Für Ihre persönliche Besuchsplanung können Sie detaillierte Informationen abfordern. Bitte schreiben Sie an: Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Messe-Gelände, D-3000 Hannover 82, Telefon: 0511/89-1, Telex: 922728



Mittwoch, 11.5. - Dienstag, 17.5. 1983
Internationale Fachmesse
für Maschinen und Ausrüstung der Holzwirtschaft

IMMOBILIEN / Interesse an gewerblichen Anlagen

Der Markt belebt sich wieder

HANS BAUMANN, Essen
Der Markt für industrielle und gewerbliche Immobilien belebt sich. Dies meldet der Hamburger Unternehmens- und Industriemakler Horst F. G. Angermann, Ehrenpräsident des Rings Deutscher Makler. Damit kommt etwas Licht in einen Markt, der 1982 seinen absoluten Tiefpunkt erreicht hatte. Die erzielbaren Preise lagen durchschnittlich um 30 Prozent unter den Forderungen. Angermann berichtet sogar von Geschäften, die Abschlüsse von 40 bis 60 Prozent hinnehmen mußten.

Von der Rezession sind nach Angermann besonders ältere, mehrgeschossige Objekte betroffen. Gesucht sind vornehmlich vielseitig verwendbare, großflächige, ebenerdige Industriehallen. Gefragt sind solche Objekte besonders in Ballungsgebieten. Angermann erwartet, ähnlich wie nach Überwindung der letzten Rezession Mitte der siebziger Jahre für dieses Jahr einen Umsatzaufschwung.

Erstklassige, gutvermietbare Anlage-Immobilien kommen relativ selten an den Markt. Sie werden meist zügig an kapitalstarke institutionelle Anleger vermittelt. Schwierig ist der Markt für freiverwendbare Industrie- und Gewerbe-Immobilien, für die nur Neunutzer in Frage kommen. Hier wirkt sich die Investitionsschwäche deutlich aus. Nach Insolvenzen und Betriebs-

stilllegungen herrscht Überangebot. Die Nachfrage zur Zeit resultiert vor allem aus Verlagerungsinvestitionen. Für rationalisierungswillige Unternehmen gibt es nach Angermann überaus günstige Angebote. Neubauten für rationellere Fertigungen sind zu sehr günstigen Konditionen am Markt. Solche Objekte kosten zur Zeit oft nur 40 bis 50 Prozent der Aufwendungen, die für den Neubau vergleichbarer Objekte erforderlich wären.

Die institutionellen Anleger haben sich nach Angermann zunehmend dem gewerblichen Immobilienmarkt zugewandt. Große Zurechnungen hätten sie sich bei Wohnungsbauprojekten auferlegt. Für die gewerblichen Immobilien mußten die institutionellen Anleger im vergangenen Jahr das Zehnfache der Jahresbruttomiete bezahlen. Angermann rechnet damit, daß dieser Faktor mit den fallenden Zinsen und dem erwarteten konjunkturellen Aufschwung steigen wird.

Die Firma Angermann hat in den drei Sparten Unternehmensverkauf, Maschinen und Anlagen sowie Immobilien und Betriebsstätten im Geschäftsjahr 1982 Objekte im Wert von 275 Millionen Mark umgesetzt, das waren 10 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Umsatz entfällt je zu einem Drittel auf die drei Geschäftssparten.

EG / Verhandlungen über Spanien-Beitritt

Brüssel im Zugzwang

WILHELM HADLER, Luxemburg
Die Verhandlungen über den spanischen EG-Beitritt sind noch immer nicht zu ihrem Kern vorgegangen. Immerhin ist es beiden Seiten gelungen, sich über eine Reihe von unstrittigen Einzelproblemen des Handels mit industriellen Erzeugnissen zu verständigen.

Spanien soll danach generell eine Übergangszeit von drei Jahren für den Abbau noch bestehender mengenmäßiger Beschränkungen im Handel mit gewerblichen Waren eingeräumt werden, während es ursprünglich fünf Jahre verlangt hatte. Für Farbfotografen und Traktoren ist eine handelspolitische „Gnadentrist“ von vier Jahren vorgesehen. Das gleiche gilt für Textil-erzeugnisse.

Für den Fortgang der Verhandlungen sind diese Kompromisse indes wenig bedeutsam, da sie kaum Auswirkungen auf die Konzessio-

nen der Gemeinschaft in den wirklich wichtigen Fragen haben dürften. Ganz offensichtlich gerät die EG immer mehr in politischen Zugzwang. Die interne Einigung über ein Verhandlungsmandat im Bereich der Agrar- und Fischereipolitik sowie bei den noch offenen Fragen der Behandlung spanischer Gastarbeiter hängt auch mit den brisanten Fragen der Reform der europäischen Agrarpolitik und den Problemen der europäischen Finanzreform zusammen.

In der 15. Luxemburger Verhandlungsrunde sparte Spaniens Außenminister Fernando Moran nicht mit Kritik an der schleppenden innergemeinschaftlichen Meinungsbildung. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher meinte als Ratspräsident, durch die Einigung über die „technischen“ Dossiers seien gute Voraussetzungen für weitere Fortschritte bei den Verhandlungen geschaffen worden.

US-KONJUNKTUR / Gespräch mit der Leiterin des Haushaltsbüros im Kongreß

Drängen auf Abbau des Budget-Minus

H.A. SIEBERT, Washington

Es kommt selten vor, daß das Haushaltsbüro des Kongresses mit der Reagan-Administration übereinstimmt. Bei der Einschätzung der Konjunkturlage ist es erstmals der Fall. Wie die Leiterin, Alice Rivlin, im Gespräch mit europäischen Journalisten erklärte, geht auch ihr Stab davon aus, daß die amerikanische Wirtschaft im Vergleich der letzten Quartale 1982 und 1983 real um vier (Weißes Haus: 4,7) Prozent wachsen wird. Für 1984 sagte sie eine „gewisse“ Beschleunigung voraus.

Im Gegensatz zu Martin Feldstein, dem Chefökonom des Weißen Hauses, drängt Frau Rivlin jedoch mit größerem Nachdruck auf ein Zurückschneiden der Rekordhaushaltsdefizite, die in diesem Jahr 200 und 1988 rund 300 Milliarden Dollar erreichen und damit jeweils sechs Prozent des US-Bruttosozialprodukts ausmachen. Nur so könne ein Abwürgen der Erholung durch knappe Kredite verhindert werden, sagte sie. Die Defizitfinanzierung verschlinge den größ-

ten Teil der Ersparnisse und drücke die Zinsen wieder hoch.

Folgt man Frau Rivlin, dann hat Washington nur die Wahl, die Steuern anzuheben. Darüber sei man sich im Kongreß und in der Administration auch einig, gerungen werde nur noch um das Wieviel und Wann. Auf der Ausgabenseite sieht Frau Rivlin kaum noch Kürzungsmöglichkeiten; nach Berechnungen ihres Büros schlagen überdies die Schritte im Verteidigungsbudget nicht durch. In den kommenden fünf Jahren würden zum Beispiel nur 47 Milliarden Dollar eingespart, wenn die Verteidigungsausgaben von vier auf zehn Prozent, wie von Präsident Reagan gefordert, jährlich zunehmen würden. Nach den Planungen des Weißen Hauses steigen sie bis 1986 auf 300 Milliarden Dollar oder acht Prozent des Bruttosozialprodukts.

Als risikoreich bezeichnete es Frau Rivlin, auf die am 1. Juli fällige dritte Einkommensteuersenkung zu verzichten – diesmal wieder um zehn Prozent, so daß sich eine Erleichterung der Steuerlast um 25 Prozent seit Oktober 1981 ergibt. Der Aufschwung sei noch

zu fragil. Andererseits könnten jedoch die Finanzmärkte die Rücknahme des Defizits um die Kosten (30 Milliarden Dollar im ersten Jahr) mit einem weiteren Zinsabbau honorieren.

Frau Rivlin, die im Sommer nach acht Jahren die Leitung des Congressional Budget Office abgibt, machte den starken Dollar dafür verantwortlich, daß „der Export Amerikas schwächerer Wirtschaftsbereich ist“. Nach ihrer Ansicht wird der Wert der US-Währung in den kommenden ein bis zwei Jahren sinken, vorausgesetzt, Geld wird in den Vereinigten Staaten billiger.

Gescheitert sind laut Frau Rivlin die „Reaganomics“ an der unrealistischen Annahme, die Inflation könne durch Wachstum eingedämmt werden. Die für das erste Reagan-Jahr angekündigte Erhöhung sei durch eine zu expansive Fiskal- und eine zu restriktive Geldpolitik torpediert worden. Das habe zu einer zweiten Zinssenkung in wenigen Monaten geführt. Auch heute noch hält Frau Rivlin den „Mix“ für reparaturbedürftig.

GROSSBRITANNIEN / Umfrage der Industrie

Optimismus breitet sich aus

WILHELM FURLER, London

In der britischen Wirtschaft macht sich zusehends Optimismus über die konjunkturelle Entwicklung breit. Wie die jüngste Erhebung des britischen Industrieverbandes CBI bei seinen Mitgliedern zeigt, war das Vertrauen der britischen Unternehmer in die allgemeine wirtschaftliche Situation seit Juli 1978 nicht mehr so groß wie derzeit. Immerhin erklärten 86 Prozent der befragten 1700 Unternehmen, sie seien optimistischer als noch vier Monate zuvor, nur fünf Prozent erklärten, weniger optimistisch zu sein.

Damit wird die in jüngster Zeit von immer mehr Regierungsmitgliedern vertretene Ansicht bestätigt, daß der Konjunkturaufschwung in Großbritannien nach der schwersten Rezession seit den dreißiger Jahren jetzt endlich mit erheblicher Verspätung eingesetzt hat. Bereits im letzten Monat fiel das CBI-Umfrage-Ergebnis so optimistisch aus wie seit Beginn der Rezessionsphase vor knapp vier Jahren nicht mehr.

Nach Angaben der Unternehmen sind sowohl Nachfragen als auch Produktion in den letzten vier Monaten deutlich gestiegen, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau. Und immerhin 29 Prozent der Befragten rechnen damit, daß die Produktion in den nächsten Monaten weiter wachsen wird, während nur sieben Prozent gegenteiliger Ansicht sind.

Auch bezüglich der Exportaussichten nimmt der Optimismus in der britischen Wirtschaft deutlich zu. So antworteten 35 Prozent der befragten Unternehmen, sie seien bezüglich der Entwicklung ihrer Exporte optimistischer als vier Monate zuvor. Nur noch zehn Prozent rechnen nicht damit, daß sich die Exportaussichten in nächster Zeit verbessern. Noch im Oktober vergangenen Jahres war nur eine geringe Minderheit über die Exportentwicklung optimistisch.

Für die weitere Konjunkturbekämpfung ist auch die Tatsache von großer Bedeutung, daß die Investitionsmenge in der britischen Wirtschaft der Umfrage zufolge deutlich zugenommen hat.

SCHWEDEN / Ergänzungshaushalt 1983/84 mit neuen Zielen

Inflationsrate soll gesenkt werden

R. GATERMANN, Stockholm
Schwedens sozialdemokratische Minderheitsregierung hat sich für 1984 die Senkung der Inflationsrate auf rund vier Prozent als oberstes wirtschaftspolitisches Ziel gesetzt. Sie sei die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die weiterhin höchste Priorität genieße. Erst danach könne man effektiv versuchen, das Staatsbudget-Defizit auszugleichen. Diese Richtlinien sind im Ergänzungshaushalt für 1983/84 (1. Juli) enthalten, den Finanzminister Kjell-Olof Feldt jetzt vorlegte.

Zur Finanzierung der zweiten Stufe der Steuerreform, die bis 1985 die Herabsetzung des obersten Grenzüberschusses auf 50 Prozent vorsieht, empfiehlt der Minister entgegen früheren Absichten, wonach die Lohnsummensteuer heraufgesetzt oder eine Produktionsfaktorsteuer eingeführt werden sollte, nunmehr eine kräftige Anhebung der Energiesteuern. So sollen ab 1. Juli die fiskalen Abgaben auf Benzin um ungerundet neun Pfennig pro Liter auf 60,3 Pfennig angehoben werden. Die Heizölsteuer würde demnach um

36 DM pro Kubikmeter steigen und die Stromabgabe um 36 Pfennig je Kilowatt pro Stunde. Damit würde die Benzinpreissenkungen der letzten Wochen von der Steuererhöhung geschluckt werden.

Die Regierung sieht eine spürbare Verbesserung der Wirtschaftslage, was zum großen Teil auf die drastische Abwertung der Schwedenskrone um 16 Prozent im Oktober vergangenen Jahres zurückzuführen ist. Damit sei der Industrie die Möglichkeit gegeben worden, bedeutende Exportmarktanteile zurückzugewinnen. Für die ersten drei Monate dieses Jahres weist der Außenhandel einen Exportüberschuss von ungerundet 870 Mill. DM aus, von denen allein 750 Mill. DM auf den Monat März entfielen. Im ersten Quartal 1982 war ein Überschuss von 158 Mill. DM erwirtschaftet worden. Auch der Auftragsingang habe zugenommen. Für 1983 prognostiziert das Finanzministerium jetzt eine ausgeglichene Handelsbilanz (1982: minus 1,86 Mrd. DM), wobei der Export real um 6,5 Prozent (3,8 Prozent) und der Import um 1,8 (4,9 Prozent) steigen soll.

Im übrigen geht das Finanzmini-

sterium nunmehr von einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um 1,9 Prozent (1982: minus 0,5 Prozent) aus, während die Industrieproduktion um 3,7 Prozent (minus 0,6 Prozent) zunehmen werde. Für 1983 war zunächst eine Teuerungsrate von 11,5 Prozent prognostiziert worden. Inzwischen liegt die Erwartung bei 9,5 Prozent, um dann im folgenden Jahr auf rund vier Prozent zu fallen. Dies will die Regierung zum einen durch gemäßigte Tarifabschlüsse und zum anderen mit einer Einschränkung der automatischen Teuerungskompensation im öffentlichen Sektor erreichen.

Der Fehlbetrag im Staatshaushalt beläuft sich allerdings auch im kommenden Haushaltsjahr auf rund 38 Mrd. DM. Dieser Betrag entspricht ungefähr einem Drittel der gesamten Staatsausgaben.

Für die Industrieunternehmen ist eine begrenzte Steuerumlegung vorgesehen. Zwar soll die in diesem Jahr „provisorisch“ eingeführte 20prozentige Gewinnsteuer beibehalten werden; durch andere Veränderungen werde jedoch die Gesellschaftsteuer von 58 auf 50 Prozent fallen.

VERSCHULDUNG / Warnung vor falschen Methoden

Längere Kreditlaufzeiten

H.A. SIEBERT, Washington

Der frühere Präsident der Weltbank, Robert S. McNamara, hat davor gewarnt, die Lösung der internationalen Finanzkrise den privaten Banken zu überlassen. Auf einer Veranstaltung des Overseas Development Council in Washington, dessen Vorsitzender er heute ist, sprach sich McNamara für eine breitere Umschuldung mit längeren Laufzeiten, fortgesetzte Ausleihungen der Geschäftsbanken und eine Aufstockung der Kreditmittel der multilateralen Organisationen als „Notrücklage“ aus.

McNamaras Warnung kam kurz vor Beginn der Beratungen des Entwicklungsausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington. Die Bundesrepublik ist durch Finanzminister Stoltenberg und Entwicklungsminister Warnke vertreten.

McNamara warf vor allem den USA ein gestörtes Verhältnis zur Dritten Welt vor. Für die Verschärfung, die 1979 unter Präsident Carter begonnen habe, müsse Amerika einen hohen Preis zahlen. Schon 1982 seien die US-Exporte in die Entwicklungsländer um 9,3 Prozent gesunken.

Nach McNamara kommt es darauf an, den Krisenländern dadurch zu helfen, daß ein größerer Teil der Schulden und ihre Rückzahlung gestreckt wird. Die gegenüber Mexiko und Brasilien angewandte Methode reiche nicht aus, um den Staaten Luft zu verschaffen. Die Geschäftsbanken müßten ihre Kreditvergabe jährlich real um zwei bis drei Prozent steigern. Die bisherige Erhöhung der IWF-Mittel (Quotenanhebung und Ausweitung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen) hält McNamara nicht für ausreichend. Er empfahl, dem IWF Kreditaufnahmen an den Privatmärkten zu erlauben.

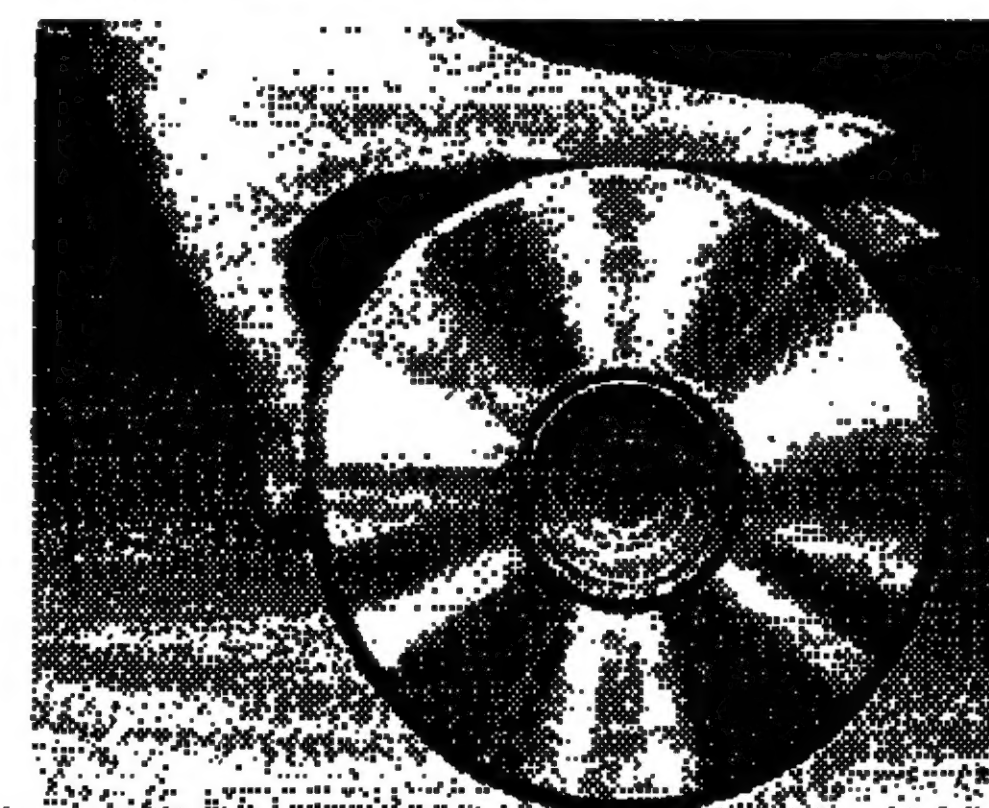
Die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA), die den ärmsten Staaten hilft, bezeichnete der Ex-Weltbank-Präsident als bankrott. Sie sei nicht mehr in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Ihre Zukunft liege im dunkeln. Auch das gebe auf das Konto der USA, die ihre Zahlungszusagen von drei auf vier Jahre gestreckt hätten. Länder mit 1,3 Milliarden Menschen müßten in dieser Dekade mit negativen wirtschaftlichen Wachstumsraten rechnen, betonte McNamara.

Sie erleben nun die Geburtsstunde einer neuen Ära in der Audio-Technologie.

Hitachi hat die Schwelle zu audiophilen Träumen überschritten.

Perfekte Konzertwiedergabe ist Wirklichkeit geworden, ermöglicht durch den neuen Hitachi DA-1000, einen der ersten Digital Audio Spieler auf dem Markt. Sein aufregendes neues System der digitalen Audiosignal-Aufzeichnung gestattet im Vergleich zur herkömmlichen Analogaufzeichnung Leistungswerte, die auch diejenigen der besten herkömmlichen Plattenspieler weit übertreffen. Das Ergebnis ist ein bisher unvorstellbar reiner, klarer Klang und absolut treue Wiedergabe des Originals.

Der Hitachi DA-1000 spielt kompakte Digital Audio Spieler (CD) ab das Plattenformat, das alle führenden Audiohersteller der Welt übernommen haben. Die CD Platte hat nur 12 cm Durchmesser, speichert aber trotzdem 60 Minuten ununterbrochene Musikwiedergabe auf einer Seite.



Die absolut fehlerfreie Wiedergabe der Brillanz und die reiche Tonqualität jeder einzelnen Note, die der DA-1000 bietet, setzen bei Ihnen nicht viel Phantasie voraus, um Ihr Wohnzimmer in einen Konzertsaal zu verwandeln. Und die im Ton signal versteckten kleinen Defekte, die Ihr Hörvergnügen beeinträchtigen, gibt es nicht mehr. Verschwunden sind Gleich-



laufschwankungen, Kratzer, Knistern, Knacken, Verzerrungen, Rillenspringen und Klangverschmieren bei stark modulierter Musik. Stille bedeutet jetzt völlige Abwesenheit von Geräuschen und nicht mehr Knistern oder „Ozeanrauschen“.

Da die Platten nicht mehr verschleifen, hören Sie die Musik immer genau so, wie sie aufgenommen wurde, beim ersten Abspielen ebenso wie beim tausendsten.

Um Ihr Hörvergnügen noch weiter zu steigern, bietet der DA-1000 umfassende Bedienungs-

steuerung. Durch einfaches Antippen der entsprechenden Tasten stellen Sie

Ihr gewünschtes Programm zusammen. 15 Musikstücke

können in jeder gewünschten Reihenfolge automatisch abgespielt werden, gewünschte Stücke lassen Sie aus, und andere spielen Sie mehrfach ab. Sie choreographieren praktisch das Musikprogramm, das Ihrer Stimmung entspricht.

Die Technologie, die die revolutionären Leistungen des DA-1000 ermöglicht, basiert auf den intensiven Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen bei Hitachi. Hitachis Erfahrung mit Optoelektronik und mechanischer Elektronik sowie auf dem Gebiet der hochentwickelten Halbleitertechnologie hat sich in über 140 Patenten, die alle Bereiche des digitalen Wiedergabevorgangs betreffen, ausgedrückt. Schon 1977 hat Hitachi Prototypen von digitalen Geräten auf Audiomesen vorgestellt.

Aber selber Hören ist besser als tausend Worte. Lassen Sie sich von Ihrem Fachhändler den DA-1000 vorführen, und erleben Sie selber den Beginn einer neuen Ära der Audio-Technologie.

Hitachi
Compact Disc
Digital-Audio-Spieler
DA-1000



HITACHI

Technologie von Weltrang

Anfragen an: HITACHI SALES EUROPA GMBH
Rungedamm 2, 2050, Hamburg 80 Tel: (040) 734 11-0

KABELMETAL / Entscheidende Impulse fehlen noch Sonderbewegung am Bau

D. SCHMIDT, Hannover
Unverändert zurückhaltend be-
urteilt der Vorstand der Kabel-
und Metallwerke Gutehoffnungshütte
AG (Kabelmetal), Hannover, die
Aussichten im laufenden Ge-
schäftsjahr 1982/83 (30.6.). Ent-
scheidende Impulse für eine Ver-
besserung der Absatzsituation, so
heißt es in einem Aktionärsbrief,
seien nicht in Sicht. Bei derzeit
ausgeglichenem Ergebnis seien
Prognosen zum Abschluss des Ge-
schäftsjahres 1982/83 noch ver-
früht.

Bilka rückt näher an die Mutter Hertie

ad. Frankfurt
Stärkere Kooperation mit der
Muttergesellschaft sowie die In-
tegration wesentlicher Bereiche der
Verwaltung, des Zentraleinkaufs
und der Logistik in die Hertie-Or-
ganisation sieht die Geschäftsführung
der Bilka Kaufhaus GmbH als Wege
aus der anhaltenden Verlustsitua-
tion der Kleinpreiskette „Bilka“.

Dabei sollen, wie das Unter-
nehmen mittelt, alle Möglichkeiten der
Weiterbeschäftigung der 385 Mit-
arbeiter in der Bilka-Zentrale und
ihren Gruppenlagern in der Hertie-
Organisation ausgeschöpft werden.
Insgesamt beschäftigt Bilka 3900
Mitarbeiter. In den 37 Kaufhäusern
wurden im vergangenen Jahr 513
Mio. DM umgesetzt.

Bereits seit 1974 hat Bilka die
Muttergesellschaft Hertie, die ih-
rens mit roten Zahlen kämpft und in
diesem Jahr die Gewinnsschwelle
wieder erreichen will, mit Verlusten
belastet.

Für den Ausgleich dieser Verluste
werden 1982 bei Bilka rund 57 Mio.
DM stille Reserven mobilisiert.
Auch 1982 sind - wenn auch erheb-
lich verringert - bei Bilka Verluste
angefallen.

nehmens erst mit einer zeitlichen
Verzögerung einsetzt. Entlastend
für die Ertragsrechnung wirken
sich schon jetzt Maßnahmen zur
Kostenminderung aus. Der Abbau
der Belegschaft verläuft planmä-
ßig. Ende Juni soll die Mitarbeiter-
zahl, die Anfang 1982 noch bei 3300
lag, auf 2800 geschrumpft sein.

Hoechst kürzt auf 5,50 Mark

ad. Frankfurt
Mit einer Rücknahme der Divi-
dende auf 5,50 DM je 50-DM-Aktie
trägt die Hoechst AG, Frankfurt,
dem Gewinnrückgang des Jahres
1982 Rechnung. Für 1981 waren
noch 7 DM je Aktie gezahlt worden.
Wie das Unternehmen im Anschluß
an die Aufsichtsratsitzung weiter
mitteilte, macht der Jahresrück-
gang bei der AG 288,7 Mio. DM aus.

Das ist gegenüber dem Vorjahr, für
das 351,8 Mio. DM Jahresüberschuss
ausgewiesen wurden, ein Rückgang
von knapp 18 Prozent. In die freie
Rücklage fließen der AG-Umsatz er-
reicht nach vorläufigen Zahlen 12,4
(12,2) Mrd. DM; der Weltumsatz liegt
bei 35,4 (34,4) Mrd. DM.

Mit der Hauptversammlung
am 14. Juni vorgeschlagenen Zu-
wahl von Abdul Bagi Al-Nouri in
den Aufsichtsrat wird den verän-
derten Besitzverhältnissen Rech-
nung getragen, die Kuwaitis haben
im letzten Herbst knapp ein Viertel
des Hoechst-Kapitals erworben. Als
neuer stellvertretender Vorstands-
vorsitzender wurde Wolfgang El-
ger benannt, seit 1974 im Vorstand
der AG für anorganische Chemika-
lien, Folien und Beschaffung
zuständig.

EUROPA CARTON / Ertragsorientierte Absatzpolitik trägt Früchte Stellung am Markt weiter ausgebaut

J. BRECH, Hamburg
Die Europa Carton AG (ECA),
Hamburg, deren Grundkapital von
75 Mio. DM voll von dem kanadi-
schen Konzern Consolidated-Bat-
hurst Inc. gehalten wird, hat im
Berichtsjahr 1982 deutlich besser
als die Branche abgeschnitten und
ihre Stellung am Markt weiter
ausgebaut. Vor dem Hintergrund
schwieriger Rahmenbedingungen
bewertet der Vorstandsvorsitzende
Werner Weitz als positiv. Nach
dem deutlichen Einbruch im Vor-
jahr weist ECA für 1982 im Teil-
konzern einen Jahresüberschuss
von 4,5 Mio. DM aus; das ent-
spricht im Vergleich zu 1981 einer
Verbesserung um das Zweiein-
halbfache. Der AG-Gewinn ist auf
eine Dividendenausschüttung von
2,9 (1,7) Mio. DM geschnitten.

Im Jahresüberschuss kommt die
Ergebnisverbesserung dabei nur
bedingt zum Ausdruck. Zur Stär-
kung der finanziellen Basis hat
ECA alle steuerlichen Möglichkei-
ten der Reservebildung wahrge-
nommen. Einen deutlichen Hin-
weis auf die aus dem laufenden
Geschäft erzielte Ergebnisverbesserung
gibt der Brutto-Cash-flow.
Er stieg um rund 30 Prozent auf
46,5 Mio. DM. Eine Zuwachsrate,
die nach Angaben von Weitz in

etwa auch der Verbesserung des
Betriebsergebnisses entspricht.
Die kräftige Ertragssteigerung
begründet Weitz einmal mit einer
ertragsorientierten Absatzpolitik,
die mit einer Straffung der Pro-
duktpalette und einem gleichzeiti-
gen Ausbau von Spezialprogram-
men im Leistungsangebot des Ver-
packungsbereichs einhergegangen
sei. Zum anderen habe ECA den
Export forciert. Die Exportquote
stieg auf knapp 18 Prozent.
Schließlich haben nach Angaben
von Weitz die bereits früher einge-
leiteten Konzentrations- und Rati-
onalisierungsmaßnahmen 1982 ge-
griffen. So arbeitete die Kartonfabrik
Hoya zum ersten Mal seit 6
Jahren wieder aus. Im
Faltkartonbereich wurden die
Werke Frankfurt und Heppenheim
zu einer organisatorischen Einheit
zusammengefasst. Dadurch sei, wie
Weitz erklärt, eine marktmäßig
erfolgreiche und ertragswirksame
Programmbegrenzung und -berei-
nigung möglich geworden.

Zur Ausweitung des Geschäfts
im Berichtsjahr, die sich in einer
Umsatzsteigerung um 5,4 Prozent
auf 621 Mio. DM niederschlägt, ha-
ben nach Angaben von Weitz mit
Ausnahme von Wellpapppapier
alle Bereiche beigetragen. Zufrie-
denstellend sei besonders die Ent-
wicklung in der Erzeugung von

Verpackungen gewesen. Die Well-
pappengruppe mit 8 Werken er-
höhte den Umsatz real um 2,4 Pro-
zent auf 311,8 Mio. DM und ist
wieder bei einem marktführenden
Anteil von 11 bis 12 Prozent ange-
langt. Marktführer mit rund 10 Pro-
zent blieb ECA auch im Bereich
Faltkarton. Diese Sparte mit 4
Werken weitete den Umsatz nach
zwei Jahren rückläufigen Ge-
schäfts um 10,8 Prozent auf 153,4
Mio. DM aus. Die beiden Verpak-
kungsgruppen steuern allein rund
75 Prozent zum Gesamtumsatz bei.
Das Umsatzplus in der Kartonfabrik
Hoya betrug 6 Prozent (57,7
Mio. DM) und bei Altpapier 11,2
Prozent (51,8 Mio. DM). Lediglich
in der Papierfabrik Vierns mußte
ECA einen Umsatzrückgang um
3,7 Prozent auf 20,9 Mio. DM hin-
nehmen.

Die Entwicklung in diesem Jahr
beurteilt Weitz vorsichtig. Im
März sei zwar eine leichte allge-
meine Geschäftsbelebung eingetreten,
aber noch bleibe offen, ob es eine
Reaktion auf die zu erwartenden
Veränderungen bei Wellpappe und
Faltkarton oder eine nachhaltige
Verbesserung der Nachfrage sei.
In den beiden Verpackungsparten,
so erklärt Weitz, seien
Preisanehebungen um rund 9 Pro-
zent notwendig, um den Kostenan-
stieg auszugleichen.

STRABAG / Auslandsgeschäft belebt Bauleistung

Ohne Konjunkturinbruch

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Die zum halben Dutzend der
größten deutschen Baukonzerne
gehörende Kölner Strabag Bau-AG
kündigt zur Hauptversammlung
am 28. Juli „wieder eine angemes-
sene Dividende“ an. Man darf es,
da der Vorstand trotz im Berichtsjahr
anhaltender Schwäche der
Baukonjunktur von einem „befriedi-
genden Gesamtergebnis“
spricht, als Fortsetzung des hiebi-
gen Dividendensatzes von 10 DM
je Aktie für das maßgeblich bei der
Neusser Werhahn-Familiengruppe
liegende Aktienkapital von 55,13
Mio. DM interpretieren.

Vornehmlich durch das Aus-
landsgeschäft hat der Konzern
1982 seine Gesamtleistung um 12

Prozent auf gut 2,9 Mrd. DM mit
nun 0,9 (0,67) Mrd. DM Auslands-
anteil gesteigert. Von der auf 19 390
(18 710) erhöhten Beschäftigten-
zahl hingegen entfielen nur noch
8653 (8760) auf das Auslandsges-
chäft. Wegen der im härter um-
kämpften Auslandsbau steigenden
Risiken soll im 1982er Abschluß
erhöhte Bewertungsvorsicht unter
Verzicht auf Dotierung der offenen
Rücklagen gelten werden - die al-
lerdings neben Sonderposten ohne-
hin schon fast viermal so hoch wie
das Aktienkapital sind.

Der Konzern-Auftragsbestand
ging 1982 auf 3,7 (3,15) Mrd. DM
zurück und blieb auch im ersten
Quartal von 1983 auf diesem
Niveau.

BRIDGESTONE / Zum zweiten Mal rote Zahlen

Ein Stück zurück gerollt

JAN BRECH, Hamburg
Ein unerwarteter Auftragssein-
bruch bei der Erstausrüstung von
Fahrzeugen für den Export und
sehr schwache Nachfrage im Er-
satzgeschäft mit Lkw-Reifen ha-
ben bei der Bridgestone Reifen
GmbH, Hamburg, 1982 zu einem
merklichen Rückschlag geführt.
Die deutsche Tochter des vier-
tgrößten Reifenproduzenten der
Welt, der japanischen Bridgestone
Tire Co., Tokio, erlitt einen
Umsatzrückgang von 13,2 Prozent
auf 83 Mio. DM. Im Ersatz-Ersatz-
geschäft mit einem Anteil von 62
Prozent betrug das Minus 8,4 Pro-
zent, in der Erstausrüstung für Ex-
portfahrzeuge 23,4 Prozent. Ledig-
lich der noch unbedeutende Be-
reich Erstausrüstung Inland stieg
um 20,6 Prozent auf 4 Mio. DM.

Nach Angaben des Geschäfts-
führers Joachim Freitag schrieb
Bridgestone im zweiten Jahr hin-
tereinander auch rote Zahlen. Die
aufgelaufenen Verluste sollen bis
Ende 1985 ausgeglichen werden.

Ein besseres Ergebnis erwartet
Freitag bereits in diesem Jahr, ob-
wohl der Umsatzplan lediglich 65
Mio. DM vorsieht. Zuwachsraten
im anziehenden Inlandsgeschäft
werden den totalen Ausfall des Ex-
portgeschäftes mit den Ländern des
Nahen und Mittleren Ostens nicht
ausgleichen können.

Im Ersatzgeschäft mit Lkw-Rei-
fen verlor Bridgestone im Berichtsjahr
13,8 Prozent an Absatz, in der
Erstausrüstung für den Export 27,9
Prozent. Günstiger verlief die Ent-
wicklung im Erstausrüstungsge-
schäft mit Lkw-Reifen im Inland.
Die Marktanteile am deutschen
Reifenersatzmarkt gibt Freitag bei
Lkw mit 7,7 (9), bei Leicht-Lkw mit
rund 3,5 (4,5) und bei Pkw mit 1,3
(1,1) Prozent an.

Zu Beginn dieses Jahres ist das
Kapital von Bridgestone von 3 auf
12,6 Mio. DM erhöht worden. Die
japanische Mutter hält 73,3 Pro-
zent, das japanische Handelshaus
Mitsui 26,7 Prozent. Ausgeschie-
den ist der deutsche Partner Del-
akamp.

BERLINER BANK / Dividende fällt aus Abschluß zukunftsorientiert

PETER WEERTZ, Berlin
Die Berliner Bank AG wird aus-
gerechnet im Bankjahr 1982
in dem die meisten Banken mit
einem erheblichen Plus bei den
Erträgen abschlossen, keine Divi-
dende ausschütten. Im Vorjahr
hatte sie 12 Prozent auf den Aktien-
kapital von 150 Mio. DM gezahlt.
Doch hat die Bank, die ganz dem
Land Berlin gehört, keineswegs
schlecht verdient, das Betriebser-
gebnis war vielmehr „das beste seit
Bestehen“. Der Wertberichtigungs-
bedarf war jedoch infolge der Kre-
ditrisiken bei AEG sowie in Polen
und Lateinamerika besonders groß.

Ohne die Zustimmung des Allein-
aktionärs wäre freilich der Aus-
fall der Dividende nicht möglich
gewesen. Die Bank unterstreicht
den Vorrang der Zukunftssicher-
ung vor der Dividende. „Wir legen
einen dividendenlosen, aber stark
zukunftsorientierten Abschluß
vor“, erläutert Vorstandsmitglied
Dietrich Nebelung das Jahreser-
gebnis. Mit 125,8 Mio. DM hat sich
der Überschuß im ordentlichen
Geschäft um ein Drittel erhöht. Die
Zinsmarge betrug 1982 im Jahres-
durchschnitt 3 (2,7) Prozent.
Gleichzeitig erhöhten sich jedoch
die Wertberichtigungen auf Forde-
rungen auf fast 130 (84,4) Mio. DM.
„Das einmalige Betriebsergebnis
mußte genutzt werden, um ent-
standene und alle erkennbaren Ri-
siken abzufangen“, heißt es in den
Grundlinien der Bank für die Ge-
schäftspolitik 1982.

Für dieses Jahr erwartet die
Bank wieder ein günstiges Ergeb-
nis, das allerdings die Ausschüt-
tung der früheren Standarddivi-
dende von 12 Prozent ermöglichen
soll. In den ersten Monaten sei
nicht nur das Geschäftsvolumen
gewachsen, sondern auch die Er-
träge, sagte Nebelung.

Im vergangenen Jahr hatte das Ge-
schäftsvolumen um 5,5 Prozent auf
10,68 Mrd. DM zugenommen,
gleichzeitig stieg die Bilanzsumme
um 5,3 Prozent auf 10,25 Mrd. DM.
Die Entwicklung insgesamt sieht
Nebelung so: „Hohe Einlagenzu-
gänge, schwaches Kreditgeschäft.
Erfreulich sei die Wiederentde-
ckung der Sparanlagen. Insgesamt
wuchsen die Kundeneinlagen um 5
Prozent auf 6,92 Mrd. DM, wäh-
rend das Kreditvolumen um 2,9
Prozent auf 5,34 Mrd. DM zurück-
ging. Die Wertpapieranlagen er-
höhten sich mit einer Zunahme um
31,7 Prozent auf 0,93 Mrd. DM
besichtlich.“

Zufrieden ist Vorstandsmitglied

Günther Bernt auch mit dem Aus-
landsgeschäft. Die Auslandsge-
schäfte seien im Rahmen von Ex-
porten deutscher Unternehmen er-
folgt, darunter sind nach seinen
Angaben keine reinen Finanzkre-
dite. Die Bank hat sich in wenigen
Jahren von einem einst regionalen
zu einem überregionalen Kreditin-
stitut entwickelt. Zu den Nieder-
lassungen in Frankfurt, Düsseldorf,
London und München sind
Stuttgart und Hannover hinzuge-
kommen. Außerdem als Tochter-
gesellschaften die Berliner Bank
International in Luxemburg und
die Braunschweig-Hannoversche
Hypothenkbank AG (Braune
Hanne, Anteil 60 Prozent). Diese
Ausweitung bestimmt das nächste
Jahrzehnt der Berliner Bank.

Abonnieren Sie Unabhängigkeit

In der Auswahl der Nachrichten
gibt es für die WELT kein Zurück-
drängen oder Bevorzugen bestimm-
ter Richtungen. Unabhängigkeit
bedeutet aber nicht Unentschieden-
heit. Die WELT nimmt deshalb zu
den Ereignissen klar und deutlich
Stellung. Ihr Maßstab sind die
Grundwerte unseres freiheitlichen
Rechtsstaates. - Bezichen Sie die
WELT im Abonnement. Dann sind
Sie täglich sicher orientiert.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG VON BERLIN
Herausgeber: Dr. Hans-Joachim Lauth
Sie erhalten die WELT im Abonnement
Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-
Datum) genügt schriftlich zu widerrufen bei
DIE WELT
Vertrieb: Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

Bestellchein
Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen
Termin bis auf weiteres die WELT. Der
monatliche Bestellpreis beträgt DM 31,- (zu
Ausland 31,00). Luftpostversand
auf Anfrage; anliegende Versand- und Zustel-
lungskonten sowie Mehrerstattungen eingeschlossen

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____

Unterzeichnet: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung un-
verzüglich von 7 Tagen (Abende-Datum) genügt
schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT,
Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30
Unterschrift: _____

MASCHENINDUSTRIE/Sinkende Tendenz bei Import

Belebung durch Aerobic

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Die Aerobic-Welle hat in der
deutschen Maschinenindustrie voll
eingeschlagen. Die Branche re-
chnet mit einer Verdoppelung des
Verkaufs an Gymnastik-Beklei-
dung, der 1982 noch bei 8 Mio.
Teilen lag. Selbst wenn die An-
fangseuphorie etwas abklingt,
geht man beim Gesamtverband der
deutschen Maschinenindustrie da-
von aus, das Aerobic mittelfristig
noch Bestand haben werde.

Die Abverkaufszahlen des ersten
Quartals 1983 zeigten beim Fa-
chandelhandel eine leichte Auf-
wärtstendenz. Dies schlägt sich in
zum Teil kurzfristigen Orders nie-
der. Der Rückgang der Importe um
9 Prozent bei der Menge zeige die
Stärke der deutschen Industrie in
schneller Lieferung und modischer

Flexibilität. Trotz aller Auf-
schwungstendenzen sei bei der Be-
urteilung des weiteren Jahresver-
laufs 1983 Vorsicht angebracht.
In 1982 verbuchte die deutsche
Maschinenindustrie einen Umsatz-
rückgang von 5 Prozent (real 7 Pro-
zent) auf 9,9 Mrd. DM. Das Markt-
volumen verringerte sich um 3 Pro-
zent auf 10,7 Mrd. DM. Bei der
Importentwicklung (plus 1 Pro-
zent) trat etwas Ruhe ein. Gleich-
wohl vergrößerte sich die Import-
quote auf 67 (64) Prozent. Vor zehn
Jahren lag dieser Wert noch bei 40
Prozent. Der Export erhöhte sich
um 2 Prozent auf 3,1 Mrd. DM. Am
Jahresende waren in den 890 Be-
trieben (minus 8 Prozent) der Ma-
schinenindustrie rund 74 300 Mitar-
beiter (minus 9 Prozent) beschäf-
tigt.

**So finanzieren Sie mit monatlich
DM 20.044,48* eine Investition von
DM 5 Millionen in Schleswig-Holstein.
Und in 10 Jahren gehört alles Ihnen.**

**Schleswig-Holstein macht
Unternehmen ein Angebot**

Angenommen, Sie planen ein Investitions-
vorhaben von rund DM 5 Millionen insgesamt.
Bei uns in Schleswig-Holstein können Sie das
mit monatlich DM 20.044,48 finanzieren.
An Eigenmitteln benötigen Sie dabei nur
DM 830.280,-

Dies ungewöhnlich günstige Angebot wird
durch die optimale Kombination von Zonen-
pand-Sonderabschreibung und direkten
Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand
möglich. Wir haben Ihnen dieses Beispiel
durchgerechnet. Mit Zinsen und Tilgung. Mit
der jährlichen Belastung - auf 10 Jahre. Wir
wollen Ihnen beweisen, daß es geht.

Dies ist nur ein Beispiel. Wir haben ver-
schiedene Modellrechnungen erstellt. Alle
gleich günstig. Alle gleich interessant. Wenn
Sie dies oder ein anderes Finanzierungs-
modell überzeugt, helfen wir Ihnen bei Ihrem
Schritt nach Schleswig-Holstein. Mit unserem
kostenlosen und für Sie unverbindlichen
Beratungsservice im Auftrage des Ministers

**WIRTSCHAFTS FÖRDERUNGS-
GESELLSCHAFT
SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH**

Coupon: Bitte schicken Sie mir/uns kostenlos und unverbindlich Finanzierungs-
modelle und Standortinformationen.

☐ Informations-schritt: „STOP“! Bevor Sie Ihre Bilanz
abgeben: Nutzen Sie die ertragsabhängigen
Steuern als Eigenmittel für Investitionen.
Hier sagen wir Ihnen wie.

☐ Informations-schritt: Was zieht eigentlich immer
mehr Menschen und Unternehmen nach
Schleswig-Holstein?

☐ Informations-schritt: Wie ein Unternehmen durch
einen Standortwechsel zu mehr Erfolg
gekommen ist, zeigen wir Ihnen in dieser Schritt.

☐ Finanzierungsmodell: DM 5 Millionen für das
verarbeitende Gewerbe

☐ Finanzierungsmodell: DM 2 Millionen für den
Im- und Exporthandel

☐ Finanzierungsmodell: DM 700.000,-
für das Handwerk

☐ Finanzierungsmodell: DM 850.000,-
für das Handwerk

☐ Bitte rufen Sie mich/uns an.

Name: _____
Firma: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH • Sophienblatt 60 • 2300 Kiel 1 • Tel.: (0431) 630 91

Kursdruck durch Gewinnmitnahmen

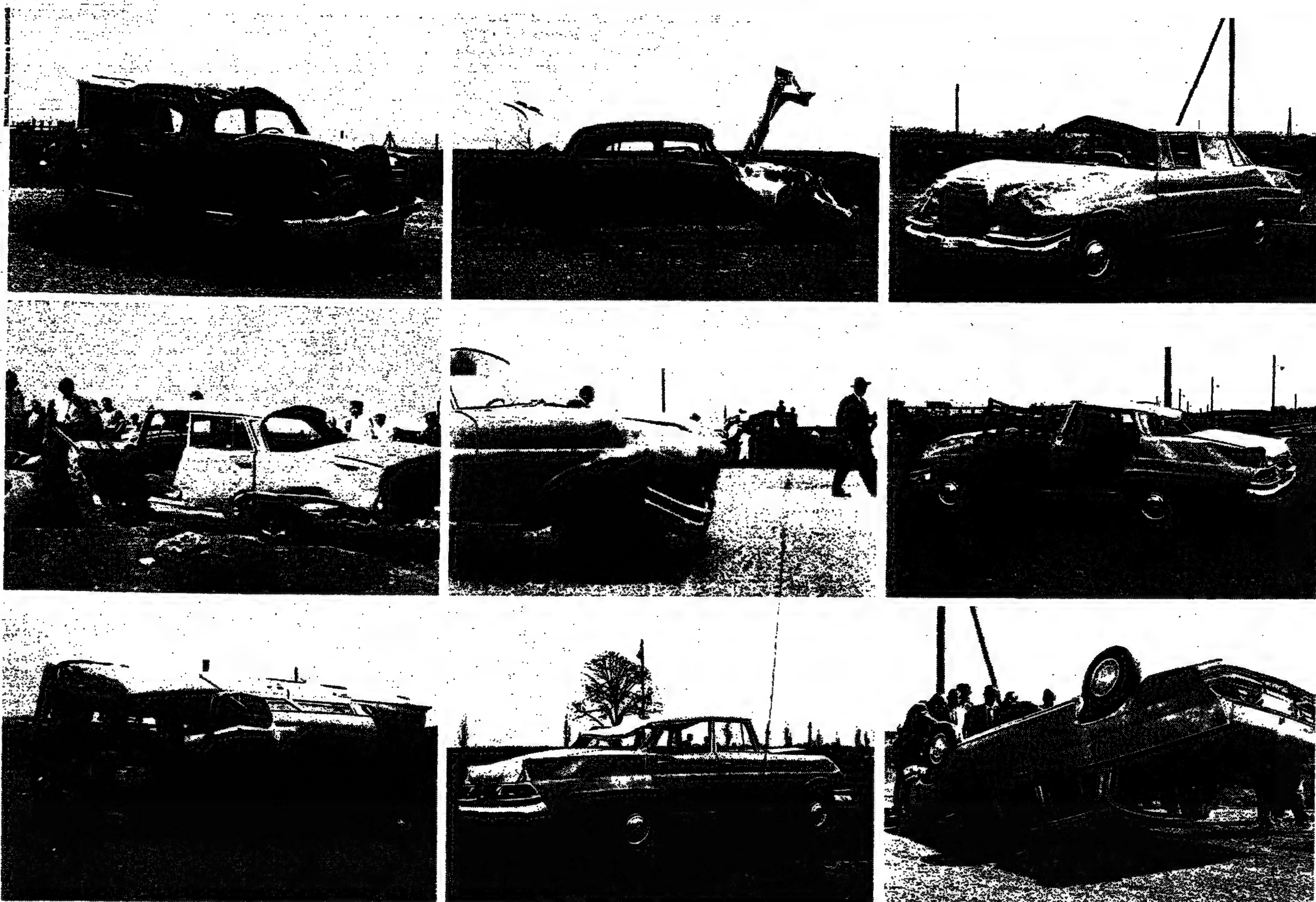
Aber lebhaft Nachfrage nach Siemens-Aktien

DW. - Die am Wochenende teilweise stürzenden Aktienkurse haben am Montag die Börse bei der Börsenöffnung in den Morgenstunden zu einem Kursrückgang von 1,5 bis 2 Prozent gedrückt. Der Kursdruck wurde durch Gewinnmitnahmen in den Aktienmärkten verstärkt. Die Aktienkurse von Siemens, die am Freitag um 128 DM auf 10 DM zurückgefallen waren, stiegen am Montag auf 115 DM an. Der Kursrückgang wurde durch Gewinnmitnahmen in den Aktienmärkten verstärkt. Die Aktienkurse von Siemens, die am Freitag um 128 DM auf 10 DM zurückgefallen waren, stiegen am Montag auf 115 DM an.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Die Notierungen und Umsätze der Aktienbörsen in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

24.4.-24.4.	59,9G	37,84G	62,7-24.4.-24.4.	59,7	80,47G	62,7-24.4.-24.4.	59,7	59,9G	37,84G	62,7-24.4.-24.4.	59,7	80,47G	62,7-24.4.-24.4.	59,7
25.4.-25.4.	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7	149,7
26.4.-26.4.	139,5	45,01	139,5-26.4.-26.4.	139,5	51,11G	139,5-26.4.-26.4.	139,5	59,9G	37,84G	62,7-26.4.-26.4.	59,9	80,47G	62,7-26.4.-26.4.	59,9
27.4.-27.4.	37,84G	139,5	139,5	139,5	139,5	139,5	139,5	139,5	139,5	139,5	139,5	139,5	139,5	139,5
28.4.-28.4.	339,9G	187,3	339,9	339,9	187,3	339,9	187,3	339,9	187,3	339,9	187,3	339,9	187,3	339,9
29.4.-29.4.	61,97G	17,5	61,97G	17,5	17,5	61,97G	17,5	17,5	61,97G	17,5	17,5	61,97G	17,5	17,5
30.4.-30.4.	1,5G	29,048	1,5-30.4.-30.4.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
1.5.-1.5.	31,5G	29,048	31,5-1.5.-1.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
2.5.-2.5.	1,5G	29,048	1,5-2.5.-2.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
3.5.-3.5.	31,5G	29,048	31,5-3.5.-3.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
4.5.-4.5.	1,5G	29,048	1,5-4.5.-4.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
5.5.-5.5.	31,5G	29,048	31,5-5.5.-5.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
6.5.-6.5.	1,5G	29,048	1,5-6.5.-6.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
7.5.-7.5.	31,5G	29,048	31,5-7.5.-7.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
8.5.-8.5.	1,5G	29,048	1,5-8.5.-8.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
9.5.-9.5.	31,5G	29,048	31,5-9.5.-9.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
10.5.-10.5.	1,5G	29,048	1,5-10.5.-10.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
11.5.-11.5.	31,5G	29,048	31,5-11.5.-11.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
12.5.-12.5.	1,5G	29,048	1,5-12.5.-12.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
13.5.-13.5.	31,5G	29,048	31,5-13.5.-13.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
14.5.-14.5.	1,5G	29,048	1,5-14.5.-14.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
15.5.-15.5.	31,5G	29,048	31,5-15.5.-15.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
16.5.-16.5.	1,5G	29,048	1,5-16.5.-16.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
17.5.-17.5.	31,5G	29,048	31,5-17.5.-17.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
18.5.-18.5.	1,5G	29,048	1,5-18.5.-18.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
19.5.-19.5.	31,5G	29,048	31,5-19.5.-19.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
20.5.-20.5.	1,5G	29,048	1,5-20.5.-20.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
21.5.-21.5.	31,5G	29,048	31,5-21.5.-21.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
22.5.-22.5.	1,5G	29,048	1,5-22.5.-22.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
23.5.-23.5.	31,5G	29,048	31,5-23.5.-23.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
24.5.-24.5.	1,5G	29,048	1,5-24.5.-24.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
25.5.-25.5.	31,5G	29,048	31,5-25.5.-25.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
26.5.-26.5.	1,5G	29,048	1,5-26.5.-26.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
27.5.-27.5.	31,5G	29,048	31,5-27.5.-27.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
28.5.-28.5.	1,5G	29,048	1,5-28.5.-28.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
29.5.-29.5.	31,5G	29,048	31,5-29.5.-29.5.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
30.5.-30.5.	1,5G	29,048	1,5-30.5.-30.5.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
1.6.-1.6.	31,5G	29,048	31,5-1.6.-1.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
2.6.-2.6.	1,5G	29,048	1,5-2.6.-2.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
3.6.-3.6.	31,5G	29,048	31,5-3.6.-3.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
4.6.-4.6.	1,5G	29,048	1,5-4.6.-4.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
5.6.-5.6.	31,5G	29,048	31,5-5.6.-5.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
6.6.-6.6.	1,5G	29,048	1,5-6.6.-6.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
7.6.-7.6.	31,5G	29,048	31,5-7.6.-7.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
8.6.-8.6.	1,5G	29,048	1,5-8.6.-8.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
9.6.-9.6.	31,5G	29,048	31,5-9.6.-9.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
10.6.-10.6.	1,5G	29,048	1,5-10.6.-10.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
11.6.-11.6.	31,5G	29,048	31,5-11.6.-11.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
12.6.-12.6.	1,5G	29,048	1,5-12.6.-12.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
13.6.-13.6.	31,5G	29,048	31,5-13.6.-13.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
14.6.-14.6.	1,5G	29,048	1,5-14.6.-14.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
15.6.-15.6.	31,5G	29,048	31,5-15.6.-15.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
16.6.-16.6.	1,5G	29,048	1,5-16.6.-16.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
17.6.-17.6.	31,5G	29,048	31,5-17.6.-17.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
18.6.-18.6.	1,5G	29,048	1,5-18.6.-18.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
19.6.-19.6.	31,5G	29,048	31,5-19.6.-19.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
20.6.-20.6.	1,5G	29,048	1,5-20.6.-20.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
21.6.-21.6.	31,5G	29,048	31,5-21.6.-21.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
22.6.-22.6.	1,5G	29,048	1,5-22.6.-22.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
23.6.-23.6.	31,5G	29,048	31,5-23.6.-23.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
24.6.-24.6.	1,5G	29,048	1,5-24.6.-24.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
25.6.-25.6.	31,5G	29,048	31,5-25.6.-25.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
26.6.-26.6.	1,5G	29,048	1,5-26.6.-26.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
27.6.-27.6.	31,5G	29,048	31,5-27.6.-27.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
28.6.-28.6.	1,5G	29,048	1,5-28.6.-28.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
29.6.-29.6.	31,5G	29,048	31,5-29.6.-29.6.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
30.6.-30.6.	1,5G	29,048	1,5-30.6.-30.6.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
1.7.-1.7.	31,5G	29,048	31,5-1.7.-1.7.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
2.7.-2.7.	1,5G	29,048	1,5-2.7.-2.7.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
3.7.-3.7.	31,5G	29,048	31,5-3.7.-3.7.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
4.7.-4.7.	1,5G	29,048	1,5-4.7.-4.7.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
5.7.-5.7.	31,5G	29,048	31,5-5.7.-5.7.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
6.7.-6.7.	1,5G	29,048	1,5-6.7.-6.7.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048
7.7.-7.7.	31,5G	29,048	31,5-7.7.-7.7.	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048	31,5	29,048
8.7.-8.7.	1,5G	29,048	1,5-8.7.-8.7.	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048	1,5	29,048		



Wie hat man sich damals gewundert, als wir anfangen, unsere Autos zu Schrott zu fahren.

Wer wissen will, aus welchen Gründen was und wo an einem Auto passiert, wenn etwas passiert, der muß etwas passieren lassen.

Wissenschaftliche Forschung kommt ohne systematische Experimente nicht aus.

Sonst hätten weder Edison die Glühlampe, noch Marconi das Radio, weder Otto den Ottomotor, noch Diesel den Dieselmotor erfunden.

Sichere und solide Autos zu konstruieren, war schon immer eine Aufgabe, die wir sehr ernst genommen haben. So haben wir bereits seit 1939 Sicherheitselemente entwickelt, erprobt und eingebaut, die als große Fortschritte bewundert wurden.

Es braucht indessen andere Methoden, um herauszufinden, wie sicher Automobile wirklich sind. Und vor allen Dingen, wie man ihre Sicherheit noch weiter verbessern kann.

So haben wir als eine der ersten Automobilfabriken im Jahre 1959 gezielte Unfallversuche gemacht und Autos mit Absicht und gutem Willen zu Schrott gefahren.

Haben sie schleudern und sich überschlagen lassen, haben sie gegen Wände, Bäume, Leitplanken

und gegen andere Fahrzeuge fahren lassen.

Das waren der Neuheit des Vorhabens entsprechend einfache Versuche. Immerhin haben wir in einem Testjahr achtzig Fahrzeuge kaputtgefahren und viel dabei gelernt.

Wir haben nicht nur gelernt, das Gute zu verbessern, sondern haben auch konsequent Neues erforscht, erprobt und serienreif gemacht.

So wurden zum Beispiel Knautschzonen entwickelt, die einem harten Aufprall viel von seiner Wucht nehmen.

So wurde der Innenraum als Sicherheitszelle gebaut und entscheidend entschärft. Überall, bis hin zu einer gepolsterten Lenkradnabe und stoßnachgiebigen Armaturenanlagen.

In der Zwischenzeit wurden die Test-Methoden verbessert und verfeinert. Vor allem die elektronischen Meßmethoden, die das Verhalten von Automobilen und Meßpuppen registrieren. Je sicherer die Auskünfte der Meßmethoden, desto sicherer konnten unsere Autos werden.

So kam es, ziemlich bald, zur Sicherheitslenkung, zum Sicherheitstank außerhalb des Fahrgast-

raums, zum Sicherheitsgurt, zu einer weiteren Entschärfung des Innenraums und schließlich, um die neueste Entwicklung aufzuzeigen, zum Luftsack und Gurtstrammer.

Natürlich muß man hier auch den ebenso wichtigen Bereich der aktiven Sicherheit dazurechnen: Wir haben das Fahrwerk und damit das Fahrverhalten wesentlich verbessert. Wir haben durch Entwicklung des Anti-Blockier-Systems ein überragendes Bremsverhalten erzielt. Und wir haben vieles mehr getan, um den Autofahrer so entspannt und damit so sicher wie möglich durch den Verkehr zu bringen.

Wir können hier nicht alles aufzählen, was dazu beigetragen hat, unsere Automobile zu den sichersten der Welt zu machen.

Über unsere Tests hinaus bringt uns die systematische Erforschung von echten Straßenunfällen viele wichtige sicherheitstechnische Erkenntnisse. Doch allein darauf wollen wir uns nicht verlassen.

Deshalb bauen wir unsere Unfälle selbst, heute wie damals. Mit dem Unterschied, daß sich heute niemand mehr darüber wundert.

Man weiß längst, wie lebenswichtig sie sind.



Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Ausländische Aktien

olivetti
Europas größter Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Mobiles Bauen

Ba. - Mobil sein heißt im Vorteil sein. Auch beim Bauen und Wohnen. Die grundsätzliche Idee ist, dass die Nomaden lernen können. Ihr Hauszeit ist vor allem einfach auf- und abzubauen und leicht zu transportieren. Es hat allerdings sehr lange gedauert, bis der Gedanke des mobilen Bauens bei uns Fuß fassen konnte. Nicht wenige sind heute noch um jeden Preis dem massiven Bauen verhaftet. Am liebsten Stein auf Stein, von wegen der Erdverbundenheit.

Da in unserer schnelllebigen Zeit jedoch fast in allen Lebenslagen Flexibilität Trumpf ist, setzen sich die Vorteile des mobilen Bauens immer mehr durch: Nicht nur Garagen, Keller, Häuser und Hallen werden fertig geliefert, sondern auch Container, die für die verschiedensten Zwecke Verwendung finden, zum Beispiel als Baubüden, Theaterkassen, Toiletten und vieles andere mehr. Fast alle Baustoffe, wie Holz, Beton, Kunststoff und Stahl, sind daran beteiligt.

Vom maßgenauen Element zur Raumeinheit

Neben- oder übereinander - mobil auch im Export

GOTTLIEB W. BETZNER, Köln Flexibilität und Mobilität sind beim Stahlbau die hervorstechendsten Eigenschaften, sozusagen „von Geburt an“. 1928 war in Köln aus Anlaß der internationalen Ausstellung „Pressa“ eine große Kirche von Otto Bartning ganz in Stahl errichtet worden. Das Publikum staunte sehr. Denn jeder wußte, daß dieses Gotteshaus nach der Veranstaltung abgebaut, in Essen jedoch wieder aufgebaut werden würde. Was dann auch ohne alle Schwierigkeiten geschah.

Nach der Fertigstellung noch Änderungen möglich

Inzwischen hat sich die Technik des flexiblen und mobilen Bauens natürlich noch weiter entwickelt. Neben das industriell gefertigte, maßgenaue Stahl-Element ist der Container getreten. Einzelobjekte dienen als Theaterkassen, Kiosk oder Baubüden. Wird mehr Raum benötigt, so ist es - beispielsweise auf einer Großbaustelle - ohne weiteres möglich, solche Container neben- oder auch übereinander zu beliebig großen Wohn- oder Bü-

roinheiten zu verschmelzen - und jederzeit wieder abzubauen. Speziell für den Wohnungsbau wurden Raumzellen entwickelt und von der Bundesregierung in Wulfen, von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften EGKS in Berlin gefördert und realisiert.

Der größte Vorteil dieser flexiblen Systeme besteht darin, daß der Nutzer auch nach der Fertigstellung jederzeit Änderungen in der Raumaufteilung vornehmen kann. Für den Industrie- und Verwaltungsbau hat ein Karlsruher Stahlbauunternehmen eine spezielle Konstruktion entwickelt. Die sogenannte Karlsruher Wabe. Bei ihr handelt es sich um ein Sechseck mit einer Kantenlänge von 3,75 Meter, mit dem fast jede Bauaufgabe rationell realisiert werden kann.

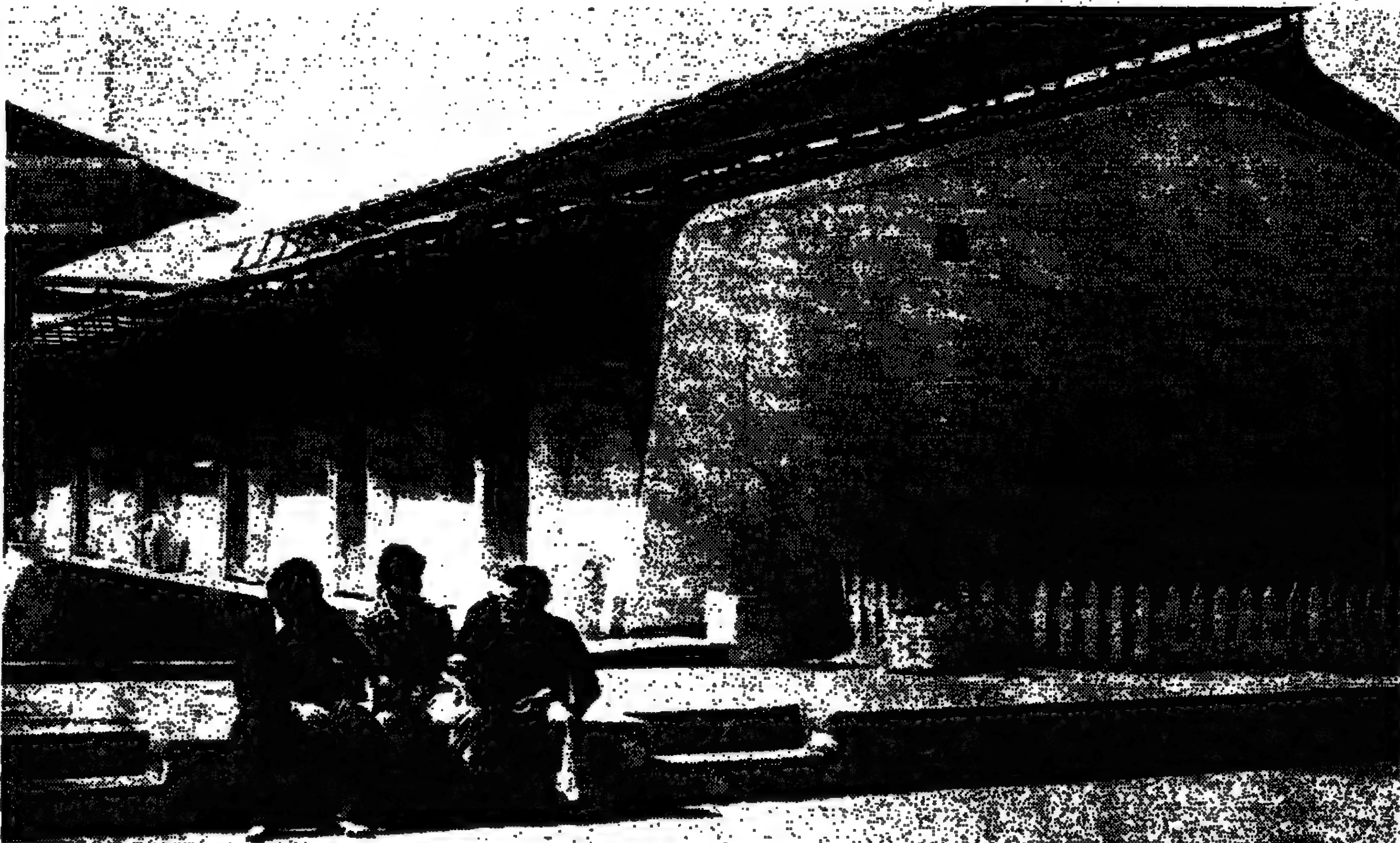
Daß der Stahlbau generell in puncto Flexibilität und Mobilität seinen Konkurrenten gegenüber „Chef im Ring“ ist, mag auch an einer simplen Zahl ablesbar sein: 1982 konnten die deutschen Stahlbauer ihren Export um 43 Prozent gegenüber 1981 steigern. Doch wurden hier nicht - wie sonst üblich - Blaupausen exportiert. Die in der Bundesrepublik produzierten Einzelteile wurden im Ausland an Ort und Stelle montiert, wodurch bei uns, nicht zuletzt, Arbeitsplätze erhalten werden konnten.

Musterbeispiel Moskauer Flughafen

Als Musterbeispiel für diese Art von mobilem Bauen mag der Moskauer Flughafen Scheremetjewo II dienen, der für die Olympiade 1980 fertiggestellt wurde.

Generalunternehmer war die Firma Rüterbau in Langenhagen, eine Tochtergesellschaft des Salzgitterkonzerns. Sie fertigte 123 750 Einzelteile der Stahlskelett-Konstruktion in ihrem Werk. Nach einem außerordentlich diffizilen Plan wurden diese Elemente durch insgesamt 3000 schwere Lastwagen auf die rund 3000 Kilometer lange beschwerliche Reise geschickt. Und zwar so, daß jeweils die Teile in Moskau entladen werden konnten, die man zur Montage gerade benötigte.

Speziell für diese wohl einmalige Leistung im Rahmen eines modernen mobilen Bauens erhielt das Unternehmen den europäischen Stahlbaupreis 1980.



„Mobiles Wohnen“ in der südamerikanischen Erdbebenzone El Borneo

FOTO: DIETHELM KUN

Eine Halle zum Mitnehmen

Im Container-System ist auch die zweite Ebene möglich

W. B. HANN, Düsseldorf Die Düsseldorfer Messgesellschaft hatte voriges Jahr ein großes Problem: Für die Internationale Industriemesse Druck und Papier „Drupa“ war die gesamte Standfläche verkauft, aber längst waren noch nicht alle Ausstellerwünsche befriedigt.

Der Mailänder Architekt Alberto Spinelli und die Münchner Stahlbaufirma Maurer Söhne wußten Rat. Sie bauten auf einem freien Platz des Messegeländes in kurzer Zeit - ohne Grundmauer und Verankerung - eine 1000 Quadratmeter große Halle auf, in der ein paar Dutzend weitere Aussteller Platz fanden.

Die Konstruktion bestand aus 18 Containern mit je zwölf Meter Länge, die der internationalen Norm entsprechen. Neben der ebenerdigen Standfläche mit Lagerräumen, Toiletten usw. waren auf einer zweiten Ebene Büros und Konferenzräume untergebracht. Sie ließen sich aus den Containern leicht arrangieren.

Aussteller, Besucher und internationale Journalisten hatten über-

einstimmend den Eindruck, daß die schnell montierte Halle der erwarteten Funktion voll gerecht werde und auch ästhetisch sehr überzeuge.

Der Clou an dem Projekt war aber etwas ganz anderes: Die Halle war natürlich im Sinne der Messgesellschaft nur „für den Tag“ gebaut. Nach der Messe mußte sie demontiert werden. So erklärten denn die Produzenten ihre Ausstellungshalle zugleich zum Exponat. Und tatsächlich fand sich bald auch ein Käufer: In Düsseldorf schnell demontiert ist die Halle in Italien längst wieder aufgebaut und dient dort einem mittleren Druckereunternehmen als Betriebsstätte.

Architekt und Stahlbaufirma wiesen in Düsseldorf auch noch auf folgendes hin: Ihr Hallensystem bis zu 5000 Quadratmeter Fläche ist ohne Probleme auf normalen Wegen an alle Bestimmungsorte der Welt zu transportieren und auch in Entwicklungsländern vorwiegend mit Hilfskräften aufzubauen. Später eventuell notwendige An- oder Aufbauten sind ohne weiteres möglich.

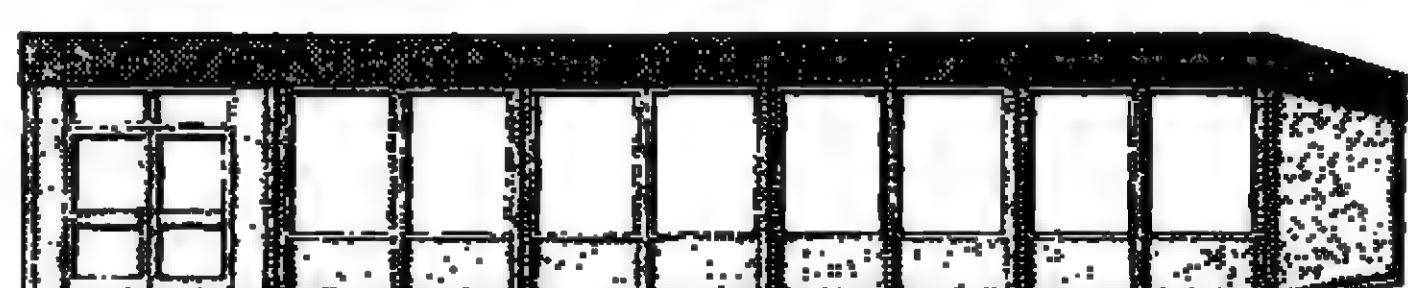
Anzeigen in der Rubrik „Ehewünsche“

erscheinen zweimal: am Samstag in der WELT, am Sonntag in WELT am SONNTAG. Das bedeutet doppelter Inserierungserfolg bei niedrigem Insertionspreis. Anzeigenschluß ist jeweils Mittwoch, 12 Uhr, vor dem Erscheinungstermin. Wenn Sie Fragen haben?

Telefon (040) 347-4418, -4318, -1

Wir beraten Sie gern.

DIE WELT Anzeigenabteilung
WELT SONNTAG Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36



Mobile Raumsysteme

Büro-Container, Container-Camps, Verkaufsanlagen, Aufenthalts-, Umkleide- und Sanitärräume, Magazine, mobile Ausstellungen, Kontrollstände, Werkstätten... Nach Ihrem Bedarf geplant, ausgestattet mit bewährten Materialien aus dem konventionellen Bau, schlüsselfertig geliefert und montiert. Fordern Sie unsere Unterlagen an:

Schunk u. Co



Planung
Produktion
Verkauf
Vermietung

Tempelweg 8
4154 Tönisvorst 1 (Krefeld)
Telefon (02151) 7 91 38 + 39
Telex 8531 060 btx

Cadolto Raumzellen

Die echte Alternative zum Festbau - schlüsselfertig - mobil - komplett versetzbar



Zur Einzelaufstellung sowie zur Erstellung beliebig großer Block-Gebäude mit hoher Grundriss-Flexibilität, als Bürogebäude, Betriebsgebäude, Sozialräume, Labor, Kantine, Werkstatt, Sanitärraum, Pförtnerhaus, Messehaus, Sportstättengebäude, Kindergarten, Schulungsraum, Campingplatzanlage, Toilettenanlage auf Industrieanlagen, Groß-Baustellen, Freizeitanlagen, Mülldeponien, Parkplätzen usw.

- kurzfristig realisierbar
- auch als Anbau an bestehende Gebäude
- problemlos zu erweitern
- Aufstellung auf Punkt- oder Streifenfundamenten

Wir informieren Sie gerne ausführlich. Bitte fordern Sie unsere Prospekte mit Preisen an!

Flohr & Söhne Cadolto-Fahrzeugfabrik - 8501 Cadolzburg b. Nürnberg, Germany
Wachendorfer Straße 34 - Postfach 25 - Telefon 0 91 03/9 63 - Telex 6 24 314

Vertretung für Norddeutschland:

HANSA BAUSTAHL - Porgessing 12 - 2000 Hamburg 74 - Tel. 0 40 / 73 16 16 - Telex 2 174 229

Wir haben das Bauen im Griff.

Das beweisen die zahlreichen Verwaltungs- und Ausstellungsgebäude für den Kfz-Handel. Aber auch die Tausende Produktions-, Lager-, Verkehrs- und Sportstätten für Industrie und Gewerbe. Von uns gebaut in enger Zusammenarbeit mit Architekten. Von rohbau über teilschlüsselfertig bis schlüsselfertig. Alle erstellt nach dem bewährten KUTSCH-Bausystem - mit industriell vorgefertigten Stahlskeletten und den dazugehörigen Fassaden- und Dachelementen. Deswegen so kostengünstig, so zuverlässig und so schnell. Lassen Sie sich beraten! Fordern Sie unsere Referenzlisten und die neue Kfz-Broschüre an.

Paul Kutsch GmbH & Co. KG.
Schlüsselfertiger Industriebau
Postfach 1346 - 42890 Borken
Telefon 02861/7021



KUTSCH
plant individuell - baut perfekt.

Systembau Raumzellen Container

besser von LESSER

Lesser Systembau GmbH
8349 Breiteneck/Dittelsdorf
LESSER
Tel. 0217/77485 + 465 - Tel. 0217/722.81.0

Vermietung und Verkauf

Mrs. W. u. T. Tel. 0217/77485
prof. GUTT 8000 Mönchen 81
Tel. (05 21) 88 40 71



Wer die Wahl hat, hat die Qual.

Die Zeit und unsere Entwicklung bleiben nicht stehen. Deshalb haben wir unseren jahrzehntlang bewährten Raumzellen ein neues Gesicht gegeben: FORUM. Mit glatter Außenfassade. Jetzt können Sie unsere vorgefertigten Raumzellengebäude kaum noch vom Festbau unterscheiden. Insofern hat sich vieles geändert, nur die Vorteile bleiben. Kurzfristig, schlüsselfertig und preisgünstig lieferbar.

Sie können Ihr Raumzellengebäude erweitern, ob in die Breite oder in die Höhe, oder es abschleppen und an anderer Stelle aufbauen. Probieren Sie das einmal mit Ihrem Festbau.

ERGE Mobilbau
Pl. 1046 - 7840 Kehl - Tel. 07851/7700 - Fx 792844

Wir möchten mehr über Ihre RAUMZELLEN erfahren.

- ☐ Senden Sie uns Prospektmaterial und ausführliche Unterlagen
- ☐ Bitte besuchen Sie uns nach vorheriger Anmeldung bei Herrn/Frau

ERGE MOBILBAU
Postfach 1646 - 7840 Kehl

FUSSBALL / Länderspiel gegen Österreich heute original im Fernsehen - Die dunklen Schatten von Gijon

Vor 52 Jahren zum letzten Mal in Wien verloren

DW, Wien

Österreich gegen Deutschland - das ist ein nachbarschaftlicher Dauerbrenner im internationalen Fußball. Nicht nur in Freundschaftsspielen. Bei den Weltmeisterschaften 1978 in Argentinien und 1982 in Spanien mußten beide Teams gegeneinander spielen, in der Qualifikation zur Europameisterschaft auch, 1980 ebenso wie heute.

Immer wieder Österreich gegen Deutschland - und umgekehrt. Was dabei bisher herauskam, spricht eindeutig für die deutsche Mannschaft: 26 Begegnungen hat es gegeben, 15mal unterlag die Österreich, bei vier Unentschieden. Die letzte deutsche Niederlage in Österreich liegt fast 52 Jahre zurück: 0:5 am 13. September 1931 in Wien. Seitdem gaben die deutschen Spieler in Wien in sechs Spielen nur noch einen Punkt ab (1:1 am 21. September 1969).

Aber da gibt es eben diese 2:3-Niederlage 1978 bei der Weltmeisterschaft in Argentinien, die noch heute in Österreich als sportlicher Nationalfeiertag gilt. Und da ist die Erinnerung an das Skandalspiel der letzten Weltmeisterschaft (siehe untenstehenden Bericht). Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) und das Österreichische Fernsehen werden das Spiel heute original (ab 18.55 Uhr) übertragen. Kommentatoren werden die beiden Männer sein, die auch aus Spanien vom 1:0-Sieg der deutschen Mannschaft berichten mußten: Robert Seeger aus Wien, der seine Übertragung damals abbrechen wollte, weil er das Spiel für abgesprochen hielt (was er auch sagte), und Eberhard Stanjek, der aus Protest gegen den Nichtangriffspakt beider Mannschaften über seine Stimmkraft einfach schwieg und die Bilder für sich sprechen ließ.

Das Wiener Prater-Stadion ist heute mit 58 000 Zuschauern ausverkauft - zum ersten Mal seit der Blamage von Gijon. Das bedeutet eine Einnahme von rund einer Million Mark. Schiedsrichter des Spiels ist der Schotte Brian Robert McKinley.

Die Mannschaften: Österreich: Koncilia (35 Jahre/88 Länderspiele) - Obermayer (30/43) - Krauss (25/13), Pezzer (28/60), Degeorgi (23/10) - Weber (27/33), Prohaska (27/65), Baumeister (28/17), Gasse (27/12) - Schachner (24/41), Krankl (30/65) - Deutschland: Schumacher (29/38) - Strack (27/4) - Dremmler (28/22), K.-H. Förster (24/47), Briegel (27/40) - Engels (22/7), Schuster (23/16), Müller (25/39), Rolf (23/2) - Völler (23/4), Rummenigge (27/65).



Bruder, komm in meine Arme, dein Händel ist auch mein Händel, dein Sieg ist auch mein Sieg: Breznar und Krankl nach dem Spiel von Gijon.

FOTO: SVEN SIMON

Großes Problem des kleinen Littbarski: Der Ball, den er so eigensinnig liebt, gehorcht ihm plötzlich nicht mehr...

ULRICH DOST, Wien

Jupp Derwall war wütend von seinem Platz aufgesprungen. Er rannte einige Meter über die Tribüne, die Hand zur Faust geballt. Am liebsten hätte er Pierre Littbarski ein paar passende Worte geschrien. Aber er war zu weit entfernt vom Spielfeld. Littbarski hatte Derwalls Reaktion gesehen. Und der kleine Kölner zuckte nur wieder einmal mit den Schultern. Ein Geste der Ratlosigkeit, nachdem er sich gerade wieder mal in der türkischen Abwehr verdrückt, den persönlichen Triumph über den Gegenspieler gesucht hatte, anstatt den besser postierten Kollegen anzuspüren.

Pierre Littbarski fummelt sich in der letzten Zeit zu häufig fest, seine Dribblings bringen die Trainer nur Verzweiflung. Er spielt zur Zeit immer auf dem Grad zwischen Genialität und Dilettantismus. Im Augenblick erzeugt Pierre Littbarski mit seiner erfolglosen Eigensinnigkeit eher Kopfschütteln. Der Pierre gehört trotzdem in die Mannschaft, den kann man jetzt nicht mehr so einfach rausnehmen, er hat ja in zwischen einen Namen", sagte Bernd Schuster in Izmir nach der schwachen Leistung von Littbarski beim 3:0 gegen die Türkei.

Bei der Mannschaft mag der Stürmer diesen Bonus noch genießen, bei Bundestrainer Jupp Derwall steht sein Stern nicht mehr. Beim Training der deutschen Nationalmannschaft in Wien stand Littbarski

nur im Mittelfeld herum und unterhielt sich zuweilen mit Derwall, während die Kollegen schwitzten. Das war nicht verwunderlich, weil Littbarski auch am Tag zuvor wegen einer Knieverletzung nicht mittrainiert hatte. Welche Mannschaft denn gegen Österreich heute (19.00 Uhr) spielen werde, wurde der Bundestrainer anschließend gefragt. Die von Izmir selbstverständlich war seine Antwort. Doch er vergaß zu sagen, daß die Mannschaft spielen wird, die zum Schluß in Izmir auf dem Platz stand.

Der Kölner gab dann auch zu: „Es ist richtig, ich werde nicht spielen. Meine Knieverletzung macht mir nicht mehr zu schaffen. Ich könnte spielen, aber der Bundestrainer will mit vier Mittelfeldspielern beginnen.“ Für Littbarski kommt der Hamburger Wolfgang Rolf in die Mannschaft.

Was auf den ersten Blick wie ein taktisches Planispiel aussieht, löst sich doch sehr schnell in die logische Konsequenz intensiven Nachdenkens auf. Denn Pierre Littbarski gehört derzeit einfach nicht in die Nationalmannschaft - nicht in dieser Form und Einstellung. Er hat sich denn auch gar nicht geändert, als er die Nachricht von Derwall erhielt. So selbstkritisch ist der Kölner gottlob noch geblieben, um zu erkennen, daß er derzeit nicht die besten Karten besitzt. Viel eher scheint der Kölner Ruhe zu brauchen. Seit Wochen schon

wirkt er völlig überspielt. Der Ball, in den er so vernarrt ist, wurde längst sein Feind, er sollte sich einmal länger von ihm trennen. Eine Woche ohne Ballkontakt - das würde ihm wahrscheinlich mehr helfen als reden. In Köln, in seinem Verein, hat er auch geredet und ist dabei im verbalen Dribbling hängen geblieben: „Mir liegt das Lauftraining nicht“, hat er durch seinen Manager Rüdiger Schnitz Trainer Ritus Michels über die Presse mitteilen lassen. Doch jeder, der ihn sah, konnte feststellen, daß es nicht daran lag, daß der nur 64 leichte Stürmer körperlich am Ende sei.

Die eigenen Gedanken, die sich in seinem Kopf während des Spiels abspielen, machen ihn zu schaff. Nicht der Gegner oder der körperliche Zustand. „Es stimmt“, sagt Pierre Littbarski, „ich denke bei meinem Spiel derzeit zu viel nach. Ich müßte mehr, wie früher, alles intuitiv machen. Ich überlege immer, was ich als nächstes anstelle, statt einfach abzuspüren und auf Tor zu schießen.“

Vor zwei Jahren im Oktober begann Littbarskis internationale Karriere mit zwei Toren gegen Österreich. Diesmal sitzt er nur auf der Bank. Der Dribbelkünstler, der seine Gegner gerne aussteigen läßt, mußte selbst aussteigen. Eine Pause tut ihm gut, wie wertvoll er für die Mannschaft sein kann, hat er häufig bewiesen. Derzeit schadet er mehr, als daß er hilft.

Verzweifelter Versuch, den nachbarschaftlichen Skandal zu vergessen

MARTIN HÄGELE, Wien

„Sind diese Deutschen und Österreicher Lumpen oder Idioten?“, so hatte die französische Zeitung „Le Figaro“ am 28. Juni 1982 gefragt. Am Tag zuvor hatten die überlegenen Mehrzahl der deutschen und österreichischen Nationalspieler im Stadion El Molino in Gijon einen Nichtangriffspakt geschlossen und Algerien die Teilnahme an der ersten Finalrunde der Fußball-Weltmeisterschaft verweigert, was nicht nur die Algerier als Betrug werteten.

Heute werden die „Lumpen, Idioten oder Betrüger“ im Wiener Prater-Stadion wieder mit ihrer schändlichen Tat konfrontiert. „Mir hängt nichts an“, sagt Roland Hattenberger aus Innsbruck. „Wir haben uns damals während des Spiels unterhalten, warum sollten wir uns wehren?“ Aber deshalb fühle er sich noch lange nicht als Verbrecher.

Aber wie geht's jenen, die nicht Schluß machen konnten mit dem Gedanken an den schwarzen Freitag von Spanien? Zum Beispiel

Österreichs Torjäger Walter Schachner? „Es wäre besser gewesen, dieses Spiel hätte nie stattgefunden“, sagt er.

Schachner hat mitgeteilt, obwohl er selbst vom Verdacht der Schiebung immer frei war. „Ich kann sagen, ich hab mich voll eingesetzt. Die anderen aber waren eben zufrieden.“ Schulerzucken. Nein, er wolle nicht auch noch das schlechte Gewissen seiner Kollegen mit sich herum schleppen.

Schachner redet offen über dieses Thema. Er glaubt, daß sich alle in einer ähnlichen Situation heute anders verhalten würden. Gerade deshalb fordert er für heute Wiedergutmachung durch Leistung. Schachner: „Ein gutes Spiel, und die Leute wären wieder versöhnt.“

Er habe nur zweimal gegen Karl-Heinz Förster gespielt, einmal in Wien, einmal in Hamburg, erzählt der österreichische Mittelstürmer Hans Krankl den Reportern. Und in Gijon? fragt ihn einer. „Da hab' ich auch gegen Förster gespielt, aber das war ein Freundschaftsspiel.“ Krankl hat also Gijon schon

aus seiner eigenen Länderspielstatistik gestrichen. Für ihn hat dieses Match nicht stattgefunden. Bei Krankl mag das auch Vorwand sein, seine eigene schwache Leistung dadurch zu vertuschen, daß die schwache Leistung ja abgesprochen war.

Den Krankl hätte Karl-Heinz Förster in Gijon nie ein Tor machen lassen. Pierre Littbarski, der gegen Österreich die Absprache der Kollegen über den Haufen geschmissen. So dachten noch Briegel und Torwart Schumacher. Nur vier aus der deutschen Elf hatten versucht, in Gijon ihr Bestes für ein ehrliches Resultat zu tun.

Das beschäftigte ihn immer noch, das was damals abgelaufen sei, sagt Pierre Littbarski. Dieses Ereignis ist für ihn wichtiger als sein erstes Länderspiel. In Wien war im Oktober '81 der Stern des kleinen Pierre Littbarski aufgegangen. Er schoß beim 3:1 zwei Tore. Doch offenbar wiegt in seiner Erinnerung die Schande schwerer als Ruhm und Jubelarien.

Merkwürdig, wie unterschiedlich die Verdächtigungsmechanismen der einzelnen Beteiligten funktionieren. „Jeder weiß, daß das nicht schön war“, sagt Rummenigge. Der Kapitän der Nationalmannschaft hat festgestellt, daß die Spieler darüber nicht mehr reden wollen.“

Für Bundestrainer Jupp Derwall ist das Thema schlichtweg tabu. Er denke nicht daran, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. DFB-Präsident Hermann Neuberger glaubt dagegen, daß das Reizwort Gijon immer wieder auf den Tisch kommen werde. Genauso wie die Niederlage gegen Österreich 1978 in Cordoba. Neuberger: „Selbst, wenn ich Urgroßvater bin, das wird uns verfolgen.“

Die Wunde, die Geldgier und eiskaltes Profiteuren dem Sport in Gijon geschlagen haben, brennt für immer und ewig im Gewissen des deutschen und österreichischen Fußballs. Nur scheint es, daß die Österreicher besser damit leben können. Weil sie sich ihr Gewissen durch Gespräche erleichtert ha-

ben. Die Deutschen aber schwiegen lieber oder flüchten in nichts-sagende Phrasen.

Eine davon benutzt Harald Schumacher. Die Kritiker haben sich nicht in die Spieler versetzt. Für uns war nur das Weiterkommen wichtig, und das ist gelungen.“ Und Rummenigge: „Die Österreicher fingen damals an, und wir haben uns anstecken lassen. Zum Glück kann sich dies in der EM-Qualifikation nicht wiederholen, weil nur einer von uns nach Frankreich kommt.“

Beim AS Rom aber wird der Österreicher Herbert Prohaska noch immer von den italienischen Kollegen gehänselt. Als Paul Breitner kürzlich in Rom war, um Bruno Conti und Falcio für sein Abschiedsspiel zu verpflichten, wurde er gefragt: „Bringst du Prohaska jetzt endlich den Mercedes als Lohn für Gijon?“

Damals blieb sportliche Moral auf der Strecke, heute aber gibt es die Chance, mit Leistung und Fairness einen Teil davon vergessen zu machen.

EISHOCKEY / Ziel mit Platz fünf erreicht, aber Besseres war noch möglich

Die Russen vorneweg, aber dahinter kaum Unterschiede

Von G. KIESSLING

Die Eishockey-Weltmeisterschaft ist an ihrer wichtigsten Zwischenstation angelangt, jetzt wird in Oben und Unten geteilt. Doch das ist das Positive dieser Titelkämpfe: Die Teilung wird vom Modus bestimmt, nicht von der Leistungsstärke der einzelnen Mannschaften.

Das Bild wird immer klarer: Die Sowjetunion war, ist und bleibt die Nummer eins, Italien hat in der

STANDPUNKT

A-Gruppe nichts zu suchen. Interessant, was dazwischen geschehen ist. Die Mannschaften sind zusammengeklumpt. Das liegt auch daran, daß die CSSR viel von ihrer Stärke eingebüßt hat. Dennoch: Alle Mannschaften (ausgenommen Italien) haben auf den verschiedenen Gebieten aufgeholt oder eigene Schwächen ausgleichend. Sei es nun technisch, taktisch, konditionell oder in noch erhöhter Bereitschaft zum Kampf. Dabei aber spielen sie an der Grenze ihres Leistungsvermögens. Nur bei den Russen hat man oft das Gefühl, sie spielen mit angezogener Handbremse und lockerten sie erst,

wenn es notwendig ist. Die Schweden zeigen das, was von ihnen erwartet wurde, die Kanadier sehen die WM immer noch als notwendiges Übel an. Daß sie überhaupt kommen, ist wichtig. Die CSSR hat, wie gesagt, ihren klaren zweiten Platz hinter der UdSSR verloren.

Deshalb: Unsere Mannschaft, in die Abstiegssrunde verbannt, weil sie gegen die CSSR nicht ein Torchen mehr erzielt hat, hat das Niveau der Teams erreicht, die hinter der UdSSR um die Plätze spielen. Das ist ein sehr gutes Ergebnis und Auftrag für die Zukunft, diesen nun erkämpften Platz zwischen Schweden, Kanadiern und Tschechoslowaken mit aller Kraft zu behaupten. Nichts zeigt besser die neue Situation als der Jubel der Tschechoslowaken, gegen unser Team ein Unentschieden erreicht zu haben.

Für die größte Überraschung des Turniers sorgt die „DDR“. Sie hat in aller Stille ein modernes, zweckmäßiges Mannschaftsspiel entwickelt und zeigt sogar konstante Leistungen als unser Team. Die Enttäuschung sind die Finnen. Was mit ihnen los ist, weiß ich nicht. Vielleicht ein paar Frontläufe zuviel am Abend vor dem Spiel?

„Unter den Besten hätten wir lockerer gespielt“

R. E. MÜNCHEN

Sie haben das Ziel, das sie sich selbst gesteckt hatten, erreicht. Dennoch betrachten sie zerknirscht die Tabelle der Eishockey-Weltmeisterschaft - noch Besseres war möglich. Erich Kühnhackl, der Mannschaftskapitän der Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland: „Ein Tor, ein einziges, winziges Tor hat uns gefehlt.“ Torwart Erich Weisbach klagt: „Es hing am seidenen Faden.“

Die Wortwiederholungen zeigen die Verzweiflung nach dem 1:3 gegen Kanada (Gegner: Kühnhackl), das deutlich werden ließ, wie sehr die großen Abstände der Vergangenheit verwischt und der Aufstieg in die Finalrunde ausgeglichen wurde. 3:3 gegen die CSSR verspielt wurde.

Nach dem Spiel gegen Kanada kam der Kölner Markus Kuhl vom Eis und stöhnte: „Mensch, was bin ich müde.“ Das zweite Spiel innerhalb von 20 Stunden hatte viel Kraft gekostet. Doch Kuhl meinte noch etwas anderes: Das Verpassen der Finalrunde macht den weiteren Verlauf der Weltmeisterschaft für das Team der Bundesrepublik schwerer. Kuhl: „Unter den besten vier hätten wir lockerer

spielen können und vielleicht noch eine Überraschung geschafft. Jetzt stehen wir wieder unter Druck, den fünften Platz halten zu müssen.“

Die Furcht, die in diesen Worten angedeutet wird, bezieht sich besonders auf die Mannschaft der DDR“. Sie spielt ohne große Formschwankungen ihr bisher so erfolgreiches Pensum herunter. Mit dem 6:4-Sieg über Finnland am Montagabend hat sie bereits mehr erreicht, als sie erwarten durfte.

Im ersten Spiel der Abstiegssrunde trifft die Bundesrepublik heute (17.00 Uhr) auf Italien. Verteidiger Udo Kießling, der im Spiel gegen die UdSSR einen Mittelhandknöchel gebrochen hatte, ist wieder dabei. Am Freitag (17.00 Uhr) folgt dann die Begegnung mit Finnland, am Sonntag (18.30 Uhr) die zweite Auseinandersetzung mit der „DDR“. Alle bisher erzielten Ergebnisse zählen in der Tabelle der Abstiegssrunde mit. Im Gegensatz zu den Spielen der Finalrunde. Hier beginnen die UdSSR, Schweden, Kanada und die Tschechoslowakei wieder bei Null. Der Spielplan ergibt sich aus den Ergebnissen der beiden letzten Begegnungen - CSSR - Italien und Schweden - UdSSR, die bei Redaktions-schluß noch nicht feststanden.

Niederlage zum Abschied

Leverkusen (sid) - Mit einer 78:115-Niederlage gegen die UdSSR verabschiedete sich der aus Los Angeles stammende John Ecker aus der Basketball-Mannschaft von TuS 04 Leverkusen. Ecker, der seit 1974 mit Doppel-Olympiasiegerin Heide Rosenthal verheiratet ist, kam 1971 zu TuS 04 Leverkusen.

Breitner nur noch einmal

München (dpa) - Paul Breitner wird in den restlichen Bundesligaspielen bei Bayern München nicht mehr dabei sein. Nachdem sich Breitner im Spiel beim Hamburger SV eine schwere Verletzung zugezogen hatte als angenommen, wird er nur noch sein Abschiedsspiel am 31. Mai bestreiten.

Gewonnen, verloren

Straubing (dpa) - Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen mußte nach dem 3:1-Erfolg über Kanada in Schongau bei der zweiten Begegnung in Straubing eine 1:3-Niederlage hinnehmen.

Dreimal Bundesliga

Dortmund (dpa) - In drei Spielen der dritten Runde (Achtelfinale) um den deutschen Handball-Pokal stehen sich jeweils zwei Bundesligaklubs gegenüber. Dabei kommt es am 12. Mai zu den Begegnungen Hüttenberg - Essen, Reichardt/Füchse - Hofweier und Göttingen - Günzburg.

Handball im Fernsehen

Wiesbaden (sid) - Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) überträgt das zweite Endspiel um den Handball-Europapokal der Landesmeister in Dortmund zwischen dem VfL Gummersbach und ZSKA Moskau am Sonntag ab 15.15 Uhr live.

Popp bezwang Nastase

Düsseldorf (sid) - Wolfgang Popp (Neuss) besiegte in der ersten Runde des Tennis-Grand-Prix von Madrid den Rumänen Ilie Nastase mit 6:3 und 6:0.

ZAHLEN

Eishockey	
Weltmeisterschaft in München, 7. Spieltag: BR Deutschland-Kanada 1:3, „DDR“-Finnland 6:4.	
1. UdSSR	6 0 0 36:4 12:0
2. Kanada	7 5 0 2 23:16 10:4
3. Schweden	6 4 1 1 23:16 6:3
4. CSSR	6 3 1 2 19:15 7:5
5. BR Deutschland	7 3 1 3 17:23 7:7
6. DDR	7 2 0 3 19:28 4:10
7. Finnland	7 1 1 5 20:28 3:11
8. Italien	6 0 0 6 5:35 0:12

GEWINNQUOTEN	
Lotto: Klasse 1: 2.886.507,10; 2. 111.022,90; 3. 6362,90; 4. 105,50; 5. 8,70.	
Toto: Klassierette: Klasse 1: 322,90; 2. 22,10; 3. 4,40.	
4. Auswahlwette: 6 aus 45: Klasse 1: 928.874,90; 2. 14.865,50; 3. 2869,80; 4. 39,20; 5. 4,00.	
Reinigungsspiel: Pflanzlotto: Klasse 1: 356,80; 2. 72,00.	
Pferdelotto: Klasse 1: 899,60; 2. 11,50.	
Kombinationsgewinn: unbesetzt.	
Jackpot: 103.862,20. (Ohne Gewähr)	

MOTORSPORT

Stommelen: Was geschah wirklich?

SAD/K. HIL, Riverside/Bonn

Noch immer sind die Unfallursachen, die zum Tod des Kölner Autotrennfahrers Rolf Stommelen (39) im kalifornischen Riverside geführt haben, nicht geklärt. Stommelen's Teamchef in Amerika, John Fitzpatrick, glaubt, daß die genaue Ursache für das Versagen von Stommelen's Wagen für immer ein Rätsel bleiben wird. Der Brit: „Vermuten kann man dieses oder jenes, aber wissen werden wir es wohl nie. Denn der Wagen ist so total zerstört, daß man kaum noch etwas untersuchen kann.“

Der Unfallvorgang soll sich so ereignet haben: 96. Runde des Sechsstunden-Rennens auf dem 5310-Meter-Kurs der Rennstrecke von Riverside bei Los Angeles, bei dem es um 25 000 Dollar geht, die von der Zeitung „Los Angeles Times“ und der Autofirma Datsun als Siegpriis ausgesetzt sind. Auf der langen Geraden, auf der für ihn mit 318,6 Stundenkilometern die schnellste Zeit des Tages gemessen worden war, rast Rolf Stommelen in seinem blau-weißen Turbo-Porsche 935 der Haarnadelkurve entgegen. Plötzlich scheint sich der Heckflügel des Wagens zu lösen, er steht um 45 Grad abgewinkelt nach außen. Infolge der veränderten Aerodynamik verliert das Fahrzeug die Kontrolle über das Fahrzeug. Es rast in die Kurvenmauer, dreht sich um die Achse, prallt mit der Breitseite gegen zwei Betonbarrikaden von je zwei Tonnen Gewicht und wirft sie um.

Der Porsche fliegt durch die Luft, prallt auf die Erde, überschlägt sich sechs, siebenmal, fängt dabei schon Feuer, ehe er etwa 100 Meter vor der Aufprallstelle zum Stehen kommt. Rolf Stommelen sitzt nicht mehr im Wrack - die ganze rechte Seite mit dem Fahreritz ist abgerissen und an einer anderen Stelle gelandet. Ein Krankenwagen bringt Stommelen mit Blaulicht ins Community Hospital von Riverside. Dort wird der deutsche Rennfahrer um 15.13 Uhr Ortszeit - in Deutschland ist es bereits Montag, 13 Minuten nach Mitternacht - für tot erklärt. Ursache: Stillstand des Herzens nach vielfachen, im einzelnen bisher nicht festgestellten Verletzungen.

Widersprüche: Andere Augenzeugen wollen keinen abgewinkelten, sondern einen bereits abgebrochenen Heckflügel beobachtet haben. Wieder andere wollen einen exakt in zwei Teile auseinandergebrochenen Wagen gesehen haben.

Der deutsche Rennsportmeister Bob Wollek aus Straßburg, Dritter in Riverside, wollte für die WELT die Stunden in Riverside nachvollziehen. Doch angesichts der bei seiner Rückkehr in Deutschland vorgefundenen widersprüchlichen Unfallberichte tat er das nicht. Sein Teamchef Reinhold Jöst: „Die Sache ist viel zu heiß, um noch Öl ins Feuer zu gießen. Es gibt zu viele Widersprüchlichkeiten. Bob kann, will und wird dazu nichts sagen. Das gilt sowohl für den Unfallvorgang als auch für die Todesursache. Man muß verstehen, daß er sich nicht den Mund verbrennen will, daß er über den gesamten Vorgang in Riverside schweigen wird.“

Ein Problem scheint zu sein: Die verschiedenen Porsche-Typen, zum Teil Eigenkonstruktionen, zum Teil modifiziert, sind mit dem, was das Werk ausliefert, nicht identisch. Sie lassen auch keine Rückschlüsse auf die Werktypen zu. Ein Porsche-Sprecher: „Bei dem Langheck-Wagen des Fitzpatrick-Teams handelt es sich nicht um einen Original-Porsche, sondern um einen Eigenbau.“ Jöst dazu: „Das ist richtig, auf den amerikanischen Rennstrecken findet man nur entsprechend den US-Regeln gebaute Autos. Doch diese Wagen werden samt und sonders aus Porsche-Teilen konstruiert.“

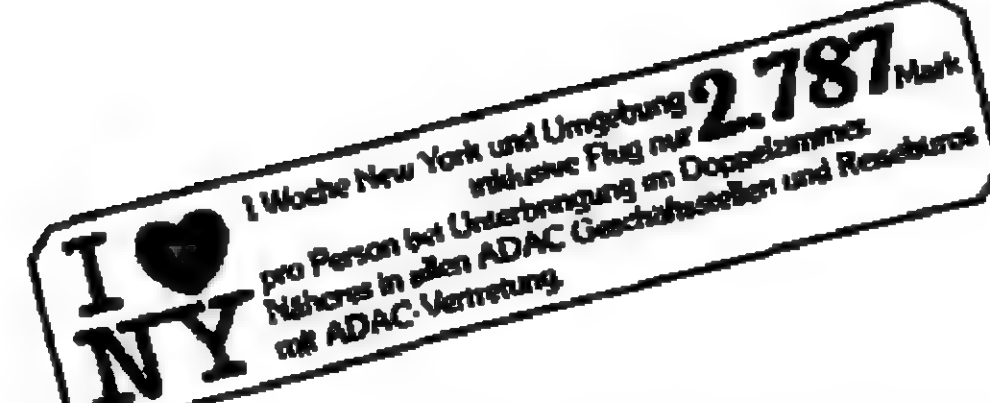
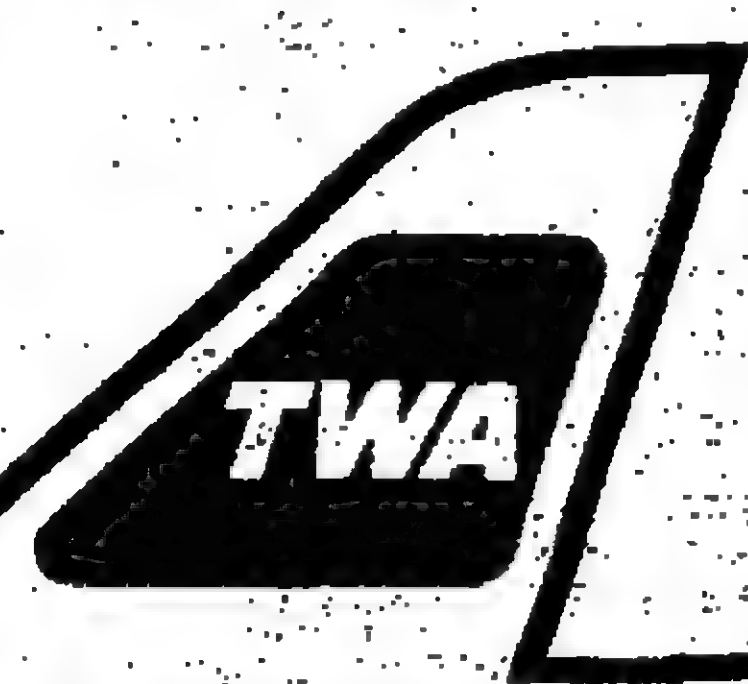
Für die Fahrer heißt das: Sie treffen von Rennen zu Rennen auf Autos mit unterschiedlichem Fahrverhalten. Stommelen's Teamkollege Derek Bell: „Der Wagen wollte in eine andere Richtung, und wenn ich ihn so steuerte, wie ich es wollte, schien ihm das nicht zu gefallen.“ Und Stommelen wollte dieses Auto ursprünglich nicht steuern. Er wurde erst bei Kaffee und Kuchen nach Riverside angetrieben, um für Jochen Mass einzuspringen. Mass hatte kurzfristig wegen anderweitiger Verpflichtungen abgesagt.

TWA. Und Sie sind da.

Amerika jetzt zweimal täglich.

Jetzt starten wir zweimal täglich von Frankfurt nach New York.
Um 10.50 Uhr und um 12.15 Uhr. Von dort aus geht's dann weiter in über 50 Städte der USA.
Mehr darüber bei Ihrem Reisebüro oder direkt von TWA.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen



Unser lieber Vater und Opa ist nach langer Krankheit sanft eingeschlafen.

Curt Kopperschmidt

• 23. 7. 1907 † 19. 4. 1983

In stiller Trauer
im Namen der Familie

Klaus und Sigrid Kopperschmidt geb. Goedeken
Christian und Tina
Jacques und Christa Lappartient geb. Kopperschmidt

Schmidt kamp 13
2 Hamburg 52
17, Route de la Croix
F-78 Le Vésinet

Die Trauerfeier hat im Familienkreis stattgefunden.

Wir trauern um unseren Seniorchef, Herrn

Curt Kopperschmidt

Der Gründer unserer Firma wurde am 19. 4. 1983 aus seinem arbeitsreichen Leben im 76. Lebensjahr abberufen.

Sein Weitblick und Schaffen zum Wohle des Unternehmens werden uns stets Vorbild und Vermächtnis bleiben.

In tiefer Dankbarkeit werden wir versuchen, sein Lebenswerk in diesem Sinne fortzuführen.

Geschäftsführung und Mitarbeiter
der Firma
Curt Kopperschmidt

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Verschiedenes

Für die Hauptrolle in einer
Werbefernseh-Serie
suchen wir eine(n)
schauspielerisch ambitionierte(n)

Apothekerin/ Apotheker

Und so stellen wir uns unsere(n) zukünftige(n) Hauptdarsteller(in) vor:

Sie

- sind zwischen 40 und 60 Jahre alt
- eine sympathische Erscheinung
- strahlen viel Erfahrung aus
- Und haben keine Angst vor der Kamera.

Heumann, Ogilvy & Mather

- Werbeagentur -

Frankfurt, Hainer Weg 15, Tel. 06 11 / 6 05 11
Fragen Sie nach Frau Donna Christian oder
Herrn Jürgen Heinisch.

Wenn Sie es
eilig haben,

können Sie Ihre
Anzeige über Fernschreiber 8 579 104
aufgeben

Zum Thema

Auslandsgeschäft

Dreßler

Die Besteuerung von Gewinnverlagerungen in Steueroasen-Länder

1982. 244 Seiten. Kartiert. DM 58,-

Durch Gegenüberstellung redlicher wie unredlicher Gestaltung von Rechts- und Geschäftsbeziehungen über die Grenze und durch Aufzeigen möglicher steuerlicher Folgen trägt das Werk dazu bei, Unsicherheiten der betroffenen Unternehmen bei der Planung und Durchführung von Auslandsbeziehungen abzubauen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Informations-Coupon

(einsenden an Alfred Metzner Verlag - Postfach 970148 - 6000 Frankfurt/M. 97)

Ich bitte um weitere Informationen zum Thema „Auslandsgeschäft“

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Wohnanlagen zum Kauf gesucht

Zum sofortigen Ankauf gegen Barzahlung werden Wohnanlagen zur privaten Kapitalanlage im frei finanzierten Mietwohnungsbau oder im sozialen bzw. öffentlich geförderten Wohnungsbau gesucht.

Die Wohnanlagen sollten nicht älter als ca. 15 Jahre sein.

Zuschriften unter E 6081 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

SPITZENOBJEKT - MAISONETTE ALDEA CALA FORNELLS III - MALLORCA

Für höchste Ansprüche, in traumhafter Südlage mit Panoramablick aufs Meer, eingebettet in einer der schönsten und gepflegtesten Ferienparkanlagen von Spanien, im maurischen Stil, beheizte Schwimmbadanlage, 30 Min. zum Airport von Palma, 180 m² Wohnfläche + Terrassen, 6 Zi., davon 3 Schlafz. und 4 Bäder, großzügig. einger. Küche, großer Wasch- und Trockenraum, elektr. Heizung in allen Zi. Telefon mit int. Durchwahl, etc.: sfr 340 000,- inkl. luxuriöse Einrichtung.

Tel.: Mallorca 00 34 71 68 65 60 oder
Zürich 0 04 11 3 91 89 04 -

Es meldet sich der Erstbesitzer.

Direkt vom Eigentümer können Sie in
GARBSSEN, Perl- und Diamantstraße,
bezugsfertige

1-Familien-Häuser z. T. mit Einliegerwohnung

(Wohnfläche 148 bis 172 m²) erwerben.

Hochwertige Ausstattung:

- farbige Sanitärkeramik
- geschmackvolle Fliesen
- Kunststoff-Fenster mit Isolierverglasung
- Fußbodenheizung
- Vollverkleidung usw.

Eine weitgehend günstige Finanzierung
(evtl. Aufwendungsdarlehen)
ist selbstverständlich.

Musterhausbesichtigung in Garbsen,
Perlastraße 1, täglich von 11 bis 17 Uhr.

LÜBECKER
HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT
VERKAUFSBÜRO:
3008 GARBSSEN - TEL. 0 51 37 / 9 44 45 - 11-18 Uhr

Vermittlung von sfr/DM/Dollar
in aller Welt
Anfragen bitte nicht unter 1 Mio.
Kontokorrentnehmer WBS Biberach,
Tel.: 0 22 43 / 8 00 05
Telefax: 8 889 737 WBS D

Costa Blanca
Häuser u. Wohnungen schon ab DM
29 500,- die vom Bauherren, auch Bau
nach eigenen Wünschen.
Beutel a. Partner, Immo.
Biberach 1, 6430 Bad Hersfeld
Tel. 0 65 21 / 7 52 10

Baufinanzierung und
Hypothekenbeschaffung
nach Maß. Auch in schwierigen Fällen
(Zwangsvollstreckung oder negativer
Auskunft) können wir helfen.
Eine telefonische Anfrage lohnt
sich.
Vermittlung: WBS BERTORF
Tel. 0 22 43 / 8 00 05 / 7

Kanada - Ontario
Gentleman-Farm, 65 ha, zur. Ferien-
haus am See, herrliches Biotop, 1
Stunde zum Airport, bin dort wohnh.,
deutscher Makler, glücklicher Preis.
Ausführliches über: 0 56 71-27 08
abends

Für Anzeigen
von
Gewerblichen
Maklern
und
Wohnungs-
vermittlern

gebrauchliche
Abkürzungen

MKL Makler

RDM Ring Deutscher
Makler

VDM Verband

Deutscher Makler

VHM Verein. Hambg.
Hausmakler
Von 1897 e. V.

SCHWEIZ

In einer gartenhaften Landschaft (Wallis) wird ein neues
Thermalbad errichtet. Durch den
Erwerb einer Eigentumswohnung
kann mit einer überdurchschnittlichen Rendite gerechnet werden. Langfristige Vermietbarkeit. Verkauf an Ausländer
genehmigt. Studio bereits ab Fr.
108 000,-. Keine Vermittlerprovision. Auskunft erteilt:

Heinz Zehren, Abzinsenstr. 6
4330 Detschold
Tel. 0 52 31 / 8 91 87

LAGO MAGGIORE/LUINO
Ferienbungalow, möbl., 6 Pers., in Park
u. Schwimmbad usw. Set zu beziehen.
Grundst. 330 m² in Erbpacht.
DM 40 000,-
Tel.: 00 31-54 98 29 87

MAKLER

Wir glauben, Ihre Kunden können viel
mehr verdienen, indem Sie unser Konzept
investieren. Einkommensprojek-
tionen durch eine internationale Trenn-
handlung vorgenommen. Ihr Kunden
können mit einer DURCHSCHNITT-
LICHEN JAHRlichen Rendite von
ÜBER 100% für die ersten 30 Jahre
rechnen. Ideale Anlage mit Einkommen
unbestimmter Zeit. Mindesteinlage
510 000. Großzügige Einkommenssteuern.
Für weitere Auskünfte:
GLOBE PLAN SA
24, Av. des Alpes
1605 Lausanne/Schweiz
Tel.: 25 185

Grundstück
in Isellohn, Mischgebiet, direkt
an der B 233, 2 Min. von der A 46,
5 Min. vom Stadtzentrum entfernt,
in einer Größe von 5368 m²
zu verkaufen.
Kaufpreis: 980 000,- DM.
Zuschriften unter C 6079 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Komfortables Ein- bis
Zweifamilienhaus
360 m² Wfl., Doppelgarage, von Priv.
zu verkaufen. 2500 m² Garten-
grundstück in landschaftlich einma-
iger, unverschulter Lage, im
Baum 5632 Werneidkirch, Nähe
Autobahnausfahrt. Interessant für
Reiter.
Tel.: 0 21 96 / 67 58

Ferienwohnung
Nähe Kappeler/Schell, Schell
Schloss, 37 m², 4-Zi.,
Komf.-Wg., in kinderfreundl. Ferien-
anlage (Tennisplätze,
Schwimmbad, Sauna etc.), 5 Geh-
min. z. Strand, Priv. (keine
Court.), VB DM 110 000,-.
Tel.: 0 48 / 44 52 50

Einmalige Gelegenheit:
Im Herzen der Zentralschweiz, am Fu-
ße der Berge, unsichtbar, aber zu ver-
kaufen.

luxuriöse Villa
(14 Wohnheiten, ca. 3400 m²), u. a.
mit Hallenschwimmbad (8x1)
sowie
komfortables
Ferienhaus
auf 1400 m ü. M.

Nähere Auskunft erteilt Ihnen gerne
WASAG Immobilien und Treuhand
AG, Schmidgasse 70, CH-6472 Erstfeld

105 m² Maisonette-
Eigentumswohnung
Exklusiv Ausstattung, Fußbodenheizung,
großer Südbalkon. Ruhige Lage
in Dorsten-Holsterhausen. Auch inter-
essant für Kapitalanleger, da gute Ver-
mietbarkeit. Keine Maklergebühren.
Verkauf direkt vom Bauherren. Inkl.
KFZ-Stellplatz DM 233 000,-.
Stewing-Gleichen
Bauhauptstr. 2, 4270 Dorsten, Telefon
(0 23 82) - 2 01-6 (Herr Menge)

Bankanonymität
und Nummernkonto
Mit 100prozentiger Sicherheit
über Europäische Großbank.
Infoscheck gegen DM 30,-
bei Firma Corp, Kuttelgasse 8,
8001 Zürich/Schweiz

88 m² Erdgeschoss-
Eigentumswohnung
großer Südwest-Balkon, Fußboden-
heizung, Edelholzeinr., raumhoch ge-
dachte Böder, farbige Sanitärkeramik.
Kleine Baumschänke in einem Dor-
stener Vorort, bezugsfertig. Kauf vom
Bauherren, keine Maklergebühren,
inkl. KFZ-Stellplatz DM 233 000,-.
STEWING-GLOBEPLAN
Bauhauptstr. 2, 4270 Dorsten
Tel. (0 23 82) 2 01-6 - Herr Menge

Las Palmas - Gran Canaria
App. 32 000,- DM. Genf. Anlage
a. Las Canteras, Wfl. 35 m², sep.
Kü., Bad u. Balk. Besichtigung 3.
bis 8. Mai od. nach Absprache.
Mosch & Loof, Immobilien
Tel. 0 61 21 / 84 39 82

• Sie suchen •
• Wir helfen Ihnen •
Per Computer werden Ihre Wünsche
mit unseren Angeboten verglichen. Be-
stimmt ist auch das Richtige für Sie
dabei. Fragebogen anfordern.
V & I THOMA
Versicherungen u. Immobilien,
Wolfsackerstr. 7, 7801 Reute,
Tel. 0 78 41 / 28 58

Wir bieten an:
Grundstücke in Isellohn-Landschaft
in Isellohn-Landschaft an der Hagener
Straße zur Errichtung von Wohn-
bzw. Geschäftshäusern.
801 m² - 330 000,- DM
1700 m² - 710 000,- DM
Komplette Planungsentwürfe u. d.
das gesamte Gelände können auf
Wunsch übernommen werden.
Zuschriften unter E 6088 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

★ Nähe Montreux und Ski-Gebiete

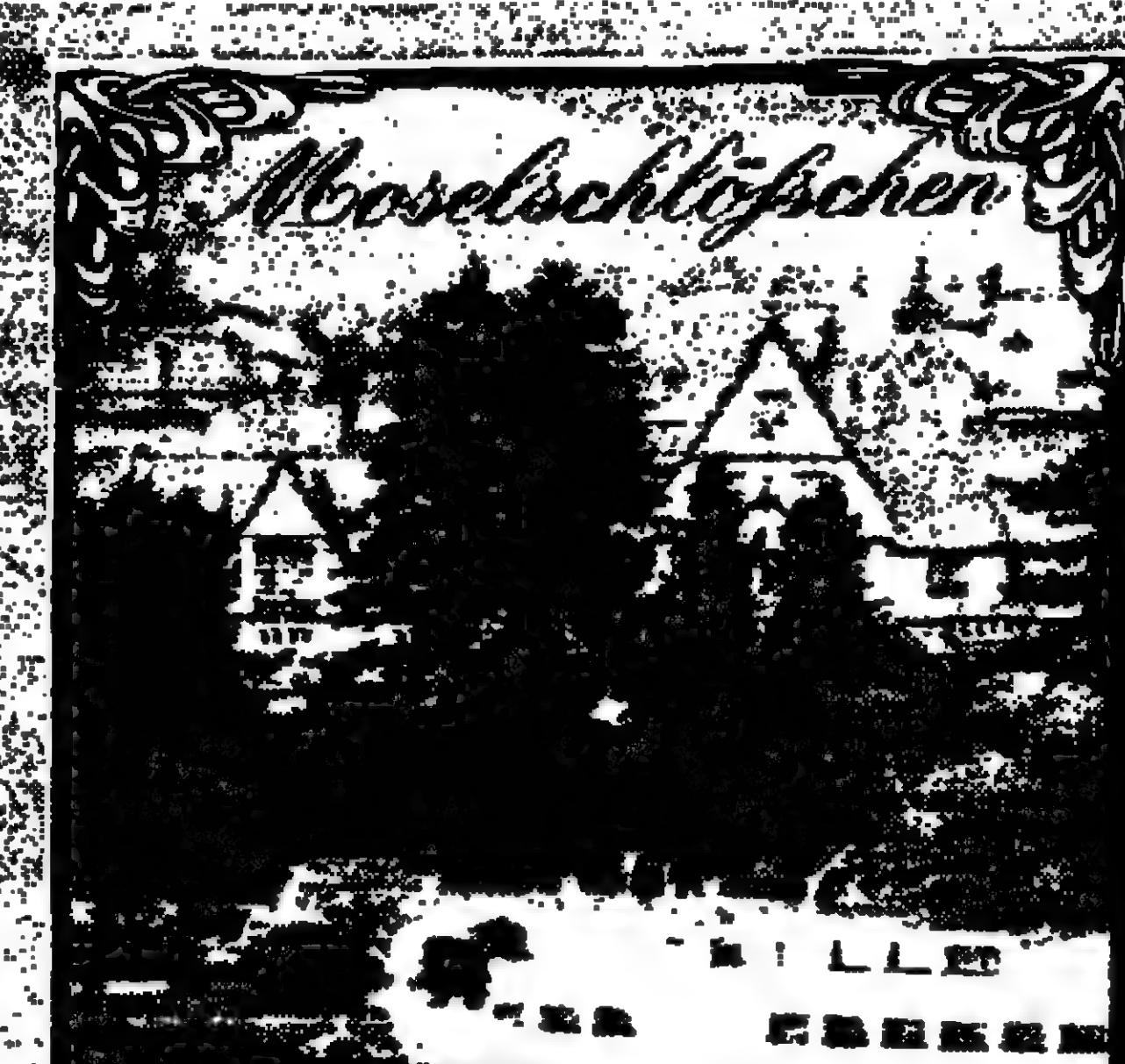
STUDIOS ab SF 42 000,-
2-Zimmer-APPTS. ab SF 93 500,-
3-Zimmer-CHALETs ab SF 240 000,-
5½-Zimmer-VILLAS ab SF 285 000,-
PC-IMMOBILIEN-SA
Tour Grise 6, CH-1007 Lausanne
Telefon: (00 41 21) 25 26 11

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Büro-, Lager-
und Werkstatträume
trocken u. heizbar, direkt im Bremer
Freihafen (Vollausland)
zu vermieten.
Tel. W 21 / 35 08 18

Wegen gerichtlicher Liquidation
zu verkaufen, in Norditalien be-
kannte Gummifabrik
ARTURO LUIGI SPA -
MAROSTICA (VICENZA)
40 000 m² Terrain, 8500 m²
Gebäude.
Für Auskünfte wenden Sie sich
bitte an:
Dr. G. Carlo Emanuele
Via IVa Armata n. 44
I-36061 Bassano del Grappa
Telefon 04 24 / 3 51 59

Geben Sie bitte die
Vorwahl-Nummer mit an,
wenn Sie in Ihrer Anzeige
eine Telefon-Nummer
nennen



Ferienwohnungen

Eine idylle aus 1901 in dem Moselort TRABEN-TRAR-
BACH, direkt an der Moselpromenade. Diese architektoni-
sche Rarität wird in möblierte Eigentumswohnungen für
Ferienzwecke aufgeteilt und auf heutige Ansprüche ausge-
legt.

Die Baubetreuung und Betriebsführung übernimmt die TRIE-
RER BÜRGERVEREIN 1844 AG, eine über 100jährige Tochter
der Stadt Trier, die u. a. das Europa Parkhotel und die
Europahalle in Trier betreibt. Eine gezielte Kombination
verschiedener Finanzierungsvorteile. Das heißt: Für den
Steuerzahler mit 50% Progression wird fast das ganze
Eigenkapital (immerhin ein Drittel!) der Gesamtkosten
erbracht aus:

Vorsteuererstattung ca. 9%, Investitionszulagen
18,75% und Verlustzuweisung auf Eigenkapital ca.
188%!

Darüber hinaus kommt eine 10%ige (!) Sonderabschreibung
p. a. wegen Denkmalschutz in Ansatz.
Unverbriefliche Besichtigung: Sonntag, 24. 4. und 1. 5. 1983,
14.00 Uhr, DSG-Kellerei, Eingang Moselpromenade

Ausführliche Unterlagen:
Dipl.-Kfm. Walter W. Lenz/Günther Borreck
Postf. 24 06, Rheinstr. 2a, Tel. 02 61 / 3 70 77, 5400 Koblenz

SCHWEIZ

Einmalige Gelegenheit, in der Schweiz ein Geschäft aufzubauen.
Bekannt, exklusive Mode-Boutique zu verkaufen. Zentral gelegen
im Herzen von Lausanne an einer der besten Einkaufsstrassen. Sehr
ertragsreich. Besitzer verkauft altersbedingt. Ausgezeichnetes
Management.

Für weitere Auskünfte:
OWNER: c/o GLOBE PLAN SA,
24 Mon Repos, 1005 Lausanne/Schweiz

Attraktive Anlageobjekte in Bremen

Hochwertige Wohnanlagen mit Terrassen/Balkons im Grünen.
18 + 6 + 6 + 6 + 6 vermietete Wohnungen. Forderung nur DM 1850,-/m²
ergibt gute Rendite.
Verkauf insgesamt oder aufgeteilt durch die alleinbeauftragte
Maklerfirma „DOMIZILA“, Bismarckstr. 66, 2800 Bremen I,
Tel. 04 21 / 7 20 54, Telex 2 48 041 DOMIN.

Eigentumswohnungen

im Salzburger Land

ÖSTERREICH STADT SALZBURG
Hagen, Rathausplatz und 7. bis 5-Zimmer-Wohnungen
Bereits im Bau

Stadthaus
am Oberen Seil, 17 km von Fernpass/Salzburg, 1- und
2-Zimmer-Wohnungen
Märkte Alpe
Gemeinde Seefeld, im Einzugs- u. Schneesportgebiet des
Bayerischen Landes 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen im Bau
Bismarckstr. 66
Progr. neue Europa-Sportanlagen, 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen
Tauernregion - Sonnenstrasse Österreich, 1- bis 3-Zimmer-
Wohnungen
Gesicherte Grundbucheintragung
für deutsche Staatsbürger

Fordern Sie bitte unser ausführliches Informationsmaterial!
» DEIN HEIM« Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-5020 Salzburg, Ignaz-Pfleider-Ka. 13a, Tel. 0043 662 23 5 06 0

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Bürogebäude in 4630 Bochum

modern, zweckmäßig, repräsentativ, sehr gute Innenstadtlage,
7geschossig mit 2geschossigem Anbau, alle Nebeneinrichtungen
vorhanden (Sitzungssaal/Zeichensaal), ca. 6500 m² Nutz-
fläche - erweiterungsfähig - Grundstück ca. 7000 m², späte-
stens ab 1. 1. 84 ganz oder teilweise (1 Gesch. + ca. 800 m²) zu
verkaufen, zu vermieten mit Vorkaufrecht (Teileigentum -
Leasing - Immobilienfonds).

Zuschr. unter N 6066 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen

Fußgängerzone TROISDORF

mittlere Industriestadt, 60 000 Einwohner, verkehrsgünstig
angebunden an Bonn-Köln entsteht ein

Wohn- und Geschäftshaus mit
Ladenlokal, ca. 800 ²

(auch Unterteilungen möglich, da 24 m Straßenfront)

Anfragen von Miet- bzw. Anlageinteressenten unter P 6067 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

USA-IMMOBILIEN

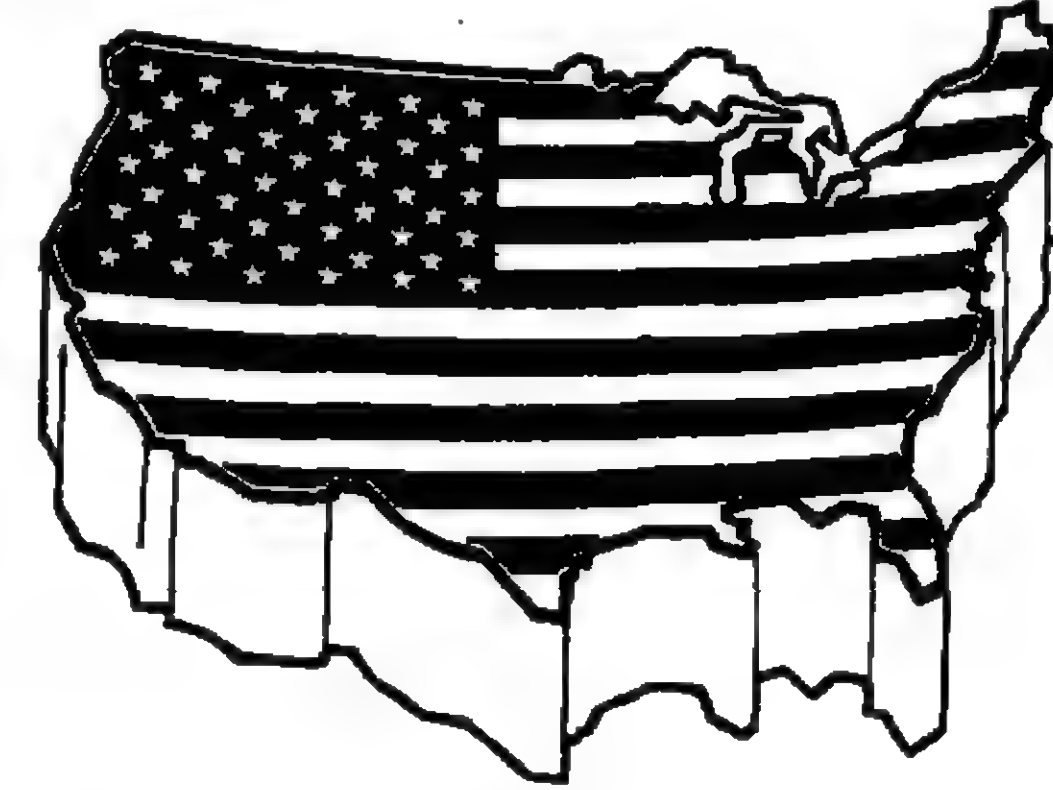
Das besondere Angebot:

Direkte Ges.-Beteiligung für eine Baumaßnahme in Phoenix/Arizona.
Phoenix ist die Stadt mit dem höchsten prozentualen Bevölkerungszu-
wachs der USA in den letzten 10 Jahren.
Ihr Partner ist der amerikanische Generalunternehmer.

Mindestbeteiligung: US \$ 50 000,-
zzgl. 5% Bearbeitungsgebühr (insgesamt US \$ 52 500,-)
Keine Haftung über Ihre Einlage hinaus.

Laufzeit: Bis zur endgültigen Abwicklung der Maßnahme ca. 18 Monate.
Rendite: 10% Garantieverzinsung p.a. auf Nominalanlage,
zzgl. Mitunternehmergewinn.

SEIT 1968 FIRMENGRUPPE WEGMANN - PARTNER FÜR KAPITALANLAGEN



Angebot Nr. 114/83 - Direkte Gesellschaftsbeteiligung

Es ist kein Zufall, wenn Ihnen unsere Angebote
besser gefallen. Es ist unsere Absicht.

Die Vorteile Punkt für Punkt

- Überschaubare Laufzeit ca. 18 Monate
- Hohe Verzinsung Ihrer Einlage zuzüglich
Unternehmergewinn
- Echte Mitunternehmerschaft
- Keine Verwaltungs- und
Wiederveräußerungsprobleme
- Ihr Vorteil - unsere Erfahrung

FIRMENGRUPPE WEGMANN

Postfach 44 88 48 - 2800 BREMEN 44

Telefon: 04 21 / 45 01 05

Ich bitte umgehend um ausführliche Information:
☐ Direkte Ges.-Beteiligung/Phoenix/Arizona
Name: _____
Adresse: _____
Tel.: _____
Firmenname: _____
Firmenadresse: _____
Firmen-Telefon: _____

Verschraubungs-Technik

Bei - Weit über 50 Milliarden Schrauben, Muttern und Nieten aus Stahl und NE-Metallen liefern die deutschen Hersteller jährlich an ihre Abnehmer im In- und Ausland. Zur breitesten Produktpalette dieser vorwiegend mittelständischen Branche gehört ebenso die schwere Kuppelverschraubung aus Spezialstahl mit einem Gewindedurchmesser von 120 Millimeter und einem halben Meter Länge wie die Minischraube mit 1,4 Millimeter Durchmesser für die Feinmechanik. Aus dem Materialvolumen des schweren Bolzens für einen Schiffsantrieb lassen sich nicht weniger als eine Million solche Kleinstschrauben herstellen.

Zwischen diesen Extremen liegen einige zehntausend verschiedene Sorten - im wesentlichen unterschieden nach Durchmesser und Länge, nach Kopfform, Werkstoff und Oberflächenveredelung - mit denen der Markt, also letztlich der Verbraucher, versorgt werden will. Daß Tausende von Sorten bei einzelnen Herstellern ständig auf Lager gehalten werden, ist selbstverständlicher Service.

Doch mit solch ständiger Lieferbereitschaft sind auch erhebliche Kosten verbunden. Vom Flugzeug bis zur Tonbandkassette, vom Reaktor bis zum Werkzeugbau kann auf die Produkte der Branche in der modernen Technik nicht verzichtet werden.

Der bekannte Poet Eugen Roth fragt daher in seinem "Lob der Schraube" benannten humorvollen Gedicht nicht von ungefähr: "Ist's nicht die Schraube, die die Welt im Innersten zusammenhält? Und in der Zeit der Technik jetzt das geist'ge Band sogar ersetzt?"



Von der hohen Produktionsqualität her braucht die Branche des Ausland nicht zu fürchten
FOTO: BAUER & SCHAURITZ KARCHER

So entstehen feste - lösbare - Verbindungen

Schrauben und Muttern lockern sich, seit es sie gibt. Wer hat sich noch nicht über klappernde technische Geräte, des täglichen Bedarfs - vom Auto bis zur Waschmaschine - geärgert. Schrauben halten auch heute noch in einem gewissen Sinne die Welt zusammen, weil man allein mit ihnen lösbare Verbindungen herstellen kann, die im Handumdrehen demonstriert und ebenso rasch wieder zusammengebaut sind. Aber dieser Vorteil scheint zugleich auch ein Nachteil zu sein, weil das Lösen auch unkontrolliert, also selbsttätig, ablaufen kann.

Was seit dem Beginn der modernen Technik, also seit etwa 200 Jahren, an mehr oder weniger trickreichen Kunstgriffen entstanden wurde, um diesem Nachteil beizukommen, beschränkt den Ingenieur in schöpferische Fantasie, dokumentiert zugleich, daß man es mit einem Phänomen zu tun zu haben glaubte, das einfach naturgewollt ist und nur durch Kurieren der Symptome beherrscht werden kann.

Da die Grundlagen des selbsttätigen Lösen unbekannt waren, konnte keine gezielte Entwicklung und Auswahl von Sicherungsvorrichtungen einsetzten. So erklärt sich, daß manche durchaus wirksame Schraubensicherung entwickelt wurde, die dann aber, wenn sie an anderer Stelle unter anderen Belastungen eingesetzt wurde, plötzlich versagte.

Die ersten systematischen Untersuchungen zur Frage, warum sich Schraubenverbindungen selbsttätig lösen, datieren aus dem Jahr 1945. Sie fanden seinerzeit aber kaum Beachtung, was sich schon daran ablesen läßt, daß auch noch in der Folgezeit weltweit jährlich Tausende von Schraubensicherungen zum Patent angemeldet wurden, die - vom heutigen Kenntnisstand betrachtet - schlicht unwirksam sind.

Erst vor zwanzig Jahren wurden Arbeiten begonnen, die zur Aufklärung der Ursachen und darauf aufbauend zur gezielten Entwicklung wirksamer Schraubensicherungen und eines praxistauglichen Prüfverfahrens führten.

Grundlage aller Betrachtungen ist die Selbsthemmung des Schraubengewindes. Das bedeutet, daß sich eine vorgespannte Schraube nicht selbsttätig losdrehen kann, obwohl sich die Vorspannkraft auf die Gewindegeometrie abstützt, die wegen der Gewindesteigung eine schiefe Ebene bilden. Schrauben- und Muttergewinde können nicht aufeinander "abrutschen", weil der Steigungswinkel aller genormten Gewinde so gewählt ist, daß er kleiner ist als der kleinstmögliche Reibungswinkel, der durch Werkstoffpaarung und Schmierzustand gegeben ist. Hinzu kommt die Reibung an der Auf- und abwärtsbewegenden Mutter, die ebenfalls einer Losdrehbewegung entgegenwirkt.

Voraussetzung für selbsttätiges Lösen ist also das Verschwinden

der Reibung. Dies ist möglich - entweder durch vollständigen Verlust der Vorspannkraft (ohne Drehbewegung - oder durch Absinken des Reibbeiwertes (= Tangens des Reibungswinkels) in die Nähe von Null.

Der erste Weg, der vollständige Verlust der Vorspannkraft ohne Drehbewegung, wird als Lockern bezeichnet. Ursache sind plastische Verformungen (Setzen) an spannenden und verspannten Teilen, die die beim Anziehen erzeugten elastischen Verformungen aufheben. Dieser Gefahr kann dadurch begegnet werden, daß die Elastizität der Verbindung vergrößert wird beispielsweise durch die Verwendung multiverspannter starker Federlegierungen (Setzsicherungen).

Die zweite Möglichkeit, das Losdrehen, tritt dann ein, wenn äußere

Kräfte die verspannten Teile quer zur Schraubenachse gegeneinander verschieben und dadurch Gleitbewegungen unter dem Schraubenkopf beziehungsweise der Mutter und Kippbewegungen im Gewinde erzeugen werden. Denn diese Bewegungen bedeuten, daß der Reibschluß an diesen Flächen aufgehoben ist und die Schraube in Umfangsrichtung reibungsfrei wird.

Jetzt können Schraube und Mutter auf der schiefe Ebene des Gewindes aneinander "abrutschen", wobei das Moment, das diese Drehbewegung auslöst, das "innere Losdrehmoment" der Gewindesteigung und der Vorspannkraft direkt proportional ist.

Aus den Abmessungen der genormten Schrauben und Muttern und aus der Gewindegeometrie ergibt sich, daß das "innere Losdrehmoment" in der Größenordnung von zehn Prozent des Anziehdrehmoments liegt. Dies erklärt, warum manche bewährte Sicherungsmethode aus der Frühzeit des Maschinenbaus versagt, wenn sie für hochfeste und hochverspannte Schrauben verwendet wird.

Sichern einer Schraubenverbindung bedeutet also zunächst die Entscheidung: Sichern wogegen? Gegen Lockern oder gegen Losdrehen? Oder beides? Zweitens: Wie weit darf die Montagevorspannkraft im Betrieb durch Setzen oder teilweises Losdrehen verlorengehen, ohne daß die Funktion der Verbindung gefährdet wird? Ein klapperndes Nummernschild am Auto ist nur Nervensache, die Funktion, nämlich die Identifizierung des Fahrzeugs, bleibt dennoch gewahrt; ein klapperndes Pleuel hingegen kündigt den baldigen Totalschaden des Motors an.

Für den nächsten Schritt, die Auswahl des technisch und wirtschaftlich zweckmäßigsten Sicherungselements, zum Beispiel Sperrschrauben, Klebstoffe in flüssiger oder mikroverkapselter Form oder Reibungssicherungen, stehen heute Prüfverfahren und Auswahlkriterien zur Verfügung, die aus dem früheren Lotteriespiel "Sichern von Schraubenverbindungen" eine sichere Sache machen.

Dumpinglieferungen aus dem Ostblock verzerren den Wettbewerb

Schraubenbranche kämpft gegen „politische Preise“

Schraubenverbindungen sind lösbar und wieder verwendbar, berechenbar und belastbar. Ihr Einsatz ist ökonomisch und von hoher Zuverlässigkeit. Reparaturen und Ersatz ausgefallener Aggregate sind ohne Schraubenverbindungen nicht möglich. Substitution durch andere Verfahren kommen nur dann in Frage, wenn auf diese spezifischen Vorteile verzichtet wird. Diese Tatsache gibt der Branche Zuversicht, auch die Stürme des technologischen und strukturellen Wandels der Gegenwart erfolgreich zu überstehen.

Die über hundert Werke der deutschen Schrauben-, Mutter- und Nieteindustrie - größtenteils Mitglieder des Deutschen Schraubenverbandes - hatten in den letzten Jahren hart zu kämpfen. Der verringerte Stahlverbrauch reduzierte ihre Absatzmöglichkeiten; die allgemeine Rezession wurde verstärkt durch den Abbau der Lagerbestände beim Schraubenfachhandel und bei den Verbrauchern; schließlich haben die überproportionalen Steigerungen der deutschen Arbeitskosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich beeinträchtigt. Deutschlands Tore zum Weltmarkt - und damit auch für Importe - stehen sperrangelweit offen.

Mit dieser Tatsache muß die Branche rechnen, die andererseits auch erheblich vom direkten und indirekten Export lebt. Von der hohen Produktqualität, vom Service und der Zuverlässigkeit her brauchen die deutschen Werke keinen ausländischen Wettbewerb zu fürchten. Unverständlich für die Hersteller ist jedoch, daß durch dieses offene Tor gleichmaßen Gerecht und Ungerecht auf den deutschen Markt dringen können.

Staatshandelsprodukte mit politischen Preisen, Dumpinglieferungen, wechselläufige Vorteile und weniger konsequente Steuer- und Zölle führen zu Wettbewerbsverzerrungen und sind oft genug Ursache einer ruinösen Konkurrenz durch ausländische Hersteller. So kommt es, daß die Importquote mit über 30 Prozent in Teilbereichen genormter Produkte auch wesentlich höher liegt als im Durchschnitt der Wirtschaftsgüterindustrie (23 Prozent) liegt.

Für die Volkswirtschaft stellt sich die Frage, ob es zu vertreten ist, wenn bestimmte Erzeugnisse aus diesen Gründen im Inland kaum noch hergestellt, sondern fast nur aus dem Ausland bezogen werden können. Eine Abhängigkeit der deutschen Industrie von Zulieferungen insbesondere aus Ländern mit anderen Wirtschaftsordnungen oder aus anderen Kontinenten kann zu erheblichen Problemen führen. Weitere Wettbewerbsverzerrungen kann die deutsche Schrauben-, Mutter- und Nieteindustrie nicht verkraften.

135 000 Beschäftigte

Im Hinblick auf die Stahlkrisenmaßnahmen fordert sie deshalb nachdrücklich ein einheitliches Stahlpreismiveau in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Es muß auch sichergestellt werden, daß die deutsche Stahlindustrie ihre Erzeugnisse in Drittländern nicht billiger als an inländische Verarbeiter liefert und daß schließlich andere Stahlzeuger der Gemeinschaft ihre eigene nationale Verarbeitung nicht zu günstigeren als den EG-Preisen beliefern können.

Die Branche beschäftigt etwa 135 000 Menschen; 60 Prozent der Werke haben bis zu 100 Mitarbeitern. Das Umsatzvolumen betrug 1982 annähernd 1,7 Milliarden Mark bei einem Absatz von 350 000 Tonnen. Ein erheblicher Teil davon entfällt auf genormte Erzeugnisse. Unter den hergestellten Produkten dominieren Außen- und Innensechskantschrauben, darunter insbesondere hochfeste Verbindungselemente für die größte Abnehmergruppe, den Fahrzeugbau, einschließlich seiner Zulieferer. Der Maschinen- und Apparatebau sowie der Stahlbau sind hier

gleichfalls als bedeutende Verwen-

der zu nennen. Zeichnungsschrauben und Sonderteile haben in den letzten Jahren zunehmende Verbreitung gefunden. Besonders im Kleinschraubenbereich, zu dem metrische Schützenschrauben sowie Blech- und Holzschrauben zählen, sind in den vergangenen zehn bis 15 Jahren viele neue Spezialprodukte auf den Markt gekommen; hierzu gehören auch Schrauben für den Einsatz in Kunststoffen.

Erhebliche Kostenverminderung bei der Montage wird durch Übernahme zusätzlicher Funktionen durch das Verbindungselement erzielt. Beispiele sind Schneidschrauben, gewindeführende Schrauben und Bohrschrauben. Auch im Bereich der Mutterherstellung besteht ein starker Trend zu Spezialausführungen. Die Produktion der Nietehersteller hat gleichfalls zu vielen neuen Erzeugnissen geführt.

Neue Entwicklungen

Produktinnovation ist eine der Antworten auf die Herausforderung des Marktes, der sich die deutschen Hersteller in besonderem Maße verschrieben haben. Sie sehen es als selbstverständliche Aufgabe an, an der Lösung anwendungstechnischer Probleme mitzuarbeiten. Dies gilt nicht nur für die Bereitstellung von Versuchsteilen, sondern auch für Versuchsdurchführungen im eigenen Haus und vor allem für Beratungskonferenzen mit den Kunden. Auf dieser Basis ist in den vergangenen Jahrzehnten eine Entwicklungswelle gewachsen, die ihren Niederschlag in zahlreichen neuen Erzeugnissen gefunden hat.

Alles das ist aber nur möglich und in der Zukunft weiterzuführen, wenn die deutschen Unternehmen sich eine gesunde finanzielle Basis erhalten und ihre Zukunftschancen wahrnehmen können. Denn der überwiegende Teil der Kosten solcher Entwicklungsarbeiten wird von den Herstellern der Verbindungselemente selbst getragen, nicht von den Abnehmern.

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit wird allerdings in Frage gestellt, wenn der Lieferant für die anschließende Serienproduktion der Teile nur nach dem niedrigsten Preis ausgewählt wird und derjenige, der zuvor als Problemlöser gute Dienste geleistet hat, vor der Tür bleibt. Die Gefahr ist groß, daß diese technischen Dienstleistungen eines Tages nicht mehr zur Verfügung stehen, weil sie von den Billigländern nicht wie von den deutschen Herstellern erbracht werden.

Die Branche hat sich vor sechs Jahren im Deutschen Schraubenverband e. V. zusammengeschlossen. Aufgabe des Verbandes ist es, den angeschlossenen Werken technische und betriebswirtschaftliche Informationen und Entscheidungshilfen zur Bewältigung ihrer Probleme zu geben. Daß diese Aufgabe langfristig gesehen wird, zeigt der erhebliche Aufwand für die vom Verband durchgeführte Gemeinschaftsforschung. Ziel ist die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrie.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Verbandsmitglieder erfolgt durch das Informations-Centrum Schrauben ICS. Über Anzeigen, Presseinformationen, Fachaufsätze, Interviews und Marktberichte wird über die deutsche Schrauben-, Mutter- und Nieteindustrie berichtet. Neue Entwicklungen in Normung, Forschung und Produktgestaltung werden veröffentlicht. Selbstverständlich will das ICS auch da, wo es notwendig ist, auf die Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Herstellern im Leistungsangebot aufmerksam machen. Die Werbung des ICS im Jahre 1983 steht unter dem Motto "Zuverlässigkeit + Fortschritt". Dieses Leitmotiv ist Förderung und Verpflichtung für die vielfältigen Aktivitäten der Verbandsmitglieder.

HENNING VON DER HEIDE
UDO PAWLOFSKY

Verstärkte Aktivitäten in Forschung und Technik

Der starke Wettbewerbsdruck hat die deutsche Schraubenindustrie zu verstärkter Aktivität auf verschiedenen Gebieten von Technik und Forschung veranlaßt. So wurde im Jahre 1982 von dem Mitgliedern des deutschen Schraubenverbandes eine größere Anzahl von Forschungsarbeiten - entweder selbst durchgeführt oder über Durchführungen an den technischen Hochschulen beziehungsweise Universitäten in Darmstadt, Hannover und Karlsruhe durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, Versuchseinrichtungen, Versuchsmaterial und durch Mitarbeit bei Planung und Durchführung ermöglicht.

So wurden allein für sechs größere zur Zeit laufende beziehungsweise gerade abgeschlossene Forschungsvorhaben, die mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) finanziert wurde, mehr als eine Million Mark bereitgestellt.

Ziel der vom Forschungskuratorium des deutschen Schraubenverbandes gelenkten Gemeinschaftsforschung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schraubenindustrie direkt oder indirekt zu verbessern. Die Mehrzahl der Arbeiten dient der Grundlagenforschung; sie sollen den Stand der Kenntnisse des ständig steigenden Anforderungen an die Verbindungstechnik anpassen im Hinblick auf höhere mechanische, thermische und korrosive Beanspruchung, die Einsparung von Energie durch Leichtbau, eine automatisierte Montage, die Sicherheit von Schraubverbindungen und die Qualität der Verbindungselemente.

Noch mehr Sicherheit

Die Themen einiger dieser Forschungsarbeiten lassen ihre Bedeutung vor allem für den Abnehmer von mechanischen Verbindungselementen erkennen:

Festigkeitsverhalten, feuerverzinkter Schrauben, Spannungsverteilung in Schraubengewinden, Einfluß wichtiger Legierungselemente und des Gefügestandes auf die Versprungsempfindlichkeit wasserstoffbelasteter Schraubenwerkstoffe, Einfluß des Wasserstoffgehaltes auf den verzögerten Spröbruch bei Schraubenwerkstoffen mit unterschiedlichen Vergütungsgefügen; Optimierung der Dauerhaftigkeitseigenschaften von Schraubengewinden; Haltbarkeit von Schraubverbindungen bei exzentrischer Belastung; Versprungsempfindlichkeit einseitiggehärteter Schrauben durch Wasserstoff; Relaxation; Zeitstandverhalten und Dauerhaftigkeit von Schrauben aus niedriglegierten hochfesten Schraubenstählen; Vergleich der Korrosionsbeständigkeit von verschiedenen metallischen und metallisch-organischen Überzügen; Maß- und Koaxialität von Gewinde und Schaft an Schrauben.

Mit Hilfe der so gewonnenen Erkenntnisse will die deutsche Schraubenindustrie ihre Ergebnisse im Hinblick auf Qualität und Sicherheit weiter verbessern - auch um durch das Angebot höherwertiger Erzeugnisse dem bei Standardprodukten besonders starken Wettbewerbsdruck durch Staatshandelsländer und andere Billigländer auszuweichen. Die Forschungsergebnisse sollen die Schraubenindustrie in die Lage versetzen, ihre Abnehmer bei der konstruktiven Auslegung und Gestaltung von Verbindungselementen auch in Zukunft wirkungsvoll beraten und wirtschaftliche Problemlösungen vorschlagen zu können.

Den nationalen und internationalen Normungsgremien von DIN und ISO, für die die aktive Mitarbeit von Fachleuten aus der Schraubenindustrie von besonderer Wichtigkeit ist, sollen mit den Forschungsergebnissen wissenschaftlich fundierte Unterlagen für die Ausarbeitung neuer Normen zur Verfügung gestellt werden.

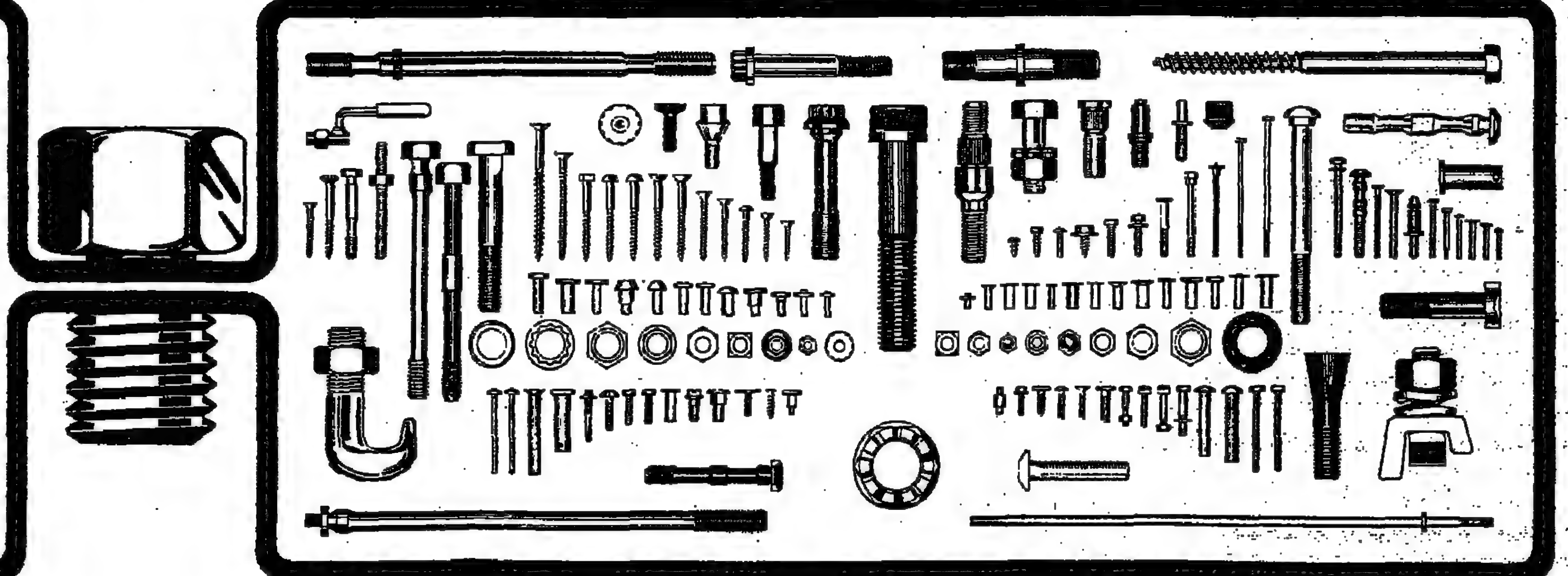
PETER PAULSEN

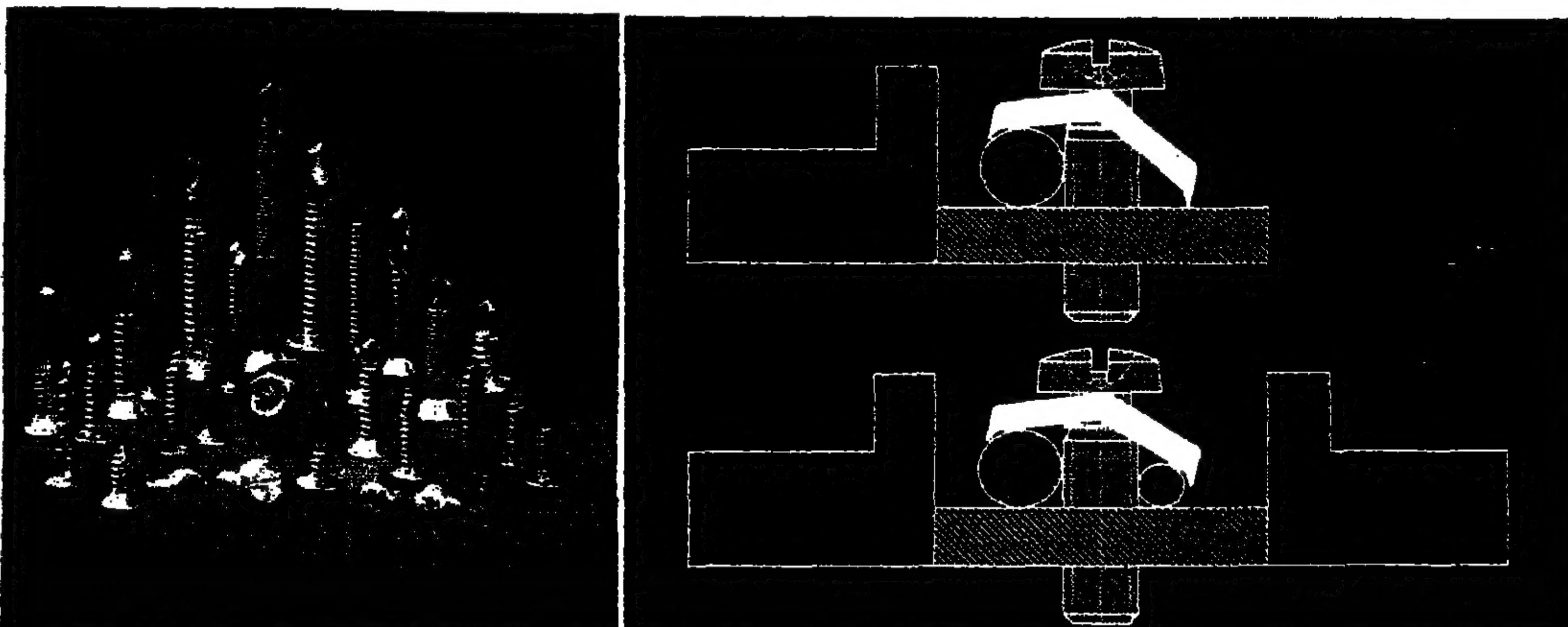
Zuverlässigkeit + Fortschritt Verbindungen - Made in Germany

Deutsche Hersteller bieten Ihnen eine breite Produktpalette und das Know-how für die Anforderungen eines hochtechnisierten Marktes.

Für mehr Sicherheit in Ihren Konstruktionen wählen Sie deshalb Verbindungen - Made in Germany! Weitere Hinweise erhalten Sie vom

ICS
Informations-Centrum Schrauben
Schadowstr. 42 · 4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211/365074 · Telex 8582903





Bohrschrauben-Varianten: Immer mehr Schrauben übernehmen die Aufgabe des Werkzeugs, indem sie sich selbsttätig ihr Muttergewinde formen. (Bild 1). Das Foto rechts zeigt die unverlierbar aufgewinkelte, Kippbare und unter dem Schraubenkopf justierte Anschlussscheibe beim Festklemmen des Leiters (oben) und beim Festklemmen von zwei Leitern mit unterschiedlichem Querschnitt (unten). FOTOS: ICS / KIPFING

Fräsen, bohren und schneiden in einem Arbeitsgang

Nene Entwicklungen im Kleinschraubenbereich - Produktion: 150 Millionen Stück pro Arbeitstag

Über 150 Millionen Kleinschrauben bis etwa acht Millimeter Durchmesser werden pro Arbeitstag von der deutschen Industrie verarbeitet, um ihren Produkten den erforderlichen „Zusammenhalt“ zu geben. Das gilt für das Bauwesen gleichermaßen wie für Kraftfahrzeuge, Elektroanlagen, Haushaltsgeräte, die Unterhaltungselektronik bis hin zu optischen und feinstmechanischen Geräten. Eine große Zahl dieser Schrauben ist genormt: sie teilen sich in die drei Hauptgruppen der Holzschrauben, der metrischen Schlitze- und Kreuzschlitzschrauben und der Blechschrauben.

Ein mindestens gleich großer Teil weicht jedoch von der Norm ab - diese Schrauben werden ihren speziellen Verwendungszwecken entsprechend variiert, angepaßt, um einen optimalen Nutzen und höchstmögliche Sicherheit zu erlangen. Die Varianten beziehen sich im wesentlichen auf bestmögliche Kraftübertragung beim Anziehen, höchstmögliche Rationalisierung der Montage, hohe Belastbarkeit, funktionelle Optimierung, konstruktive Anpassung, Anpassung an das Gesamtbild (Ästhetik) und Korrosionsbeständigkeit.

Diese Forderungen haben dazu geführt, daß eine Reihe der den Aufgaben zugeordneten Varianten für ihre Anwendungsgebiete typische Synonyme erhalten haben. Dafür stehen aus dem Holzschraubenbereich hervorgehend die Vielzahl der Spanplatten-schrauben und ähnliche universell einsetzbare Produkte; im metrischen Bereich die Kombischrauben mit unverlierbar aufgerollten Unterlegteilen oder die Anschlußschrauben für die Elektroindustrie, und im Blechschraubenbereich sicherlich die meisten Spezialbezeichnungen wie Radioschrauben für die Rundfunk- und Videoindustrie, Schnellbohrschrauben für den Trockenverleimbau, Fassadenbohrschrauben, Dachbohrschrauben für das Bauwesen oder die Kotflügelschraube für das Automobil.

Mit mehr als zwanzig die Merkmale beschreibenden Trademarks geht der Schraubenverarbeiter wie herstellende Fachmann so selbstverständlich um wie der EDV-Experte mit seinen Fachbegriffen. Als beispielhafte und typische Entwicklung sei die Gestaltung der Kraftangriffsflächen im Schraubenkopf hervorgehoben, die die Drehmomente bei enorm hohen Standzeiten der Verschraubungswerkzeuge sicher übertragen, oder auch Senkköpfe, die selbsttätig ihr Versenken erarbeiten, sowie die Anpassung der Gewindegeometrie an die Montageerfordernisse. Letztere ist in ihrer Häufigkeit am bemerkenswertesten.

Sie umfaßt doppelgängige Gewinde zur schnelleren Montage, kleinere Flankenwinkel zur besseren Zuglastaufnahme, Schneidkanten und -rillen in unterschiedlichsten Formen zum leichteren Furchen und Schneiden der Muttergewinde je nach Werkstoffart des zu montierenden Bauteils und auch die Gestaltung des Gewindequerschnitts. Das Beispiel zeigt, daß die Schraube zunehmend die Aufgabe eines Werkzeugs wahrnimmt, indem sie sich selbsttätig ihr Muttergewinde formt.

Fortgeschritten gibt es auch bei der unaufrichtlichen Variantenentwicklung von Bohrschrauben, die selbst eine Weiterentwicklung der Blechschrauben sind. Diese Schrauben haben sich zu ausgesprochenen Werkzeug-Verbindungs- und Konstruktionselementen mit höchstmöglicher Rationalisierungseffekt bei gleichzeitiger Lastenübertragungsoptimierung entwickelt.

Eine solche Spezialschraube ist beispielsweise in der Lage, bei einer Holzbohrung auf einer dicken Wand Unterkonstruktion folgender Arbeitsgänge zu übernehmen: Sie fräst ein Durchgangsloch

durch das Holz, bohrt ein Kernloch in die Stahlwand, schneidet darin ein Muttergewinde und versenkt schließlich ihren Kopf ins Holz. Nach Durchführung all dieser in Sekundenschnelle vollzogenen Arbeitsgänge wird sie festgezogen und ist dann eine „Schraube“ im eigentlichen Sinne. Dem Ideenreichtum der Schraubenfachleute sind kaum Grenzen gesetzt; die hohe Zahl von Patenten beweist das.

An einem weiteren Beispiel soll die Problematik einer Schraubverbindung in der Elektrotechnik mit ihren konstruktiven und funktionellen Lösungen stellvertretend für viele andere im Detail betrachtet werden:

Energieanschluß als Selbstverständlichkeit für jedes Elektrogerät und jede elektromotorisch angetriebene Maschine kann zum Ärgernis werden bei Kurzschluß und Schmorkontakten für den Verbraucher, bei Montage und Reparatur für den Hersteller. Millionen kleine Schrauben sind die Energieanschlußsträger zusammen mit DIN-genormten Anschlussscheiben, die die elektrischen Leiter festklemmen - oder auch nicht, sei es nur unzureichend oder nicht auf Dauer.

Der Clou der entwickelten Anschlussschrauben liegt nicht nur darin, daß die Anschlussscheibe auf der Schraube vom Schraubenhersteller bereits unverlierbar aufgerollt ist, wodurch allein schon ein großer Rationalisierungseffekt erzielt wird; denn das Beschaffen und Zusammenfügen von zwei Teilen entfällt, der Schwund wird ge-

ringer, die Montagezeiten wesentlich kürzer. Vielmehr liegt der eigentliche Vorteil in einem Detail, den insbesondere der Praktiker zu schätzen weiß: Die Scheibe klemmt nicht mehr im Gewinde, sie ist frei bewegbar unter dem Kopf, und sie bleibt auch unter dem Kopf während der Montage.

Der Wunsch nach einer dritten Hand entfällt, die neben dem Hochhalten der Scheibe und dem Einsetzen des Leiters die Schraube anziehen soll. Die rechteckige, leicht gewölbte und mit Sicken versehene Anschlussscheibe ist darüber hinaus kippbar, wodurch mit ein und derselben Scheibe neben einem Leiter auch zwei Leiter gleichen Querschnitts wie ebenso zwei Leiter unterschiedlichen Querschnitts befestigt werden können.

Die Herstellung dieser Kombischraube mit Anschlussscheibe birgt einiges Know-how in sich, wird doch ein Haltering zum Stabilisieren der Scheibe unter deren „Dachneigung“ gewalzt, so daß das Gewinde auch beim Anschluß kleinster Leiterquerschnitte noch seiner Aufgabe nachkommt, die Schraube also nicht überdreht werden kann.

Besonders servicefreundlich darf dabei noch die Kraftübertragungsform der Schraube angesehen werden. Sie weist einen sogenannten Plus-/Minuskopf auf - die Kombination von gleichzeitig vorhandenem Kreuzschlitz und Längsschlitz erlaubt dem Hersteller der Geräte eine vollautomatische Montage mit Mehrfachschraubspindeln über den Kreuzschlitz und gestattet andererseits dem Handwerker bei Reparatur und Wartungsaufgaben das Arbeiten mit seinem stets griffbereiten normalen Längsschlitzschraubenzieher.

Statistisch betrachtet, benötigt jeder Bundesbürger durchschnittlich 50 Kleinschrauben im Monat, um seinem Bedürfnis nach „festem Halt“ nachkommen zu können. Die Hintergründe nimmt er selbstverständlich nicht wahr, was er auch nicht soll - er sei denn, er benötigt einige kleine Schrauben, was ihn dann möglicherweise an das Wort von der „lockeren Schraube“ und deren Hintergründigkeit erinnert.

KLAUS KAYSER

VDI 2230 - ein Renner unter den Richtlinien

Systematische Berechnung hochbeanspruchter Schrauben

Ohne Schraubenverbindungen kämen die meisten technischen Erzeugnisse auseinander. Das erklärt die große Typenvielfalt und die unterschiedlichen Anwendungsbedingungen. Den Schwierigkeitsgrad dieses Maschinenelementes erkennt man erst bei sorgfältiger analytischer Betrachtung.

Nicht von ungefähr fand daher am 23. und 24. März 1983 in Düsseldorf die Fachtagung „Schraubenverbindungen heute - Berechnung, Anwendung, Wirtschaftlichkeit“ unter großer Beteiligung statt. Veranstalter war der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) gemeinsam mit dem Informationszentrum Schrauben im Deutschen Schraubenverband e. V. (ICS). Anlaß der Tagung war die Vorstellung des neuen Richtlinienentwurfs VDI 2230 „Systematische Berechnung hochbeanspruchter Schraubenverbindungen“.

In vier Schwerpunkthemen mit insgesamt 16 Vorträgen wurde die Bandbreite der Verschraubungstechnik aufgezeigt. Das erste Gruppen Thema „Vorstellung der neuen Richtlinien VDI 2230 Blatt 1“ soll hier näher erläutert werden.

Die erste Ausgabe dieser Richtlinie wurde 1974 in Stuttgart vorgestellt. Diese Richtlinie erfreut sich mittlerweile eines hohen Bekanntheitsgrades, sie ist ein „Renner“ unter den VDI-Richtlinien. Neue Erkenntnisse auf einigen Teilgebieten der Verschraubungstechnik machen eine Überarbeitung erforderlich. Unter Beibehaltung der Grundkonzeption wurde die Richtlinie komplett überarbeitet und bei dieser Gelegenheit anwenderfreundlicher gestaltet.

Neue Erkenntnisse, besonders über die Nachgiebigkeit verspannter Platten und des eingeschränkten Gewindes sowie über den Einfluß der exzentrischen Einleitung der Verspannkraft (exzentrische Verspannung) und der Betriebskraft (exzentrische Belastung) flossen in die Neufassung ein. Gleichzeitig wurden Gestaltungshinweise „ungünstig/günstig“ sowie Hinweise über das Sichern und zur Verbesserung der Dauerhaftigkeit von Schraubenverbindungen in die Richtlinien eingearbeitet. Die Beachtung dieser Erkenntnisse beeinflusst wesentlich die Haltbarkeit der Schraubenverbindung.

Der größte Anteil der erforderlichen Vorspannkraft wird bei exzentrisch beanspruchten Verbindungen des einseitigen Aufklaffens der Trennfluge benötigt. Fer-

ner ist die Zusatzkraft auf die Schraube nicht unabhängig von der Vorspannkraft, wie dies früher unter Zugrundelegung des bekannten Verspannungsschaubildes angenommen werden mußte. In Wirklichkeit sinkt in diesen Fällen die Zusatzkraft auf die Schraube mit wachsender Vorspannkraft, so daß im Falle der dynamischen Betriebsbelastung Schrauben mit höherer Festigkeit die Verbindung dauerbruchsicherer machen.

Da in hohem Maße die Genauigkeit der Anziehmethode in die Abmessung der Schraube eingeht, müssen schon bei der Auslegung der Verbindung Abstimmungen zwischen Konstruktion und Montageingenieur stattfinden. Denn die aufwendigsten Berechnungsmethoden bleiben wirkungslos, wenn Schraubenverbindungen infolge unsachgemäßer Montage zu hoch oder zu niedrig vorgespannt werden. Zu hoch vorgespannte Schraubenverbindungen erfahren eine Überbeanspruchung, die zum Bruch der Verbindung führen kann, zu niedrig vorgespannte Verbindungen versagen in der Regel durch selbsttätiges Lösen oder durch Dauerbruch der Schraube.

Je ungenauer die Montagemethode ist, desto dicker muß eine Schraubenverbindung mit allen Anschlußmaßen bei gleicher Festigkeit dimensioniert werden. Um einen Einfluß der Anziehmethode mit einer relativ großen Streuung (beispielsweise Anziehen mit einfachen Drehschrauben) und einer sehr genauen Anziehmethode (zum Beispiel streckgrenz- oder drehwinkelgesteuertes Anziehen) miteinander zu vergleichen.

Um die gleiche Mindestklemmkraft zu erhalten, muß die Schraubenverbindung, die mit einer relativ ungenauen Montagemethode angezogen wird, entsprechend überdimensioniert werden, damit auch die maximal vorkommenden Kräfte noch sicher aufgenommen werden können. So kann im Extremfall eine um 60 Prozent größere Schraubenabmessung erforderlich sein als bei einer sehr genauen Montagemethode.

Die Richtlinie VDI 2230 gibt mit übersichtlichen Rechenanleitungen und Gestaltungshinweisen dem Konstrukteur die Möglichkeit, für die Mehrzahl der exzentrisch belasteten Schraubenverbindungen eine sinnvolle Gestaltung und eine differenzierte Berechnung durchzuführen.

DIETER STRELOW

Qualität und Service haben ihren Preis

Jeder, der im Wirtschaftsleben steht - und dazu gehört die Hausfrau genauso wie der industrielle Einkäufer - orientiert sich in seinem Einkaufsverhalten an dem erwarteten längerfristigen Nutzen, den ihm das Objekt seiner Wünsche bringen soll.

Im industriellen Bereich zählen daher nicht nur der reine Preis und die Termineinhaltung zu den Beurteilungskriterien, sondern ebenso eine gleichbleibende hohe Produktionsqualität, der technische Service und die Dienstbereitschaft der Lieferfirma.

Vielen Einkäufern ist kaum bewußt, daß die Kosten für das Einzelteil Schraube oder Mutter nur einen Bruchteil der Gesamtkosten der montierten und einsatzbereiten Verbindung darstellen. Oft genug macht der Einkaufspreis des einzelnen Elements nur 20 bis 25 Prozent dieser Gesamtkosten aus.

Lagerhaltung und Bereitstellung, Positionierung der Teile, Art und Durchführung der Montage, anteilige Kosten der Vorrichtungen des Zusammenbaus und schließlich die erforderliche Kontrolle sind erheblich stärker kostenwirksam als das einzelne Verbindungselement.

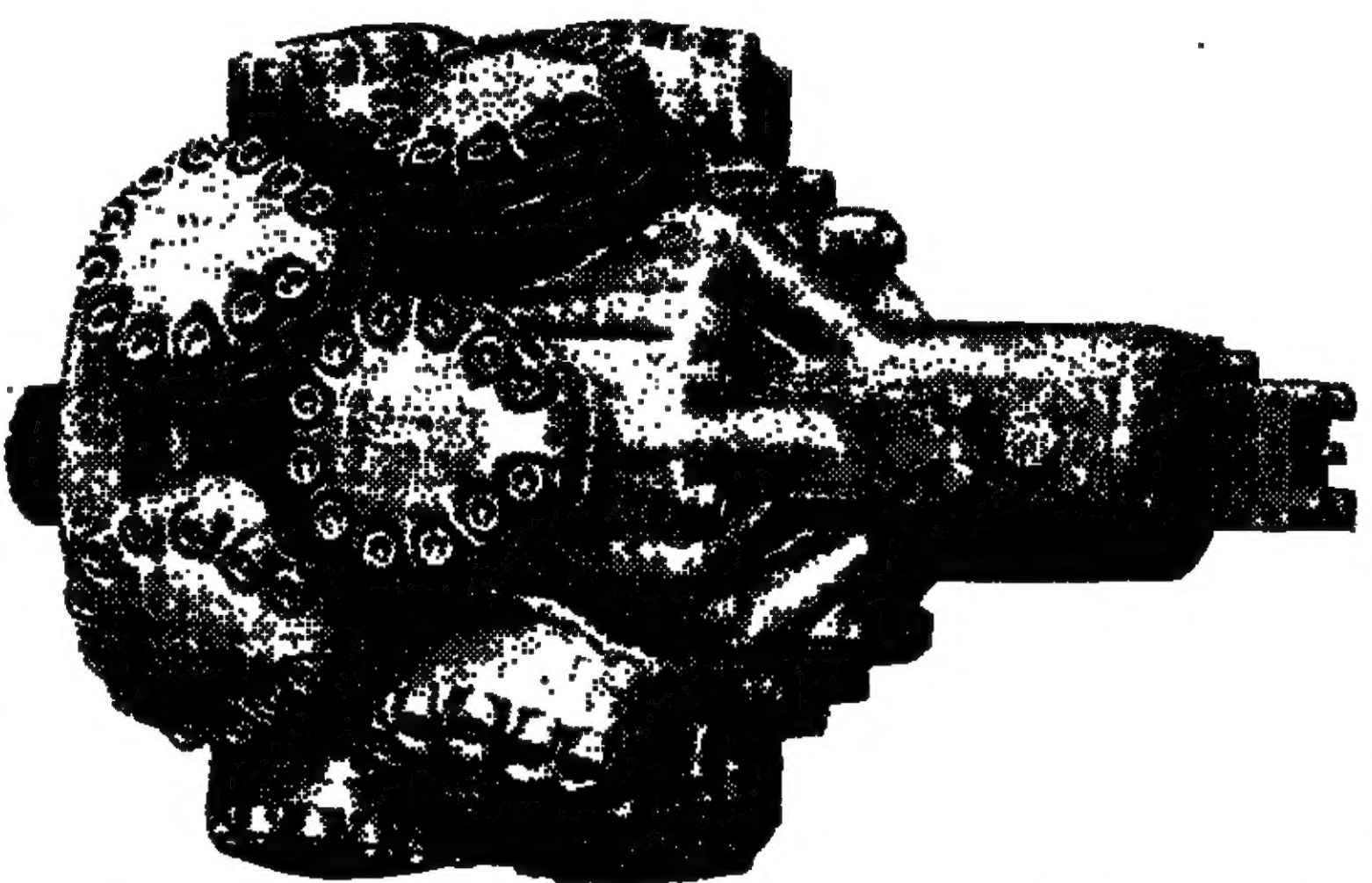
Gerade unter diesem Aspekt macht sich der Einsatz hochwertiger Qualität besonders bezahlt. Der scheinbar günstige Einkaufspreis von importierten Schrauben und Muttern kann nämlich schnell zur Illusion werden, wenn dem vermeintlichen Vorteil überraschende Zusatzkosten bei Montage oder Kontrolle gegenüberstehen.

Um wieviel stärker wirken sich derartige Folgekosten an, wenn die mangelhafte Qualität billig eingekauft wurde, führt dazu, daß die Montage etwa wegen Beimischung fehlerhafter Stücke oder Toleranzüberschreitungen ins Stocken gerät, das Band stoppt und die laufende Produktion unterbrochen wird. Spätestens dann ist schnelle Abhilfe und Rückgriff auf sofort verfügbare Ersatzteile, auf ihre Lagerhaltung und ihren Kundenservice geboten.

Die deutschen Hersteller arbeiten schnell und zuverlässig; eine Lückenbüßerfunktion nur für Notfälle und Randerscheinungen ist allerdings ab. Auch bei größter Rationalisierung ist die ständige Lieferbereitschaft - viele Werke führen Tausende von verschiedenen Sorten lagermäßig - äußerst aufwendig und bindet erheblich Mittel. Fachhandel und Verbraucher können sich den jederzeit verfügbaren Rückgriff auf das Lager und die breite Produktpalette der inländischen Hersteller nur dann erhalten, wenn sie diese Leistung auch honorieren: ausreichende Kapazitäten lassen sich in der Regel nicht mehr regenerieren.

Der Vorteil der deutschen Werke gegenüber ausländischen Anbietern liegt im Service hinsichtlich Lieferung und Beratung, in der international anerkannten Qualität und in ihrer Innovationsfähigkeit.

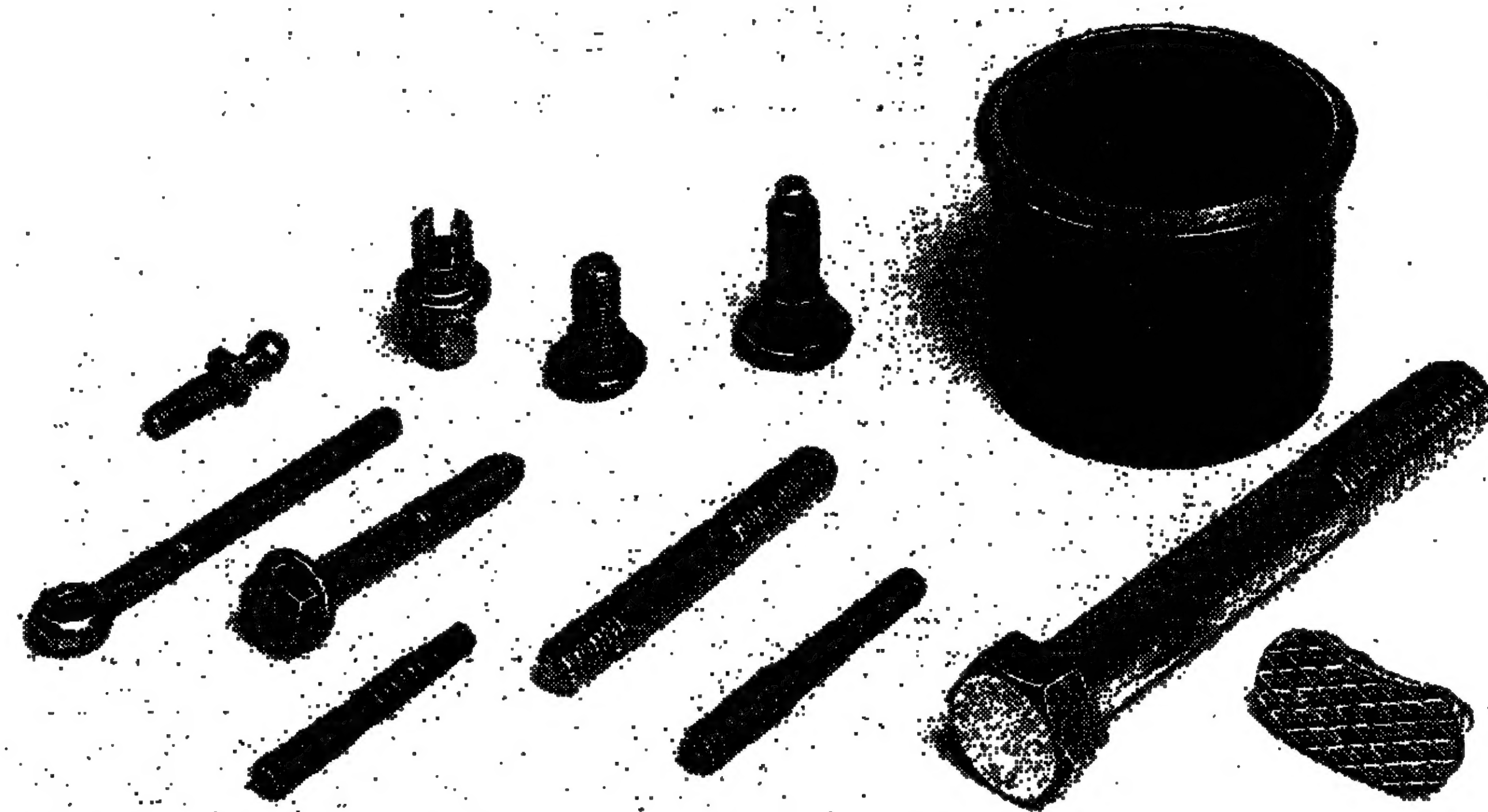
Einkaufen heißt mehr als nur über Rabatte sprechen. Das Lohnkostenniveau der Bundesrepublik Deutschland macht es dem deutschen Hersteller unmöglich, neben seiner Spitzenqualität auch noch Spitzenrabatte zu bieten, es sei denn, um den Preis der Selbstausgabe. An einer solchen Entwicklung kann aber weder der Handel noch der qualitätsbewußte Verbraucher Interesse haben (Hei.)



Beobachtet höchsten Druck: Verschraubung und Abdichtung von Hydromotoren FOTOS: DIE WELT

Ein leistungsstarker Zulieferer für Großabnehmer, zum Beispiel in der Kfz-Industrie:

Die SCHULTE GRUPPE KG



Hochfeste Schrauben
Präzisionsschrauben
Kaltformteile
Blechschrauben
Spanplattenschrauben
Präzisions-Kunststoffteile
Hochbeanspruchbare
Kfz-Verbindungssteile

Die SCHULTE GRUPPE KG

LUDW. LOEWE
Huttenstraße 17-20, 1000 Berlin 21

K.H. SCHULTE
Norm- und Gewindeteile
Immerter Straße 117 · 5990 Altena

GRAEWE & KAISER
Schrauben und Formteile
Bachstraße 10-12 · 5970 Plettenberg 2

SCHULTE plastics
Ernst-Stenner-Str. 15 · 5870 Herne-Westig

Schrauben-Industrie — Mittelständische Industrie

...für bessere
Verbindungen



KNIPPING-Schrauben

...weltweit

KNIPPING-Werke/Niederlassungen
in: Gummersbach · Kierspe · Bo-
chum · Herne · Mailand · Paris ·
Madrid · Rockford/USA ·
Johannesburg/Südafrika

Durch unseren ständigen Dialog
mit dem Markt, weltweit, erzielen
KNIPPING-Produkte einen hohen
Grad an Produkt-Innovation. In
nahezu allen Branchen. Nutzen
Sie diese Vorteile.

Arnold Knipping GmbH · Hauptver-
waltung: Postfach 100553 · Indus-
triestraße · D-5270 Gummers-
bach 1 · Telefon: 02261/320 ·
Telex: 884582

WOLTERS

MUTTERN-ÉCROUS-MUTTERN-NUTS-MUTTERN

WOLTERS GMBH

4830 Gütersloh · Fernruf: (0 52 41) 1 09-1
Telex: 9 33 826

Robert Schewe KG Schraubenfabrik

Freisenbergstr. 4, 5880 Lüdenscheid
Tel. 0 23 51 / 59 41

Präzisions-Schrauben mit Schlitz
und Kreuzschlitz nach DIN oder Zeichnung von M 2 bis M 6,
Sechskantschrauben DIN 934/933 von M 3 bis M 6,
aus Stahl, rost- und säurebeständigem Stahl, Messing.
Spezialität: selbstschneidende Schrauben für Kunst-
stoffe.

Informationen über Anzeigen in
Sonderveröffentlichungen und
Dokumentationen
erteilt Ihnen gern:

DIE WELT

Anzeigenabteilung
Kaiser-Wilhelm-Str. 1, 2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 3 47 41 28, 0 40 / 3 47 41 11, 0 40 / 3 47 44 40

**Qualitätsschrauben
aus Berlin
für höchste
technische
Anforderungen**

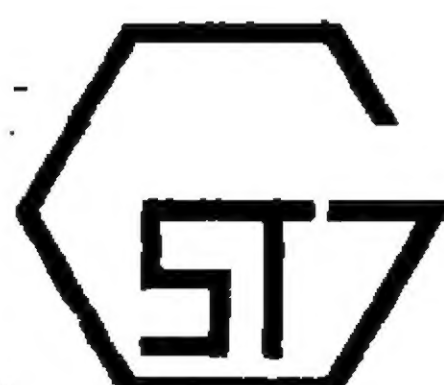
Wärmefertigung
DIN-Teile M 12 bis M 72
Ausländische Normen
Sonder- u. Zehring-Teile Ø 12 bis Ø 80 mm
Güten 5.8, 8.8, 10.9, 12.9
Legierte Baustähle
Kaltzähne und wärmefeste Stähle
Rostfreie und säurebeständige Stähle
Hitzebeständige Stähle
NE-Metalle wie Monel, Cuproder
Eigene Galvanik



Schraubenfabrik Gustav Sternberg

GmbH & Co. KG
1000 Berlin 27 (Borsigwalde)
Breitenbachstraße 11-12
Tel. (030) 4 11 30 56 · Telex 01 81 723
G. St. registriert bei der Deutschen Gesellschaft für
Warennachzeichnung
Zugelassen nach VdTUV-Merkblatt 1245 und AD-WO

Abnahmen nach DIN 50049:
Werkzeugbescheinigungen
Werkzeugzeugnisse
Abnahmeprüfzeugnisse durch amtlich anerkannte
Abnahmegeellschaften wie:
TUV GL LR NV SV ABS RINA
DB RSSU DSRK NOK PPS
sowie durch eigene Werkzeugsachverständige



Milliardenschäden durch Korrosion

Über den vielseitigen Einsatz rost- und säurebeständiger Verbindungselemente

Die Schäden durch Korrosion werden auf 4,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes geschätzt. Für die Bundesrepublik Deutschland ergäbe sich 1982 die gigantische Summe von gut 87 Milliarden Mark. Korrosion wird als fünfte Ursache des Versagens von Verbindungselementen angegeben als alle anderen Ursachen zusammen.

Genormte Schrauben und Muttern aus rostfreien Edelstählen – von der kleinsten Schraube bis zum schwergewichtigen Spezialbolzen – werden heute in allen Industriezweigen zu Millionen Stück verwendet. Worin besteht der Vorteil dieser Produkte? Verbindungselemente aus rost- und säurebeständigen Stählen gewähren überall dort, wo Korrosionsgefahr besteht, größere Sicherheit, längere Lebensdauer, besseres Aussehen und völlige Wartungsfreiheit. Korrosionsbeständige Schrauben und Muttern sind unverwundlich, wenn im rauen Betrieb jahrelang Feuchtigkeit, Säuren oder Laugen einwirken.

Bedarf erkannt

Die deutschen Hersteller liefern alle einschlägigen genormten Produkte, zu denen vor allem Sechskantschrauben, Innensechskantschrauben, metrische Schlitz- und Kreuzschlitzschrauben, Muttern und Blechschrauben zählen. In den letzten Jahren hat sich ein ver-

stärkter Trend zu Spezialteilen gezeigt, die vom Konstrukteur angewendungsbezogen eingesetzt werden. Die inländischen Hersteller haben diesen Bedarf rechtzeitig erkannt und liefern eine breite Palette von Zeichnungsteilen für die Maschinen- und Apparatebau, für Haushaltsgeräte und Fahrzeugbau, für Bauwirtschaft und Kraftwerke.

Diese nach Kundenangaben hergestellten Teile erfordern selbstverständlich eine genaue Kenntnis der Verarbeitbarkeit des schwierigen Werkstoffes. Oftmals wird erst im gemeinsamen Gespräch die endgültige kostengünstige Lösung gefunden. Viele deutsche Hersteller sind darauf eingerichtet, fundierte technische Beratung auf diesem Sektor zu leisten und spezielle Problemlösungen zu erarbeiten. Sonderschrauben können zu einem besonders wirtschaftlichen Verbindungselement werden.

Spanlose Verformung ist auch für nichtrostende Verbindungsteile das gängige Fertigungsverfahren. Daneben werden für Zeichnungsteile Zusatzarbeiten wie Schleifen, Fräsen, Bohren und Oberflächenverbesserung durch Kalktrollen durchgeführt. Das zeigt neben gutem Aussehen Oberflächen mit sehr geringen Raubtiefen. Dies ist besonders dann wichtig, wenn die Teile einer gleitenden Reibung ausgesetzt sind. Durch spanlose Verformung können Festigkeiten von 800 N/mm² und mehr erreicht werden.

TÜV-Anerkennung

Der besondere Vorteil der Schraube als eines lösaren, belastbaren und wieder verwendungsfähigen Verbindungselementes bleibt so durch Jahre erhalten. Namhafte deutsche Hersteller dieser Teile sind auch in der Lage, die Qualität ihrer Produkte durch Prüferzeugnisse bzw. TÜV-Anerkennung nachzuweisen.

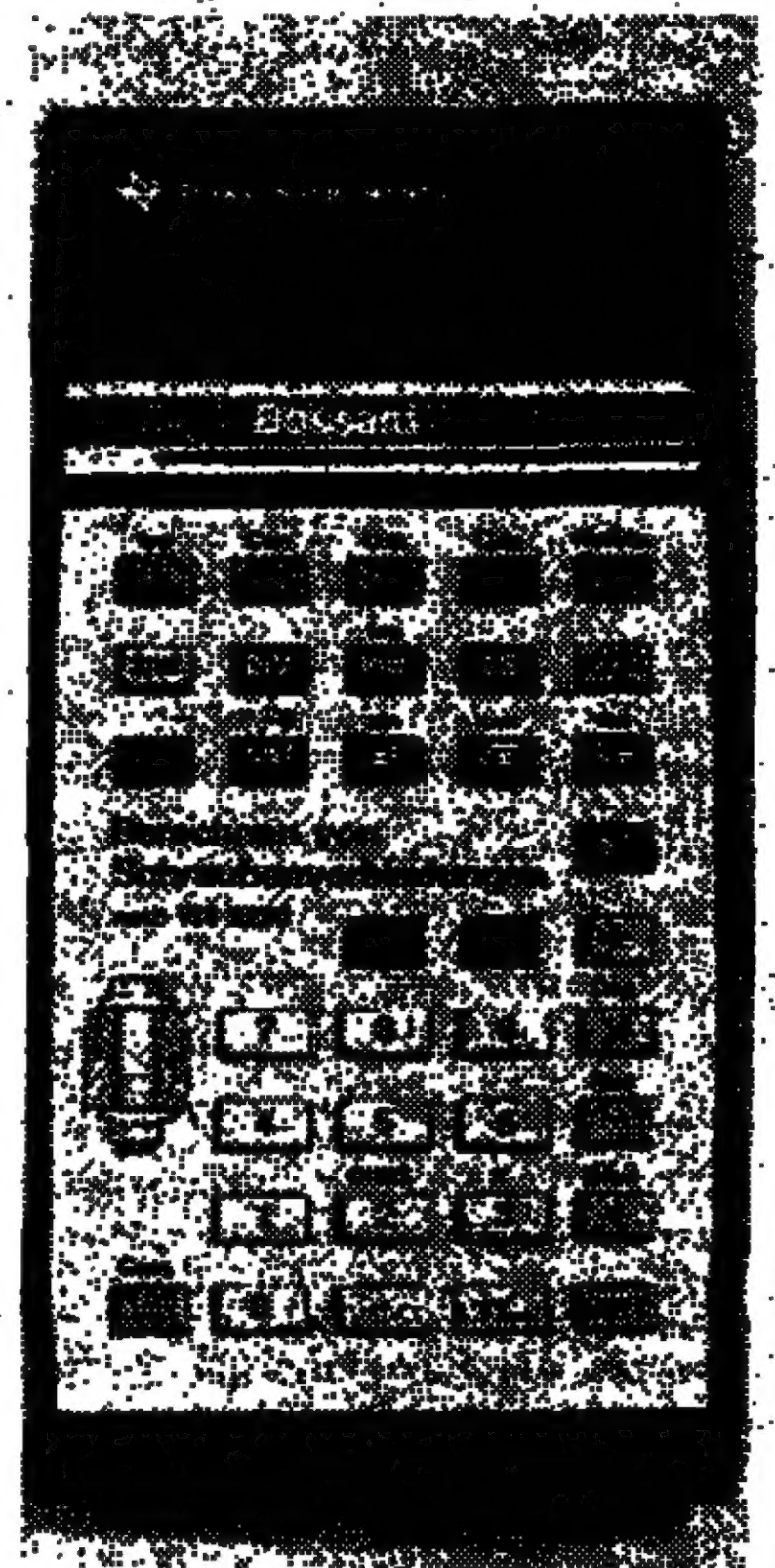
Für den Verwender hat der Gewinn an dauernder Sicherheit größte Bedeutung, denn Folgekosten durch Korrosion können zu un kalkulierbaren Risiken führen. Reklamationen und Produktionsausfall kosten viel Geld, von den Auswirkungen der Produktfälschung ganz zu schweigen. Die einmalige Mehrausgabe für ein hochqualifiziertes Erzeugnis wird durch bleibende Vorteile mehrfach aufgewogen. HORST B. HOMUTH

Neues aus der Technik

Die exakte Durchrechnung von Schraubenverbindungen unter Berücksichtigung aller Belastungsgrößen ist ein aufwendiges Verfahren, das mit hohen Fehlerrisiken verbunden ist. Von Bauer & Schürte Karcher wird jetzt ein Schraubenrechner vorgestellt, mit dem auf der Basis der VDI-Richtlinie 2230 eine Schraubenverbindung innerhalb weniger Minuten durchgerechnet werden kann.

Dabei ist durch Veränderung von Eingabedaten die Berechnung von Alternativen möglich. Der Rechner liefert sieben Resultate, neben dem erforderlichen Anziehdrehmoment Angaben über sechs Sicherheiten als Hauptergebnis: Sicherheit nach dem Vorspannen, Sicherheit bei Betriebsbelastung, Sicherheit gegen Dauerbruch, Sicherheit gegen Überschreitung der zulässigen Flächenpressung, Sicherheit gegen Querkraftbelastung und Sicherheit gegen Lockern.

Mit diesem Rechner kann der Konstrukteur Schraubenverbindungen optimieren und die Sicherheitsreserve exakt bestimmen. Zur Einweisung in die Benutzung des Rechners wird eine umfangreiche Bedienungsanleitung mitgeliefert.



Annahmeprüfung von mechanischen Verbindungen

In jeder Fertigung sind auch bei größter Sorgfalt und ständiger Kontrolle gelegentlich Abweichungen eines Erzeugnisses von den vorgegebenen Toleranzen zu erwarten. Dies gilt besonders für Produkte der Massenfertigung. Der Abnehmer dieser Erzeugnisse wird deshalb auf Annahmeprüfungen nicht verzichten wollen.

Die Norm DIN 287 Teil 5 in der gegenwärtigen Ausgabe vom April 1983 enthält Angaben über die Prüfung und Abnahme von Schrauben, Muttern, Gewinde und Formteilen mit Hilfe statistischer Verfahren; sie legt Auswertverfahren fest, mit deren Hilfe entschieden wird, bei welchem Anteil von Einzelstücken mit Werten außerhalb der zulässigen Toleranzen das gesamte Los zurückgewiesen werden kann.

Über den Bereich der mechanischen Verbindungselemente hinaus hat sich diese Grundnorm für Schweißverfahren bezüglich der Entscheidung von Annahme oder Zurückweisung von Lieferungen weitgehend eingeführt.

Im internationalen Bereich wurde im Laufe des letzten Jahrzehntes unter maßgeblicher deutscher Mitarbeit der Entwurf einer ISO-Norm erstellt, die in verschiedenen Punkten bedeutsame Weiterentwicklungen und Verbesserungen gegenüber der obengenannten Ausgabe enthält. Dies betrifft vor allem die Aufnahme einer Liste der zu prüfenden mechanischen Eigenschaften und die Angabe niedrigerer Gütegrenzwerte für die Prüfung dieser Eigenschaften.

Eine Stichprobenanweisung mit Angabe des Verbraucher- und Hersteller-Risikos ermöglicht den in statistischen Verfahren weniger bewanderten Mitarbeitern eine verbesserte Handhabung. Zur guten Verständlichkeit trägt ein Abschnitt bei, der in vereinfachter Form alle mit der Annahmeprüfung zusammenhängenden Begriffe definiert.

Inzwischen wurde dieser internationale Normentwurf in die Neufassung der deutschen Norm eingearbeitet. Der Entwurf zu DIN 287 Teil 5 „Annahmeprüfung“ ist im Juni 1982 erschienen; er ist vorgesehen als Ersatz für die Ausgabe vom April 1968.

Fachtagung in Hamburg

Das nächste Seminar „Schraubenverbindungen“ findet vom 22. bis 24. Juni 1983 in Hamburg statt. Veranstalter ist die Technische Akademie Wuppertal gemeinsam mit dem Deutschen Schraubenverband e. V.

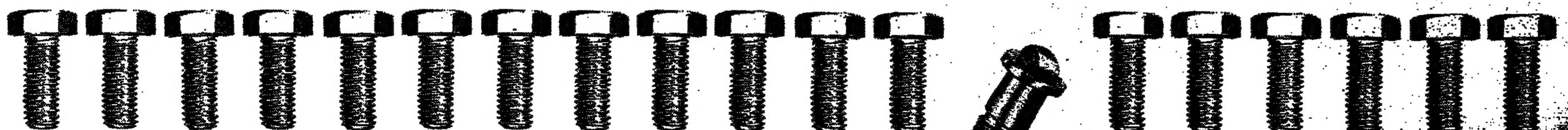
Die Erkenntnisse innerhalb der Verschraubungstechnik sind in den letzten Jahren auf nahezu allen Teilgebieten erheblich gestiegen. Allein die Kenntnis der Abhängigkeit der Schraubenbeanspruchung von der Vorspannkraft hat der Dimensionierung der Verbindungselemente einen neuen Stellenwert zugewiesen. Hierdurch erhält auch die Genauigkeit der gewählten Montageverfahren eine entscheidende Bedeutung.

Die überarbeitete und im Frühjahr dieses Jahres veröffentlichte Richtlinie VDI 2230 „Systematische Berechnung hochbeanspruchter Schraubenverbindungen“ wird auf dem Seminar ausführlich vorgestellt. Über das Thema „Selbsttätiges Lösen und Si-

chern von Schraubenverbindungen“ ist die Fachwelt seit Jahren umfassend informiert; trotzdem werden vielfach auch heute noch ungeeignete Sicherungselemente in schwingbeanspruchten Schraubenverbindungen eingesetzt. Die Mechanik des Lockerns und Losdrehens wird im Seminar erläutert; aus dieser Kenntnis werden Anwendungen und Grenzen von Schraubensicherungen aufgezeigt.

Das Seminar gibt einen umfassenden Überblick über statische und dynamische Tragfähigkeit und die konstruktive Gestaltung von Schraubenverbindungen. Die verschiedenen Möglichkeiten des Korrosionsschutzes werden ausführlich behandelt. Eine Einführung in die besondere Problematik der gewindeformenden Schrauben und von Verbindungselementen für den Leichtbau runden das Programm ab. Auskunft: Informations-Centrum Schrauben, Postfach 24 01 27, 4000 Düsseldorf 1 (Tel. 02 11 / 36 50 74).

WIR TANZEN AUS DER REIHE



...mit speziellen Verbindungsteilen, die höchste Ansprüche erfüllen. Zum Beispiel mit dieser Präzisions-Schaltwelle für Kugelhähne. Mit hohen Festigkeitswerten durch Kaltverformung. Enge Toleranzen und geringe Oberflächenrauigkeit werden gewährleistet. KOLB sucht ständig neue Spezial-Aufgaben – Qualitäts-DIN-Schrauben sind für uns eine Selbstverständlichkeit.

Bitte fordern Sie Informationen an.

KOLB

Kolb GmbH + Co Schrauben- und Drehelwerk
Rathenaustr. 23 D-5600 Wuppertal 2 Postfach 24 01 40
Telefon (0202) 517-0 Telex 8591444

Fee und Kuchen locken Sextaner in leere Klassen

Angen Schülermangels droht vielen Gymnasien die Schließung

PETER PHILIPPS, Bonn
Ablosungen wie in der Fußball-Bundesliga werden (noch?) nicht geboten, aber ansonsten sind sich Gymnasien in der Bundesrepublik Deutschland für fast keine Aktion zu schade - wenn sie nur Pennäler bringt. Die Angst vor leeren Klassen und damit vor der Schließung geht um in Deutschlands höheren Schulen.

Seit den sechziger Jahren, seit Picht's Kassandra-Ruf von der drohenden "Bildungs-Katastrophe" hatten sich Bildungspolitiker wie Oberschul-Direktoren auf stetig steigende Zuwachsraten in den Sekundarbereich I (Unterstufe) der Gymnasien eingestellt. Die Zahl der Schüler von knapp 642 000 im Jahre 1980 auf rund 1 544 000 im Jahre 1980 an. Der Gang zum Gymnasium ist zwar ungebrochen und so mancher Handwerksmeister hegt schon Wert auf Lehrlinge mit Abitur - doch das Auf und Ab im Liebesleben der Deutschen sorgt für eine voraussichtlich langanhaltende Baisse in den Klassenmännern der Gymnasien. Nach dem Geburtenberg wird der Pillenknick spürbar für die ohnehin um Arbeitsplätze kämpfenden Lehrer. Die Prognosen der Kultusminister-Konferenz gehen von einem Rückgang der Schülerzahl im Sekundarbereich I der Gymnasien auf etwa 932 000 (im Jahre 1985) aus und erwarten 1995 sogar nur noch rund 839 000 - kaum mehr als im Jahre 1985.

Die ersten Oberstudiendirektoren fühlen sich heute wie Unternehmer, die den Gang zum Konkurrenzmarkt antreten müssen. Den Leitern der beiden renommierten Düsseldorf-Oberschulen "Rethel-Gymnasium" beispielsweise flatterte kurz vor den Osterferien das ins Haus, was sie früher zu diesem Zeitpunkt selbst verschickt hatten: blaue Briefe. Darin teilte ihnen der zuständige Schuldezernent der nordrhein-westfälischen Landesregierung mit, daß sie nur noch die Wahl zwischen Pest oder Cholera hätten: Entweder mit schülerzahlmäßig erfolgreicheren Gymnasien zu fusionieren oder die Schulportale für immer zu schließen. In beiden Schulen hatten sich nur 20 bzw. 28 künftige Sextaner angemeldet - knapp die Hälfte dessen, was erforderlich gewesen wäre, um die von der Schulbehörde als Minimum geforderte Zweizügigkeit der Eingangsklassen zu erreichen.

Da in einigen Bereichen der Republik der Ausbau der Oberschulen in der Phase allgemeiner Bil-

dungseuphorie soweit gegangen war, daß man 80 Prozent eines Altersjahrgangs kapazitätsmäßig verkraften könnte, haben sich andere Gymnasien schon in Mini-Werbeagenturen verwandelt. Mit Aktionen, Broschüren, Werbefilmen und Prämien versucht man allerorten der gymnasialen Konkurrenz am Ort den Nachwuchs abspenstig zu machen:

● In Düsseldorf werden Eltern bei Kaffee und Kuchen bedrängt, ihre Kinder herzugeben.

● In Hamburg ziehen die Eltern von Schulen mit Info-Ständen auf Wochenmärkte oder werben mit dem Schullandheim auf Syt „mit eigenem Badestrand“.

● An einem Nürnberger Gymnasium verteilten die Lehrer bis zum Veto des Kultusministeriums Buchprämien, wenn ein Schüler seinen jüngeren Freund, Bruder oder Schwester als Sextaner anschnalpte.

● Am Göttinger Theodor-Heuss-Gymnasium drehen Lehrer und Schüler mit tatkräftiger Elternhilfe einen Werbefilm über die Schule, der mit der Hymne endet: „Du, du bist o. L. bei uns am THG.“

Die Kultusminister sehen die „Jasserverfälschung“ (so ein baden-württembergischer Beiname) mit Argwohn und Sorge und bemühen sich, zumindest die stärksten Auswüchse zu unterbinden. Ansonsten bleibt ihnen nicht viel mehr als Appelle an die Verantwortlichen in den Schulen oder flankierende Maßnahmen.

Zwischen Südholstein und Hamburg beispielsweise, aber auch zwischen Bremen und Niedersachsen sowie zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wird mit Argusaugen darüber gewacht, daß nicht zu viele Schüler über die Grenze in Gymnasien des Nachbarlandes abwandern. Der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder hingegen konzentriert sich auf die Schulen des Landes. Trotz starker Kritik änderte er das Übergangsverfahren von der Grundschule auf das Gymnasium. An zentral gelegenen Grundschulen wird die Gymnasial-Eignung der Pennäler geprüft. Ein Schnitt von 2,5 im Prüfungsergebnis berechtigt zum Übergang auf die Oberschule. Die Schulleiter und Lehrer der Gymnasien haben mit den Prüfungen nichts mehr zu tun. Im Stuttgarter Kultusministerium heißt es dazu lapidar: „Schließlich steht schon im Vaterunser: Und führe uns nicht in Versuchung.“

Seite 2: Sextaner-Ebbe

Eingepfercht in das riesige Heer der Wolkenkratzer von Manhattan, ist der Central Park für Millionen New Yorker eine Oase der Ruhe und Erholung. Nachdem er in den letzten Jahren immer mehr verkommen war, wurde er nun erst einmal statistisch auf Vordermann gebracht. Für die nächsten zehn Jahre ist eine Generalüberholung geplant.

FOTO: AP

New York bringt seine grüne Lunge auf Glanz

HANS-J. STÜCK, New York
Im feuchtesten Frühjahr seit Beginn offizieller Wetteraufzeichnungen - acht total verregnete Wochenenden hintereinander - wagen sich nur noch die abgehärteten Jogger und Spaziergänger in New Yorks kitzeligen Central Park. Doch auch wer im Trockenen blieb, erfährt jetzt zum ersten Mal, was ihn schon immer brennend interessiert: In dem 126 Jahre alten Park gibt es genau 24 585 ausgewachsene Bäume mit einem Mindest-Durchmesser von sechs Zoll.

Die jetzt veröffentlichte Baumstatistik für Bewohner der umliegenden Betonlandschaft sicherlich keine Nebensache, ist Teil einer umfassenden biologisch-ökologischen Bestandsaufnahme, mit der im Park alles Zähl- und Meßbare eingezeichnet wird. Diese Datensammlung soll Wissenschaftlern und Landschaftsgärtnern als Grundlage für eine geplante Generalüberholung der Anlage dienen.

Die Renovierung der Natur-Oase, die in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt wurde, wird mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen und umgerechnet 240 Millionen Mark kosten. Nach Abschluß der Arbeiten soll die 800 Meter Breite und 2,5 Kilometer lange grüne Lunge mit ihren Felspartien und Teichen wie bei ihrer Einweihung durch vorausschauende Stadtväter im vorigen Jahrhundert aussehen.

Die Bestandsaufnahme wurde von Land- und Forstwirtschaftsstudenten ausgeführt, die jeden Baum ab sechs Zoll Durchmesser vermaßen, auf seinen Gesundheitszustand untersuchten und mit Höhe, Umfang, Befund und einer Kennnummer in eine Standortkarte eintrugen. Dabei ergab sich, daß die Umriss- und Umräumungskarte nach den Kirschbäumen zweithäufigste Baumart blieb und sich unter den zehn häufigsten Bäumen der urtümliche Ginkgobaum und eine „mittelalterliche“ Burg, die auch dringend renovierungsbedürftig ist.

Von den vielen tausend Bäumen, die einst der berühmte Landschaftsarchitekt und Park-Begründer Frederick Olmstead pflanzen ließ, haben fünfzig die Zeiten überdauert, besonders in den schilmen Dreißigern, als der Park während der Weltwirtschaftskrise als riesiger Camping-Platz für Arbeiter und Obdachlose dienen mußte. Als größten Baum im Park fanden die Bestandsaufnehmer eine englische Ulme, zwei Meter im Durchmesser, die der Prince of Wales 1880 pflanzte. Der älteste Baum, eine Eiche, ist 300 Jahre alt. Er blickte noch auf holländische Siedler und englische Kolonialisten herab, die weit vor der Stadt auf Jagd gingen.



Weniger Erstaunen löste dagegen die statistisch untermauerte Erkenntnis aus, daß unter den 14 Säugetierarten, die den Park bevölkern, „Canis familiaris“, gemeinhin auch Hund genannt, am häufigsten ist. Danach folgen Katzen, drei Eichhörnchen-Arten, Waschbären, Bismarcken und amerikanische Mäusebären, von denen keiner weiß, wie sie durch das Häusermeer dorthin gekommen sind.

An anderen Tieren zählten die Studenten in dem wolkenkratzenumringten Park 269 Vogelarten, von denen 42 Arten auch im Park nisten, neun Fischarten in den ang verschmutzten Teichen und drei Arten von Schildkröten. Außer-

dem wurden gezählt: 36 Brücken und Bögen, 57 Denkmäler, darunter eines von Schiller und eine „mittelalterliche“ Burg, die auch dringend renovierungsbedürftig ist.

Von den vielen tausend Bäumen, die einst der berühmte Landschaftsarchitekt und Park-Begründer Frederick Olmstead pflanzen ließ, haben fünfzig die Zeiten überdauert, besonders in den schilmen Dreißigern, als der Park während der Weltwirtschaftskrise als riesiger Camping-Platz für Arbeiter und Obdachlose dienen mußte. Als größten Baum im Park fanden die Bestandsaufnehmer eine englische Ulme, zwei Meter im Durchmesser, die der Prince of Wales 1880 pflanzte. Der älteste Baum, eine Eiche, ist 300 Jahre alt. Er blickte noch auf holländische Siedler und englische Kolonialisten herab, die weit vor der Stadt auf Jagd gingen.

Als größten Baum im Park fanden die Bestandsaufnehmer eine englische Ulme, zwei Meter im Durchmesser, die der Prince of Wales 1880 pflanzte. Der älteste Baum, eine Eiche, ist 300 Jahre alt. Er blickte noch auf holländische Siedler und englische Kolonialisten herab, die weit vor der Stadt auf Jagd gingen.

Aus dem Doppeldecker sahen die ersten Menschen das „Dach der Welt“

England feiert den 50. Jahrestag der Erstüberfliegung des Mount Everest

HELMUT VOSS, London
„Wir sind von all der Schönheit weg gekommen: Tage werden vergehen müssen, bevor wir das Geschehene würdigen können.“ Das schrieb der monokelttragende britische Oberst Stewart Blacker im April des Jahres 1933 über ein haarsträubendes Abenteuer, das seinerzeit die ganze Welt bestaunte. Zusammen mit drei Landsleuten war ihm die erste Überfliegung des bis dahin noch unbezungenen Mount Everest gelungen.

Das ist in Vergessenheit geraten. Bravourstück der vier Briten mit zwei kamerabestückten Westland-Doppeldeckern ist jetzt in England nach fünfzig Jahren wieder groß gewürdigt worden. Der Sohn eines der beiden Piloten, des schottischen Unterhausabgeordneten und Marquis of Douglas und Clydesdale, brachte in London ein Buch über die Expedition mit dem Titel „Roof of the World“ (Dach der Welt) heraus. Die „Times“ widmete dem Unternehmen fast eine ganze Seite.

Die Everest-Überfliegung ging damals auf eine Anregung des schottischen Schriftstellers John Buchan zurück, der in diesem Abenteuer die Chance sah, die

Überlegenheit der britischen Flugzeugbauer zu demonstrieren. Bei der Expedition benutzten Flugzeuge, einmotorige Doppeldecker mit offenem Cockpit, waren Spezialanfertigungen. Die beiden zweiköpfigen Besatzungen, die Piloten Clydesdale und Leutnant David McIntyre sowie die Beobachter und Fotografen Blacker und Bonnet, trugen elektrisch geheizte Anzüge und atmeten durch primitive Masken reinen Sauerstoff. Auf Fallschirme wurde aus Gründen der Gewichtsersparnis verzichtet.

Der Rekordflug begann auf dem Flugplatz von Purnea in Nordindien. 240 Kilometer Luftlinie vom Mount Everest entfernt. Die Piloten hatten sich ausgerechnet, daß der Hinflug rund eineinhalb Stunden dauern würde und daß sie dann noch ausreichend Treibstoff für einen fünfzehnmündigen Erkundungstour am Gipfel haben würden. „Allen der Aufstieg auf 30 000 Fuß (9100 Meter) würde 25 Minuten dauern. Die Höchstgeschwindigkeit der beiden Doppeldecker von 220 km/h war so niedrig, daß sie bei starken Höhenwinden praktisch auf der Stelle treten“ würden.

Der Hinflug verlief ohne nennenswerte Pannen. Die Doppeldecker durchbrachen in 5800 Metern Höhe und rund achtzig Kilometer vom Everest-Gipfel entfernt die Dunstglocke.

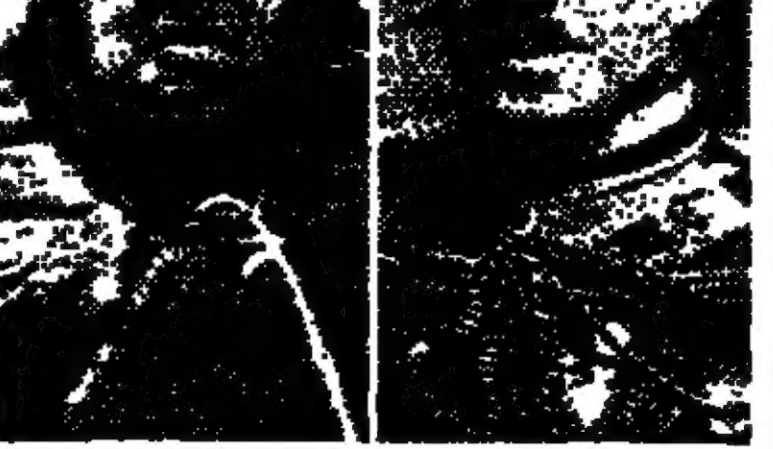
Am Gipfel kam es dann aber zu einer Reihe von beinahe verhängnisvollen Zwischenfällen. Clydesdale konnte plötzlich vor Sauerstoffmangel nicht mehr richtig sehen und mußte auf Notversorgung umschalten. Bonnet trat auf seinen Sauerstoffschlauch, zerriß drei Mal und wurde bald darauf ohnmächtig. Am schlimmsten aber war ein unerwarteter Abwind an der Leseite des Everestmassivs, der die Flugzeuge wie eine Faust packte und rund 600 Meter absackten ließ. Beide Doppeldecker ka-

men der Nordostflanke so nahe, daß Clydesdale später formulierte: „Es war so knapp, daß ich weder jetzt noch in Zukunft darüber nachdenken möchte.“

Über dem Gipfel machten die Männer eine Reihe von spektakulären Fotos, hielten nach Spuren von zwei tödlich verunglückten britischen Bergsteigern Ausschau und urteilten, daß auf dem Gipfel-Plateau nicht mehr als vier Menschen Platz hätten. Drei Stunden nach dem Start - Bonnet war mittlerweile wieder zu sich gekommen - landeten sie wieder in Purnea und ließen sich feiern.

Die „Times“, die zu jener Zeit die Exklusivrechte an dem Unternehmen erworben hatte, pries den Gipfelsturm mit einer Balkenschlagzeile und dem Vergleich: „Es ist fast so, als wenn man den Regenbogen erforscht.“ König Georg V. beglückwünschte die Crews in einem Telegramm zu dem „großen Erfolg“.

Im Gegensatz zu anderen Luftfahrt-Pioniertaten geriet der Everest-Flug der vier Briten bald in Vergessenheit. Zwanzig Jahre später wurde der dramatische Aufstieg zum Dach der Welt endgültig durch Sir Edmund Hillarys Erstbesteigung verdrängt.



Fotograf Bonnet (l.) und Beobachter Oberst Stewart Blacker
FOTOS: ULLSTEN

Minister warnt davor, Giftmüll auszugraben

Nea, Mainz

Vor dem Ausgraben lange lagernder Fässer auf Giftmülldeponien hat gestern der rheinland-pfälzische Sozial- und Umweltminister Rudi Geil (CDU) in einer aktuellen Stunde des Mainzer Landtages gewarnt. Bei derartigen Ausgrabungsversuchen könnte es zu unkontrollierbaren chemischen Reaktionen des Mülls kommen, außerdem zu so unabsehbaren Folgen, wenn die Fässer beschädigt würden, daß alle Fachleute davon abrieten, meinte der Minister. Daher warnte er vor dem Abtransport der 4000 Fässer mit dioxinhaltigem Rückstand, die seit der Zeit um 1969 auf der Sonderdeponie Gerolshaus bei Frankenthal (Pfalz) lagern. Er sicherte stattdessen zu, daß die Gerolshausener Deponie verstärkt bewacht werde, wobei der Teil, in dem Fässer vermutet werden, ganz gesperrt werden soll. Bei Gerolshaus hatten am Wochenende etwa 3000 Demonstranten die Schließung der Sondermülldeponie gefordert.

Tod am Bahnübergang

dpa, Göttersloh

Auf der Stelle tot waren zwei junge Leute, die am Montagabend mit einem Kleinlastwagen auf einem unbeschränkten Bahnübergang der Teutoburger-Wald-Eisenbahn in Gütersloh von einem Zug erfaßt wurden. Für den 19-jährigen Fahrer und dessen ein Jahr ältere Freundin, die in ihrem Fahrzeug eingeklemmt wurden, kam jede Hilfe zu spät.

Piloten am Absturz schuld

dpa, Palermo

„Schweres Verschulden der Piloten“ hat nach Ansicht eines italienischen Gerichtes den Flugzeugabsturz bei Palermo im Dezember 1978 verursacht, bei dem 108 Menschen ums Leben kamen. Damals war eine Alitalia-Maschine ins Meer gestürzt. Nur 21 Menschen konnten gerettet werden. In dem Urteil heißt es, die „schlechte Ausbildung“ der Piloten sei ursächlich für die Katastrophe gewesen.

40 Kilometer lange Ölspur

dpa, Paderborn

Eine 40 Kilometer lange Ölspur, auf der mehrere Autofahrer ins Schleudern kamen und verunglückten, hat gestern ein noch nicht identifizierter Tankwagen quer durch Ostwestfalen gezogen. Der Tanker war vermutlich in Paderborn gestürzt. Die schmierige Fahrbahn verlief sich erst im Kreis Lippe.

70 Menschen eingeschlossen

AP, Manila

Immer noch sind in einer philippinischen Goldmine in der Provinz Surigao del Norte mehr als 70 Personen eingeschlossen, seit Mitte April drei Stollen einbrachen. Dabei kamen mindestens 13 Menschen ums Leben. Die Rettungsversuche wurden gestern verstärkt, als man Klopffzeichen vernahm.

WETTER: Kurze Gewitter

Wetterlage: Dem über Deutschland nordostwärts hinwegziehenden Randtief folgt weiterhin mäßig warme Meeresluft.



Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Anfangs überwiegen stark bewölkt mit zum Teil gewitterartigen Regenschauern. Im Tagesverlauf von Westen her Bewölkungsauflockerung, örtlich noch Schauer, vereinzelt kurze Gewitter. Tageshöchsttemperaturen im Norden und Westen um 15, sonst bei 18 Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht 8 bis 11 Grad. Schwächer bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest.

Und die Aussichten:

Wetterberuhigung und leichter Temperaturanstieg.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr	
Berlin	15°
Bonn	14°
Dresden	21°
Essen	14°
Frankfurt	15°
Hamburg	17°
List/Sylt	10°
München	16°
Stuttgart	14°
Alger	20°
Amsterdam	13°
Athen	20°
Barcelona	17°
Brüssel	12°
Budapest	20°
Kairo	28°
Köpenick	9°
Las Palmas	22°
London	15°
Madrid	9°
Mailand	11°
Malloren	19°
Moskau	21°
Nizza	13°
Oslo	10°
Paris	11°
Prag	19°
Rom	19°
Stockholm	7°
Tel Aviv	24°
Tunis	20°
Wien	17°
Zürich	12°

Sonnenanfang* am Donnerstag: 6.02 Uhr, Untergang: 20.39 Uhr; Mondanfang: 22.11 Uhr, Untergang: 6.53 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Finanzierungs-Schätze: kurze Laufzeit - gute Zinsen

Sie suchen eine gewinnbringende Geldanlage. Aber Sie möchten Ihr Geld nicht lange festlegen. Sie können beides haben: kurze Laufzeit von 1 oder 2 Jahren und sicheren, festen Zinsgewinn mit Finanzierungs-Schätzen des Bundes.

Sie zahlen z. B. 894,- DM ein und erhalten nach zwei Jahren 1.000,- DM zurück. Ihr Zinsertrag: 106,- DM. Das sind 5,76% Rendite pro Jahr. Bei einjähriger Laufzeit beträgt



die Rendite 5,04% (heutige Zinsverhältnisse). Eine vorzeitige Rückgabe ist nicht möglich. Finanzierungs-Schätze gibt es ab 1.000,- DM bei allen Landeszentralbanken, bei Banken und Sparkassen. Dort erhalten Sie auch ausführlichere Informationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

Die „kurz & gut“ Anlage

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28 6000 Frankfurt 1 Tel.: (06 11) 55 07 07 schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name _____
Adresse _____